

„Ermordet in Minsk“ – Die Deportationen der Jüdinnen und Juden aus dem Bremer Raum nach Minsk



Materialen für einen
zweitägigen Projekttag

Inhaltsverzeichnis

Grußwort	4
Einführung	6
Pädagogische Hinweise	8
Zeitplan	11
Detaillierter Vorschlag zur Durchführung	16
Die Deportationen der Jüdinnen und Juden aus dem Bremer Raum nach Minsk	16
Annäherung 1: Einführung	16
Annäherung 2. Geschichte des Nationalsozialismus und des Holocausts	17
Annäherung 3. Der Nationalsozialismus im Raum Bremen	18
Annäherung 4. Was ich bereits über Belarus weiß	19
Annäherung 5. Der Vernichtungskrieg und der Holocaust in Minsk	19
Annäherung 6. Arbeit mit Biografien	21
Annäherung 7. Gedenkkultur in Bremen und Minsk	24
Anhang 1: Historische Hinführung und Schlüsselbegriffe	26
Schlüsselbegriffe	45
Anhang 2: Übersichtstabelle mit Daten zur Geschichte des Holocaust in Bremen und Minsk (1933-1945)	52
Anhang 3: Karte des Minsker Ghettos	74
Anhang 4: Zustimmungsbarometer	75
Anhang 5: Karten von Bremen, Bremerhaven und Verden	78
Anhang 6: Augenzeugenbericht von Hanna Krasnapjorka über das Pogrom vom 20. November 1941	81
Anhang 7: Augenzeugenbericht von Karl Loewenstein (geb. 1867), ein Sonderghetto Gefangener aus Berlin	85
Anhang 8: Materialien zu den Biografien	89
Anhang 9: Artikel von Prof. em. Dr. Arno Herzig „1933-1945: Verdrängung und Vernichtung“	144
Anhang 10. Artikel „Die Republik Belarus in deutschsprachigen Texten“	153
Bibliografie	155
Internetquellen	157
Abbildungsverzeichnis	157
Informationen über die Verfasserinnen der Materialien	159
Impressum	160

Grußwort

„1941 | Deutscher Überfall auf die Sowjetunion | Deportation Bremer Juden in die Todeslager von Minsk. Wir gedenken der Opfer. Bremen | 1991 | Minsk“, steht auf einer kleinen Tafel, die auf der linken Seite des großen Eingangsportals des Bremer Hauptbahnhofs angebracht ist. Eine gleichlautende Tafel, allerdings in russischer Sprache wurde wenig später im Minsker Stadtzentrum auf dem Gebiet des früheren „Sonderghettos“ angebracht.

Beide Tafeln erinnern an die erste Deportation von Jüdinnen und Juden aus dem Bremer Raum am 18. November 1941. Dieser erste Transport ging in das Ghetto nach Minsk, nicht nach Auschwitz oder andere bekannte Vernichtungslager der NS-Vernichtungspolitik. Von den 573 verschleppten Menschen überlebten nur sechs diesen Transport, die meisten wurden bei Massentötungen innerhalb des Ghettos ermordet, andere bei Massenerschießungen im Minsker Vorort Maly Traszjanez. Bis zum Ende der Sowjetunion wurde an den Holocaust kaum erinnert oder zu diesem Thema geforscht. Auch im Westen war das Wissen über die Tathergänge der Ermordung der deportierten Jüdinnen und Juden gering. Der Begriff der „Todeslager von Minsk“ auf der Gedenktafel von 1991 spiegelt dies.

Auch in Verden (Aller) erinnert seit 1993 ein Mahnmal an die 56 Jüdinnen und Juden aus Verden, die während des Holocaust verschleppt und ermordet wurden. Eine über drei Meter hohe Bronzesäule nennt auch die Deportationsorte: An erster Stelle steht hier der Ort Minsk, ihm folgen 28 Namen. Seit 2004 erinnern an den letzten Wohnorten der Deportierten in Bremen, Bremerhaven und Verden zahlreiche Stolpersteine an die Menschen, die im November 1941 nach Minsk verschleppt wurden.

Seit den Perestroika-Jahren und nach dem Ende der Sowjetunion 1991 entwickelte sich im nunmehr unabhängigen Belarus eine aktive, stark bürgerschaftlich getragene Erinnerungskultur. Zwischen Bremen und Minsk entstanden vielfältige Kontakte: Menschen ganz unterschiedlichen Alters – Zivildienstleistende, Menschen während ihres Freiwilligendienstes, Studierende und andere Interessierte – machten sich in zahlreichen Studien- und Bürgerreisen auf den Weg nach Minsk. Seit 2003 gab es mit der Geschichtswerkstatt Minsk auch eine zentrale Bildungseinrichtung, die in einem der wenigen erhaltenen historischen Gebäude auf dem früheren Ghettogelände im Stadtzentrum entstanden war und Begegnungen und Austausch mit Überlebenden und Angehörigen ermöglichte.

Seit 2020 sind solche Reisen nach Belarus de facto unmöglich: zunächst bedingt durch die Corona-Pandemie, dann aufgrund der politischen Entwicklungen in Belarus nach der gewaltigen Niederschlagung der Massenproteste gegen die gefälschten Präsidentschaftswahlen im August 2020,

schließlich aufgrund der Beteiligung des Lukaschenka-Regimes am russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine seit dem 24. Februar 2022 und den darauffolgenden Sanktionen.

Auch die frühere Leiterin der Geschichtswerkstatt in Minsk, Dr. Iryna Kashtalian, musste Belarus verlassen und kam 2021 zunächst nach Bremen. Es ist ihrer Initiative zu danken, dass nun dieses umfangreiche Bildungsmaterial vorliegt, das die Biografien von deportierten Jüdinnen und Juden aus Bremen, Bremerhaven und Verden vorstellt, aber auch die verantwortlichen NS-Täter benennt und Hintergrundmaterial u.a. zur Erinnerungskultur in Bremen und Minsk präsentiert.

Das Material vermittelt daher eine doppelte Aufgabe und Hoffnung: Dass die Erinnerung an die ermordeten Jüdinnen und Juden aus dem Bremer Raum heute bewahrt bleibt und dass in naher Zukunft direkte Begegnungen und Austausch zwischen Menschen beider Länder wieder möglich sind.

Dr. Ulrike Huhn, Vorstand „Erinnern für die Zukunft“ e.V. in Bremen und Leiterin des Lernorts Demokratie in Verden (Aller)

„Ermordet in Minsk“ – Die Deportationen der Jüdinnen und Juden aus dem Bremer Raum nach Minsk

Einleitung

„Ermordet in Minsk“, so ist heute auf manchen Stolpersteinen in Bremen, Bremerhaven und Verden zu lesen. Das hier vorgestellte Material für einen Projekttag „Ermordet in Minsk – Die Deportationen der Jüdinnen und Juden aus dem Bremer Raum nach Minsk“ soll sichtbar machen, wie der Zweite Weltkrieg die Städte Bremen und Minsk für immer miteinander verbunden hat. Und warum sowohl in Minsk, als auch in Bremen, Bremerhaven und Verden daran erinnert wird.

Für die meisten Jüdinnen und Juden aus dem Raum Bremen war Minsk die letzte Station ihres Lebens. Von den 573 Menschen, die im November 1941 aus der Region deportiert wurden, überlebten nur sechs.

Was wissen die Schüler*innen darüber? Wissen sie, dass auch Bremer*innen, Bremerhavener*innen und Verdener*innen Opfer des Holocaust wurden? Wissen sie, wie die Entrichtung, die Deportationen und letztlich die Ermordung von Jüdinnen und Juden aus dem Raum Bremen schrittweise vorbereitet wurde? Wissen sie, wie die letzten Tage dieser Menschen aussahen? Wissen sie, wie heute an diese Menschen erinnert wird?

In Minsk selbst gibt es, dank der kontinuierlichen Arbeit von Akteur*innen der Erinnerungskultur, verschiedene Gedenkzeichen mit Bezug zu Bremen. Dazu gehören die identischen Gedenktafeln, aber auch Gedenkzeichen auf dem ehemaligen jüdischen Friedhof.

Da die politische Situation in Belarus derzeit kompliziert ist, können diese Orte nicht besucht werden. Aber durch die Inhalte des vorliegenden Projekttages ist es möglich, Brücken der Erinnerung zu schaffen, um aus der Ferne mit jungen Menschen an dem Thema der Deportation der Jüdinnen und Juden aus dem Raum Bremen nach Minsk und ihrer Ermordung zu arbeiten. Darüber hinaus können die vorliegenden Bildungsmaterialien genutzt werden, damit Schüler*innen, die keine Gedenkstättenfahrt nach Maly Traszjanez oder nach Minsk machen können, dennoch die Möglichkeit haben, diese Geschichte kennen zu lernen. Und vielleicht in der Zukunft vor Ort weiter lernen können.

Insbesondere die Einschränkungen durch die Covid-Pandemie haben dazu geführt, dass zahlreiche digitale Medien entwickelt wurden. Dazu zählt zum Beispiel eine Online-Ausstellung über Maly Traszjanez, ein Audioguide über das Minsker Ghetto, die für diese Bildungsmaterialien genutzt wurden. Auch Material von Bremer Organisationen, wie dem Projekt Stolpersteine, dem Verein Erinnern für die Zukunft e.V. und dem Denkort Bunker Valentin, sowie dem Dokumentationszentrum "Verden im 20. Jahrhundert" wurden für die Erstellung dieser Publikation verwendet. Darüber hinaus unterstützten die Geschichtswerkstatt in Minsk, das IBB Dortmund, das Jüdische Historische Institut „Centropa“ und lokale Historiker*innen bei der Materialrecherche. Ein besonderer Dank gilt hier Wiltrud Ahlers, Aliaksandr Dalhouski, Ksenja Holzmann, Ulrike Huhn, Sandra Mertens, Marcus

Meyer, Antje Neumann, Astrid Sahn, Werner Schröter, Susanne Schunter-Kleemann und vielen anderen für ihre Hilfe bei der Erstellung dieser Materialien.

Die Bildungsmaterialien greifen konkret die Geschichte auf, die mit den Städten, in denen die Jugendlichen leben, verbunden ist: die Deportation Jüdinnen und Juden aus dem Raum Bremen nach Minsk. Durch den Projekttag soll versucht werden, diese Geschichte mit den Augen derjenigen zu sehen, die damals in Bremen und Umgebung gelebt haben. Das ist auch der Ort, wo diejenigen, die diese Geschichte kennenlernen, heute leben. Anhand von Biografien einzelner Menschen soll gezeigt werden, was die Vernichtungspolitik für die betroffenen Menschen bedeutete, wie es einigen gelang, sich zu verstecken, und wie andere gezwungen waren, zu fliehen. Gleichzeitig thematisiert das Material, wie Menschen zu Tätern wurden. Es basiert auf einem mehrschichtigen Zeitstrahl, Präsentationen und sieben Biografien, die sich auf Bremen, Bremen-Nord, Bremerhaven, Verden und Minsk beziehen, sowie auf den Kontext des Zweiten Weltkriegs, der die Welten von Bremen und Minsk miteinander verbindet.

Dabei geht es nicht nur um das konkrete Verbrechen, sondern um die Verletzung universeller Menschenrechte. Die Arbeit mit diesen Materialien eröffnet die Möglichkeit, den Blick in die Zukunft zu richten und Schüler*innen bereits heute dafür zu sensibilisieren, nicht gleichgültig gegenüber der Einschränkung von Rechten anderer zu bleiben, sondern von Anfang an aktiv gegen Diskriminierung einzutreten und die Stimme zu erheben.

Namen und Ortsnamen aus Belarus werden in belarussischer Sprache wiedergegeben. Im Fließtext erfolgt die Wiedergabe nach der deutschen Duden-Umschrift, in den Fußnoten nach der wissenschaftlichen Transliteration.

Dr. Iryna Kashtalian

Pädagogische Hinweise

Der Projekttag ist auf zwei Tage ausgelegt (insgesamt acht bis zehn Zeitstunden). Die Lehrperson kann wählen, wie viele Module an einem Tag bearbeitet werden sollen. Bei zeitlichen Engpässen können einzelne Module des Projekttages für die Arbeit mit den Schüler*innen ausgewählt werden. Die Zeit kann je nach den Möglichkeiten der Lehrkraft und der Bereitschaft der Schüler*innen zum Diskutieren und Erforschen variieren. Es ist möglich, Teile der Module von den Schüler*innen selbstständig, sei es im Unterricht oder zuhause, bearbeiten zu lassen.

Das Material ist für Schüler*innen der Klassenstufen 10-13 (15-19 Jahre) und für Klassen unterschiedlicher Größe konzipiert. Die Lehrkraft kann einzelne Elemente und Module auch für Aktivitäten rund um diverse NS-Gedenktage nutzen, wie zum 27. Januar (Befreiung des Konzentrationslager Auschwitz durch die Rote Armee), zum 9. November (Gedenktag an die Novemberpogrome) oder am 18. November (Jahrestag der Deportationen nach Minsk).

Es gibt zwei Haupt-Stränge, die sich durch das gesamte Material ziehen:

- ▶ Biografien mit Bezügen zum Raum Bremen und Minsk während des 2. Weltkriegs
- ▶ Der zeitliche Kontext, der durch einen Zeitstrahl erarbeitet werden kann

Für eine inhaltliche Einführung und für ein Gesamtverständnis des Themenkomplexes steht der Lehrkraft im Anhang (Anhang 1) eine historische Hinführung zur Verfügung. Diese bezieht sich insbesondere auf den Raum Bremen und Minsk und die Menschen vor Ort, brettet diese aber in größere internationale Zusammenhänge ein.

Die Zeitleiste (siehe Anhang 2) verbindet zentrale Ereignisse im Nationalsozialismus, die die beiden Städte miteinander verknüpfen. Sie soll zunächst mit allgemeinbekannten Daten gefüllt werden, um anschließend tiefer in den lokalen Kontext einzutauchen. Schließlich wird eine „Brücke“ von Bremen nach Minsk geschlagen, um zu verdeutlichen, was zur gleichen Zeit dort geschah. Die Verwendung einer vergleichenden chronologischen Skala unterstützt die Schüler*innen, die Multiperspektivität der Kriegsereignisse besser zu verstehen. Der Einbezug von Bremerhaven und Verden macht sichtbar, dass nationalsozialistische Verfolgung und Kriegsgeschehen auch den ländlichen Raum prägten. Durch die gleichzeitige Spurensuche in ihren Heimatstädten können sie globale historische Prozesse anschaulicher begreifen.

In der Broschüre werden Texte, Fotos, Filme und Karten zur Analyse genutzt, um die Geschichten von Personen, Familien und Gemeinschaften zu erzählen. Die exemplarischen Biografien wurden dabei so ausgewählt, dass unterschiedliche Perspektiven möglich sind:

- ▶ Rebecka Neumann aus Bremen-Nord, ermordet mit Familienangehörigen in Minsk;
- ▶ Hans Frank, überlebte die Deportation von Bremen nach Minsk;
- ▶ Otto Polak, Schulkind der jüdischen Schule in der Kohlhökerstr. 6, konnte sich während des Krieges in der Nähe von Bremen verstecken;
- ▶ Jeanette Schocken aus Bremerhaven, ermordet in Minsk;

- ▶ Martin Spanier aus Verden, war im Minsker Ghetto sowie in weiteren Lagern interniert. Einziger Überlebender der deportierten Verdener Jüdinnen und Juden;
- ▶ Hanna Krasnapjorka aus Minsk, Überlebende des Minsker Ghettos;
- ▶ Heinrich Schauwacker, ein Kriegsverbrecher aus Bremen, der an den Verbrechen in Maly Traszjanez beteiligt war.

Die Arbeit in Kleingruppen und die Präsentation der Ergebnisse vor Anderen ermöglichen es, sich ein Gesamtbild der verschiedenen Zusammenhänge zu machen. Dabei stehen die Darstellung und die Biografien der Menschen im Minsker Ghetto besonders im Fokus. Dies soll zum Verständnis beitragen, wie der Holocaust in den verschiedenen besetzten Gebieten durchgesetzt wurde. Wichtige Schlüsselbegriffe sind in einem Glossar zusammengestellt (siehe Anhang 1). Diese Begriffe sollten von den Schüler*innen nachvollzogen und verstanden werden. Ein interaktiver Test mit Auszügen aus historischen Quellen sowie Erinnerungen von Zeitzeug*innen unterstützt die Festigung des erworbenen Wissens.

Für die Schüler*innen bietet sich so die Gelegenheit, ihre Familiengeschichte aus einer neuen Perspektive zu betrachten. Die Bearbeitung des Themas zielt darauf ab, den universellen Wert von Menschenrechten zu begreifen und die Schüler*innen zu ermutigen, sich aktiv für deren Schutz einzusetzen. Durch die Reflexion der Geschichte soll das Verantwortungsbewusstsein junger Menschen gestärkt werden. Am Ende des Projekttages soll daher ein Gespräch stattfinden, das die aktuelle Erinnerungskultur in Bremen, Bremen-Nord, Bremerhaven und Verden in den Fokus rückt.

Leitfrage des Projekttags

„Was geschah mit den Jüdinnen und Juden dem Bremer Raum während des Holocausts?“

Ziel des Projekttages

Das Ziel des Projekttags ist es, das historische Bewusstsein bei den Schüler*innen zu fördern. Dies soll durch eine stadtgeschichtliche Spurensuche geschehen. Die Schüler*innen erweitern ihr Wissen über den Nationalsozialismus durch die lokale Geschichte des Minsker Ghettos am Beispiel konkreter Schicksale von Bremer, Nord-Bremer, Bremerhavener und Verdener Jüdinnen und Juden. Die Schüler*innen können den Holocaust in das Gesamtgeschehen des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges einordnen. Sie sind in der Lage, Einzelbiografien in ihrer Besonderheit zu verstehen und gleichzeitig in den Gesamtzusammenhang zu setzen.

Aufgaben

- ▶ Systematisierung zentraler Daten in der Geschichte des Holocausts mit Schwerpunkt auf der Deportation der Jüdinnen und Juden aus dem Raum Bremen nach Minsk
- ▶ Darstellung unterschiedlicher Perspektiven der an den historischen Ereignissen Beteiligten
- ▶ Einordnung von Ereignissen, Personen und Daten in einen globalen Kontext

- Förderung der kritischen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit
- Arbeit mit verschiedenen Quellearten
- Darstellung der Geschichte des Holocausts in Minsk

Methoden

Mind-Map, Brainstorming, Quellenarbeit, Diskussion, Case Study Methode, Analyse und Vergleich, Kartenarbeit, mündliche Präsentation, Wortwolke, Methode INSERT

Materialien

Flipchart-Papier, Marker, Stifte, Notizpapier, Laptops/Tablets/Smartphones, verschiedenfarbige Karten, Klebepunkte, Schnur für die Arbeit mit der Zeitleiste/Tafel zum Zeichnen der Zeitleiste, ggf. Ausdrucke von Karten von Bremen, Bremerhaven und Verden und des Minsker Ghettos, ggf. weitere Materialien (s. Anhänge)

Zeitplan

"Die Deportationen der Jüdinnen und Juden aus dem Bremer Raum nach Minsk"

→ eine detaillierte Auflistung und Erläuterung der Methoden, Aktivitäten und Quellen findet sich weiter unten

Tag 1

Thema	Inhalt	Material	Zeit
Begrüßung	Vorstellung des Programms der nächsten zwei Tage Hinweis auf Möglichkeit, sich während des Projekttages raus zu ziehen	Programm auf Flipchart	10 Minuten
Annäherung 1	Familiengeschichten über den Krieg Selbstdarstellung der Teilnehmer*innen und ihrer Familiengeschichten → Reflexion möglicher Bezüge zu Kriegsereignissen (nicht nur zum Zweiten Weltkrieg) Welche Erinnerung gibt es in der Familie darüber?	Formatoptionen: Ja/Nein-Antworten; Fragebogen mit Informationen über den/die Teilnehmer*in und seine/ihre Präsentation Mini-Ausstellung	60 Minuten
	PAUSE		10 Minuten

Zeitliche Planung der Projekttage

Thema	Inhalt	Material	Zeit
Annäherung 2	Geschichte des Holocausts		
	Zeitleiste zur Geschichte des Holocausts (Wiederholung bereits erlerner Inhalte) → Daten zur Verfolgung von Jüdin-nen und Juden unter den Nationalsozialisten Einführung und Erläute- rung zentraler Begriffe durch die Lehrkraft. Gemeinsame Erstellung einer Mind-Map zu den Formen der Verfolgung von Jüdinnen und Juden	Karten und Zeitleiste Textarbeit Flipchart-Papier	60 Minuten
	PAUSE		5 Minuten
Annäherung 3	Der Nationalsozialis- mus im Raum Bremen		
	Kurze Präsentation der Lehrkraft über die Geschichte der jüdi- schen Gemeinden in Bremen, Bremerhaven und Verden und die Organisation der Depor- tation von Bremen nach Minsk Ergänzung der Zeitleiste mit Informationen zu Bremen.	Vorbereitete Power- Point-Präsentation Zeitleiste	30 Minuten
	Kleingruppenarbeit zur Geschichte des National- sozialismus in Bremen, Bremen-Nord, Bremer- haven und Verden anhand konkreter Bei- spiele von Erinnerungs- orten in den Städten Suche nach Informatio- nen Vorbereitung einer kur- zen Präsentation der Ergebnisse mit der Dar- stellung der Orte auf einer Karte und der Ver- ortung der Orte auf der Zeitleiste	Karte von Bremen Zeitleiste	55 Minuten

Zeitliche Planung der Projekttage

Thema	Inhalt	Material	Zeit
Annäherung 4	Was ich bereits über Belarus weiß		15 Minuten
	Die Lehrkraft stellt all- gemeine Fragen zu Bela- rus. Die Schüler*innen erstellen anschließend eine Wortassoziations- wolke zu dem Land Beantwortung mögli- cher Fragen durch die Lehrkraft	Tafel & Flipchart oder interaktive Methode, bspw. Mentimeter	
	PAUSE		20 Minuten
Annäherung 5a	Der Vernichtungs- krieg und der Holo- caust in Minsk		
	Präsentation über die historische Situation in Belarus: Besonderheiten des Vernichtungskrie- ges, Entstehung des Minsker Ghettos. Ergän- zung der Zeitleiste durch Karten mit Ereig- nissen in Belarus	Vorbereitete Power- Point-Präsentation	15 Minuten
	Analyse von Auszügen aus den Memoiren von Hanna Krasnapjorka (Pogrom im Minsker Ghetto vom 20. Novem- ber 1941) und Karl Loewenstein (Sonderghetto in Minsk)	nach INSERT-Methode	40 Minuten
	Präsentation der Ergeb- nisse		
	Kurzfilm mit Erinnerun- gen von Zeitzeug*innen über die Deportationen ins Minsker Ghetto Beantwortung von Fra- gen zum Film	Kurzfilm Beamer und Laptop	15 Minuten
Abschluss des ersten Tages	Kurze Zusammenfas- sung des Gelernten Ausblick auf den nächs- ten Tag evtl. Vergabe von Haus- aufgaben oder Anregung zur weiterführenden Recherche		10 Minuten

Tag 2

Thema	Inhalt	Material	Zeit
Begrüßung	Kurze Wiederholung des Erlernten des Vortags und Vorstellung des Programms	Programm auf Flipchart	10 Minuten
Annäherung 5b	Der Vernichtungskrieg und der Holocaust in Minsk		
	Präsentation durch die Lehrkraft (Alltag im Ghetto, das letzte Pogrom im Ghetto, Jüdinnen und Juden aus dem Raum Bremen, Geschichte des Vernichtungsort in Maly Traszjanez (Blahauschtschyna))	Vorbereitete Power-Point-Präsentation	20 Minuten
Annäherung 6	Arbeit mit Biografien		
	Aufteilung der Teilnehmenden in sieben Kleingruppen (pro Gruppe eine Biografie) Ausgabe der Materialien Vorbereitung einer Präsentation pro Kleingruppe (PowerPoint oder Plakat)	Vorbereitete Materialien, s. Anhang zusätzliche Recherche im Internet	90 Minuten
	PAUSE		10 Minuten
	Präsentation der Kleingruppenarbeit (wenn möglich mit Familien-schemata, Karte der Wege und Stationen während des Krieges). Optional: prägende Ereignisse aus der jeweiligen Familiengeschichte werden auf der Zeitleiste platziert		60 Minuten
	PAUSE		30 Minuten

Thema	Inhalt	Material	Zeit
Annäherung 7	Gedenkkultur im Raum Bremen und Minsk		
	Präsentation: Erinnerungskultur an die Opfer des Holocaust in Minsk und im Raum Bremen	Vorbereitete Power-Point-Präsentation	5-10 Minuten
	Reflexion		
	Interaktiver Online-Test über die Geschichte des Minsker Ghettos	Laptop	20 Minuten
	Diskussion: Was können wir aus der Vergangenheit lernen? Wie sollten Bremen, Bremerhaven oder Verden mit seiner nationalsozialistischen Geschichte umgehen?	Stuhlkreis	15-30 Minuten
Zusätzliche Optionen	Besuch von Erinnerungsstätten je nach Schulbezirk Optional: Die Schüler*innen können an den genannten Orten eine Gedenkaktion organisieren		

Detaillierter Vorschlag zur Durchführung

Die Deportationen der Jüdinnen und Juden aus dem Bremer Raum nach Minsk

Begrüßung: Vorstellung des Programms, Visualisierung der einzelnen Schritte der nächsten zwei Tage, damit die Schüler*innen wissen, was auf sie zukommt. Wichtig: Auch wenn dies eine schulische Veranstaltung ist, sollte es den Freiraum geben, dass sich Schüler*innen zurückziehen können, wenn ihnen das Thema zu viel wird.

Annäherung 1: Einführung

Teil 1. Familiengeschichten über den Krieg

Nach der Begrüßung und der Vorstellung des Projektplans geht es um eine persönliche und thematische Hinführung. Dafür leitet die Lehrkraft ein Gespräch über das komplexe Thema „Krieg“ ein. In dieser Phase sind die Schüler*innen eingeladen, ihre Assoziationen, Gedanken und Perspektiven zu teilen. Die Beiträge können dabei ein breites Spektrum abdecken und es sollen zunächst keine inhaltlichen Grenzen gesetzt werden. Persönliche Erfahrungen, Geschichten aus der eigenen Familie oder Community sowie Erzählungen jenseits gängiger Narrative können dazu beitragen, den Zweiten Weltkrieg als weltgeschichtliches Ereignis zu begreifen und die Folgen von Krieg unabhängig von der Dichotomie von Täter*innen und Opfern zu reflektieren. In einem Einwanderungsland wie Deutschland bringen Schüler*innen vielfältige Perspektiven mit. Vergleiche zu anderen Gewaltverbrechen können den Zugang zu diesem Thema erleichtern. Dabei geht es insbesondere darum, dass die Gemeinsamkeiten und die Unterschiede mit den Schüler*innen ausgearbeitet werden.

*Wichtig: keine Bewertungen der persönlichen Erfahrungen! Die Schüler*innen sollen nicht zum Teilen ihrer persönlichen Geschichten gezwungen werden.*

Für die Methode des angeleiteten Gesprächs gibt es zwei Varianten:

Variante 1: Zustimmungsbarometer

An den gegenüberliegenden Enden des Klassenzimmers werden Zettel aufgehängt, auf denen „0 %“ und „100 %“ steht (siehe Anhang 4, Variante 1). Die Schüler*innen positionieren sich zwischen den beiden Punkten entsprechend dem Grad ihrer Zustimmung. Die Lehrkraft kann einzelne Schüler*innen gezielt auffordern, ihre Position zu erläutern.

Vorgeschlagene Aussagen:

- ▶ Ich interessiere mich persönlich für die Geschichte des Zweiten Weltkriegs
- ▶ In meiner Familie wird ständig über den Krieg gesprochen
- ▶ Meine Familie erinnert sich überhaupt nicht an den Krieg
- ▶ Meine Familie spricht nicht über Krieg
- ▶ Meine Familie hat eine Fluchterfahrung gemacht

Variante 2:

Die Schüler*innen erhalten Fragebögen (siehe Anhang 4, Variante 2), auf denen sie die Fragen frei beantworten. Aus den Fragebögen wird dann eine Mini-Ausstellung erstellt. Die Schüler*innen können ihre Fragebögen vor der Klasse präsentieren, wenn sie dies möchten.

Teil 2. Wisst ihr, wo das ist?

Präsentation von Fotos der Gedenktafeln in Bremen (am Bahnhof) und Minsk (auf dem Gelände des ehemaligen Sonderghettos). Den Schüler*innen wird die Frage gestellt, ob sie wissen, wo sich die gezeigten Tafeln befinden.

Je nach Antwort werden (weiterführende) Informationen, geteilt bzw. ergänzt.

- ▶ Die Gedenktafeln wurden etwa zur gleichen Zeit in Bremen und Minsk errichtet
- ▶ In der belarussischen Hauptstadt wurde mit der Erinnerung an die Deportation der Jüdinnen und Juden aus dem Raum Bremen das erste Gedenkzeichen errichtet, das an die deportierten Jüdinnen und Juden aus West- und Mitteleuropa erinnert.

Annäherung 2. Geschichte des Nationalsozialismus und des Holocausts

Die Lehrkraft ruft das bereits im Unterricht gelernte Material zur Geschichte des Nationalsozialismus, des Zweiten Weltkrieges und des Holocausts in Erinnerung. Dazu verwendet sie die Methode der Zeitleiste. Diese spielt während der beiden Projekttage eine zentrale Rolle. Im Laufe des Projekttages werden zeitliche und geografische Schichten auf der Zeitleiste hinzugefügt. Die Daten und Beschreibungen von Ereignissen für diese Arbeit können mit der Vorlage in Anhang 2 erarbeitet werden. Falls gewünscht, kann die Zeitleiste auch an die Tafel gezeichnet oder aus einem Seil/mit Kreppband auf dem Klassenzimmerboden dargestellt werden. Hier werden zunächst die Jahreszahlen angebracht und anschließend die Ereigniskarten ausgelegt. Die Schüler*innen ordnen die Ereigniskarten so an, dass Schlüsselergebnisse des Nationalsozialismus, des Zweiten Weltkrieges und des Holocausts erkennbar sind. Dabei soll ausreichend Platz gelassen werden, um die nächsten Schichten der Chronologie zu ergänzen. Die Lehrkraft kann die Daten und Ereignisse kommentieren (bzw. berichtigen). Falls erforderlich, werden hier und in den folgenden Sequenzen Begriffe geklärt, die den Schüler*innen nicht geläufig sind (siehe Anhang 1, „Schlüsselbegriffe“).

Tipp: Die Lehrkraft kann den Schüler*innen die zusätzliche Aufgabe geben, im Internet zu recherchieren oder mit einem Text zu arbeiten (z.B. Dr. Arno Herzog „1933-1945: Verdrängung und Vernichtung“ <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/juedisches-leben-in-deutschland-304/7687/1933-1945-verdraengung-und-vernichtung/>, siehe Text in Anhang 9), um herauszufinden, welche Einschränkungen gegen Jüdinnen und Juden verhängt wurden. Die Schüler*innen werden gebeten, diese auf zusätzliche Zettel zu schreiben und in Form einer Mindmap an die Tafel zu heften oder zu zeichnen.

Die Zeitleiste soll so angebracht werden, dass sie über die ganze Zeit der Projekttage als Gedankenstütze für die Schüler*innen gut sichtbar ist.

Annäherung 3. Der Nationalsozialismus im Raum Bremen

Die Lehrkraft zeigt eine Präsentation über den Nationalsozialismus im Raum Bremen (der Inhalt für den Vortrag kann auf dem entsprechenden Teil des Einführungsartikels im Anhang 1 basieren).

Nicht bekannte Begriffe werden erklärt oder in der Rubrik „Schlüsselbegriffe“ nachgeschaut.

Tipp: Die Lehrkraft kann die Karte mit den Deportationsrouten nach Minsk und Theresienstadt aus der Präsentation ausdrucken und gut sichtbar für die Schüler*innen im Klassenzimmer anbringen.

Die Lehrkraft verweist auf den Zeitstrahl und erläutert, welche Ereignisse für Bremen, Bremerhaven und Verden charakteristisch waren. Anschließend wird die Zeitleiste gemeinsam mit den Schüler*innen an den entsprechenden Stellen mit den Ereigniskarten ergänzt, die sich auf die einzelnen Städte beziehen (siehe Anhang 2). Darüber hinaus werden die Schüler*innen gebeten, Fotos, Dokumentenfragmente und Erinnerungen (siehe Anhang 2) hinzuzufügen, diese vorzulesen und die Frage zu beantworten, unter welchen Umständen die jeweiligen Ereignisse stattgefunden haben.

Anschließend werden die Schüler*innen gebeten, sich in vier Gruppen einzuteilen und im Internet (z.B. Bremen: <https://www.spurensuche-bremen.de/map/>, Verden: <https://www.landkreis-verden.de/portal/seiten/stolpersteine-901001389-20600.html>, Bremerhaven: https://weboffice21.bremerhaven.de/WebOffice_Stadtplan/synserver?project=Stadtplan&client=core&language=de&view=Stolpersteine&query_preset=Stolpersteine&X=472470&Y=5932530&scale=10000&client_app_referer=bremerhaven_de) nach Informationen über Erinnerungsorte in Bremen, Bremerhaven und Verden zu folgenden Themen zu recherchieren:

1. Arisierung

→ das Arisierungsdenkmal auf der Wilhelm-Kaisen-Brücke, Finanzamt, Bremen

2. Novemberterror

→ z.B. Rosenak Haus, Synagoge Aumund, Bremen

→ Kaufhaus Schocken am Ort des ehemaligen Karstadt Gebäudes, Bremerhaven

→ Ort der alten Synagoge in der Schulstraße 5, Bremerhaven

→ Ort der alten Synagoge am Johanniswall 7, Verden

3. Orte der letzten Unterbringung der Bremer Jüdinnen und Juden vor der Deportation nach Minsk

→ z.B. Hermann-Böse-Gymnasium, Oberschule am Barkhof, Bremen

Hinweis: nicht zu verwechseln mit den „Judenhäusern“ der Stadt, die grundsätzlich die unfreiwillige Konzentration von Jüdinnen und Juden in der Stadt in Wohnhäusern vorsah

→ Villa Schocken, Wurster Str. 106, Bremerhaven

4. Abfahrtsorte für die Deportation nach Minsk und Theresienstadt

→ Lloyd Bahnhof, Friedrich-Rauers-Straße 1, Bremen

Jede Gruppe zeichnet die entsprechenden Punkte auf einen Stadtplan von Bremen, Bremerhaven und Verden ein (siehe Anhang 5) und stellt der Klasse ihr Thema vor. Die Karten werden in der Nähe des entsprechenden Abschnitts auf der Zeitleiste platziert.

Annäherung 4. Was ich bereits über Belarus weiß

Die Lehrkraft gibt eine Einführung zu Belarus. Beginn mit Fragen an die Klasse (Antworten können auf einer Karte gezeigt werden):

- ▶ Wo liegt das Land?
- ▶ An welche Länder grenzt Belarus?
- ▶ Wie heißt die Hauptstadt?

Hinweis: die Lehrkraft erklärt, warum es richtig ist, das Land Belarus zu nennen und dementsprechend belarussisch zu sagen, und nicht „Weißrussland“ bzw. „weißrussisch“ oder „belarussisch“. (siehe Anhang 10)

Anschließend werden die Schüler*innen zu Brainstorming aufgefordert:

- ▶ Nenne drei Wörter, die du mit Belarus verbindest
- *Anhand dieser Wörter wird eine Wortwolke erstellt*

Die Lehrkraft beantwortet offene Fragen der Schüler*innen.

Tipp: Es können auch interaktive Methoden wie Mentimeter (<https://www.mentimeter.com/>) oder die Gruppierung von Wörtern auf Karten an der Tafel verwendet werden.

Annäherung 5. Der Vernichtungskrieg und der Holocaust in Minsk

Teil 1: Hinführung

Die Lehrkraft hält einen kurzen Vortrag über die Besonderheiten des Vernichtungskrieges in Belarus und die Entstehung des Minsker Ghettos (der Inhalt für den Vortrag kann auf dem entsprechenden Teil des Einführungsartikels basieren, Anhang 1). Nicht bekannte Begriffe werden erklärt und es wird auf die Schlüsselbegriffe verwiesen.

Anschließend wird, gemeinsam mit den Schüler*innen, die Zeitleiste an den entsprechenden Stellen mit den Ereigniskarten ergänzt, die sich auf Minsk beziehen (siehe Anhang 2). Darunter befinden sich auch Karten zu den Deportationen nach Minsk.

Teil 2: Vertiefung

Ein Beispiel für die menschenverachtende Behandlung von Jüdinnen und Juden ist die Ermordung der lokalen Ghettohäftlinge, um Platz für deportierte Jüdinnen und Juden aus westeuropäischen Städten "freizumachen". Dazu gehörte auch ein großes Pogrom am 20. November 1941, kurz vor der Ankunft des Zuges mit Jüdinnen und Juden aus dem Raum Bremen. Ein Auszug aus den Memoiren von Hanna Krasnapjorka, einer ehemaligen Gefangenen des Minsker Ghettos, behandelt diesen

Aspekt. Auch in den Ausschnitten aus den Erinnerungen von Karl Loewenstein aus Berlin, einem Häftling des Sonderghettos, lässt sich dieses Thema finden (siehe Anhang 7).

Die Schüler*innen sollen die Texte nach der Methode „INSERT“ lesen und mit den folgenden Symbolen kennzeichnen:

Die Schüler*innen sollen den Texte nach der Methode „INSERT“ lesen und mit den folgenden Symbolen kennzeichnen:

- V : das kenne ich schon;
- + : das ist eine neue Information für mich;
- : Diese Information widerspricht meinem bisherigen Wissen;
- ? : das ist mir nicht klar, ich brauche Erklärungen, Klarstellungen.

Anschließend präsentieren die Schüler*innen ihre Ergebnisse. Gemeinsam werden offene Fragen beantwortet. Die Schüler*innen versuchen, anhand der Karte des Minsker Ghettos (siehe Anhang 3, bzw. eine Folie in der Präsentation) zu erraten, wo die Ereignisse stattgefunden haben könnten.

Weiterführend sollen die Schüler*innen nachvollziehen, wie die Deportation durchgeführt wurde und was mit den Jüdinnen und Juden aus dem Raum Bremen im Minsker Ghetto geschah. Die Lehrkraft zeigt hierfür einen Kurzfilm mit Ausschnitten aus Interviews mit Überlebenden des Minsker Ghettos: <https://www.youtube.com/watch?v=DVkBIA4VKA>.

Es sprechen Hanusz Münz (aus Theresienstadt deportiert) und Elfryda Asliozava (Häftling im Ghetto).

Der tschechische Jude Hanusz Münz wurde am 25. August 1942 mit 1.000 Jüdinnen und Juden aus Theresienstadt nach Maly Traszjanez deportiert. Fast alle Menschen des Transports wurden erschossen, Hanusz Münz gehörte zu den 22 Personen, die zur Zwangsarbeit im Lager zurückgelassen wurden. Im August 1943 gelang ihm die Flucht. Er schloss sich einer Partisaneneinheit an und kämpfte bis Juli 1944 in deren Reihen. Danach diente er bis Kriegsende in der Roten Armee. (weitere Informationen zu seiner Biografie: <https://trostenez.org/biography/#hanus-munz>.)

Elfryda Asliozava wurde am 13. November 1935 als einziges Kind einer jüdischen Intellektuellenfamilie in Minsk geboren. Nach der Verhaftung der Untergrundhelferin Volha George, die sich um Elfryda kümmerte, kam sie in ein Waisenhaus, wo sie getauft wurde. Eine Nachbarin von George, Stefania Vavilava, holte Elfryda aus dem Waisenhaus und nahm das Eigentum der Verhafteten an sich. Elfryda besuchte die erste Klasse einer deutschen Schule unter dem Namen Alena Vavilava. Ihre Eltern konnten aus dem Ghetto fliehen und schlossen sich einer Partisaneneinheit in Nalibokskaya Pushcha an. Nach der Befreiung von Belarus nahm ihre Mutter sie zu sich. 1949 zog sie zusammen mit ihrer Mutter zu Verwandten nach Riga (Lettland). Dort schloss sie die Schule und die Universität ab und arbeitete als Maschinenbauingenieurin. Im Jahr 1962 heiratete sie und zog nach Minsk.

Den Schüler*innen werden Verständnisfragen zu den gezeigten Zeitzeug*innen-Interviews gestellt:

- Was könnt ihr über die unterschiedlichen Haltungen gegenüber einheimischen und deutschen Jüdinnen und Juden erfahren?
- Konnten die deportierten Jüdinnen und Juden erahnen, was auf sie zukommen würde?

Die Lehrkraft ergänzt diese Informationen durch eine Präsentation über den Alltag im Ghetto, das viertägige Pogrom im Juli 1942, das letzte Pogrom an den Jüdinnen und Juden aus dem Raum Bremen sowie die Geschichte der Vernichtungsstätte in Maly Traszjanez und Blahauschtschyna.

Annäherung 6. Arbeit mit Biografien

In diesem Teil des zweiten Projekttages arbeiten die Schüler*innen in Kleingruppen zu sieben verschiedenen Biografien. So kann das Gelernte anhand von Einzelbeispielen vertieft werden. Die Ergebnisse der Gruppenarbeit werden anschließend der Klasse präsentiert. Die Betrachtung der historischen Ereignisse durch Perspektive einzelner Personen soll den Jugendlichen helfen, die Geschehnisse während des Nationalsozialismus im Raum Bremen und des Holocaust in Minsk besser zu verstehen. Die Kleingruppenarbeit ist so konzipiert, dass sie sieben sehr verschiedene Biografien in den Fokus rückt und so Gemeinsamkeiten, Überschneidungen und Unterschiede sichtbar macht.

- Rebecka Neumann aus Vegesack: wurde im Minsker Ghetto ermordet. Auch viele ihrer Verwandten wurden umgebracht. Nur wenige überlebten die Lager Auschwitz, Theresienstadt oder Mauthausen.
- Hans Frank: einer von sechs Menschen, die von Bremen nach Minsk deportiert wurden und überlebten.
- Otto Polak aus Bremen: Schüler der jüdischen Schule in der Kohlhökerstraße Straße und überlebte in der Umgebung von Bremen.
- Hanna Krasnapjorka: Überlebende des Minsker Ghettos. Anschließend gelang ihr die Flucht zu den Partisan*innen.
- Jeanette Schocken aus Bremerhaven: wurde mit ihrer Tochter nach Minsk deportiert und ermordet.
- Martin Spanier aus Verden: war im Minsker Ghetto sowie in weiteren Lagern interniert. Einziger Überlebender der deportierten Verdener Jüdinnen und Juden.
- Heinrich Schauwacker: Kriegsverbrecher aus Bremen. Er war an den Morden in Maly Traszjanez beteiligt.

Die Schüler*innen erhalten eine Reihe von Materialien zu den Biografien (siehe Anhang 8). Aus diesen sollen sie eine Präsentation mit einer PowerPoint-Präsentation oder im Poster-Format vorbereiten.

Tipp: Zur besseren Veranschaulichung kann ein Modell der jeweiligen Familie gezeichnet und Karten verwendet werden, auf denen die jeweiligen Bewegungen eingezeichnet sind.

Falls gewünscht, kann die Gruppe die Zeitleiste mit Karten ergänzen, die sich auf ihre jeweilige Biografie beziehen. Außerdem können die Schüler*innen auf den folgenden Websites nach weiteren Informationen suchen:

- ▶ <https://audiowalks.centropa.org/de/minsk-de/>
- ▶ <https://trostenez.org/ausstellung/>
- ▶ <https://malytrostinec.ngm-uos.de/exhibits>
- ▶ <https://www.spurensuche-bremen.de/>
- ▶ <https://www.stolpersteine-bremen.de/>
- ▶ <https://zeitzeugenarchiv.gwminsk.com/de>
- ▶ <https://www.oberschule-geestemuende.de/?p=2518>
- ▶ https://weboffice21.bremerhaven.de/WebOffice_Stadtplan/synserver?project=Stadtplan&client=core&language=de&view=Stolpersteine&query_preset=Stolpersteine&X=472470&Y=5932530&scale=10000&client_app_referer=bremerhaven_de
- ▶ <https://www.landkreis-verden.de/portal/seiten/stolpersteine-901001389-20600.html>
- ▶ <https://atlas.lastseen.org/image/bremen/330>

Neben der Vorstellung der Biografien sollen die Schüler*innen folgende Zusatzfragen beantworten:

Gruppe 1. Rebecka Neumann aus Vegesack.

- ▶ Warum wurde ein Teil ihrer Familie nicht nach Minsk deportiert?
- ▶ Wie zeigt sich die schrittweise Entrechtung der Jüdinnen und Juden durch die Nationalsozialisten am Beispiel von Rebeckas Familie?

Gruppe 2. Hans Frank, ein Überlebender aus Bremen

- ▶ Warum wirken die Menschen auf den Fotos am Tag vor der Deportation scheinbar glücklich und zufrieden?
- ▶ Warum ist Hans Frank nach dem Krieg nach Israel ausgewandert?
- ▶ Wie könnte die Selbstwahrnehmung von Holocaust-Überlebenden und anderen Opfern des Nationalsozialismus in der deutschen Nachkriegsgesellschaft gewesen sein?

Gruppe 3. Otto Polak, der einzige überlebende Schüler der Schule in der Kohlhökerstraße

- ▶ Wie konnte Otto Polak überleben?
- ▶ Wie lässt sich sein Schicksal mit dem der Schülerin Alma-Ursel Salomon vergleichen? Welche Lösung wurde für jüdische Kinder gefunden, denen der Besuch nichtjüdischer Schulen verboten war, die aber zur Schule gehen mussten?
- ▶ Welche Lösung wurde für jüdische Kinder gefunden, die aufgrund der NS-Gesetze keine nichtjüdischen Schulen besuchen durften?
- ▶ Wie veränderte sich die gesellschaftliche Haltung gegenüber jüdischen Kindern durch die Einführung der Pflicht, einen „Gelben Stern“ zu tragen?

Gruppe 4. Hanna Krasnapjorka, eine Gefangene des Minsker Ghettos

- ▶ Welche Art von Beziehungen bestanden zwischen den Häftlingen des sogenannten „Sonderghettos“ und denen des „russischen“ Teil des Minsker Ghettos? Was beschrieb Hanna Krasnapjorka in ihren Erinnerungen als besonders auffällig?
- ▶ Wie war das Verhältnis zwischen den Minsker Ghettohäftlingen und denen ins Minsker Ghetto deportierten Deutschen?
- ▶ Das Buch von Hanna Krasnapjorka war 1984 eines der ersten Bücher über das Minsker Ghetto, das in der Sowjetunion veröffentlicht wurde. Warum war das so?

Gruppe 5. Jeanette Schocken aus Bremerhaven, ermordet in Minsk

- ▶ Welche Folgen hatte der Novemberterror für Jeanette Schocken und ihre Familie?
- ▶ Auf welchen Wegen konnten die Familienangehörigen von Jeanette Schocken fliehen? Welche Gründe hinderten sie an der Ausreise?
- ▶ Was erfährt man aus ihrem letzten Brief? Wie könnte ihre persönliche Situation die Darstellung der Ereignisse beeinflusst haben?

Gruppe 6 Martin Spanier, der einzige Überlebende aus Verden

- ▶ Welche Informationen lassen sich aus der Liste „Verzeichnis der Juden in der Stadt Verden (Aller)“ über die deportierten Verdener Bürger*innen gewinnen? Wieso wird hier von „evakuierten“ Personen gesprochen?
- ▶ Wieso konnte Martin Spanier als einziger Verdener überleben?
- ▶ Martin Spanier kehrte nach dem Krieg nach Verden zurück. Vor welche Probleme war er in dieser Zeit gestellt?

Gruppe 7. Heinrich Schauwacker, ein Kriegsverbrecher aus Bremen

- ▶ Welches Bild des Täters ergibt sich aus den Materialien? Welche Entwicklung lässt sich in Schauwackers Haltung erkennen?
- ▶ Wurde im Nachkriegsdeutschland ausreichend für die strafrechtliche Verfolgung von NS-Verbrechern getan?

Annäherung 7. Gedenkkultur in Bremen und Minsk

In einer kurzen PowerPoint-Präsentation zeigt die Lehrkraft auf, wie die Erinnerung an die Opfer des Holocausts im Raum Bremen und in Minsk bewahrt wird. Dazu wird das einleitende Material genutzt.

Die Schüler*innen setzen die Inhalte in Bezug zu eigenen Erfahrungen mit Erinnerungskultur, berichten über ihre Beobachtungen und erläutern, wo ihnen Spuren im Stadtbild auffallen.

Abschließende Reflexion

Zum interaktiven Abschluss und zur Festigung des erworbenen Wissens werden die Schüler*innen eingeladen, gemeinsam oder einzeln auf ihren Smartphones einen Online-Test zur Geschichte des Minsker Ghettos zu machen: <http://tests.gwminsk.com/testGer/testGer.html>.

Anschließend führt die Lehrkraft mit den Teilnehmenden eine Abschlussdiskussion über die Ergebnisse des Projekttags durch. Dazu können eine oder mehrere Fragen aus dem Fragenkatalog ausgewählt werden:

- ▶ Wie hätten die Jüdinnen und Juden aus dem Raum Bremen überleben können? Hatten sie eine Chance, sich an der lokalen (belarussischen) Partisan*innenbewegung zu beteiligen? Wie hätten sie sich wehren können?
- ▶ Wie sollten Bremen, Bremerhaven und Verden mit ihrer Geschichte umgehen? Wird das Thema der Deportation der Jüdinnen und Juden aus dem Raum Bremen im Stadtraum ausreichend in der Öffentlichkeit präsentiert?
- ▶ Was sollen und können wir aus der Vergangenheit lernen? Was hat das mit uns zu tun?
- ▶ Wie können wir es schaffen, bei Menschenrechtsverletzungen aktiv zu werden?

Optionale Aufgaben

Eine weiterführende Möglichkeit, sich auch nach dem Projekttag mit dem Thema auseinanderzusetzen, ist ein Besuch der Orte, die mit den Deportationen der Jüdinnen und Juden aus dem Raum Bremen in Verbindung stehen, wie zum Beispiel die Gedenktafel am Bremer Hauptbahnhof. Darüber hinaus können Stolpersteine geputzt werden oder Steine, Blumen oder Kerzen aufgestellt werden. Weiterführende Informationen zu den Stolpersteinen in Bremen und Bremen-Nord finden sich unter: <https://www.stolpersteine-bremen.de/stadtteile.php>, für Verden: <https://www.landkreis-verden.de/portal/seiten/stolpersteine-901001389-20600.html>, für Bremerhaven: https://weboffice21.bremerhaven.de/WebOffice_Stadtplan/synserver?project=Stadtplan&client=core&language=de&view=Stolpersteine&query_preset=Stolpersteine&X=472470&Y=5932530&scale=10000&client_app_referer=bremerhaven_de.

Mögliche Hausaufgaben:

- ▶ Erstellen eines Berichts über weitere Gruppen von Kriegsopfern aus dem Raum Bremen (z.B. Euthanasieopfer, Sint*ezze und Rom*nja, Zwangsarbeiter*innen usw.) und Orte, die mit ihnen in Verbindung stehen;
daran anschließend kann auch der Denkort Bunker Valentin in Bremen-Farge besucht werden
- ▶ Recherchieren ausgewählter Schicksale von nach Minsk deportierten Menschen aus anderen europäischen Städten;
- ▶ Recherchieren von Opfern des Minsker Ghettos durch die Arbeit mit dem Zeitzeugenarchiv der Minsker Geschichtswerkstatt (<https://zeitzeugenarchiv.gwminsk.com/de>). Vorbereitung einer kurzen Präsentation für die Klasse.

Anhang 1: Historische Hinführung und Schlüsselbegriffe

Zur Geschichte des Minsker Ghettos und der Deportation der Jüdinnen und Juden aus dem Raum Bremen

Von der Entziehung der Rechte zur Deportation der Jüdinnen und Juden aus dem Raum Bremen

In Bremen gibt es seit 1803 eine jüdische Gemeinde. Während ihrer Blütezeit um 1925 lebten 1.328 Jüdinnen und Juden in der Stadt. In Bremerhaven existierte seit dem 18. Jahrhundert eine jüdische Gemeinde. 1878 wurde die Synagoge in der Schulstraße in Geestemünde eröffnet. Im Jahr 1931 bestand die Gemeinde in Bremerhaven aus 343 Personen. Auch in Verden reicht die Geschichte der jüdischen Gemeinde lange zurück. Ihr Gründungsjahr wird auf das Jahr 1808 datiert. 1858 eröffnete diese die Synagoge am Johanniswall. 1933 lebten noch 78 Jüdinnen und Juden in Verden. Bereits kurz nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 wurden Jüdinnen und Juden systematisch diskriminiert und ausgegrenzt. Mit der Verabschiedung der sogenannten „Nürnberger Gesetze“ 1935, bekam die rassistische und antisemitische Verfolgung der jüdischen Bevölkerung, sowie der Sint*ezze und Rom*nja in Deutschland eine juristische Grundlage.

Darüber hinaus begann ein staatlich durchgesetzter Prozess der „Arisierung“, bei dem jüdisches Eigentum und Vermögen zwangsweise auf Nicht-Jüdinnen und Nicht-Juden übertragen wurde. Jüdische Unternehmen und Betriebe wurden aufgelöst oder an nicht-jüdische Käufer*innen zu einem viel zu niedrigen Preis verkauft. Auch Immobilien wurden im Zuge der „Arisierung“ enteignet oder zwangsverkauft. Infolge von Berufsverboten mussten jüdische Eigentümer*innen in Bremen, Bremerhaven und Verden immer mehr Geschäfte und Betriebe aufgeben. Diese erzwungene Situation wurde von den nicht-jüdischen Käufer*innen vielfach ausgenutzt. Ab 1941 erfolgte die „Arisierung“ auch durch die Beschlagnahmung und den Verkauf des Eigentums der Deportierten. In Bremen wurden während der NS-Herrschaft 247 Immobilien „arisert“. Überlebende mussten sich bürokratischen, langwierigen und emotional belastenden Wiedergutmachungs- und Rückerstattungsverfahren unterziehen, um das im Nationalsozialismus geraubte Eigentum zurückzuerlangen, wie auch im Fall von Martin Spanier aus Verden. Wobei viele von ihnen nie eine vollständige oder überhaupt keine Entschädigung erhielten.

Nach dem Gesetz vom 15. November 1938 wurde jüdischen Kindern der Besuch von allgemeinen Schulen untersagt. Dadurch waren immer mehr jüdische Schüler*innen gezwungen, ihre Ausbildung abzubrechen. Ab Ende 1938 nutzte die jüdische Gemeinde in Bremen die Räumlichkeiten im Haus der Kohlhökerstraße 6 als Gemeindezentrum und richtete eine Religionsschule ein. Mehr als 30 Kinder konnten dort unterrichtet werden. Andere Kinder der Bremer Gemeinde wurden mit sogenannten „Kindertransporten“ nach Großbritannien und damit in Sicherheit gebracht. Auch die Enkel von Jeanette Schocken, Miriam und Joachim, konnten durch einen Kindertransport 1938 in die Niederlande gerettet werden.

Für erwachsene Jüdinnen und Juden stellten die strengen Einwanderungsbestimmungen der möglichen Zielländer ein Hindernis dar. Zwischen 1939 und 1941 kamen nur wenige Länder für eine Flucht in Betracht, darunter einige südamerikanische Länder oder Shanghai, da hier kein Visum benötigt wurde. Zeitgleich mit dem Beginn der Deportationen am 23. Oktober 1941 verbot das NS-Regime die Auswanderung von Jüdinnen und Juden aus Deutschland vollständig. Insgesamt gelang etwa 300.000 Jüdinnen und Juden die Flucht über die Grenze, während rund 165.000 im Deutschen Reich blieben, viele von ihnen in Berlin.

Am 9. und 10. November 1938 zerstörten Nationalsozialisten während des Novemberterrors (auch „Reichspogromnacht“ oder „Reichskristallnacht“ genannt) hunderte Synagogen im Deutschen Reich. In Bremen zündeten sie die Synagoge in der Gartenstraße (Schnoor) an und verwüsteten jüdische Geschäfte und Wohnungen. Jüdinnen und Juden wurden an Sammelplätzen zusammengetrieben. Die Frauen und Kinder durften am Morgen gehen, 178 jüdische Männer wurden verhaftet und zunächst in das Zuchthaus in Oslebshausen gebracht, später in das Konzentrationslager Sachsenhausen deportiert. Erst nach einigen Wochen konnten sie wieder nach Bremen zurückkehren. Fünf Menschen wurden in dieser Nacht in Bremen ermordet. In Verden kam es ebenfalls zur Gewalt gegen jüdische Mitbürger*innen und Ausschreitungen gegen jüdische Geschäfte. Vierzehn jüdische Männer wurden festgenommen und zunächst zur Gestapo gebracht. Später erfolgte die Überstellung ins Verdener Gerichtsgefängnis. Am frühen Morgen des 10. November steckten vermutlich drei Verdener SA-Männer die Synagoge am Johanniswall Nr. 7 an. Es ist bewiesen, dass die Freiwillige Feuerwehr anrückte, aber die Brände nicht löschen, sondern weiter anfachte. Die Synagoge brannte vollständig aus. Auch in Bremerhaven wurde die Synagoge in der Schulstraße 5 geplündert und in Brand gesetzt, sowie der Friedhof geschändet. Hier griff die herbeigerufene Feuerwehr nicht ein. Die SS und SA demolierte jüdische Geschäfte, wie das Kaufhaus Schocken und misshandelten mehrere Menschen. Männliche Juden wurden festgenommen und für einige Zeit im Konzentrationslager Sachsenhausen interniert.

Die schrittweise Entreichtung war ein Grund, warum sich nicht alle im Deutschen Reich lebenden Jüdinnen und Juden für eine Flucht entschieden, obwohl dies zwischen 1933 und 1935 noch möglich war. Trotzdem kam es nach dem „Aprilboykott“ 1933, den „Nürnberger Gesetzen“ 1935 und vor allem nach dem Novemberterror 1938 zu Fluchtbewegungen, vor allem in die europäischen Nachbarländer und in die Vereinigten Staaten.

Aus Bremen konnten 1.034 Jüdinnen und Juden durch Auswanderung entkommen. 775 Bremer Jüdinnen und Juden überlebten den Holocaust nicht und fielen den Deportationen zum Opfer. Die meisten starben in Minsk und Theresienstadt. In Bremerhaven gab es nach dem Zweiten Weltkrieg keine jüdische Gemeinde mehr.

Vorbereitungen der Deportation

Mit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 begannen die Deutschen umgehend mit der systematischen Erschießung von sowjetischen Jüdinnen und Juden. Es handelte sich um eine strategische Entscheidung, westeuropäische Jüdinnen und Juden in den Osten Europas zu deportieren und erst später zu töten. Am 23. Oktober 1941 erließ das NS-Regime ein Verbot der Auswanderung für Jüdinnen und Juden, am 25. Oktober 1941 begann die erste Deportationswelle von 20.000 Jüdinnen und Juden aus dem „Altreich“ nach Litzmannstadt (Łódź). Da sich die Gauleiter in den besetzten polnischen Gebieten weigerten, weitere Jüdinnen und Juden aus dem Reich aufzunehmen, wurden für die zweite Deportationswelle Minsk und Riga als Ziele in der besetzten Sowjetunion ausgewählt. Der so genannte „Evakuierungsbefehl“ sah vor, etwa 50.000 Jüdinnen und Juden „zur Arbeit in den Osten“ zu verschleppen.

Die Deportation der Jüdinnen und Juden im Raum Bremen erfolgte am 18. November 1941 vom Bahnhof Bremen. Für die Bremer Jüdinnen und Juden ist überliefert, dass sie ihren Befehl zur Deportation gemäß einer Gestapo-Liste um den 11. November 1941 erhielten. Am 17. November 1941 mussten sich die Jüdinnen und Juden aus Bremerhaven am Bahnhof in Wesermünde-Geestemünde

einfinden, von wo aus sie nach Bremen gebracht wurden. Auch 21 der in Verden verbliebenen Jüdinnen und Juden wurden an diesem Tag nach Bremen deportiert. Hier stießen sie auf die Bremer Jüdinnen und Juden, die sich ebenfalls am 17. November 1941 an zwei Sammelstellen einfinden mussten: der Lettow-Vorbeck-Schule (heute Hermann-Böse-Gymnasium) und der Carl-Peters-Schule (heute Oberschule am Barkhof). Dort unterzogen sie sich einer demütigenden Prozedur. In einem ersten Raum mussten sie an einem Schalter ihren Namen, ihr Geburtsdatum und ihre Adresse angeben. Ein SS-Offizier strich anschließend ihren Namen auf einer vorbereiteten Liste durch. Am nächsten Tisch wurden sie gezwungen, ihren Personalausweis abzugeben und das folgende Dokument zu unterschreiben:

„Ich, der unterzeichnende Jude, bestätige hiermit, ein Feind der Deutschen Regierung zu sein und als solcher kein Anrecht auf das von mir zurückgelassene Eigentum, auf Möbel, Wertgegenstände, Konten oder Bargeld zu haben. Meine deutsche Staatsbürgerschaft ist hiermit aufgehoben und ich bin vom ... November ab staatenlos.“¹

Das unterschriebene Dokument wurde in die abgegebene Urkunde eingefügt. Am dritten Tisch forderte man sie auf, die Taschen zu leeren, die Brieftasche und das Geld in einen großen Papierkorb zu werfen und Briefe und Notizen zu zerreißen. Anschließend mussten die Menschen Geld, Silber und Schmuck abgeben.

Die Menschen durften nur ein Koffer mit einem Gewicht von bis zu 50 Kilogramm mitnehmen, dazu Kleidung, Bettzeug und eine Decke, Lebensmittel für drei Tage und nicht mehr als 100 Reichsmark. Alles andere musste bei der Registrierung in der Sammelstelle abgegeben werden.

Den Betroffenen wurde fälschlicherweise mitgeteilt, dass sie Wiederaufbauarbeiten leisten und Gebiete im Osten für eine deutsche Besiedlung vorbereiten würden. Diese Täuschung diente dazu, die Hoffnung der erschöpften Menschen aufrechtzuerhalten und so Widerstand zu vermeiden.

Am Morgen des 18. November 1941 wurden 443 Bremer Jüdinnen und Juden und 130 Jüdinnen und Juden aus dem Landkreis Stade (unter ihnen auch die Jüdinnen und Juden aus Bremerhaven und Verden) unter dem Schutz von mehr als 40 Bremer Polizeibeamten zum Lloydbahnhof (heute Teil des Verwaltungstraktes des Bremer Hauptbahnhofes) gebracht.

Der von örtlichen Wachleuten begleitete Zug verließ Bremen um 8:40 Uhr mit 573 Personen und erreichte gegen 11:30 Uhr den Hannoverschen Bahnhof in Hamburg. Dort wartete ein weiterer Zug mit 408 Hamburger Jüdinnen und Juden auf die Weiterfahrt. Es dauerte mehrere Tage, bis die Züge ihr Ziel erreichten. Die Deportierten aus dem Reich waren in Personenwaggons untergebracht, die sie zu ihrem Bestimmungsort brachten. Die Reise war lang und beschwerlich, keiner wusste, was vor ihm lag, außer, dass es Richtung „Osten“ ging. Über die konkreten Verhältnisse während der Fahrt ist nur wenig bekannt. Am 22. November 1941 erreichte der Zug den Güterbahnhof in Minsk. Damit war dieser Transport einer von sieben Deportationszügen, die zwischen November und Dezember 1941 Jüdinnen und Juden aus Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Berlin, Brünn, Bremen und

1. Günther Rohdenburg: Die Letzten 26 Tage in Bremen, in: „... sind Sie für den geschlossenen Arbeitseinsatz vorgesehen...“ „Judendeportationen“ von Bremerinnen und Bremern während der Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Bremen 2009, S. 43.

Wien in das Minsker Ghetto brachten. Kurz darauf wurde der Deportationsverkehr vorübergehend eingestellt, da die Züge für militärische Zwecke, insbesondere zur Versorgung der Truppen bei der Schlacht um Moskau, benötigt wurden. Ab Frühjahr 1942 wurden die Deportationen von Jüdinnen und Juden nach Minsk wieder aufgenommen.

Der Vernichtungskrieg in den belarussischen Gebieten

Auch auf belarussischen Gebieten begann der Zweite Weltkrieg im Jahr 1939. Bereits kurz nach Abschluss des Hitler-Stalin-Pakts überfiel am 1. September 1939 das nationalsozialistische Deutsche Reich Polen. Am 17. September 1939 drangen sowjetische Truppen in das Gebiet von West-Belarus ein, das damals zu Polen gehörte. Die sowjetischen Verantwortlichen bezeichneten den Feldzug der Roten Armee euphemistisch als „Befreiungsfeldzug“ zum „Schutz“ der Bevölkerung in West-Belarus und der Westukraine. In der Folge wurde der Westen von Belarus in die Belorussische Sowjetische Sozialistische Republik (BSSR) eingegliedert, und der Prozess der Sowjetisierung begann.

In der sowjetischen Geschichtsschreibung wurde dieser Einmarsch jedoch nicht als Kriegsbeginn betrachtet, sondern als „gerechte Wiedervereinigung“ des belarussischen und ukrainischen Volkes dargestellt. Bis heute gilt in der offiziellen belarussischen Erinnerungspolitik der 22. Juni 1941, der Tag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion, als eigentlicher Beginn des Krieges. Diese Sichtweise spiegelt sich auch in der Bezeichnung „Großer Vaterländischer Krieg“ (1941–1945) wider, die bis heute im offiziellen Diskurs in Belarus dominiert. Damit wird die Phase von 1939 bis 1941 ausgebündet oder verklärt. Der Einmarsch der Roten Armee in Polen wird so zur „Rettung von Westbelarus und der Westukraine“ umgedeutet und nicht als Teil des Zweiten Weltkriegs anerkannt.

Nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion errichteten die Nationalsozialisten zwischen Juni und Juli 1941 ein Besetzungsregime in Belarus. Das Gebiet wurde verschiedenen deutschen Verwaltungseinheiten zugeordnet. Eines der Ziele der Nationalsozialisten war die Vernichtung der Bevölkerung in den Ostgebieten, um den „Lebensraum im Osten“ für die „arische Rasse“ zu erweitern. Damit einher ging die systematische Einschränkung der Rechte der lokalen Bevölkerung. Zu den ersten Opfern zählten die als „unzuverlässig“ eingestuften Gruppen: Kommunist*innen, Aktivist*innen der Sowjetmacht, Mitglieder des Widerstands, aber auch Jüdinnen und Juden, Rom*nja und Sint*ezze, Menschen mit körperlichen und geistigen Behinderungen. Sie wurden mit äußerster Brutalität verfolgt und ermordet. Bei der Ermordung der Zivilist*innen in Belarus nahm die Einsatzgruppe B der SS eine zentrale Rolle ein.

Ende 1941 legte das Reichssicherheitshauptamt den „Generalplan Ost“ vor. Dieser sah die schrittweise Vernichtung von Jüdinnen und Juden, Sint*ezze und Rom*nja und großen Teilen der slawischen Bevölkerung vor. Einige ausgewählte Slaw*innen sollten assimiliert und germanisiert werden, während Osteuropa mit „arischen“ Deutschen besiedelt werden sollte. Die Nationalsozialisten hatten vor allem ein wirtschaftliches Interesse an den eroberten Gebieten. Die Menschen waren nur nützlich, solange man sie als Arbeitskräfte einsetzen konnte. Die übrige Bevölkerung sollte vertrieben und durch Hungersnöte dezimiert werden.

Zum Zeitpunkt des deutschen Angriffs auf die UdSSR lebten etwa 900.000 Jüdinnen und Juden in Belarus, die oft einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung in den Städten ausmachten. Während des Holocausts wurden nach verschiedenen Schätzungen mindestens 671.000 Jüdinnen und Juden getötet. Es sind 523 Orte der Massenvernichtung dokumentiert. Insgesamt gab es 153 Ghettos auf dem Gebiet von Belarus, die bereits in den ersten Tagen nach dem deutschen Einmarsch entstanden. Die größten befanden sich in Minsk, Brest, Baranawitschy und Pinsk.

Auch die Vernichtungspolitik gegenüber der nichtjüdischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten Osteuropas verschärfte sich zunehmend. Mitte August 1941 inspizierte der Reichsführer der SS Heinrich Himmler eine Massenexekution in Minsk und genehmigte anschließend Experimente, mit denen das Töten für die Täter „humaner“ gestaltet werden sollte. Dabei ging es nicht darum, das Leid der Opfer zu verringern, sondern die Morde effizienter und für die Täter psychisch weniger belastend durchzuführen. Zu diesem Zweck wurden im Herbst 1941 und im Frühjahr 1942 bei etwa 1.200 Patient*innen der psychiatrischen Klinik im belarussischen Mahiljou Versuche zur Ermordung durch Vergasung durchgeführt.

Auch deutsche Soldaten waren in den besetzten Gebieten maßgeblich an Massakern an der Zivilbevölkerung beteiligt. Sie führten sogenannte „Strafexpeditionen“ gegen den Widerstand durch, bei denen ganze Dörfer niedergebrannt und Menschen als Geiseln genommen wurden. Massenerschießungen und Erhängungen von Personen, denen Unterstützung von Partisan*innen oder Untergrundkämpfer*innen vorgeworfen wurde, gehörten in Belarus zur Tagesordnung. Viele Soldaten der Wehrmacht wurden für ihre Taten nie zur Verantwortung gezogen.

Auch sogenannte „Ostarbeiter“ stellen eine große NS-Opfergruppe in Belarus dar (die in der offiziellen Erinnerungskultur in der Sowjetzeit kaum Erwähnung fanden). Insbesondere ab 1943 wurden verstärkt Menschen aus Belarus zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt, um die Partisan*innenbewegung und ihre Unterstützer*innen zu schwächen. Hinzu kam, dass es im Deutschen Reich infolge des Krieges einen erhöhten Bedarf an unbezahlten Arbeitskräften gab, den man mit dem vermehrten Einsatz von Zwangsarbeiter*innen aus dem Osten decken wollte.

Eine weitere Opfergruppe der deutschen Vernichtungspolitik stellten sowjetische Kriegsgefangene dar. Die Wehrmacht setzte die Kriegsgefangenen in den Lagern unmenschlichen Lebensbedingungen aus, sodass sie an Hunger, Kälte und fehlender medizinischer Versorgung starben. Einzelne Gruppen wie jüdische Rotarmist*innen oder Politkommissare wurden gezielt erschossen. Dabei kamen auf belarussischen Gebieten besonders viele kriegsgefangene Rotarmist*innen um. Jeder fünfte tote sowjetische Kriegsgefangene liegt auf belarussischem Staatsgebiet.

Als sich die sowjetischen Truppen 1943 der östlichen Grenze der BSSR näherten, setzten die Deutschen die Taktik der „verbrannten Erde“ ein und zwangen die Bevölkerung zur Umsiedlung. Spezielle Wehrmachtseinheiten verwüsteten auf dem Rückzug verlassenen Gebiete vollständig. Allein die im „Generalkommissariat Weißruthenien“ stationierten Wehrmachtstruppen führten zwischen März und Mai 1944 552 „Strafaktionen“ durch und verwandelten Belarus in eine trostlose Wüste. Im gesamten deutsch-sowjetischen Krieg wurden 209 von 270 Städten niedergebrannt, 5.295 von 9.200

Dörfern ganz oder teilweise zerstört, einige davon mehrfach. 619 Dörfer fielen den Deutschen zum Opfer, 186 von ihnen wurden nie wieder aufgebaut.

Über das Ausmaß der Grausamkeiten auf belarussischem Gebiet existieren unterschiedliche Statistiken. Mindestens 2.357.000 Menschen wurden Opfer des deutschen Vernichtungskriegs. Sie wurden erschossen, erhängt, lebendig verbrannt, in sogenannten „Duschegubkas“ (Gaswagen) ermordet oder starben an harter körperlicher Arbeit, Hunger und anderen Entbehrungen.

Jüdisches Leben in Minsk vor dem Krieg

Seit vielen Jahrhunderten war jüdisches Leben ein fester Bestandteil der historischen und kulturellen Entwicklung von Belarus. Erstmals wurden Jüdinnen und Juden während der Zeit des Großfürstentums Litauen im Jahr 1388 erwähnt. Mit dem Ende des 18. Jahrhunderts gerieten große Teile des heutigen belarussischen Territoriums unter die Herrschaft des Russischen Zarenreiches. Katharina II. führte den sogenannten „Ansiedlungsrayon“ ein. Dies bezeichnete ein Gebiet, in dem sich Jüdinnen und Juden dauerhaft niederlassen durften. Die Grenze verlief bis 1917 entlang des belarussischen Territoriums. In dieser Zeit wuchs die jüdische Bevölkerung schnell an und stellte in einigen Städten und Ortschaften die Hälfte oder mehr der Einwohner*innen. 1914 machten sie in Minsk rund 45 % der Bevölkerung aus. 1926 waren es noch etwa 40 %, womit sie die zweitgrößte Bevölkerungsgruppe bildeten. Dies spiegelte sich auch im öffentlichen Leben wieder: In den Jahren 1924-1925 gab es in der Stadt zehn jüdische Schulen mit 2.500 Schüler*innen. Von 1924 bis 1938 war Jiddisch eine der vier Staatssprachen der BSSR. Die Ortsbezeichnung Minsk war in jiddischer Sprache über dem Haupteingang des Bahnhofs angebracht und auch das Wappen der BSSR trug eine jiddische Inschrift. Die Stadtgesellschaft war eng verflochten und von sozialer und kultureller Durchmischung geprägt. So gab es zum Beispiel keine klar abgegrenzten jüdischen Viertel. Jüdinnen und Juden lebten in Minsk in allen Teilen der Stadt. Anders als in anderen Städten entstand das Minsker Ghetto während der deutschen Besatzung nicht in einem traditionell jüdischen Stadtteil, sondern wurde gezielt errichtet.

Die Errichtung des Minsker Ghetto

In der ersten Hälfte des Jahres 1941 lebten in Minsk etwa 250.000 Einwohner*innen. Unter ihnen waren etwa 100.000 Jüdinnen und Juden, von denen sich die meisten nicht rechtzeitig vor dem Einmarsch der Deutschen in Sicherheit bringen konnten. Durch den schnellen Vormarsch der Wehrmacht blieb den Menschen nur wenig Zeit zu fliehen. Oftmals wurden sie auf der Flucht von den deutschen Truppen überholt und befanden sich somit auf besetzten Gebieten. Ihnen blieb nichts anderes übrig, als nach Minsk zurückzukehren.

Am 28. Juni 1941 erreichten deutsche Truppen Minsk und nahmen die Stadt ein. Der Befehl zur Errichtung des Ghettos Minsk ist auf den 19. Juli 1941 datiert. Am 20. Juli wurde er bekannt gegeben. Aus dem Beschluss geht hervor, dass ein Teil der Stadt ausschließlich für das Ghetto vorgesehen war. Dazu zählten etwa 40 Straßen und Gassen auf einer Fläche von rund 2 km². Nach jeder größeren Tötungsaktion wurde das Gebiet des Ghettos verkleinert. Verschiedenen Schätzungen zufolge durchliefen 60.000 bis 100.000 Jüdinnen und Juden das Minsker Ghetto. Formal sollte die Umsiedlung

innerhalb von fünf Tagen abgeschlossen sein, praktisch war dies erst im September der Fall. Auch die ursprüngliche Idee, das Ghetto mit einer Ziegelmauer abzuriegeln, wurde nie umgesetzt. Die Einzäunung mit Draht führte dazu, dass einige Ghettoinsass*innen diese durchlässigere Begrenzung zur Flucht nutzten. Grundsätzlich war es Jüdinnen und Juden verboten, sich außerhalb des Ghettos aufzuhalten. Sie durften es nur in Arbeitskommandos und mit speziellen Anweisungen zum Arbeitsort verlassen. Verstöße wurden mit Erschießung bestraft. Alle Häftlinge des Minsker Ghettos mussten ein Erkennungszeichen tragen: einen gelb gefärbten Stoffflappen auf Brust und Rücken.

Die Wohnverhältnisse waren äußerst beengt. In einem Raum lebten häufig mehrere Großfamilien mit vielen Kindern. Der zur Verfügung stehende Platz betrug lediglich etwa 1,5 m² pro Person. Auch die Versorgung war schlecht und die Mahlzeiten unregelmäßig. Die Nationalsozialisten ließen die Ghettobewohner*innen absichtlich hungern. Als Grundnahrungsmittel dienten Kartoffelschalen und andere Abfälle, die von den Insass*innen in der Stadt auf dem Arbeitsweg aufgelesen wurden. Die schlechte Versorgungslage führte zu vielen Hungertoten und dem Ausbruch von Krankheiten. Einigen gelang es, etwas Geld oder Wertgegenstände zu verstecken, um sie bei der nicht-jüdischen Bevölkerung außerhalb des Ghettos gegen Lebensmittel einzutauschen und diese anschließend wieder ins Ghetto zu schmuggeln.

Gerade im Winter waren die Lebensbedingungen katastrophal. Es mangelte an warmer Kleidung und Heizmaterial. Die Familien nutzten alles, was an brennbaren Materialien zu bekommen war, wie alte Möbel oder Holz aus den zerstörten Häusern. Im Ghetto gab es kaum Zugang zur Wasserversorgung. Das Trinkwasser wurde aus Pumpen und Brunnen entnommen, die im Winter nicht funktionierten, sodass sich mit dem Auftauen von Schnee beholfen werden musste. Auch ein Badehaus gab es auf dem Gelände des Ghettos nicht.

Die massive Überbelegung, der Hunger und die unhygienischen Bedingungen führten zu weit verbreiteten Krankheiten und Epidemien im Ghetto. Die Menschen litten an Skorbut, Furunkulose, Ruhr, Typhus und anderen Krankheiten. Die Gefahr einer Ansteckung war so groß, dass die Deutschen 1941 die Eröffnung von zwei Krankenhäusern im Ghetto erlaubten. Jüdische Mediziner*innen, die vorher in den städtischen Krankenhäusern gearbeitet hatten, übernahmen die Behandlung der Kranken im Ghetto. In der nationalsozialistischen Ideologie durften Jüdinnen und Juden nur von jüdischem Personal behandelt werden.

Kinder im Ghetto

Die Geschichte der Kinder im Ghetto blieb lange Zeit weitgehend unbeachtet, obwohl sie wie die Erwachsenen Isolation, Unterdrückung und Vernichtung ausgesetzt waren. Unter den deportierten Bremer Jüdinnen und Juden befanden sich 63 Personen unter 13 Jahren. Es liegen keine genauen Angaben darüber vor, wie viele Kinder im Minsker Ghetto lebten. Schätzungen zufolge war etwa jeder Fünfte unter 19 Jahre alt. Einige Kinder lebten bei ihren Familien, andere, die ihre Eltern verloren hatten, in Waisenhäusern.

Aufgrund ihrer geringen Körpergröße wurden Kinder häufig als Schmuggler*innen eingesetzt. Unter Lebensgefahr krochen sie unter den Zaun hindurch und gelangten in das sogenannte „russische

sche Viertel“, um dort Lebensmittel für ihre Familien zu beschaffen oder zu betteln. Oft wurden die Kinder dadurch zu den Ernährer*innen der gesamten Familie. Der Aufenthalt außerhalb des Ghettos war extrem gefährlich, da sie von ehemaligen Nachbarn erkannt oder von der örtlichen Polizei aufgegriffen werden konnten. In einigen Fällen wurden sie bei den deutschen Behörden denunziert.

Eine weitere Möglichkeit für jüdische Kinder, der Ermordung durch die Nationalsozialisten zu entgehen, bestand darin, eine neue Identität anzunehmen. Sie wurden in Waisenhäusern außerhalb des Ghettos untergebracht, erhielten neue Papiere, wurden getauft und offiziell als Belarus*innen registriert. Nicht immer konnte nach dem Krieg die ursprüngliche Identität der überlebenden Kinder rekonstruiert werden.

Auch die Partisan*innen nahmen gefährdete Kinder auf. Es wurden sogar Familienabteilungen bei den Partisan*innen gegründet. Viele dieser Kinder waren am Widerstand beteiligt und führten Aufgaben wie die Übermittlung von Informationen aus. Insgesamt machten Jugendliche etwa 12% der Partisan*innen aus.

Zwangarbeit

Nach der Besetzung von Minsk wurde in der Stadt die allgemeine Arbeitspflicht für die Bevölkerung eingeführt. Für jüdische Männer im Alter von 14 bis 60 Jahren und Frauen im Alter von 16 bis 50 Jahren galten nochmal verschärzte Regelungen. Im Ghetto wurde unter dem Judenrat ein Arbeitsamt eingerichtet, das für die Registrierung der lokalen Bevölkerung und der Deportation von Jüdinnen und Juden verantwortlich war. Neben der Organisation von Arbeitskolonnen zur Ausführung von Aufträgen der Besatzungsbehörden gab es innerhalb des Ghettos auch einige Werkstätten, die den Bedarf innerhalb des Ghettos decken sollten. Etwa 1.400 Bewohner*innen des Sonderghettos wurden zur Zwangarbeit verpflichtet.

Im Ghetto bildete man Arbeitskolonnen aus arbeitsfähigen Jüdinnen und Juden, die täglich unter Bewachung zu ihren Einsatzorten in Fabriken, Werkstätten, Lagerhäuser oder militärische Einrichtungen eskortiert wurden. Dies war die einzige legale Möglichkeit, sich eingeschränkt außerhalb des Ghettos zu bewegen. Etwa 150 Personen arbeiteten in den vom Judenrat „eingerichteten“ Betrieben innerhalb des Ghettos, wo Kleidung, Schuhe und Seife hergestellt wurden. Der Arbeitstag hatte bis zu 14 Stunden, von 6:00 bis 20:00 Uhr. In der Regel wurden die Menschen zu schweren und unqualifizierten Arbeiten herangezogen, etwa bei der Eisenbahn oder beim Entladen von Gütern. Eine Entlohnung erfolgte nicht. Die arbeitenden Ghettobewohner*innen erhielten lediglich geringe Zusatzrationen, um ihre Arbeitsfähigkeit aufrechtzuerhalten, meist 200 Gramm Brot und dünne Suppe pro Tag.

Die Ration der nicht arbeitenden Ghettoinsass*innen betrug auf dem Papier 875 Gramm Brot für eine gesamte Woche. Damit waren die nicht arbeitenden Häftlinge des Ghettos darauf angewiesen, dass diejenigen, die arbeiteten, die Nahrung mit ihnen teilten. Durch die heimkehrenden Arbeiter*innen gelangten auch Neuigkeiten von außerhalb in das Ghetto.

Abram Rubenchyk, ein Häftling des Minsker Ghettos, erinnert sich:

„Ich erinnere mich an riesige Kolonnen von Tausenden von Juden, die zu den Schneeschaufeln an der Eisenbahn geschickt wurden. Alt und Jung wollten unbedingt dorthin. Nur um aus dem Ghetto herauszukommen, denn für diese Arbeit gab es eine Ration Brot oder etwas Brei...“²

Im Laufe der Zeit wurden zusätzliche Symbole zur Kennzeichnung der Ghettohäftlinge eingeführt: ein rotes Rechteck für diejenigen, die arbeiteten und ein grünes für diejenigen, die im Ghetto festgehalten wurden. Gleichzeitig wurden jüdische Fachkräfte in einen separaten Bereich des Ghettos untergebracht.

Arbeit im Ghetto bedeutete keinen Schutz, sondern lediglich einen zeitlichen Aufschub vor der Ermordung. Solange man die Möglichkeit hatte zu arbeiten, erhielt man Essensrationen und hatte höhere Überlebenschancen den Vernichtungsaktionen im Ghetto zu entgehen.

„Arisierung“

Mit Beginn der Besetzung der belarussischen Gebiete durch deutsche Truppen setzte neben der systematischen Ausgrenzung und Vernichtung der jüdischen Bevölkerung auch die umfassende Enteignung des Eigentums ein. Sowohl staatliche Güter als auch das Eigentum der jüdischen Bevölkerung wurden beschlagnahmt und zu deutschem Besitz erklärt. Das Hauptinteresse der deutschen Behörden galt dabei Silber, Gold und Bargeld. Bewegliches und unbewegliches Vermögen sollte veräußert und damit für das Deutsche Reich wirtschaftlich nutzbar gemacht werden. Da Jüdinnen und Juden bei der Umsiedlung in die Ghettos nur das Nötigste mitnehmen durften, wurde das zurückgebliebene Eigentum beschlagnahmt und verkauft.

In einer Anweisung an die Besatzungsbehörden zur Verwaltung der Ghettos in Lettland, Litauen und Belarus vom 27. August 1942 hieß es außerdem, dass zum „beweglichen Vermögen“ der Verwaltung auch der Einsatz von jüdischen Arbeitskräften zähle. Für die Bereitstellung von Jüdinnen und Juden als Zwangsarbeiter*innen wurde eine Gebühr erhoben. Dies galt zunächst für militärische Arbeiten der Wehrmacht, später auch für zivile Behörden oder private Personen. Die Einnahmen flossen vollständig an die Finanzabteilungen des Reichskommissars.

Vernichtungsaktionen

Im Verlauf der Besatzungszeit steigerte sich die Gewalt gegen die Jüdinnen und Juden zunehmend, bis sie schließlich in systematische Ermordungen mündete. Zu Beginn wurden Menschen getötet, wenn sie etwa die Arbeit verweigerten oder es ablehnten, deutsche Befehle auszuführen. Bereits ab August 1941 verlagerte sich der Schwerpunkt jedoch auf die gezielte und systematische Vernichtung der jüdischen Bevölkerung. Die ersten Erschießungen fanden auf dem jüdischen Friedhof in Minsk statt. Nach der Ankunft der ersten westeuropäischen Jüdinnen und Juden und der Einrichtung des Sonderghettos wurden die „Hamburger Juden“ gezwungen, auf dem Friedhof Gruben für Erschießungen auszuheben. Ab 1943 wurden sie selbst dort erschossen.

Massenerschießungen wurden in der Regel nicht innerhalb der Stadtgrenzen durchgeführt. In Minsk wurden Schluchten und Steinbrüche genutzt, wie in Drasdy, Tuchinka und auf dem Kalwaryja-

² Абрам Рубенчик: В Минском гетто и партизанах. [Im Minsker Ghetto und bei den Partisanen.] Israel, 2006, S. 50.

Friedhof. Ab dem Frühjahr 1942 verlagerten sich die Exekutionen in das Gebiet Blahauschtschyna in der Nähe des Dorfes Maly Traszjanez, 13 Kilometer von Minsk entfernt an der Mahiljou-Autobahn.

Die Vernichtungsaktionen folgten einem festgelegten Plan und fanden nahezu wöchentlich statt. Teile des Ghettos wurden abgesperrt, sodass ein Verlassen unmöglich war. Die Bewohner*innen dieser Bereiche wurden ermordet, wodurch sich das Ghetto schrittweise verkleinerte. Die Ermordung der Ghettobewohner*innen erfolgte durch Razzien, nächtliche Wohnungsübergriffe, Massenerschießungen und Verschleppungen an unbekannte Orte. Die größten Opferzahlen entstanden bei den im Voraus geplanten Massenvernichtungsaktionen, bei denen möglichst viele Menschen jüdischer Herkunft getötet werden sollten. An der Durchführung dieser Massenvernichtungsaktionen waren der SD, die SS, die Polizei, die Gestapo und die Schutzpolizei beteiligt. Die größten Massenvernichtungsaktionen fanden am 7. und 20. November 1941, am 2. bis 3. März und vom 28. bis 31. Juli 1942 sowie am 21. bis 23. Oktober 1943 statt, als das Ghetto endgültig aufgelöst wurde.

Aus den Erinnerungen von H. Rubintschyk, einem ehemaligen Häftling des Minsker Ghettos:

„Am 7. November um 5:30 Uhr morgens kamen mit Schaufeln und Schusswaffen bewaffnete Gruppen. Sie brachen Türen auf, drangen in Häuser ein und trieben alle, die zu Hause waren, auf die Straße. Dann stellten sie Kolonnen auf und dirigierten alle in die Chlebnaja-Straße. Dort wurden vorbereitete Autos geparkt. Behinderte Menschen, die sich nicht bewegen konnten, wurden aus ihren Wohnungen geholt und wie Brennholz in die Autos geworfen. An diesem Tag wurden etwa 10.000 Juden herausgeholt. Sie wurden nach Tuchynka gebracht, auf das Gelände der Ziegelfabriken. Da die Autos früher ankamen, als die Maschinengewehre Zeit hatten zu schießen, wurden die Menschen in kalten Baracken untergebracht. Aus diesen Baracken wurden jeweils 10 Personen in vorbereitete Gruben getrieben und gezwungen sich auszuziehen und erschossen.“³

Während der Massenvernichtungsaktion vom 28. bis 31. Juli 1942 wurde der Bereich, in dem Jüdinnen und Juden aus dem Raum Bremen lebten, vollständig zerstört. Ebenso traf es ein Krankenhaus, ein Heim für Menschen mit Behinderung und ein Waisenhaus. Nachdem die Arbeitskommandos in die Stadt aufgebrochen waren, wurden die verbliebenen Ghettobewohner*innen zusammengetrieben und zur Vernichtung gebracht. In sogenannten „Duschegubka“-Fahrzeugen wurden jeweils 50 bis 60 Menschen getötet. Die genaue Zahl der Opfer ist nicht bekannt.

Widerstand

Trotz des allgegenwärtigen Terrors entwickelte sich im Minsker Ghetto eine Vielzahl von Formen des Widerstands und der Selbstbehauptung: vom alltäglichen Überlebenskampf bis hin zur aktiven Teilnahme am bewaffneten Widerstand. Viele Jüdinnen und Juden versuchten, sich in sogenannten „Malinas“ zu verstecken. Dies waren provisorische Verstecke, etwa in Form eines unterirdischen Gangs, eines Schranks mit versteckten Türen, eines Dachbodens mit einer versteckten Falltür, einer falschen Wand oder eines getarnten Kellers. Doch die Nationalsozialisten setzten bei der Suche nach Verstecken vielfältige Mittel ein: Hunde, das Abklopfen der Wände, der Einsatz von Sprenggranaten

³ Протокол беседы Коссого Н. А. с узницей минского гетто Рубинчик Х. И. [Protokoll eines Gesprächs zwischen Kossoj N.A. und einer Häftlingin des Minsker Ghettos Rubintschyk H.I.], in: Адамушко Владимир: Холокост в Беларуси. 1941 – 1944. Документы и материалы [Holocaust in Belarus. 1941 – 1944. Dokumente und Materialien]. Минск 2002, S. 179-190.

und Rauchbomben, die in den Keller geworfen wurden, aber auch der Mangel an Wasser und Nahrung, Luft und Platz zwang viele Menschen, ihre Verstecke aufzugeben.

Ein entscheidender Faktor für das Überleben war die Hilfe der nicht-jüdischen lokalen Bevölkerung, die unter Einsatz ihres eigenen Lebens Personen versteckte und ihnen so beim Überleben halfen.

Diese Menschen werden von Yad Vashem als „Gerechte unter den Völkern der Welt“ geehrt. Derzeit sind etwa 900 Personen auf belaruischem Gebiet für ihre Taten ausgezeichnet worden.

Eine weitere Überlebensstrategie war die Flucht aus dem Ghetto. Dabei stellte die Flucht an sich erst den Anfang dar. Nur wenige konnten den Zaun überwinden und auch nach der Flucht war es äußerst schwierig, einen sicheren Unterschlupf für längere Zeit zu finden. Nur einer kleinen Zahl gelang es, sich zu den Partisan*inneneinheiten durchzuschlagen. Dort organisierten sich Jüdinnen und Juden teils in so genannten Familienabteilungen, in denen auch nicht-kämpfende Frauen, Kinder und alte Menschen aufgenommen wurden. Die größten Abteilungen, die mehr als 500 Jüdinnen und Juden retteten, waren die Abteilungen der Brüder Bielski und Schalom Soryn, die in den Wäldern der Nalibokaja Puschtscha operierten.

Innerhalb des Minsker Ghettos wurde bereits im ersten Monat seines Bestehens Widerstand organisiert. Der Untergrund des Ghettos bestand aus insgesamt 22 Untergrundgruppen und war von 1941 bis 1943 aktiv. Er stellte die Kommunikation nach außen sicher, sammelte Waffen und Medikamente, half Ghettohäftlingen der Flucht und führte nachrichtendienstliche Tätigkeiten über die von den Deutschen vorbereiteten Massenvernichtungsaktionen durch. Das jüdische Infektionskrankenhaus wurde zum Hauptquartier des Ghetto-Untergrunds und zugleich Treffpunkt des städtischen Widerstandnetzwerks. Von hier aus konnten sie auch den Partisan*innen medizinische Hilfe leisten, indem sie verwundete Partisan*innen als Ghettohäftlinge tarnten und ins Krankenhaus brachten. Zudem durften die Ärzt*innen des Krankenhauses in den „russischen“ Stadtteilen von Minsk Medikamente erwerben, die sie auch zur Unterstützung des Widerstands nutzten.

Der Judenrat und die jüdische Polizei

Die Bewertung von Judenräten und der jüdischen Polizei in den von den Deutschen eingerichteten Ghettos ist in der Forschung bis heute umstritten. Beide Institutionen dienten als Instrumente der nationalsozialistischen Besatzungsbehörden, die ihre Politik unter Zwang von Personen aktiv durchsetzen ließen, die selbst Opfer dieser Politik waren. So war der Judenrat gezwungen, die Befehle der deutschen Besatzer auszuführen, obwohl diese ihn und seine Mitglieder sowie deren Familien direkt betrafen.

Zu den Aufgaben des Judenrats gehörten die Verwaltung des Ghettos und seiner Bewohner*innen, wie die An- und Umsiedlung von Jüdinnen und Juden im Ghetto oder die Versorgung mit Lebensmitteln und lebensnotwendigen Gütern. Hinzu kamen bürokratische Tätigkeiten, wie das Anlegen von Transportlisten, die Zuteilung der Arbeitskommandos außerhalb des Ghettos und die Abführung von Abgaben an die Besatzungsbehörden. Der Judenrat verfügte über einen jüdischen Ordnungsdienst, die jüdische Polizei. Ihre Aufgaben umfassten die Bewachung der Straßen sowie der Ein- und Ausgänge des Ghettos und teilweise die Kontrolle oder Beschlagnahmung von Gegenständen bei rück-

kehrenden Ghettobewohner*innen. Auch das Sonderghetto innerhalb des Minsker Ghettos verfügte über einen Judenrat. Der erste Vorsitzende des Judenrats des Sonderghettos war Edgar Frank, der Leiter des Hamburger Transports, der im März 1942 ermordet wurde, gefolgt von Erik Garf aus Bremen, der vermutlich im Sommer 1942 getötet wurde. Die Aufgaben des Judenrats im Sonderghetto entsprachen denen im „russischen“ Teil des Ghettos: Registrierung und Verteilung der Häftlinge, sowie die Bereitstellung von Arbeitskräften. Eine Besonderheit des Sonderghettos, das auch „Hamburger“ Ghettos genannt wurde, war das fast vollständige Fehlen von Verbindungen zu den Partisan*innen und der Untergrundorganisation. Dies lag daran, dass die „Hamburger“ Juden als Fremde in Minsk über keine Sprachkenntnisse verfügten und die Politik des Sonderghetto-Judenrats stark kollaborativ ausgerichtet war. Viele Überlebende berichteten, dass die „Hamburger“ Juden eher dazu neigten, den Versprechungen der Deutschen zu glauben. Trotz vereinzelter Treffen, kam zu keiner Annäherung zwischen den beiden Judenräten.

Die Bewertung des Handlungsspielraums von Judenrat und jüdischer Polizei variiert in der Forschung. Einige agierten als aktive Kollaborateur*innen, andere unterstützten die Ghettobewohner*innen. In bestimmten Phasen war der Judenrat des Minsker Ghettos mit dem Untergrund des Minsker Ghettos und dem städtischen kommunistischen Parteikomitee im Untergrund verbunden. Obwohl der Judenrat administrative Aufgaben für die Nationalsozialisten übernahm, waren dessen Mitglieder selbst Opfer der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik.

Sonderghetto

Im Oktober 1941 begann die Deportation der Jüdinnen und Juden aus Deutschland. Vom 1. November 1941 bis zum 4. Dezember 1942 sollten etwa 50.000 Jüdinnen und Juden aus dem Reich, den Ost- und Grenzgebieten und dem Protektorat Böhmen und Mähren in die Bezirke Riga und Minsk umgesiedelt werden. Dabei war vorgesehen, etwa 25.000 Jüdinnen und Juden nach Minsk zu deportieren. Die tatsächliche Zahl ist nicht bekannt, aber es sind mindestens 23.400 ausländische Jüdinnen und Juden in das Minsker Ghetto und Maly Traszjanez gebracht worden. Der erste Transport verließ Hamburg am 8. November und kam am 11. November 1941 in Minsk an.

Um Platz für die Ankömmlinge zu schaffen, wurden Häftlinge in einigen Teilen des Minsker Ghettos durch Pogrome, Razzien, Nachtangriffe und Erschießungen ermordet. Dieses Gebiet wurde anschließend vom Hauptteil des Ghettos abgetrennt und mit Stacheldraht eingezäunt, sodass ein Ghetto innerhalb des Ghettos entstand. Das Sonderghetto Nr. 1 war von November 1941 bis Oktober 1943 in Betrieb. Hier kamen Jüdinnen und Juden aus Hamburg, Düsseldorf und Frankfurt am Main unter. Das Sonderghetto Nr. 2 existierte vom 20. November 1941 bis 28. Juli 1942 und war für Jüdinnen und Juden aus Berlin, Brünn, Wien und Bremen vorgesehen. Die Lage der Jüdinnen und Juden des Sonderghettos war ähnlich schlecht wie die der anderen Ghettohäftlinge. Allerdings standen die Überlebenschancen für belaruische Jüdinnen und Juden besser, da sie an die klimatischen Bedingungen angepasst waren und aufgrund ihrer Sprachkenntnisse Kontakt zur Außenwelt aufnehmen konnten.

Die „Hamburger“ Juden waren die ersten, die das Sonderghetto betrat, sodass es umgangssprachlich auch „Hamburger Ghetto“ genannt wurde. Nach ihrer Ankunft mussten sie zunächst die Leichen

4. Petra Rentrop: Tatorte der „Endlösung“. Das Ghetto Minsk und die Vernichtungsstätte von Maly Trostinez. Berlin 2011, S. 177.

der den Massentötungen zum Opfer gefallenen früheren Bewohner*innen wegräumen. Einer der wenigen überlebenden Hamburger Juden, Heinz Rosenberg, erinnert sich:

„Als wir das Haus betraten, erwartete uns ein zweiter entsetzlicher Eindruck von Minsk: Hunderte Leichen bedeckten den Boden... Überall war Blut, und auf den Öfen und Tischen stand noch Essen. Alle Räume waren in einem vollständigen Durcheinander. Es war nicht eine lebende Seele zu finden.“⁴

Bei der Ankunft blieb den Hamburger Jüdinnen und Juden nichts anderes übrig, als mit der Räumung des Gebäudes zu beginnen. Die Toten wurden in den Innenhof gebracht, die Möbel aus den Fenstern geworfen und dann verbrannt. Es gab kein Licht, kein Wasser, keine Heizung, keine Betten, keine Tische. Die Menschen wurden auf 30 Zimmer verteilt. Da es auch keine Stühle mehr gab, waren sie gezwungen, auf dem Boden zu sitzen. Sobald alle untergebracht waren, erschien ein SS-Offizier und verlangte Dr. Frank. Er gab ihm den Befehl, die Männer sofort in zwei Gruppen aufzuteilen. Eine Gruppe wurde zum Bahnhof geschickt, um die Waggons mit ihren Habseligkeiten zu holen, die zweite Gruppe sollte die ankommenden Lastwagen entladen.

Doch ihr Gepäck kam niemals bei der Gruppe an. Sie mussten es in das Lager für beschlagnahmte Gegenstände bringen, das sich im Opernhaus außerhalb des Ghettos befand. Die deutschen Jüdinnen und Juden, die im Lager arbeiteten, sortierten den Inhalt der Koffer, ordneten die Kleidung und flickten gegebenenfalls die Schuhe. All diese Dinge wurden auf Eisenbahnwaggons verladen und nach Deutschland zurückgeschickt. Die Waggons waren mit dem zynischen Satz beschriftet: „Geschenke der belarussischen Bevölkerung an das deutsche Volk“. Andere Dinge aus dem Gepäck der Deportierten, wie Wertsachen, Pelzmäntel oder Lebensmittel wurden von der SS und der Polizei mitgenommen.

Ein ehemaliger Häftling des Sonderghettos aus Berlin, Berthold Rudner, erinnert sich an die Zustände:

„Die Wohnungen waren einfache Holzhütten [...]. Es gab kein Wasser, kein Licht, keine Toilette. Wir [...] verbrachten die erste Nacht in unserer neuen 'Wohnung' auf Stühlen. Diese neue 'Wohnung' bestand aus zwei kleinen Zimmern, die für acht Personen gedacht waren. Es gab also nur ein Quadratmeter pro Person. Die Bedingungen im Lager waren schrecklich. Es ist fast unmöglich, sich sauber zu halten. Die Leute tragen schmutzige Kleidung, weil es keine Seife gibt [...] Ratten beißen uns fast tot. [...] Manchmal bekommt man sogar um 9 Uhr eine leere Suppe und am Abend etwas Brot. Manchmal bekommt man überhaupt nichts. Manchmal bekommt man eine kleine Menge Perlgraupen. Keine Gewürze, nicht einmal Salz. [...] Im Ghetto gibt es immer wieder Überfälle. Es gibt immer wieder Plünderungen, Menschen werden erschossen. Die Leute werden gefangen, gefesselt, nachts weggebracht, und am Morgen sind die Schaufeln und Haken blutverschmiert.“

Überlebende Jüdinnen und Juden aus dem so genannten „russischen“ Teil des Ghettos vermerken in ihren Memoiren häufig, dass die deportierten Jüdinnen und Juden versuchten, die ihnen zugewiese-

nen Wohnungen so sauber und ordentlich wie möglich zu halten. Sie unterschieden sich von den einheimischen Jüdinnen und Juden dadurch, dass sie viel besser gekleidet waren und zum Zeitpunkt ihrer Ankunft in Minsk noch einige Wertgegenstände bei sich hatten, die sie gegen Lebensmittel, Petroleum und andere notwendige Güter einzutauschen versuchten. Die Deportierten waren völlig unvorbereitet auf den Winter in Minsk, ihre Schuhe und Kleidung waren nicht für das Wetter geeignet und sie hatten fast keine Lebensmittelvorräte dabei. Sie beherrschten die russische Sprache nicht und unternahmen daher kaum Versuche, selbstständig Waren außerhalb des Ghettos zu erlangen oder Flucht- und Rettungsmöglichkeiten zu finden. Um Wertsachen und Kleidung gegen Lebensmittel oder Medikamente einzutauschen, waren sie auf die Hilfe einheimischer belarussischer Jüdinnen und Juden aus den sogenannten „russischen“ Bezirken des Ghettos angewiesen.

Am meisten nachgefragt war bei den „Hamburgern“ Schmalz, oder „Spick“, wie es in Minsk genannt wurde. Dafür erstellten sie sogar eine eigene Preistabelle. So war festgelegt, dass man zum Beispiel für eine Armbanduhr ein Pfund „Spick“ und einen Laib Brot oder ein Pfund Margarine und zwei Brote bekam. Die „Lebensmittel“, die die deutschen Behörden den Jüdinnen und Juden aus Hamburg ausgaben, reichten nur für eine wässrige Suppe. Um den Hunger irgendwie zu bekämpfen, tauschten die Menschen Kleidung, sogar Unterwäsche, gegen Lebensmittel ein - alles, was gerade gefragt war.

Anders als in den polnischen und litauischen Ghettos gab es im Minsker Hauptghetto kein kulturelles Leben, keine Schulen, kein Theater oder Orchester. Im „Sonderghetto“ hingegen gab es Versuche, ein kulturelles und geistiges Leben aufrechtzuerhalten. So wurde dort eine Schule mit mehr als 50 Schüler*innen eröffnet, die bis zum Sommer 1943 bestand. Obwohl es von den Deutschen strikt verboten war, gab es immer wieder Versuche, jüdische Feiertage zu feiern oder ein Orchester zu gründen. Trotz der räumlichen Nähe zwischen den Minsker und den „Hamburger“ Jüdinnen und Juden kam es kaum zu Annäherungen. Dies lag unter anderem daran, dass viele Deportierte an die von den Nazis verbreiteten Gerüchte glaubten, ihr Aufenthalt in Minsk sei nur vorübergehend und sie würden nach Kriegsende in ihre Heimat zurückkehren. Bis April 1942 existierten im gesamten deutschen Ghetto nur zwei Küchen, beide im Sonderghetto Nr. 1, dem sogenannten „Hamburger Lager“. Von dort brachten die Jüdinnen und Juden des Sonderghettos Nr. 2 die Tagessuppe in Fünfzig-Liter-Kannen. Jede Person hatte Anspruch auf 300 ml Wasser pro Tag, in dem 5 Gramm Buchweizen gekocht wurden. Außerdem gab es täglich 150 Gramm Brot aus Buchweizenmehl. Fett wurde nicht bereitgestellt und monatelang fehlte Salz. Unterernährung und Hunger führten zunehmend zum Tod vieler Menschen.

Im Sonderghetto lebten etwa 7.000 Menschen auf engstem Raum. Die Menschen litten an Unterernährung und schlechten hygienischen Bedingungen. Am 31. Dezember 1941 waren etwa 900 westeuropäische Jüdinnen und Juden aufgrund von Ruhr, Erfrierungen, eiternden Wunden, Bindegautenzündungen, Lungenentzündungen und anderen Krankheiten arbeitsunfähig. Zur Behandlung der Kranken wurde zwar ein Krankenhaus eingerichtet, das allerdings nur rudimentär ausgestattet war. Lediglich fünf Ärzte waren für die Behandlung aller Kranken zuständig.

Etwa 300 Personen waren im Krankenhaus beschäftigt. Andere arbeiteten in den Kasernen in den Bekleidungslagern der Luftwaffe, wie etwa 150 Frauen oder in einer Schuhmacherei, die 100 Perso-

5. Руднер, Бертольд: Записки из Минского гетто. Памяти Марты Крон, умершей 26 января 1942 г. в 18 часов в Минском гетто. Рассказ о последних трёх месяцах жизни (12.11. 1941 – 26.1. 1942) [Notizen aus dem Minsker Ghetto. Zum Gedenken an Marta Kron, die am 26. Januar 1942 um 18 Uhr im Minsker Ghetto starb. Ein Bericht über die letzten drei Monate ihres Lebens (12.11.1941 - 26.1.1942)], in: Балакіраў, Віктар (ред.): Беларусь у выпрабаваннях Вялікай Айчыннай вайны: масавыя забойства нацыстуў [Belarus in den Prozessen des Großen Vaterländischen Krieges: Nazi-Massaker]. Мінск 2005, S. 220 – 225.

nen beschäftigte. Am härtesten war die Arbeit für diejenigen, die Schienen verlegen mussten. Aus den Reihen der deutschen Jüdinnen und Juden wurde eine Wache unter der Leitung von Karl Loewenstein gebildet. Die Wache setzte sich aus Männern zusammen, die ihren Militärdienst absolviert hatten. Die Wächter verrichteten auch Gelegenheitsarbeiten: Sie lieferten Lebensmittel aus, bewachten den Krankentransport und brachten die Toten weg.

Liquidierung der Ghettos

Das Sonderghetto Nr. 2 wurde am 28. und 29. Juli 1942 liquidiert. Dieser Aktion vielen die meisten Jüdinnen und Juden aus dem Raum Bremen zum Opfer. Der Großteil fand den Tod durch Ersticken auf dem Weg nach Blahauschtschyna, in der Nähe von Maly Traszjanez bei Minsk.

m 21. Juni 1943 erließ Heinrich Himmler einen Befehl zur vollständigen Liquidierung aller Ghettos im „Reichskommissariat Ostland“. Die Jüdinnen und Juden sollten in zahlreiche Konzentrations- und Vernichtungslager, darunter Dachau, Sobibór und andere gebracht werden. Im September 1943 wurde beschlossen, zunächst das Sonderghetto Nr. 1 in Minsk zu zerstören. Als es aufgelöst wurde, waren noch etwa 1000 Ghettobewohner*innen am Leben. Etwa 300 von ihnen wurden in Lager im besetzten Polen deportiert, alle anderen wurden ermordet. Nur sechs Personen überlebten die Deportation aus Bremen: Kurt Anspacher (Achim), Werner Blumert (Zeven), Hans und Richard Frank (Bremen), Heinz Menkel (Leer) und Martin Spanier (Verden).

Das verbliebene Minsker Ghetto wurde vom 21. bis 23. Oktober 1943 zerstört. Daraufhin meldeten die Besatzungsbehörden nach Berlin, dass Minsk zu einer „judenfreien“ Stadt erklärt werden könne. Die Zahl der während der 826-tägigen Existenz des Ghettos Getöteten lässt sich nicht eindeutig bestimmen. Die Schätzungen von Forscher*innen schwanken zwischen 60.000 und 100.000. Eine aktive Untergrundbewegung verhalf etwa 10.000 Jüdinnen und Juden zur Flucht zu den Partisan*innen in die umliegenden Wälder.

Maly Traszjanez

Während der Zeit des Minsker Ghettos befand sich in der Nähe des Dorfes Maly Traszjanez bei Minsk von Ende April/Anfang Mai 1942 bis Juli 1944 eine dreiteilige Vernichtungsstätte: ein Zwangsarbeitslager auf dem Gelände einer ehemaligen Kolchose, ein Ort der Massenerschießungen in Blahauschtschyna und ein Ort der Verbrennung im Schaschkauka. In diesen Vernichtungsstätten fanden zehntausende Jüdinnen und Juden aus Minsk und den Nachbarstädten, deportierte Jüdinnen und Juden aus den Ländern West- und Mitteleuropas sowie sowjetische Kriegsgefangene, Untergrundkämpfer*innen und belarussische Zivilist*innen ihren Tod. Die meisten der Toten waren Frauen, Kinder und ältere Menschen. In zwei Jahren wurden hier nach unterschiedlichen Schätzungen zwischen 60.000 und 206.500 Menschen getötet.

Nach einem Besuch von Reichsführer SS Heinrich Himmler in Minsk, Nawinki, einer psychiatrischen Einrichtung und dem Kriegsgefangenenlager in Masjukouschtschyna am 15. August 1941 entschied man sich im Frühjahr 1942 für Maly Traszjanez als Ort für Erschießungen und Zwangsarbeit. Ab Sommer kam es dann zu ersten Morden durch sogenannte „Duschegubkas“. Der Ort wurde nicht

ohne Grund ausgewählt. Er lag außerhalb der Stadt, in der Nähe des Waldes und hatte Zugang zum Schienennetz - die gesamte Infrastruktur war bereits vorhanden.

Das Zwangsarbeiterlager

Anfang April 1942 besetzte der SD das Gelände der Kolchose Karl Marx. Er vertrieb die Bewohner*innen und begann, eine eigene Hof- und Lagerinfrastruktur zu schaffen: Es entstanden Baracken, die mit Stacheldraht umgeben waren. Die Gebäude der ehemaligen Kolchose wurden zur Unterbringung von Menschen genutzt, die dort zur Arbeit gezwungen wurden. Zwischen Mai und Oktober 1942 kamen 15 Transporte mit jeweils etwa 1.000 Deportierten an. Fast alle von ihnen wurden hier getötet.

Blahauschtschyna

Ebenfalls im Sommer 1942 begannen die Aktionen zur Vernichtung der deportierten Jüdinnen und Juden, die seit November 1941 im Ghetto von Minsk inhaftiert waren. Auch sie wurden überwiegend nach Blahauschtschyna gebracht und ermordet.

1942 trafen die Transporte zunächst am Bahnhof Minsk Tawarny (Minsk Güterbahnhof) ein. Später brachte eine spezielle Bahnlinie die Jüdinnen und Juden direkt nach Traszjanez. Um die zum Tode verurteilten Menschen näher an den Ort der Vernichtung zu bringen, wurde im August 1942 ein kleiner provisorischer Bahnhof mit einem Bahnsteig gebaut. Danach wurde ein kleiner Prozentsatz der Deportierten zur Zwangsarbeit ausgewählt, um die Habseligkeiten der Deportierten zu sortieren. Anders als die meisten wurden diese Menschen nicht sofort getötet.

Zunächst waren Erschießungen die gängige Methode zur Ermordung der Menschen. Um den Prozess der Massenvernichtung zu beschleunigen und den „psychologischen Druck“ auf die Erschießungskommandos zu verringern, wurden ab Anfang Juni 1942 „Duschegubkas“ eingeführt.

Die Leichen wurden in Blahauschtschyna begraben, während die Kleidung im Lager Traszjanez sortiert wurde. In diesem Lager waren zudem SS-Einheiten untergebracht, die Partisanengruppen aufspüren sollten. Vermutlich war dies der Grund, warum das Lager wiederholt von Partisan*innen angegriffen wurde. Als Reaktion darauf wurde Maly Traszjanez im Januar 1944 zum Wehrdorf erklärt.

Schaschkauka

Die Errichtung von Leichenverbrennungsanlagen für die Verbrennung der Ermordeten in Schaschkauka steht im direkten Zusammenhang mit dem Sieg der Roten Armee in Stalingrad. Von Ende Oktober bis Mitte Dezember 1943 war das „Sonderkommando 1005“ im Lager Traszjanez im Einsatz, um die Leichen zu verbrennen und Beweise der Massenmorde zu vernichten. Infolgedessen wurde Blahauschtschyna ab Ende Oktober 1943 nicht mehr als Ort für Vernichtungsaktionen genutzt. Stattdessen diente Schaschkauka von Herbst 1943 bis zur Zerstörung des Lagers Ende Juni 1944 als neuer Ort der Massenliquidierung. Die Asche der verbrannten Opfer wurde auf dem Feld neben dem Lager verstreut. Am 3. Juli 1944 wurde Minsk von der Roten Armee befreit. Drei Tage vorher, am 30. Juni,

ist das Lager Traszjanez aufgelöst worden. Etwa 6.500 Menschen, darunter die letzten Häftlinge des Lagers, wurden in einer alten Scheune eingesperrt und diese dann in Brand gesetzt.

Die im Sommer 1944, unmittelbar nach der Befreiung von Minsk eingesetzte Außerordentliche Staatliche Kommission, die die Spuren der Verbrechen untersuchen sollte, erforschte das Gelände von Blahauschtschyna, Schaschkauka und Maly Traszjanez. Die ganz genauen Zahlen und die Namen der getöteten Menschen können trotzdem nicht abschließend rekonstruiert werden.

Erinnerungskultur an die Opfer des Holocaust und die Deportierten in Minsk und Bremen

Insgesamt starben in Minsk zur Zeit des Zweiten Weltkriegs etwa 327.000 Menschen. Dabei ist nicht bekannt, wer Einwohner*in war, wer freiwillig und wer gezwungenermaßen zur Zeit der Deutschen Besatzung vor Ort war.

Auch die genaue Zahl der Überlebenden des Minsker Ghettos ist nicht bekannt, da man nicht weiß, wie viele von ihnen nach 1944-1945 in der Stadt blieben, in der ihre Angehörigen ermordet wurden.

Nach der Volkszählung von 1959 lebten 14% der Jüdinnen und Juden (38.800 Menschen), die Jiddisch als ihre Muttersprache betrachteten, in Minsk. Kultur und Literatur in dieser Sprache, Schulen und wissenschaftliche Einrichtungen, in denen sie verwendet wurde, verschwanden nach und nach. Dies sind die Folgen des Holocaust sowie der antisemitischen Politik des sowjetischen Staates und des Einflusses von Denunziationen durch „normale Bürger“, die die offizielle Politik unterstützten und das Leben der Jüdinnen und Juden, die ihre Identität bewahren wollten, erheblich erschwerten.

Im Juli 1945, nach dem Kriegsende, lebten noch 93 Jüdinnen und Juden in Bremen, darunter 56 Überlebende des Ghettos Theresienstadt. Die jüdische Gemeinde in Bremen wurde 1948 wieder gegründet.

Verantwortung für Verbrechen

Im Oktober 1943 wurde die „Erklärung über die Verantwortung der Hitleristen für begangene Verbrechen“ zwischen Vertretern der UdSSR, der USA und Großbritanniens unterzeichnet. Mit dem Ende des Krieges begannen die Prozesse zur Bestrafung der Verbrecher. Der wohl berühmteste fand 1945-1946 in Nürnberg statt. Zu den Angeklagten des Nürnberger Prozesses 1947 gehörte Eduard Strauch, Kommandeur einer Einsatzgruppe und später der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes (SD) in Minsk, der auch für zahlreiche Massaker in der Region verantwortlich war. Er wurde zunächst zur Hinrichtung verurteilt, die jedoch später in lebenslange Haft umgewandelt wurde. Strauch starb 1955 im Gefängnis.

In den ersten Nachkriegsjahren wurden die Prozesse gegen NS-Täter auf vielfältige Weise verzögert. Dennoch wurden unter anderem Verantwortliche für Kriegsverbrechen in und um Minsk zur Rechenschaft gezogen. So fand im Januar 1946 in Minsk der Prozess gegen 16 Vertreter von Wehrmacht, Polizei und SS statt. Unter ihnen war der ehemalige SS-Oberführer Eberhard Herf, der auch für die Verbrechen in Maly Traszjanez verantwortlich gemacht wurde. Er wurde zusammen mit den anderen 13 Angeklagten zum Tod durch Erhängen verurteilt.

In den 1960er Jahren wurden in der Bundesrepublik Deutschland rund zehn Verfahren zu NS-Verbrechen in Minsk geführt. Von 30 Angeklagten wurden 23 zu langjährigen Haftstrafen verurteilt, davon fünf zu lebenslanger Freiheitsstrafe. Besondere Aufmerksamkeit wurde Georg Heuser zuteil, dem ehemaligen Leiter des Sicherheitskommandos und des SD Minsk, der persönlich an Hinrichtungen in Traszjanez teilgenommen hatte. Nach dem Krieg lebte er in der BRD, arbeitete als Kriminalkommissar des Landes Rheinland-Pfalz und wurde erst 1959 verhaftet. Wegen Mittäterschaft an der Ermordung von 11.103 Menschen wurde er 1963 zu 15 Jahren Haft in einem Hochsicherheitsgefängnis verurteilt, jedoch bereits 1971 amnestiert.

In den Jahren 1962-1963 bearbeiteten die sowjetischen Behörden den Fall von Albert Sakitens, einem ehemaligen Mitarbeiter einer lettischen Einheit, der an den Massenerschießungen in Maly Traszjanez beteiligt gewesen war. Er wurde zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt.

Gegen österreichische NS-Täter wurden nur wenige Prozesse eröffnet. Der einzige Fall war der Prozess gegen den ehemaligen Gaswagenfahrer Josef Wendl. Er wurde 1970 freigesprochen, weil die Geschworenen zu dem Schluss kamen, dass er zu der Tat gezwungen war und die Befehle aus purer Not befolgte.

Die meisten NS-Verbrecher*innen wurden nie angeklagt. Die Suche nach ihnen dauert bis zum heutigen Tag an.

Erinnerungskultur in Bremen, Bremerhaven und Verden

In Bremen gibt es zahlreiche Gedenkzeichen in unterschiedlichen Formen, die an die deportierten Jüdinnen und Juden erinnern. Seit 1991 erinnert eine Tafel am Hauptbahnhof links vom Haupteingang an den Überfall auf die Sowjetunion und die anschließende Deportation der Jüdinnen und Juden aus dem Raum Bremen in das Minsker Ghetto. Eine ähnliche Tafel wurde an einem Gebäude auf dem Gelände des ehemaligen Sonderghettos in Minsk angebracht.

An der Oberschule am Barkhof wurde 1998 eine Gedenktafel angebracht, die an die letzte Nacht erinnert, die die Jüdinnen und Juden aus dem Raum Bremen 1941 dort verbracht haben. Auf dem Gelände der ehemaligen jüdischen Schule in der Kohlhökerstraße 6 befinden sich Steine mit den Namen von deportierten/ermordeten Schüler*innen und Lehrer*innen.

In Bremerhaven erinnert ein 1983 aufgestellter Gedenkstein an die Synagoge in der Schulstraße 5, die während des Novembersturms 1938 zerstört wurde. Die Schocken Villa, wo Jeanette Schocken bis zu ihrer Deportation gelebt hat, ist heute ein Altersheim. Eine Plakette weist auf die Geschichte des Ortes hin. Der Name wurde beibehalten und erinnert an die früheren Besitzer*innen. Außerdem verleiht die Stadt Bremerhaven seit 1991 den Jeanette Schocken Preis als Bremerhavener Bürgerpreis für Literatur und gedenkt damit der Namensgeberin.

Bei Bauarbeiten wurden 2011 bauliche Überreste der ehemaligen Synagoge in Verden gefunden. Mit einer Informationstafel wird seit 2015 an ihren Standort am Johanniskwall 7 erinnert. In der Ritterstraße zwischen dem historischen Rathausgebäude und dem Neubau wurde 1993 ein Mahnmal für die jüdischen Opfer aus Verden errichtet.

Stolpersteine mit den Namen der Deportierten lassen sich in ganz Bremen, Bremerhaven und Verden finden. Informationen zur Deportation der Jüdinnen und Juden aus dem Raum Bremen sind sowohl in digitaler Form als auch in Büchern aufbereitet.

Erinnerungskultur in Minsk

Auch in Minsk gibt es Spuren der Erinnerung. Neben der bereits erwähnten Gedenktafel auf dem Gelände des ehemaligen Sonderghettos, die 1992 errichtet wurde, gibt es weitere Zeichen, die beide Städte miteinander verbinden.

Viele Denkmäler, die dem Gedenken an die Opfer des Holocaust gewidmet sind, wurden von dem berühmten Architekten und Vorsitzenden der Union der belarussischen jüdischen öffentlichen Verbände und Gemeinden, Leanid Levin entworfen. Hierzu zählt der Komplex am Ort des Pogroms vom 2. und 3. März 1942 in der „Grube“, das Symbol der zerstörten jüdischen Familie und die Bildhauerkomposition „Tisch und Stuhl“ auf dem jüdischen Friedhof.

Auf dem Gelände des ehemaligen Ghettos befindet sich die Geschichtswerkstatt Leanid Levin. Die im März 2003 eröffnete Bildungseinrichtung erfüllt die Funktion einer Gedenkstätte, in der Forschungs- und Bildungsarbeit zum Thema Holocaust und Deportationen durchgeführt wird, sowie Gedenkveranstaltungen stattfinden. Erinnert wird auch an die deportierten Jüdinnen und Juden aus Bremen.

Eines der wichtigsten Gedenkprojekte zur Erinnerung an deportierte Jüdinnen und Juden war Blahauschtschyna, ein Teil des Gedenkkomplexes in Maly Traszjanez, der 2018 eröffnet wurde. Der Komplex besteht aus zwei Projekten: der Kreativwerkstatt von Leanid Levin und des belarussischen Staatsunternehmens Minskprakt unter der Leitung der Architektin Hanna Aksionava.

Die Errichtung des Gedenkkomplexes in Blahauschtschyna wurde von Archäologen des Instituts für Geschichte der Akademie der Wissenschaften von Belarus beaufsichtigt. Hunderte Gegenstände, die den von den Nationalsozialisten vernichteten Menschen gehörten, sind dabei gefunden worden. Die meisten Gegenstände sind westeuropäischen Ursprungs: Medikamente, Schlüssel zu den Häusern und Wohnungen, in die sie nie zurückkehrten, Medaillons. Dies zeigt, dass die Menschen nicht hierherkamen, um zu sterben, sondern dass sie bis zuletzt daran glaubten, dass sie leben würden.

Die Gedenkstätte Blahauschtschyna hat das Potenzial, zu einem gesamteuropäischen Gedenkort zu werden, sobald sich die politische Situation in Belarus verbessert hat. Ein Teil der Gedenkstätte liegt auf dem Gelände des ehemaligen Zwangsarbeitslagers, wo 2015 der erste Abschnitt der Gedenkstätte „Tor der Erinnerung“ erbaut wurde. Die symbolischen Torklappen sind 10 Meter hoch und stellen die erschöpften Häftlinge des Lagers dar, deren Körper mit Stacheldraht umwickelt sind - ein Symbol für die Unmöglichkeit, dem Tod zu entkommen. Zum Tor führt eine Gedenkstraße, an deren beiden Seiten Tafeln angebracht sind, die alle Orte der Massenvernichtung in Belarus auflisten.

Schlüsselbegriffe

ANTIJUDAISMUS [GRIECHISCH-LATEINISCH: „PRINZIPIELL GEGEN JUDEN“] — religiös begründete Ablehnung und Bekämpfung von Jüdinnen und Juden

ANTISEMITISMUS — rassistisch begründete, pseudowissenschaftliche Ablehnung und Bekämpfung von Jüdinnen und Juden; Begriff selbst seit ca. 1879, geprägt von Wilhelm Marr

APPELL — in nationalsozialistischen Zwangslagern regelmäßig von der → SS (bzw. Wachmannschaft) durchgeführte Zwangsmaßnahme um Häftlinge zu demütigen, vorgeblich um zu zählen, aber auch um Bekanntgaben zu machen, öffentlich Strafen zu vollstrecken, Selektionen durchzuführen, etc.

„**ARBEITSERZIEHUNGSLAGER**“ — von der → Gestapo eingerichtete Lager, v.a. für Zwangsarbeiter*innen und Arbeiter*innen, die wegen „mangelnder Arbeitsdisziplin“ inhaftiert wurden; Disziplinierungselement, das abschrecken sollte; Aufenthalt de facto zeitlich begrenzt, Alltag von schwerer Arbeit, Brutalität und Misshandlung geprägt

„**ARISIERUNG**“ ODER „**ENTJUDUNG**“ [!NS-Begriff!] — Prozess der Enteignung jüdischen Eigentums, ihrer Firmen, Geschäfte, Häuser, Grundstücke, Aktien und Bargeld, und die Übertragung an nicht-jüdische Personen, Firmen oder den Staat; Einstufung als Raub

AUSSENLAGER — auch Nebenlager genannt; gemeint sind größere Außenkommandos, die in Lagern außerhalb eines Stammlagers untergebracht waren; Außenlager bedeutete nicht unbedingt eine räumliche Nähe, so gab es bspw. Außenlager von → Auschwitz in Hamburg; Außenlager konnten unterschiedliche Größen haben, von einigen wenigen Häftlingen bis zu großen Anlagenkomplexen; die Dauer des Bestehens solcher Außenlager variierte stark; auch gab es anders als bei Hauptlagern kein eindeutiges einheitliches Muster, wie die Außenlager organisiert waren

AUSSERORDENTLICHE STAATLICHE KOMMISSION — die Außerordentliche Staatliche Kommission trägt den vollständigen Namen: „Außerordentliche Staatliche Kommission für die Feststellung und Untersuchung der Gräueltaten der deutsch-faschistischen Aggressoren und ihrer Komplizen, und des Schadens, den sie den Bürgern, Kolchosen, öffentlichen Organisationen, staatlichen Betrieben und Einrichtungen der UdSSR zugefügt haben“, wurde gegründet, um die nationalsozialistischen Verbrechen aufzuklären; die Hauptaufgaben waren das Sammeln und Erstellen von Dokumenten und Zeug*innenaussagen; die Dokumente spielten bei den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen eine Rolle

AUSCHWITZ — größtes deutsches Vernichtungslager während der Zeit des → Nationalsozialismus, aufgeteilt in Stammlager Auschwitz I (Stammlager), Auschwitz II (Birkenau), Auschwitz III (Monowitz)

DEPORTATION — Bezeichnung für die zwangsweise Verschleppung von Menschen; während des → Nationalsozialismus häufig unter menschenunwürdigen und tödlichen Bedingungen

DISKRIMINIERUNG — Benachteiligung und Ungleichbehandlung, aufgrund von (zugeschriebenen) Merkmalen wie Religion, Hautfarbe, Geschlecht, sexuelle Orientierung, Alter und weiteren

EICHMANN, ADOLF: — SS-Obersturmbannführer, Leiter des für die Organisation der Deportation und Vertreibung von Jüdinnen und Juden zuständigen Referats des → Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) und damit maßgeblich für die Ermordung der europ. Jüdinnen und Juden verantwortlich;

nach dem Krieg Flucht nach Südamerika und Entführung durch den Mossad in den 60er Jahren, Prozess der mit einem Schulterspruch und der Todesstrafe endete (→ Eichmannprozess)

EICHMANNPROZESS — April bis Dezember 1961, in Jerusalem, der Prozess erlangte große Aufmerksamkeit, weil er eine Einzelperson, die maßgeblich die → Shoah organisierte verurteilte, aber auch, weil es für viele Opfer das erste Mal war, dass sie über das Erlebte sprechen und in so einem großem Umfang gehört wurden (Stichwort Zäsur in der → Erinnerungskultur)

EINSATZGRUPPEN DER SICHERHEITSPOLIZEI UND DES SD (SICHERHEITSDIENST) — in den Ostgebieten der → Wehrmacht nachrückende Sondereinheiten, die mit der Erschießung von Jüdinnen und Juden, Sint*ezza und Rom*nja, Kommunist*innen, als „Asozial“ verunglimpften Menschen, psychisch Kranken, sowie (vermeintlich) geistig und körperlich behinderten Menschen beauftragt waren; maßgeblich an der → Shoah und am → Samudaripen/Porajmos beteiligt, vor allem in Polen, der Ukraine und der Sowjetunion

„**ENDLÖSUNG DER JUDENFRAGE**“ [NS-Begriff] — euphemistische (beschönigende) Bezeichnung für die Ermordung der europäischen Jüdinnen und Juden, Naziterminologie, deswegen wird der Begriff nur in Anführungszeichen verwendet

ENTNAZIFIZIERUNG — Beschluss der vier alliierten Siegermächte, alle nationalsozialistischen Organisationen zu verbieten und alle deutschen Institutionen vom → Nationalsozialismus zu säubern; eher mäßig erfolgreich in der Durchführung

ERINNERUNGSKULTUR(EN) — Oberbegriff für die verschiedenen (institutionalisierten) und öffentlichen Formen der (einzelnen und gesellschaftlichen) Erinnerung(en) in diversen Rituale und Praktiken, sich an die (eigene und staatliche) Vergangenheit zu erinnern (Wer erinnert sich an was, mit welchen Praktiken, von wem verantwortet und wo geschieht dies?); Setzt die Anerkennung von Unrecht und Leid angesichts der Zerstörung von Leben durch extreme Formen von Gewalt voraus

FLÜCHTLINGE/GEFLÜCHTETE — Personen, die sich aus begründeter Furcht vor Verfolgung im Heimatgebiet ihres Staates oder außerhalb des Landes ihrer Staatsangehörigkeit aufhalten und weder den Schutz dieses Landes genießen noch dorthin zurückkehren können

FREMDENFEINDLICHKEIT [auch: Xenophobie] — ablehnende Haltung gegenüber Menschen, die als fremd markiert werden; das „fremd“ muss dabei nicht zwangsläufig „richtig“ sein, sondern bezeichnet zumeist eine Abweichung von der Mehrheitsgesellschaft; Begriff wird häufig unscharf verwendet, wenn bspw. → Rassismus oder → Antisemitismus gemeint sind

GASWAGEN/„DUSHEGUBKA“ [belarussisch/russisch: „seelenzerstörend“] — Lieferwagen mit versiegelter Karosserie zur Tötung von Menschen durch qualvolles Erstickung mit Abgasen des laufenden Motors

GEDENKSTÄTTE — mehr oder weniger authentischer Ort; Ort, an dem bauliche Überreste die dort stattgefundenen Ereignisse bezeugen, in Europa häufig vor allem in Bezug auf den → Nationalsozialismus errichtet Orte der Erinnerung, der Mahnung, des Lernens, aber auch konkrete Friedhöfe, häufig in Verbindung mit einem Museum und/oder Studienzentrum; von sozialen Gruppen genutzt, um Ereignisse zu gedenken.

„**GELBER FLICKEN**“ [im Zusammenhang mit dem Minsker Ghetto] — spezielles Erkennungszeichen; Besonderheit im Minsker Ghetto, dass die lokalen Ghettohälfte ein gelbes, rundes Abzeichen trugen, aber keinen Stern; zur Markierung der jüdischen Bevölkerung

„**GENERALKOMMISSARIAT WEISSRUTHENIEN**“ [NS-Begriff] — als höchste Organ der Zivilverwaltung auf dem Gebiet des Generalbezirks Weißruthenien (Bezirke Minsk, Baranawitschy, Barysau, Wi-

lejka, Hanzawitschy, Hlybokaje, Lida, Nawahrudak, Slonim und Sluzk). Generalkommissare: Wilhelm Kube (1. September 1941 - 22. September 1943), Kurt von Gottberg (23. September 1943 - Juni 1944)

GENERALPLAN OST — eine Reihe von Ideen und Dokumenten des → Nationalsozialismus, die ein Programm zur Kolonialisierung der von der Wehrmacht eroberten Ostgebiete darstellten, das die Umwandlung und (oder) physische Vernichtung der lokalen Bevölkerung vorsah. Das strategische Konzept der Kriegsführung gegen die Sowjetunion, ein → Vernichtungskrieg, wurde von diesem Plan abgeleitet. Drei Viertel der Bevölkerung Belarus sollten vertrieben und 25 Prozent germanisiert werden

„**GERECHTER UNTER DEN VÖLKERN**“ — Bezeichnung für Nicht-Jüdinnen und Juden, die während der Zeit des → Nationalsozialismus selbstlos und unter Gefährdung ihrer eigenen Person und/oder ihrer Familie Jüdinnen und Juden versteckten bzw. beim Untertauchen halfen und damit retteten; in Israel seit 1963 ein anerkannter Ehrentitel, der von der → Gedenkstätte Yad Vashem (Israel) an Menschen nichtjüdischer Nationalität verliehen wird

GESCHICHTSREVISIONISMUS — Versuch der Umdeutung der wissenschaftlich, politisch und gesellschaftlich anerkannten Geschichte. Dabei werden bestimmte historische Ereignisse wesentlich anders als in der gegenwärtigen Geschichtswissenschaft dargestellt, erklärt und/oder gedeutet; vor allem im deutschen Sprachgebrauch hat der Begriff eine negative Bedeutung, da es sich zumeist nicht nur um quellenbasierten „Revision“ (Korrektur) einer historischen Ereignisdarstellung handelt, sondern zumeist um eine ideologische und rechte Umdeutung der Vergangenheit, dabei werden vor allem NS-Verbrechen gelegnet, relativiert oder verharmlost

GESTAPO (GEHEIME STAATSPOLIZEI) — politische Polizei während des → Nationalsozialismus zur Bekämpfung politischer Gegner*innen, als → RSHA mit Kriminalpolizei, Sicherheitspolizei und SD zusammengefasst, unterstand Reinhard Heydrich

GHETTO — Wort kommt aus dem italienischen; Gebiete, zumeist Stadtviertel, in denen Jüdinnen und Juden von der Mehrheitsgesellschaft segregiert wurden; unter den Nationalsozialist*innen Teil des Ausgrenzungsprozesses von Jüdinnen und Juden und Vorstufe zur Vernichtung

„**GROSSER VATERLÄNDISCHER KRIEG**“ — sowjetischer (Propaganda-)Begriff für den Zeitabschnitt des Zweiten Weltkriegs, nach dem Angriff auf die Sowjetunion im Juni 1941; basiert auf dem Konzept des Vaterländischen Krieges im Russischen Reich gegen Napoleon im 19. Jahrhundert; der Sieg über den Faschismus ist seit den 1960er Jahren ein wichtiger Bezugspunkt für das sowjetische Selbstverständnis; in Belarus wird der Begriff vom aktuellen politischen Regime in der offiziellen Erinnerungs- und Bildungskultur weiter verwendet, während Historiker*innen (auch in anderen ehem. Sowjetrepubliken) ihm kritisch gegenüberstehen

„**GRUBE“/„JAMA“** — Gedenkkomplex in Minsk, der den Opfern des Pogroms vom 2. und 3. März 1942 gewidmet ist, als die Nationalsozialist*innen etwa 5.000 Gefangene des Minsker Ghettos ermordeten

„**HAMBURGER JUDEN**“ — Bezeichnung für Jüdinnen und Juden aus West- und Mitteleuropa im Minsker Ghetto, Wurzeln: der erste Deportationszug mit ausländischen Juden kam aus Hamburg an. Das Sonderghetto wurde teilweise auch als „Hamburger Ghetto“ bezeichnet

HOLOCAUST [griech.: „Brandopfer“] — Bezeichnung für den Völkermord an ca. 6 Millionen Jüdinnen und Juden während des Nationalsozialismus (auch → Shoah genannt)

JIDDISCH — jüdische Sprache der germanischen Gruppe, die hauptsächlich von aschkenasischen Juden (mittel- und westeuropäischen Juden) verwendet wird

JUDENHAUS [!NS-Begriff!] — in der offiziellen Sprache des NS-Staates ein Wohnhaus, das Juden gehörte und in dem sie mit anderen Menschen auf engstem Raum zusammenleben mussten. Alternativ wird auch der Begriff „Ghettohaus“ verwendet

JUDENRAT [!NS-Begriff!] — ein Organ der (vermeintlichen) jüdischen Selbstverwaltung innerhalb der → Ghettos in den besetzten Gebieten, die von den Nationalsozialist*innen errichtet wurden; war für die Organisation der Arbeit und des Lebens der jüdischen Bevölkerung sowie für die Ausführung der deutschen Befehle zuständig; gilt als Zwangskörperschaft

JUDENTUM — älteste der drei monotheistischen Weltreligionen (mehr als 3000 Jahre); das Judentum ist aber auch Traditionen und Lebensweise, Philosophie und zumeist auch Kultur von Jüdinnen und Juden; historische Unterscheidung in aschkenasisches, mizrahisches und sephardisches Judentum sowie Unterteilung in Reformjudentum, konservatives und orthodoxes Judentum (inkl. verschiedenen Strömungen); Grundlage ist die Thora, das Gotteshaus heißt → Synagoge

JÜDISCHE SIEDLUNGSLINIE — Gebiet im Russischen Reich, in dem sich Jüdinnen und Juden aufhalten durften (westlichen Gebiete des Reiches, zu denen auch Belarus gehörte); sie bestand von 1791 bis 1917; nach den damaligen russischen Gesetzen durften Jüdinnen und Juden nur in Städten und Ortschaften leben, ohne das Recht, sich auf dem Lande niederzulassen

KINDERTRANSPORTE — Ausreise von ca. 10.000 Kinder (bis max. 17 Jahre), die nach den → Nürnberger Gesetzen als Jüdinnen und Juden verfolgt wurden, zeitlich zwischen dem → Novemberterror und dem Beginn des 2. Weltkriegs; oftmals waren die Kinder, die ohne Eltern in Großbritannien ankamen und dort bei Pflegefamilien untergebracht wurden, die einzigen Überlebenden der Familie

KONZENTRATIONSLAGER — Internierungslager für politische und „rassische“ Feinde des → Nationalsozialismus, Inhaftierung ohne Gerichtsprozess und ohne, dass absehbar war, wann die Internierung vorbei ist, extrem hohe Todesraten, Unterscheidung in verschiedene Lagertypen, beispielsweise Arbeitslager, Arbeitserziehungslager, Vernichtungslager; Konzentrationslager gab es im ganzen besetzten Europa, es gab ein Netz von Konzentrationslagern mit → Stamm- und → Außenlagern, → Zwangsarbeit etc.; Begriff geht auf Anfang des 20. Jahrhunderts zurück; häufig genutzte Abkürzung ist KL, von den Nationalsozialist*innen in offiziellen Dokumenten genutzt, KZ im Sprachgebrauch üblicher, wurde eingeführt, weil es „härter“ klingt

KOLLABORATEURE [französisch: „Zusammenarbeit“] — Vertreter*innen der Machthaber*innen oder der lokalen Bevölkerung, die mit den (deutschen) Besatzern freiwillig und zum eigenen Vorteil zusammenarbeiteten

KONFISZIERUNG [lateinisch: „Einziehung“] — zwangsweise Beschlagnahme des gesamten oder eines Teils des (materiellen oder rechtlichen) Eigentums einer Person ohne Entschädigung durch den Staat als Sanktion für ein Verbrechen oder Vergehen

KRIEGSGEFANGENE — Personen aus den Streitkräften einer kriegsführenden Seite, die während eines bewaffneten Konflikts von der anderen Seite gefangen genommen wurden und sich während der Feindseligkeiten in deren Gewalt befanden; können im Rahmen eines Gefangenenaustauschs oder bei Kriegsende freigelassen werden; müssen nach einer friedlichen Beilegung des Konflikts in ihr Heimatland zurückkehren

„MALINA“ [hebräisch: „Schutzgebiet“] — geheimer Ort, der von Ghetto-Häftlingen als vorübergehender Schutz während der Massenvernichtung eingerichtet wurde

Maly Trostinez/Trascjanec — Dorf im Bezirk Minsk (seit 1987 im Stadtgebiet von Minsk); von Ende April/Anfang Mai 1942 bis Juli 1944 befand sich in der Nähe von Maly Trasjanez die größte Vernichtungsstätte in den besetzten Gebieten der Sowjetunion; der Name „Trasjanez“ vereint mehrere Orte: Blahauschtschyna [dt.: Blagowschtschina]: Ort der Massenerschießungen; Zwangsarbeitslager in der Nähe des Dorfes Maly Trasjanez; Schaschkauka [dt.: Schaschkowka]: Ort der Massenverbrennung von Menschen

NATIONALSOZIALISMUS — Ideologie, die später zur (politischen) Bewegung heranwächst, Wurzeln in der völkischen Bewegung; durch Adolf Hitler und die → NSDAP zwischen 1933-1945 Staatsideologie im Deutschen Reich; dem Nationalsozialismus inhärent (eingeschrieben) ist → Antisemitismus, → Rassismus und Antikommunismus, er ist ultranationalistisch, völkisch, sozialdarwinistisch und antidemokratisch

NOVEMBERTERROR — auch bekannt als Novemberpogrome bzw. „Reichspogromnacht“: unter den Nazis als „Reichskristallnacht“ benannt; vom 9. auf 10. November 1938; gezielte geplante Aktion zur Plünderung und Zerstörung jüdischer Geschäfte und → Synagogen; Zäsur (Einschnitt, Veränderung) in der Verfolgungspraxis von Jüdinnen und Juden, weg von dem Versuch, dass Jüdinnen und Juden das Deutsche Reich freiwillig (und auf eigene Kosten) verlassen, hin zu Verfolgung, Vertreibung und Ermordung

NSDAP — „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“, gegründet als Deutsche Arbeiterpartei (DAP), Umbenennung bereits 1920; seit 1921 war Adolf Hitler Vorsitzender der Partei; straff nach dem Führerprinzip organisiert; nach 1945 verboten

„NÜRNBERGER GESETZE“ — offiziell drei Gesetze, das Dritte lautet „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“; im Zuge des Nürnberger Reichsparteitags 1935 eingeführt, legitimierten die antisemitische und rassistische Ideologie der Nationalsozialisten in Form von Gesetzen; juristische Grundlage für die systematische Verfolgung von Juden und Jüdinnen und Sint*ezza und Rom*nja

„OSTARBEITER“ [!NS-Begriff!] — Menschen aus dem „Reichskommissariat Ukraine“, dem → Generalkommissariat Weißruthenien und den östlich an Lettland und Estland angrenzenden Gebieten, die im Deutschen Reich → Zwangsarbeit verrichten mussten; besondere Kennzeichnung der „Ostarbeiter*innen“, insg. im Gesamtzeitraum des Krieges ca. 2,75 Mio. Menschen im Reich beschäftigt; rechtliche Grundlage: „Ostarbeiter-Erlasse“ vom 20. Februar 1942; rassistische Abwertung und damit einhergehende besondere schlechte Behandlung der Zwangsarbeiter*innen

PARTISAN*IN [italienisch: „Anhänger*in einer bestimmten sozialen Gruppe“, „Partei“] — Personen, die freiwillig einen bewaffneten Kampf für die Freiheit und Unabhängigkeit eines Landes führen, das von einem Eindringling besetzt ist, in der Zeit des → Nationalsozialismus vor allem italienische, jugoslawische und belarussische Partisan*innen bekannt

POGROM — spontaner „Volkszorn“, gewaltsame Massenaktion, die sich gegen eine Gruppe von Menschen aus religiösen, nationalen, klassistischen oder rassistischen Gründen richtet

RASSISMUS — Ungleichwertigkeitsideologie, die Menschen in vermeintlich (!) unterschiedliche „Rassen“ einteilt, denen bestimmte Eigenschaften zugesprochen werden; die Entwicklung von Rassismus und Kolonialismus (und Kapitalismus) sind eng miteinander verknüpft; auch heute noch in Form von strukturellem und institutionalisiertem Rassismus alltäglich

REICHSKOMMISSARIAT — in den von der Wehrmacht besetzten Gebieten geschaffene verwaltungs-technisch-territoriale Einheit, die von einem von Berlin aus ernannten Reichskommissar geleitet wurde und nicht direkt dem Deutschen Reich angehörte. der größte Teil des belarussischen Territoriums war während des Zweiten Weltkriegs Teil des Reichskommissariats Ostland, ein kleinerer Teil des Reichskommissariats Ukraine, das „Generalkommissariat Weißruthenien“ war Teil des „Reichskommissariat Ostland“

REICHSSICHERHEITSHAUPTAMT (RSHA) — 1939 zu Beginn des Zweiten Weltkriegs von Heinrich Himmler durch die Zusammenlegung von Sicherheitspolizei (Sipo) und → Sicherheitsdienst (SD) als maßgebliches Repressionsorgan des → Nationalsozialismus gegründet

„RUSSISCHE JUDEN“ [im Zusammenhang mit dem Minsker Ghetto] — belarussische Jüdinnen und Juden aus Minsk und Umgebung

„RUSSISCHES VIERTEL“ [im Zusammenhang mit dem Minsker Ghetto] — im Gegensatz zum Ghetto ein großer Teil der Stadt, in dem Nicht-Juden lebten, kein offizieller Begriff, sondern von Zeitzeug*innen geprägt

SCHUTZHAFT — Inhaftierung einer Person, um sie vor einer realen Bedrohung zu schützen. Während des → Nationalsozialismus verhafteten die Nationalsozialist*innen unter dem Deckmantel der „Schutzhaft“ Regimegegner*innen, ideologische Feinde und andere unerwünschte Personen ohne Gerichtsverfahren und Urteil, und überstellten sie sie in → Konzentrationslager oder Gefängnisse.

SHOA [hebräisch: „Unheil“, „große Katastrophe“] — Bezeichnung für den Völkermord an ca. 6 Millionen Jüdinnen und Juden während des → Nationalsozialismus (auch → Holocaust genannt)

SICHERHEITSDIENST DES REICHSFÜHRER SS (SD) — Geheimdienst der → SS, innerhalb der → NSDAP, unterstand ab 1939 dem → RSHA; Aufgabenbereich war die gezielte Bekämpfung und Vernichtung des politischen Gegners und die Einschüchterung der Bevölkerung; auch verantwortlich für Kriegsverbrechen in der von der → Wehrmacht besetzten Gebieten

SONDERGHETTO — Teil des Minsker Ghettos, in dem Tausende von Jüdinnen und Juden untergebracht waren, die von den Nazis aus West- und Mitteleuropa deportiert worden waren. Das Sondergetto bestand von November 1941 bis September 1943 und hatte zwei Teile, von denen der zweite Teil die deportierten Bremer Jüdinnen und Juden aufnahm

SONDERKOMMANDO — Arbeitskommando jüdischer Häftlinge, die den Massenmord in den Gaskammern vorbereiten und anschließend die Gaskammern leeren sowie reinigen und die Leichen verbrennen mussten; wurden als unmittelbare Zeug*innen von der → SS in regelmäßigen Abständen umgebracht

SS — Schutzstaffel, 1925 als Sonderorganisation der NSDAP gegründet, Leibstandarte Adolf Hitler, unterstand der SA; nach „Röhm-Putsch“ 1934 eigenständige paramilitärische Organisation; maßgeblich am → Holocaust beteiligt

STAMMLAGER — Von der → SS im Deutschen Reichsgebiet errichtete Lager die als zentrale Verwaltungsstelle organisiert wurden und im Zusammenhang mit den → Außenlagern einen Konzentrationslagerkomplex bildeten.

„SONDERBEHANDLUNG“ [!NS-Begriff!] — NS-Euphemismus für das Ermorden von Häftlingen

SYNAGOGE [griechisch: „Zusammenkunft“] — Gebäude, Gotteshaus im → Judentum, immer auch mit anderen Räumen des Lernens bzw. einer Bibliothek, immer nach Osten ausgerichtet, in die Richtung des Jerusalemer Tempelberges; Unterschiede, ob liberale oder orthodoxe Synagoge

UNTERGRUNDKÄMPFER*IN [im Zusammenhang mit dem Minsker Ghetto] — bezogen auf Untergrundbewegung im Minsker Ghetto; Person, die sich mit nicht-legalen Aktivitäten beschäftigt, die darauf abzielen, die Besatzungspolitik zu stören und die Unabhängigkeit des besetzten Landes wiederherzustellen

VERNICKTUNGSKRIEG IM OSTEN — Krieg, der auf die Vernichtung des Menschen und der Lebensgrundlagen in Osteuropa abzielte; rassistisch, antisemitisch und antikommunistisch von den Nationalsozialisten legitimiert, Grundlage war die Ungleichwertigkeitsideologie gegenüber Slaw*innen; immer einhergehend mit massiven Massakern und Kriegsverbrechen an der (zivilen) Bevölkerung und Zerstörung der (zivilen) Infrastruktur und ganzer Städte und Dörfer

VERNICKTLAGER — auch Todeslager genannt, besondere Form des → Konzentrationslagers, in der Zeit des → Nationalsozialismus im besetzten Polen und Belarus, (fast) ausschließlich für den systematischen Massenmord an Jüdinnen und Juden sowie Sint*ezze und Rom*nja aus ganz Europa genutzt, Tod durch Gas in Gaskammern; Vernichtungslager waren: Bełżec, Sobibór, Treblinka, → Maly Trasjanez, Konzentrations- und Vernichtungslager waren → Auschwitz und Majdanek (Jasenovac im „Unabhängigen Staat Kroatien“ gilt auch als Konzentrations- und Vernichtungslager, wurde aber von der kroatischen Ustaša betrieben); ab 1941 errichtet; zentral für die Ermordung der europäischen Jüdinnen und Juden

VÖLKERMORD — systematische Vernichtung einer nationalen, ethnischen, „rassischen“ oder religiösen Gruppe

WANNSEE-KONFERENZ — Konferenz am 20. Januar 1941, in deren Verlauf 15 hochrangige Vertreter von nationalsozialistischen Reichsbehörden und Parteidienststellen unter Vorsitz von Reinhard Heydrich (Chef des → Sicherheitsdienstes der SS und der Sicherheitspolizei), die Organisation und Koordination des → Holocausts/der Shoah mit allen darin involvierten Instanzen final koordinierten und Zuständigkeiten festlegten

WEHRMACHT — Streitkräfte des nationalsozialistischen Deutschlands

YAD VASHEM [hebräisch: „Erinnerung und Name“] — 1953 gegründete → Holocaust → Gedenkstätte in Israel, deren Hauptzweck darin besteht, der Millionen Opfer des → Holocausts/der Shoah zu gedenken

ZWANGSARBEIT — (körperliche) Arbeit, die unter Freiheitsentzug und Androhung von Strafe verichtet werden musste, nicht entlohnt, im Deutschen Reich 13 Millionen Zwangsarbeitende, im Besetzten Europa 20 Millionen; vor allem aus Osteuropa; verschiedene Kategorien von Zwangsarbeit und Zwangsarbeitende, vor allem in der (Rüstungs-)Industrie und Landwirtschaft, „zivile“ Zwangsarbeitende, ausländische KZ-Häftlinge, Kriegsgefangene und mehr; Arbeitsfelder auch in Ghettos, Arbeitserziehungslagern und anderen (Konzentrations-)Lagern

Anhang 2: Übersichtstabelle mit Daten zur Geschichte des Holocaust in Bremen und Minsk (1933-1945)

Hinweis an die Lehrkräfte: dieser Zeitstrahl ist auf keinen Fall vollständig, vielmehr wurde versucht, sich auf einzelne prägnante Ereignisse zu fokussieren; der Zeitstrahl kann nach Bedarf abgeändert und erweitert werden!

Allgemein	Bremen	Minsk
1933		
30.01. Hitlers Ernennung zum Reichskanzler, Machtübertragung an die Nationalsozialisten in Deutschland		
	05.03. Reichstagswahl: Die NSDAP ist stärkste Partei in Bremen und erhält 32,6 % der Stimmen	
22.3. Errichtung des ersten Konzentrationslagers in Deutschland (Dachau)		
01.04. Boykott jüdischer Geschäfte, jüdischer Ärzt*innen und Anwält*innen		
10.05 Bücherverbrennung im nationalsozialistischen Deutschland		
26.07. Erhebung einer Steuer auf auswanderungswillige Jüdinnen und Juden in Höhe von 25 % ihres Vermögens		
1935		
15.09. „Nürnberger Gesetze“		
1937		
02.07. Beginn der Gründung jüdischer Schulen	01.01. 1184 registrierte Jüdinnen und Juden in Bremen	
1938		
17.08. Obligatorische Verwendung zusätzliche Namen („Sarah“ oder „Israel“) und obligatorische Ausweise für alle Jüdinnen und Juden		
05.10. Stempelung der Pässe deutscher Jüdinnen und Juden mit dem „J“		

Allgemein	Bremen	Minsk
	27./28.10. Verhaftung und Deportation von Jüdinnen und Juden mit polnischer Staatsbürgerschaft (darunter 80 aus Bremen) durch die Gestapo an die polnische Grenze	
09./10. 11. Novemberpogrom („Reichskristallnacht“)	Eingemeindung von Bremen-Nord	
15. 11. Ausweisung jüdischer Schülerinnen und Schüler aus deutschen Schulen		
01.12. Beginn der „Kindertransporte“ (Aufnahme von 10.000 Kindern aus Deutschland, Österreich und der Tschechoslowakei nach England)		
1939		
23.8 Nichtangriffspakt zwischen der UdSSR und Deutschland (auch bekannt als „Hitler-Stalin-Pakt“)		
1.9 Beginn des Zweiten Weltkriegs /Überfall der Deutschen Wehrmacht auf Polen		
		17.9 Einmarsch der Roten Armee in Polen. Anschluss von Westbelarus an die Belarusische Sozialistische Sowjetrepublik
20.09. Verbot des Radiobesitzes für Jüdinnen und Juden		
1941		
22.6 Überfall auf die Sowjetunion („Unternehmen Barbarossa“)		
Errichtung von Vernichtungslagern (Sobibór, Majdanek, Treblinka, Auschwitz)		28.06 Die Wehrmacht besetzt Minsk
		20.07 Errichtung des Ghettos Minsk
15.09. Alle Jüdinnen und Juden über fünf Jahren werden verpflichtet, an öffentlichen Orten den „Judenstern“ zu tragen		
18.09. Beschränkungen für Jüdinnen und Juden bei der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel		

Allgemein	Bremen	Minsk
23.10. Verbot der jüdischen Auswanderung aus Deutschland		
	24.10. Schriftliche Ankündigung der Deportation der Bremer Juden in den Osten mit der Verpflichtung zum Verzicht auf das Eigentumsrecht und die deutsche Staatsbürgerschaft	
		07./08.11. Der erste Massenvernichtungsaktion („Pogrom“) im Ghetto (Dorf Tuchynka)
13.11. Verpflichtung gegenüber Juden zur Abgabe von Schreibmaschinen, Fahrrädern und Fotoapparaten		11.11. Ankunft des ersten Zuges mit deportierten Juden in das Minsker Ghetto
	18.11. Deportation von 573 Juden aus Norddeutschland, darunter 443 Juden aus Bremen, in das Minsker Ghetto	
		20.11. Zweite Massenvernichtungsaktion im Ghetto
		22.11. Ankunft des zweiten Zuges mit deportierten Jüdinnen und Juden (u.a. Bremen)
1942		
20.01 Wannsee-Konferenz („Endlösung der Judenfrage“)		
		02./03.03. Massenvernichtung von Juden im Minsker Ghetto (in der „Grube“)
		Mai Beginn von Massenhinrichtungen im Blahauschtschyna
	23.07. Deportation von 164 Juden aus Bremen in das Ghetto Theresienstadt	
		28.-31.07. Viertägige Massenvernichtungsaktion im Ghetto Minsk (Vernichtung aller arbeitsunfähigen Menschen) – auch Juden aus dem Raum Bremen
1943		
02.02. Kapitulation der deutschen 6. Armee bei Stalingrad, Sowjetunion	Beginn des Baus der verbunkerten U-Bootwerft „Valentin“ in Farge-Rekum, Etablierung einer Rüstungslandschaft	

Allgemein	Bremen	Minsk
		21.-23.10. Liquidierung des Minsker Ghettos
		Oktober – Dezember Vernichtung von Spuren von Verbrechen in Blahauschtschyna
1944		
		28./29.06. Auflösung des Lagers Maly Traszjanez
		3.7. die Rote Armee befreit Minsk
1945		
	27.01. Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz durch die Rote Armee	
		14.02. Deportation von 55 Bremer Jüdinnen und Juden in das Ghetto Theresienstadt
		27.03. Bombardierung der verbunkerten U-Bootwerft „Valentin“
		27.04. Besetzung Bremens durch Einheiten der britischen Armee
	08.05. Akt der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht, das Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa und das Ende des NS-Regimes	
	17.07-2.08. Potsdamer Abkommen	
	09.08 Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki	
	02.09. Ende des Zweiten Weltkriegs	
	20.11. Beginn der Nürnberger Prozesse	

Quellen:

<https://www.stolpersteine-bremen.de/zeitleiste.php>

<https://confronting-memories.org/de/lesson-materials/8-world-war-ii-timeline-and-key-events/>

<https://confronting-memories.org/de/lesson-materials/1-the-beginning-and-end-of-world-war-ii/>

Zu Annäherung 2: Jahreszahlen

1933 1934

1935 1936

1937 1938

1939 1940

1941 1942

1943 1944

1945

Zu Annäherung 2: Ereigniskarten

- Hitlers Ernennung zum Reichskanzler, Machtergreifung der Nationalsozialisten in Deutschland**
- Errichtung des ersten Konzentrationslagers in Deutschland**
- Boykott jüdischer Geschäfte, jüdischer Ärzt*innen und Anwält*innen**
- Bücherverbrennung im nationalsozialistischen Deutschland**

Erhebung einer Steuer auf auswanderungswillige Jüdinnen und Juden in Höhe von 25 % ihres Vermögens

„Nürnberger Gesetze“

Beginn der Gründung jüdischer Schulen

Obligatorische Verwendung zusätzlicher Namen („Sarah“ oder „Israel“) und obligatorische Ausweise für alle Jüdinnen und Juden.

Stempelung der Pässe deutscher Jüdinnen und Juden mit dem „J“

- | **Novemberpogrom
("Reichskristallnacht")**
- | **Ausweisung jüdischer
Schüler*innen aus deutschen
Schulen**
- | **Beginn der Kindertransporte
(Aufnahme von 10.000 Kindern
aus Deutschland, Österreich
und der Tschechoslowakei
nach England)**
- | **Nichtangriffspakt zwischen der
UdSSR und Deutschland
("Hitler-Stalin-Pakt")**
- | **Beginn des Zweiten Weltkriegs
/ Deutscher Überfall auf Polen**

- | **Verbot für Jüdinnen und Juden,
Radios zu besitzen**
- | **Überfall auf die Sowjetunion**
- | **Errichtung von Vernichtungslagern
(Sobibór, Majdanek, Treblinka,
Auschwitz)**
- | **Alle Jüdinnen und Juden über
fünf Jahren werden verpflichtet,
an öffentlichen Orten den
„Judenstern“ zu tragen.**
- | **Beschränkungen für Jüdinnen
und Juden bei der Nutzung
öffentlicher Verkehrsmittel**

Verbot der jüdischen Auswanderung aus Deutschland

Verpflichtung für Jüdinnen und Juden zur Abgabe von Schreibmaschinen, Fahrrädern und Fotoapparaten

**Wannsee-Konferenz
„Endlösung“**

Kapitulation der 6. Armee bei Stalingrad

Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz durch die Rote Armee

Das Gesetz über die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht, das Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa und das Ende des NS-Regimes

Potsdamer Abkommen

Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki

Ende des Zweiten Weltkriegs

(Beginn der Nürnberger Prozesse)

Zu Annäherung 3: Der Holocaust in Bremen

Reichstagswahl: NSDAP ist mit 32,6% stärkste Partei in Bremen

Verhaftung und Deportation von 80 Jüdinnen und Juden mit polnischer Staatsbürgerschaft durch die Gestapo an die polnische Grenze

Schriftliche Ankündigung der Deportation der Bremer Jüdinnen und Juden in den Osten mit der Verpflichtung zum Verzicht auf das Eigentumsrecht und die deutsche Staatsbürgerschaft

1.184 in Bremen registrierte Jüdinnen und Juden

Deportation von 573 Jüdinnen und Juden aus Norddeutschland, darunter 443 Jüdinnen und Juden aus Bremen, in das Ghetto Minsk

Deportation von 164 Jüdinnen und Juden aus Bremen in das Ghetto Theresienstadt

Deportation von 55 Bremer Jüdinnen und Juden in das Ghetto Theresienstadt

Besetzung Bremens durch britische Armeeeinheiten

Zu Annäherung 2: Fotos



Abbildung 1: Novemberterror, ein zerstörtes Schaufenster in Bremen



Abbildung 3: Ankunft in Minsk

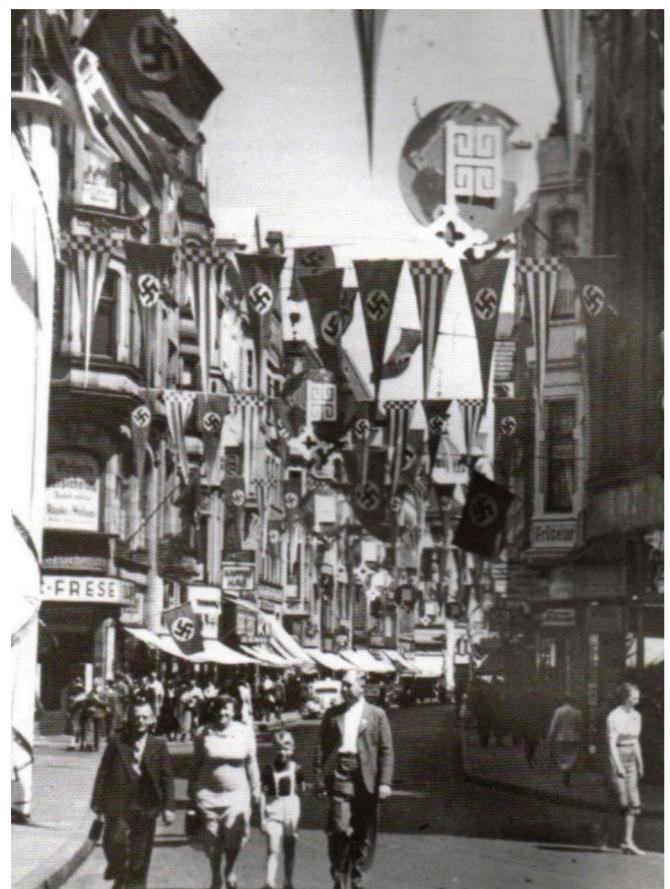


Abbildung 2: Die Bremer Innenstadt

Zu Annäherung 3: Erinnerungen

"Ich, der unterzeichnende Jude, bestätige hiermit, ein Feind der Deutschen Regierung zu sein und als solcher kein Anrecht auf das von mir zurückgelassene Eigentum, auf Möbel, Wertgegenstände, Konten oder Bargeld zu haben. Meine deutsche Staatsbürgerschaft ist hiermit aufgehoben und ich bin vom ... November ab staatenlos."

„Keiner von ihnen ahnte, wohin die Fahrt gehen würde und wie lange es dauern würde. Einige Frauen waren noch schnell zum Frisör gelaufen, weil man ja nicht wußte, wann man das nächste Mal dazu kommen würde. Die meisten glaubten, es ginge zum Arbeitseinsatz in irgendwelche Arbeitslager“

Quelle oben: Günther Rohdenburg: Die Letzten 26 Tage in Bremen, in: „... sind Sie für den geschlossenen Arbeitseinsatz vorgesehen...“ „Judendeportationen“ von Bremerinnen und Bremern während der Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Bremen 2009, S. 43.
Quelle unten: Ebd. S. 14

Zu Annäherung 5: Ereigniskarten

Einmarsch der Roten Armee in Polen.

Anschluss von West-Belarus an die BSSR

Die Wehrmacht besetzt Minsk

Errichtung des Ghettos Minsk

Der erste Massenvernichtungsakt („Pogrom“) im Ghetto (Dorf Tuchynka)

Erste Deportation deutscher Jüdinnen und Juden aus Hamburg in das Ghetto Minsk

**Zweite Massenvernichtungaktion
im Ghetto**

**Zweite Deportation aus Hamburg
(einschließlich Jüdinnen und
Judens aus dem Raum Bremen)**

**Massenvernichtung von Jüdin-
nen und Juden im Minsker
Ghetto (in „der Grube“)**

**Viertägige Massenvernichtung
im Ghetto (Vernichtung aller
arbeitsunfähigen Menschen) –
auch der Jüdinnen und Juden
aus dem Raum Bremen**

**Liquidierung des Minsker
Ghettos**

**der Beginn von Massenhinrich-
tungen im Blahauschtschyna**

**Vernichtung von Spuren
von Verbrechen
in Blahauschtschyna**

**Auflösung des Lagers
Maly Traszjanez**

**Befreiung von Minsk durch die
Rote Armee**

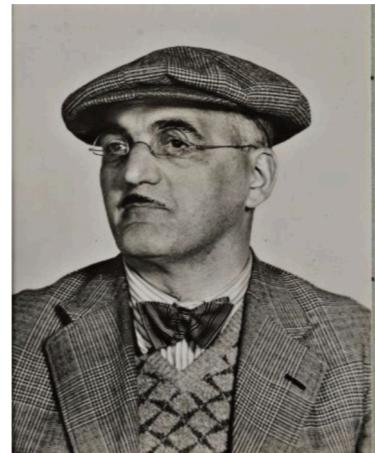
**der Beginn von Massenhinrich-
tungen im Blahauschtschyna**

Zu Annäherung 5: Bilddokumente



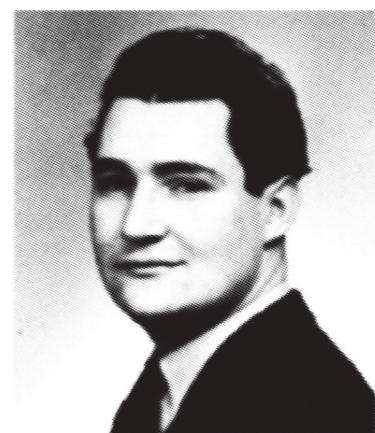
Abbildung 4: Das Minsker Ghetto

Zu Annäherung 5: Erinnerungen zum Vernichtungskrieg und Holocaust in Minsk



„Die Wohnungen waren einfache Holzhütten Es gab kein Wasser, kein Licht, keine Toilette. Wir ... verbrachten die erste Nacht in unserer neuen 'Wohnung' auf Stühlen. Diese neue 'Wohnung' bestand aus zwei kleinen Zimmern, die für acht Personen gedacht waren. Es gab also nur ein Quadratmeter pro Person. Die Bedingungen im Lager waren schrecklich. Es ist fast unmöglich, sich sauber zu halten. Die Leute tragen schmutzige Kleidung, weil es keine Seife gibt ... Ratten beißen uns fast tot.... Ohnmacht und Hunger... Manchmal bekommt man sogar um 9 Uhr eine leere Suppe und am Abend etwas Brot. Manchmal bekommt man überhaupt nichts. Manchmal bekommt man eine handvoll Perlgraupenbrei. Keine Gewürze, nicht einmal Salz... Im Ghetto gibt es immer wieder Überfälle. Es gibt immer wieder Plünderungen, Menschen werden erschossen. Die Leute werden gefangen, gefesselt, nachts weggebracht, und am Morgen sind die Schaufeln und Haken blutverschmiert“.

Berthold Rudner



Heinz Rosenberg aus Hamburg

1. Quelle: Бертольд Руднер: Записки из Минского гетто. Памяти Марты Крон, умершей 26 января 1942 г. в 18 часов в Минском гетто. Рассказ о последних трёх месяцах жизни (12.11. 1941 – 26.1. 1942) [Notizen aus dem Minsker Ghetto. Zum Gedenken an Marta Kron, die am 26. Januar 1942 um 18 Uhr im Minsker Ghetto starb. Ein Bericht über die letzten drei Monate ihres Lebens (12.11.1941 – 26.1.1942)], in: Беларусь у вырабаваннях Вялікай Айчыннай вайны: масавыя забойствы нацыстуў: матэрыялы Міжнар. науко-практ. канф., Мінск, 2 ліп. 2004 г. Мінск 2005, S. 220-225.

2. Quelle: Petra Rentrop: Tatorte der „Endlösung“. Das Ghetto Minsk und die Vernichtungsstätte von Maly Trostinez. Berlin 2011, S. 177.

Anhang 3: Karte des Minsker Ghettos

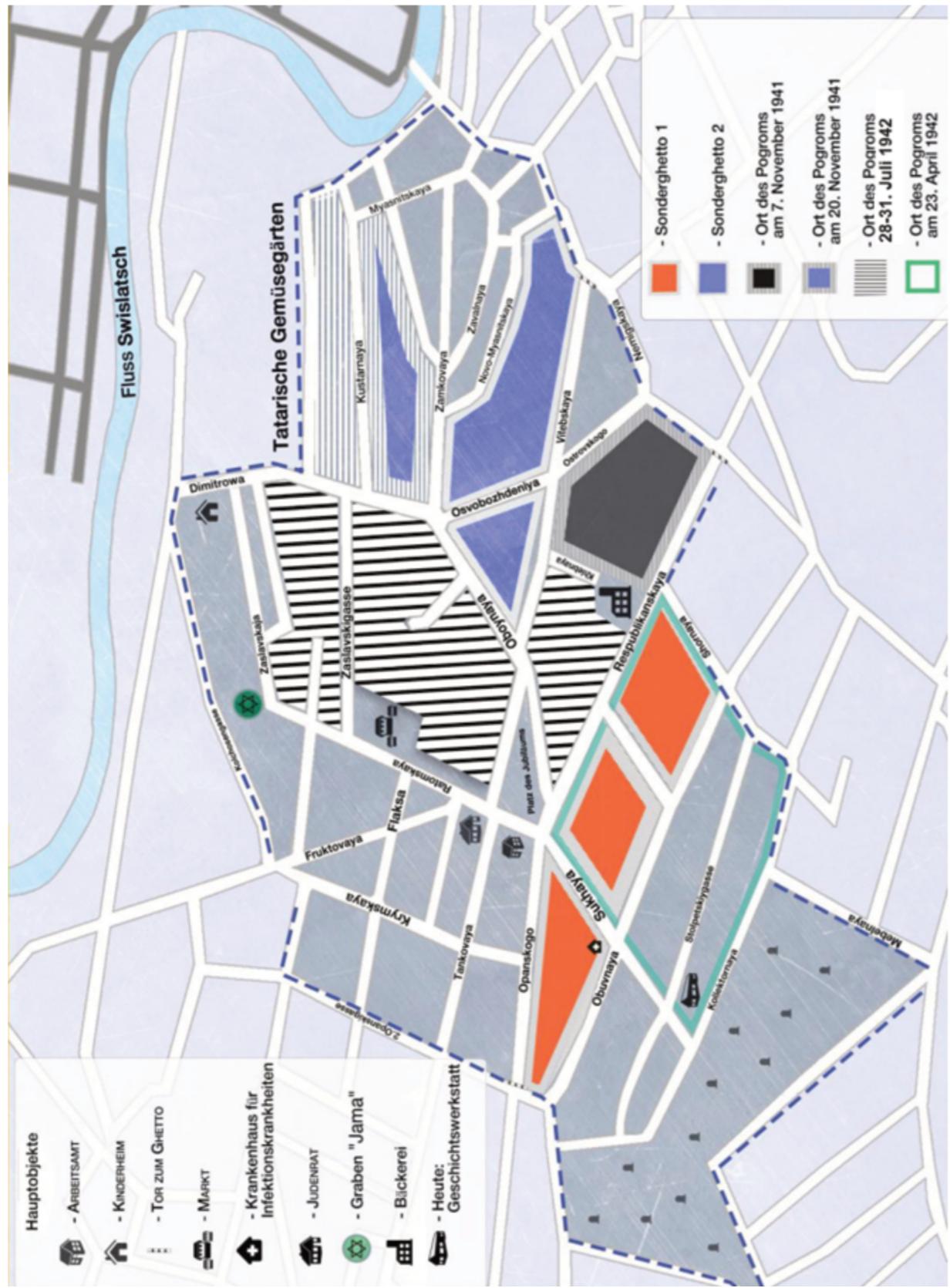
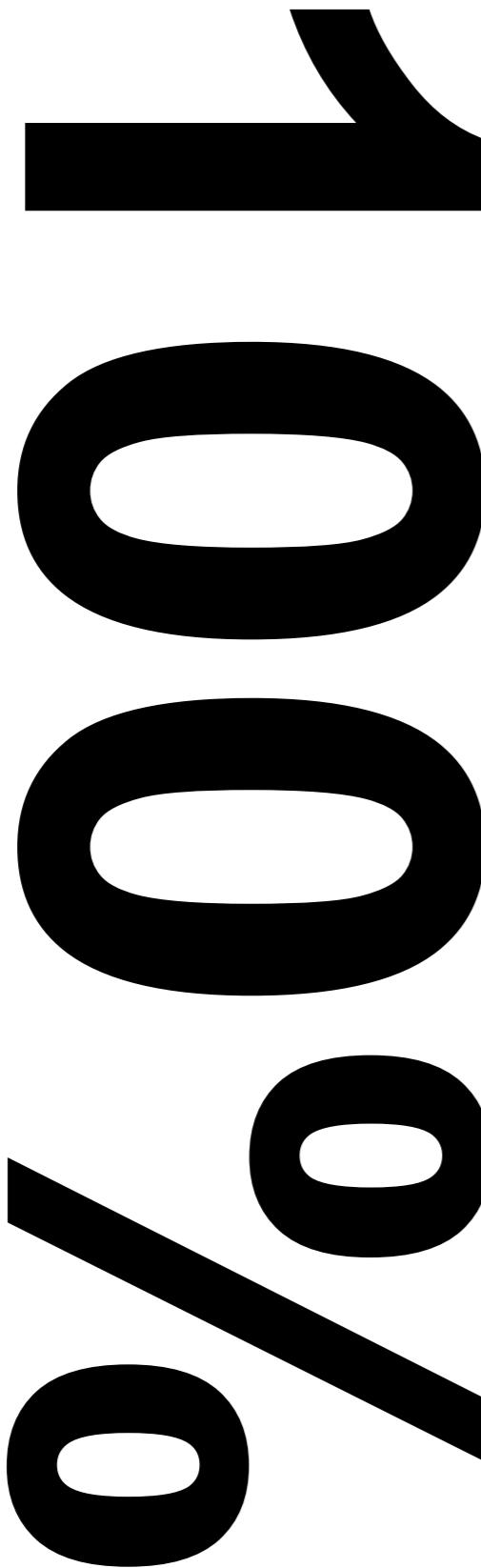


Abbildung 5: Karte des Minsker Ghettos

Anhang 4: Zustimmungsbarometer

0%
0%



Meine Familie ...

Meine Familie erzählt über Krieg ...

Meine Familie hat eine Geschichte von Verfolgung oder Flüchtlingserfahrung ...

Ich glaube, dass Kriege verursacht werden ...

Es ist notwendig für Frieden ...

Was ist für Sie mit Krieg verbunden?

Ist das Thema Krieg für Sie von Interesse?

Wenn ja, welches Thema im Besonderen?

Anhang 5: Karten von Bremen, Bremerhaven und Verden

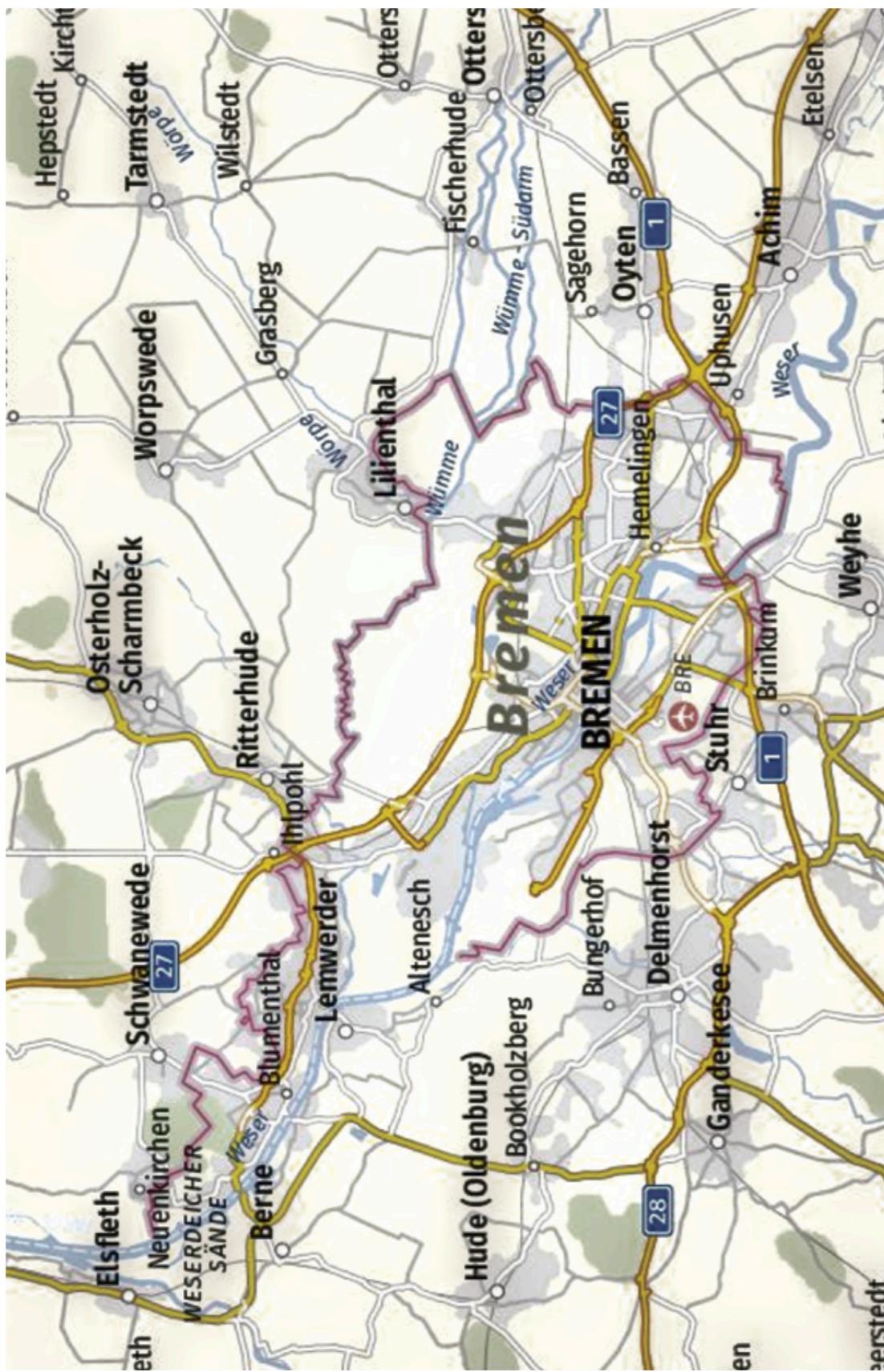


Abbildung 6a

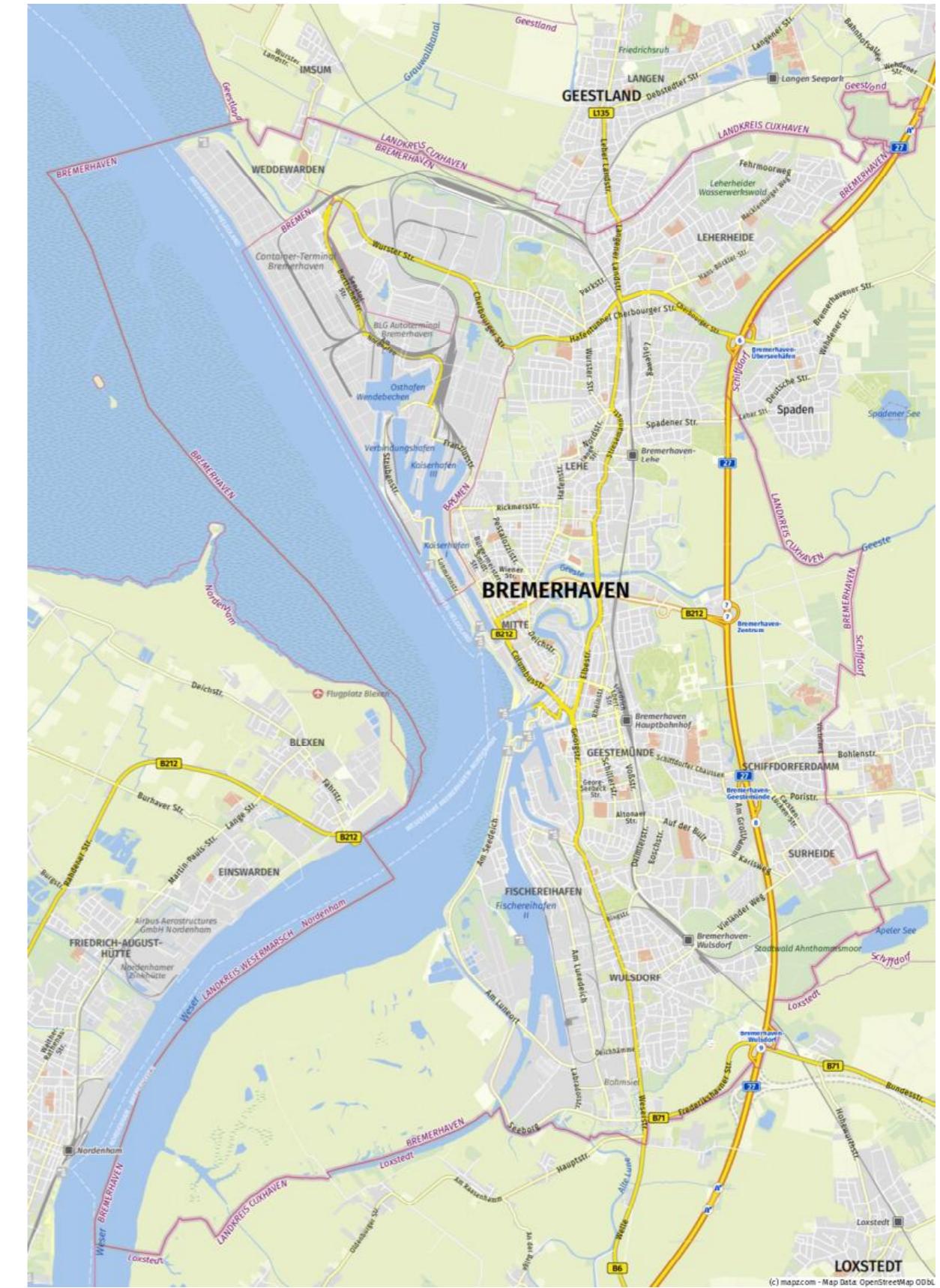


Abbildung 6b

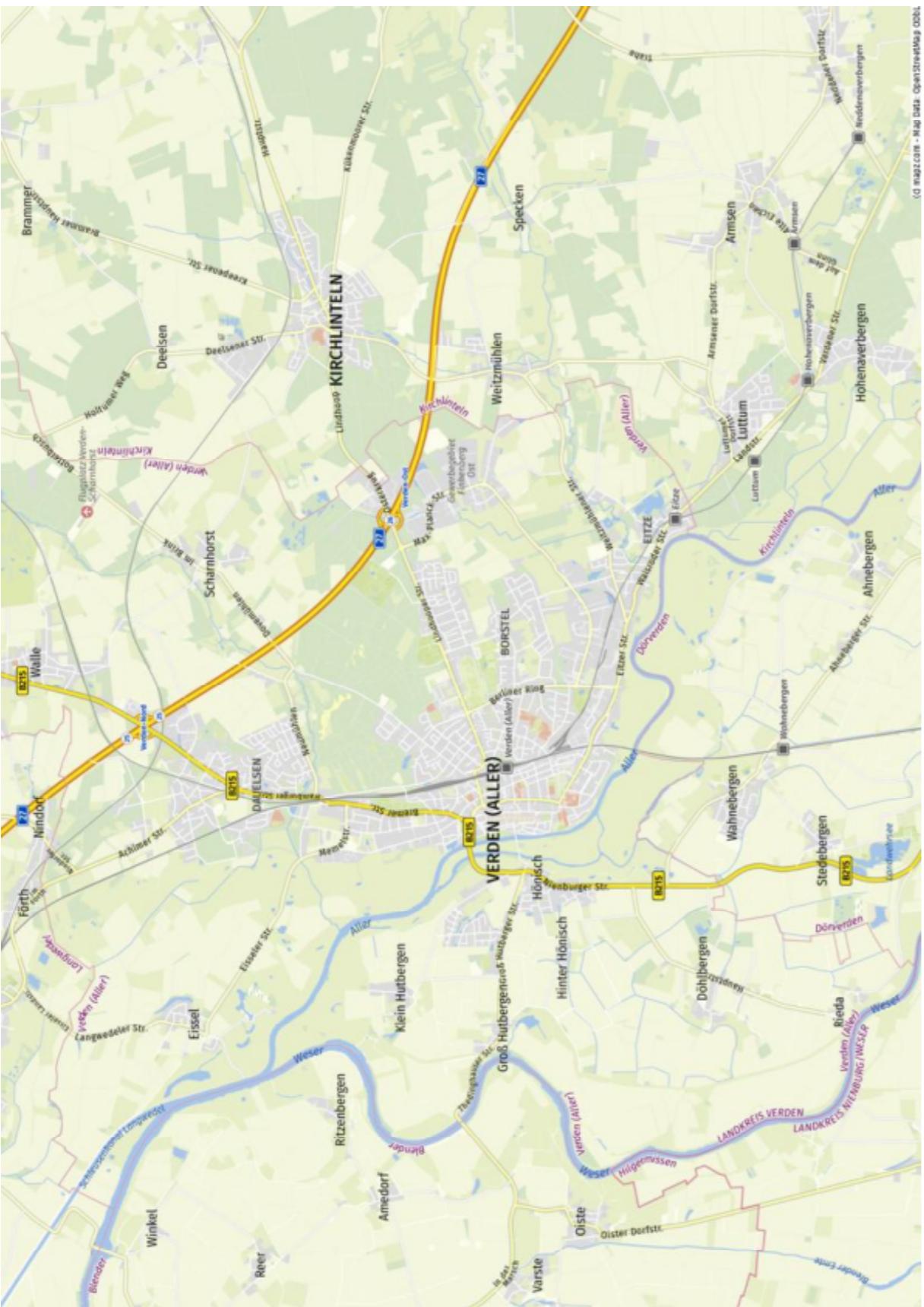


Abbildung 6c

Anhang 6: Augenzeugenbericht von Hanna Krasnapjorka über das Pogrom vom 20. November 1941

„Die Nacht ist kalt, lässt einen nicht schlafen. Der Ofen ist erkaltet, wärmt nicht. Die alte Tema hat kein Brennholz. Morgens glimmen einige Holzscheite. Aber die Wärme hält sich nicht lange. Es dämmt. Ich gehe auf den Hof. Ich ziehe einen leichten Sommermantel an. Es friert, aber mir ist nicht kalt.“

Erst gestern haben Mama und ich besprochen, was wir anziehen werden. Wir haben nur einen Wintermantel für alle. Ich laufe zur höchsten Stelle der Zamkovaja. Ich freue mich, dass ich nicht friere:

„Vielleicht kann man den Winter in Sommerkleidung überstehen...“ Aufmerksam schaue ich mir das gegenüberliegende Flussufer an. Auf dieser Seite des Ghettos war es anscheinend ruhig. Rechterhand jedoch [...] hört man Getöse. Es wächst an, kommt näher – fahrende Autos. Aber da es nicht sicher ist, dass sie zum Ghetto fahren, beruhige ich mich wieder. Ich gehe zurück. Ich traue meinen Augen nicht. Die Autos sind nah. Aus ihnen strömen Soldaten in deutschen Uniformen, sie umstellen den Bezirk.

Mir gelingt es, zu unserem Haus zu rennen, ich rufe: „Pogrom!“ Augenblicklich sind alle angezogen. Mama nimmt Innotschka zu sich, ergreift aus irgendeinem Grunde einen Brotlaib und gibt ihn mir. Dann hilft sie Großmutter, ihr Kopftuch anzulegen, Schuhe anzuziehen.

Die einsichtige, besonnene Dina sagt: „Das ist wohl die letzte Episode...“ (Dinas Lieblingsausdruck: „Das Leben ist eine Kette von Episoden“.) Man treibt uns aus dem Haus. Auf dem Hof sind bereits viele Menschen. Offenbar haben sie die Nachbarhäuser schon zusammengetrieben. [...]

Ich glaube, man wird uns jetzt vor jenem roten Ziegelhaus erschießen. Mein Gott, sie erschießen uns vor jenem Haus, wo meine Freundin Tata vor noch langer Zeit wohnte – Tanetschka Drozdova, die mit ihren Eltern von hier fortgezogen ist. Man treibt uns wirklich zu der Wand. Die Deutschen zählten die Menschen und teilen sie ein. Dass man bloß unserer Familie nicht trennt!

Sie sortieren. Deutlich höre ich zwei Worte: „Leben“, „Tod“. Das heißt, in die eine Kolonne stoßen sie die Menschen, denen es noch erlaubt ist weiterzuleben. In die andere kommen die, die zur Erschießung gebracht werden. Wir kommen in die letztere. Die Menschen verstehen die Situation. Sie versuchen, von Todeskolonne in die Lebenskolonne zu laufen. Plötzlich trete ich auf etwas Weiches.

Unter mir ist das grauweiße Gesicht eines Mädchens. Ich erkenne sie. Es ist die Nachbarin Sima Kotljarovna, eine Freundin Dinas. Ich zerre an ihr, bitte: „Steh auf!“ Dina sagt: „Sie steht nicht auf. Man hat sie ermordet. Sie wollte über den Draht klettern.“ Bis dahin arbeitete mein Gehirn außergewöhnlich genau, erstaunlich klar. Jetzt aber kann ich nichts mehr verstehen: „Ist sie tot?“

... Soldaten umstellen uns. Wohin führt man uns? Die Dimitrov-Straße hoch. Vielleicht zum Jubiläumsplatz? Zum Judenrat? Die Kolonne wird auf jeder Seite eskortiert, jede zweite Reihe ein Begleiter. Unsere Reihe, in der Großmutter, Mama, meine Schwester und ich gehen, ist ohne Eskorte. Aber sie ist vor uns und hinter uns. Die, die sich aus der Kolonne lösen, werden sofort erschossen.

Ich erinnere mich, dass ich in den Händen das Brot halte und anfange zu essen. Es ist unglaublich, aber ich will essen. Ich reiche das Brot Mama. Sie schaut mich erstaunt an. Doch wohin bringt man uns? Das ist doch die Todeskolonne. Wirklich in den Tod? Nein, ich glaube es nicht!

Vorne in der Kolonne ist die Gestalt der alten Tema zu sehen. Sie geht gerade, unbeugsam. [...] Dina hilft ihrer Mutter und ihrer älteren Schwester Era, die irgendwie ihre vor Hunger aufgeschwemmt Beine voranschleppt. [...] Und sie alle glauben wohl auch nicht and ihren Untergang.

„Ich möchte leben!“ zerreißt plötzlich die Stimme Innas die Stille.

Und wieder ist es still.

„Mama“, so höre ich meine Mama flüstern, sie wendet sich an unsere Großmutter, „wir müssen die Kinder retten... Versuchen wir in diese Richtung zu laufen. Halt dich an mir fest!“

„Ich kann nicht, die Beine machen nicht mehr mit...“, antwortet Großmutter. „Rette die Kinder, renn mit ihnen...!“

„Wie könnten wir ohne dich?“

„Ich kann nicht... Rette die Kinder...!“

Mama befehlt mir, den Flicken von der Brust zu reißen. Sie reißt ihn sich selbst und Inna ab. Den Flicken vom Rücken abzureißen ist nicht möglich, die nachfolgenden Bewacher würden es sehen. Nein, man führt uns nicht zum Jubiläumsplatz. Man führt uns schon zur Ghettogrenze. Sie treiben uns durch die Opanskij-Straße. Und plötzlich kommt uns auf der linken Straßenseite ein Pferdefuhrwerk entgegen. Schon kommt es uns näher.

„Springt auf das Pferdefuhrwerk!“ Mama stößt uns aus der Kolonne. Der Bauer schlägt wie wild auf das Pferd ein. Hinter uns geht es drunter und drüber. Schreie, Schüsse. Sie schießen hinter uns her. Aber wir sind schon weit von der Kolonne entfernt. Wir reißen den gelben Flicken vom Rücken.

„Lauft! Rettet euch!“, schreit der Bauer.

Wir verstecken uns in irgendeinem zerstörten Haus. Mama ist außer sich: „Und unser Großmütterchen ist weitergegangen, einfach weiter, die arme...“

Mamas Augen sind blind. „Wohin bringt man sie? Meine Liebe, mein Mütterchen...?“ Wir weinen alle. Verzweiflung ohne Ende.

Wir gehen aus den Ruinen. Wohin gehen, wo unterkommen? Wir halten am Freiheitsplatz. Wir sehen, wie sich die Menschen zur katholischen Kirche wenden. Ich erinnere mich, wie wir Pioniere irgendwann antireligiöse Propaganda betrieben haben. Wir fingen die Gläubigen nach dem Gottesdienst ab und sagten ihnen, dass die Religion Opium für das Volk ist. Mama sagt, dass wir in die Kirche gehen müssen. Man wird uns auch für Gläubige halten. „Stehen wir ein bisschen, wärmen uns auf und gehen...“

In der Kirche stehen alle auf den Knien. Mama befehlt uns, auch niederzuknien. Und ich stehe, kann nicht knien... Mama schaut mich schweigend an, flüstert: „Errege keine Aufmerksamkeit! Man ergreift uns sonst.“

Als das Gebet zu Ende ist, verlassen wir die Kirche. Wohin jetzt? Zu belarusischen Freunden? Gefährlich für sie und uns. Es gibt nur einen Weg – zurück ins Ghetto.

Wir entschieden uns, aus der Richtung der Zamkovaja-Straße ins Ghetto zu kommen. Wir gehen nahe heran. Nicht weit weg geht eine Wache auf und ab. Erstaunlich, aber sie trägt einen Rotarmisten-Mantel. Wir bitten die Wache um Erlaubnis, in unserer Haus gehen zu dürfen, um einige Sachen zu holen.

„Ihr seid doch einer von uns, tragt einen Rotarmistemantel“, sage ich.

Mama reißt mich am Arm.

„Einer von euch?“ ruft plötzlich die Wache.

„Lasst uns durch“, bittet Mama, „wir müssen einen warmen Mantel haben. Wir nehmen ihn und gehen wieder...“

Die Wache schaut sich nach allen Seiten um. Ringsum nichts zu hören. Er schiebt mich voran. „Geh! Und mach schnell! Und ihr dorthin, weiter weg von hier“, befiehlt er Mama und Inna. Ich renne zum Haus. Das ist bereits kein Haus mehr, sondern ein Friedhof. Vor wenigen Stunden lebten, gingen und unterhielten sich hier Menschen. Der niedrige Stuhl unserer Großmutter, auf dem sie sich immer in der Nähe des Ofens wärmte. Temas Bett. Die Matratze neben dem Schrank, auf der Dina und Era schliefen. Wem haben diese Menschen Böses getan? Wozu?

Verbittert, schluchzend setze ich mich auf den Stuhl. Mit den Augen suche ich den Mantel und den Beutel mit Essen. Warum sitze ich hier? Ich muss schneller machen, schneller!

Und plötzlich, wie zwei Gespenster, erscheinen zwei Deutsche in graugrünen Mänteln auf der Türschwelle. Auf den Schultern tragen sie sehr große Schilder. Der Patrouillendienst der Feldpolizei. Ich habe nicht gehört, wie sie durch die offene Tür eintraten. Ich schlottere vor Angst, sehe mit Grauen, dass sie Schilder mit Ketten tragen, dass die Stiefel tragen. Die Stimme des Deutschen gräbt sich ins Gedächtnis ein:

„Wer bist du? Eine Jüdin?“

Die Deutschen werfen sich Blicke zu.

„Wo ist deine Mutter?“

„Dort,“ ich zeige auf die Straße, „und Schwester dort.“

„Wo ist dein Vater?“

„In der Roten Armee.“

Da habt ihr's, ihr Reptilien! Ich fürchte mich schon nicht mehr! Tötet mich! Ich bin eine Jüdin! Mein Vater ist in der Roten Armee! Tötet mich!

„Was machst du jetzt da?“

Ich antworte, dass ich nach dem Pogrom gekommen bin, dass wir hier lebten...

„Armes Kind“, sagt der Deutsche und fragt, wo ich Deutsch gelernt habe.

Ich antworte kurz, dass wir Deutsch in der Schule gelernt haben, dass ich gekommen bin, Sachen zu holen. Der Deutsche wirft mir fremde Sachen zu, befehlt, sie mitzunehmen. Ich sage, dass ich fremde Sachen nicht brauche.

Der Deutsche fragt, wem die Hausapotheke an der Wand gehört. Ich antworte, das sei Mamas.

„Ist deine Mutter Ärztin?“

Ich nicke. Er schaut sich die Apotheke an. „Arme Apotheke“.

Der zweite Deutsche schweigt die ganze Zeit.

Von der Straße dringt Lärm herauf. Vor den Fenstern ist ein Handgemenge.

„Räuber“, erklärt der Deutsche seinem Kollegen, und dass sie gekommen seien, die Sachen der Toten zu rauben.

Mir erlaubt er, das unbedingt Notwendige an mich nehmen. Sollten sie mich wirklich gehen lassen?
Ich kann alles gar nicht glauben. Ich werte mir den Mantel über, nehme den Essensbeutel. Ich gehe.
Die Deutschen kommen mir nach. Ein Gedanke pulsiert in meinem Hirn: „Jetzt wird geschossen...“
Ich höre einen Schuss. Er ertönt dort, wo Mama und Schwester sind. Ich stürze dorthin. Mama hält sich ihren verwundeten Arm und beugt sich nieder, kann nicht stehen. Wir heben sie auf. Wir müssen uns retten... [...].“

Anhang 7: Augenzeugenbericht von Karl Loewenstein (geb. 1867), ein Sonderghetto-Gefangener aus Berlin

„[...] Der Bahnhof von Minsk lag am anderen Ende der Stadt, so dass uns der Weg ins Lager endlos erschien. Da wir sehr viele alte Menschen bei uns hatten, zog sich der Zug, den wir bilden mussten, bei dem Marsch weit auseinander, obwohl wir uns sehr langsam vorwärtsbewegten.

Aber auch diese langsame Vorwärtsbewegung war den Alten noch zu schnell; sie wurden so ein willkommenes Opfer der Letten¹, die die Armen unter lautem Schreien mit Kolbenstößen bedrängten. Unser Ziel war die entgegengesetzt liegende Vorstadt von Minsk, wo schon Russen zusammengepfercht waren. Die Straßen waren vollkommen menschenleer; die Russen² beobachteten unseren Marsch hinter ihren kleinen Doppelfenstern, die zum Schutze gegen die strenge Kälte mit Watte ausgestopft waren. Kurz vor unserem Ziel stießen wir auf die Feuerwehr, die noch den Brand einiger Häuser bekämpfte. Da diese Häuser infolge des Einfrierens der Hydranten vollkommen niederbrannten, ging uns wertvoller Wohnraum verloren.

Als wir im Lager eintrafen, stellten wir fest, dass wir der vierte Transport waren, der in Minsk anlangte. Kurz vorher war je ein Transport aus Hamburg, Düsseldorf und Frankfurt/Main eingetroffen. Wir wurden zunächst auf einen großen Platz geführt, in dessen Mitte die Russen zwangswise ein großes Massengrab geschaufelt hatten, das dann aber doch nicht seiner Bestimmung zugeführt wurde. Auf der Schmalseite dieses Platzes war links ein roter Ziegelstein- und rechts ein roter Backsteinbau. Beide Gebäude waren ehemalige Schulen, die von uns die Namen "Rotes Haus" und "Weißes Haus" erhielten. [...]

Am Abend unserer Ankunft eröffnete uns der SS-Führer: "Ich habe für euch Platz gemacht. Indem ich 35.000 Russen umgelegt habe."³ Dann las er uns vor, dass in Minsk Kriegsrecht bestünde, was alles verboten sei und dass jedes Übertreten eines Verbotes mit Erschießen bestraft werden würde. So hieß es erstens, zweitens, drittens usw. "...wird erschossen...wird erschossen, ...wird erschossen". Gleichzeitig erklärte er, der Judenälteste⁴ besäße das Prügelrecht. [...]

Die Vorstadt von Minsk war der russischen Bevölkerung als Lager zugewiesen worden. In dieses Lager hatte man einen Kell getrieben, der uns als Wohnraum diente, nachdem die russischen Insassen "liquidiert" worden waren, wie es im SS-Sprachgebrauch hieß.

Die Minsker Vorstadt bestand zum größten Teil aus Holz-Reihenhäuser. Sie waren ebenerdig und enthielten am Eingang einen Küchenherd und zwei kleine Räume. Dann gab es noch einige einstöckige Steinbauten. Das Haus, in das ich einzog, enthielt im Erdgeschoß zwei Wohnungen mit je zwei Zimmern und Küche und im ersten Stock drei Wohnungen mit je drei Zimmern und Küche. Der größte Raum umfaßte zehn Quadratmeter. Diese Räume wurden uns so zugeteilt, daß auf jeden Bewohner 1,4 m² entfielen.

1. Lettische Hilfsmannschaften, die im Dienst der SS standen und die für ihre Brutalität besonders berüchtigt waren.

2. Gemeint sind die belorussischen Juden aus Minsk und Umgebung.

3. Vom 7. bis 11.11.1941 wurden nach den offiziellen Ereignismeldungen des Reichssicherheitshauptamtes - 6.624 russische Juden aus dem Minsker Ghetto erschossen, um Platz für die Judentransporte aus dem Reichsgebiet zu schaffen. Diese Exekutionen wurden von der Ordnungspolizei, Angehörigen des Sicherheitsdienstes und ukrainischen Hilfswilligen durchgeführt. Nach anderen Quellen sind während dieser Massenexekution bis zu 12.000 Menschen umgebracht worden.

4. Judenältester war zunächst Dr. Edgar Frank aus Hamburg. Wegen illegalen Postschmuggels durch einen deutschen Polizeimeister wurde die gesamte Lagerleitung am 8.2.1942 verhaftet und wenig später in Lager öffentlich hingerichtet.

[..] Die Menschen lagen bei der strengen Kälte Körper an Körper, um sich gegenseitig zu wärmen. Da Licht nicht vorhanden war, legten sich die Bewohner schon vor vier Uhr nachmittags nieder. [...] Betten gab es natürlich nicht, geschlafen wurde auf dem Fußboden. In unserem Lager hatten die Berliner zuerst für die so notwendigen Latrinen gesorgt, aber leider aus Unkenntnis nicht tief genug gegraben, während die Brünnner sich zuerst Betten bauten. Das taten wir später, indem wir die Türen aus den zerstörten Häusern auf vier Füße nagelten... damit war das Bett fertig. War man besonders luxusbedürftig, baute man sich aus alten Brettern noch ein Kopfkissen. Das hatte den Vorteil, dass dadurch die Ratten abgefangen wurden.

Für das gesamte Lager waren bis zum April 1942 im Hamburger Lager nur zwei Küchen vorhanden, von wo sich die anderen – das Wiener Lager war etwa eine halbe Stunde entfernt - die „Suppe“ halten. Das Kochen dieser Suppen stieß insofern auf Schwierigkeiten, als für 7300 Personen nur zwei Waschkessel zur Verfügung standen. Es gab mittags pro Kopf 300 Gramm Wasser, in dem fünf Gramm Buchweizen pro Person gekocht wurden. Fett gab es nicht, Salz monatelang nicht. Als weitere Nahrung erhielten wir täglich 150 Gramm Brot. Dieses Brot war aus Buchweizenmehl gebacken und schmeckte scheußlich; und doch - wie hungrigen wir danach, während die Pferde es ablehnten. Oft, nur zu oft kam es vor, dass die SS, die das Brot anfuhr, es uns unterschlug um es später gegen Armbanduhren, Broschen, Ringe, Wäsche und Geld zu tauschen. Kaffee oder Tee gab es nicht. Leider wurde das Brot nicht nur von der SS gestohlen: auch Funktionäre, also Leidensgenossen, beschritten diesen traurigen Weg, um sich an der Not der eigenen Gefährten zu bereichern. Kein Wunder, daß in wenigen Wochen 700 Menschen an Entkräftung und der Lagerkrankheit - so nannten wir den Durchfall - starben. Der ungeheure Wärmeverlust durch den Mangel an Fett und die strenge Kälte des Winters 1941/42 trugen dazu bei, die Menschen ihrer Widerstandskraft zu berauben. Hinzu kamen die seelischen Leiden.

In dem strengen russischen Winter froren wir selbstverständlich ganz besonders, weil wir alles Verbrennbare im Lager bald verbraucht hatten und kein Holz mehr besaßen. Was tun? An das Lager grenzte ein vollkommen zerstörter Häuserblock, zu dem wir gingen und das noch vorhandene Holz ausbrachen, um so Heizmaterial zu bekommen. Wer dabei erwischt wurde, fand den Tod durch die Pistole eines SS-Mannes oder Polizisten. Das hinderte aber niemanden, weiter Holz zu holen - denn hungern und frieren? Dann schon lieber einen schnellen Tod. [...]

[...]

Jeden Morgen hatten sich die zur Arbeit bestimmten Lagerinsassen im Hofe zwischen dem Roten und der Weißen Haus - nach Arbeitskommandos getrennt - aufzustellen; ihre Namen wurden verlesen, und dann wurden sie den Abholern als "Zahl" übergeben. In einem eigens zu diesem Zweck geführten Buch mußte der Empfang dieser "Ware Mensch" quittiert werden. Wer am Abend fehlte, war ins Jenseits befördert worden. Ein Grund wurde nicht angegeben, wozu auch? Wir wußten ohnedies genug... [...]

Von den 7.300 Lagerinsassen waren 1.425 zur Arbeit eingesetzt; für die übrigen war keine Arbeit vorhanden. Ewa 300 waren in den Lazaretten beschäftigt, wo sie Zimmer und Gänge zu säubern hatten und andere Arbeiten, wie Wäsche waschen, Holz zerkleinern und Kartoffeln schälen, verrichten mußten. Andere Frauen arbeiteten in den Kasernen, wo sie es relativ gut hatten. Im Materiallager

der Luftwaffe waren etwa 150 Frauen beschäftigt, in der Schusterwerkstatt etwa 100. Am schwersten hatten es diejenigen, die Schienen umlegen mußten. Teilweise erhielten die Beschäftigten gutes Essen besonders im Proviantlager, wo ein kleines Kommando tätig war. Bei manchen Privatfirmen war das Essen sehr schlecht, weil die Vorarbeiter das für diesen Zweck zur Verfügung stehende Geld vertranken. [...]

Der Luftwaffensoldat, der die bei der Luftwaffe beschäftigten Frauen abzuholen und zurückzubringen hatte, zeigte mir eines Abends seine blutbefleckte Hand und prahlte, er habe soeben eine Jüdisch erschossen, und so erginge es jeder, die sich von der Arbeit drücke.

Als ich mich voller Ekel abwandte, schoß er hinter mir her und seinen Patronenrahmen leer. Obwohl ich nur wenige Schritte von ihm entfernt war, traf mich keine Kugel. Er war nicht mehr "zielsicher", aber es hätte auch anders kommen können.

[...] Die Ordnerwache des Lagers sollte sich noch einmal besonders bewähren - am 2. März 1942, dem schwärzesten Tag, den ich jemals erlebt habe.

Am Morgen dieses 2. März erschien der Kommandant¹ im Lager und übertrug mir für diesen Tag den Oberbefehl mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß kein Russe das deutsche Lager betreten dürfe, weder zum holen von Wasser noch zur Benutzung der Latrinen. Die Außenarbeiter mußten an diesem Tag zu Hause bleiben.

Unmittelbar, nachdem der Kommandant gegangen war, begann die Treibjagd auf die Russen, die uns benachbart wohnten und nur durch eine schmale Straße von uns getrennt waren. Am Abend dieses Tages waren nach Angabe der SS 25.000 Menschen, die niemandem ein Leid zugefügt hatten, ermordet.²

Die Marschkolonnen die an uns vorbeigeführt wurden weil sonst kein Platz für alle dagewesen wäre, die man ermorden wollte, gingen eng zusammengepfercht, mit winzig kleinen schlurfenden Schritten an uns vorüber. Dieser Todesmarsch war grauenvoll anzusehen, so grauenvoll, daß wir alle uns damals ein schnelles Ende herbeisehnnten.

Schließlich wurde das russische Waisenhaus geräumt, in dem sich Kinder von wenigen Monaten aufwärts bis zum Alter von zehn Jahren befanden. Und dann lagen die Kinderleichen auf der Straße - in den unmöglichsten Stellungen, überrascht durch die Todesstarre und den starken Frost. Manche Kinder lagen auf den Knien - es sah aus, als ob sie spielten - grauenhaft.

1. Angeordnet hatte die Exekution der Kommandeur der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes Minsk Walter Hofmann. Die Leitung der Exekution hatte der Leiter der Abteilung IVB des Kommandeurs, Georg Heuser. Zur Täuschung der Jüdinnen und Juden hatte man dem Judenrat mitgeteilt, es würden 5.000 Juden „umgesiedelt“, sie seien auszusuchen und hätten sich am 1. März 1942 zum Abmarsch einzufinden. Die wahren Absichten waren jedoch durchgesickert. Als das Ghetto am 1. März umgestellt wurde, war kein Jude erschienen. Deshalb wurden Räumkommandos eingesetzt und die Juden mit Gewalt aus den Häusern geholt. Widerstrebende wurden an Ort und Stelle erschossen. In langen Kolonnen wurden die Juden dann zum Güterbahnhof Minsk getrieben. Am 2. und 3. März fand die Erschießung von 3.412 Jüdinnen und Juden durch Angehörige des Kommandeurs der Sicherheitspolizei in der Nähe von Kaidanowa, 30 km südwestlich von Minsk, statt.

2. Die von der SS angegebenen Zahlen dienten offenbar der psychischen Terrorisierung der deutschen Juden in Ghetto. Die offizielle Zahl von 3.412 Ermordeten liegt indes wahrscheinlich zu niedrig, da viele Juden schon in Ghetto erschossen wurden.

Plötzlich lösten sich einige größere Kinder aus dem "Haufen". Ungesehen von den SS-Leuten konnten sie davonlaufen und wurden von meinen Wachtposten in Schutz genommen und versteckt, obwohl hierauf die Todesstrafe stand.

Einen noch grausigeren Anblick aber bot eine alte Frau, die sich plötzlich aus einem Leichenhaufen erhebt, auf den Knien auf uns zu rutscht und uns, mit der blutigen Hand um Hilfe flehend, winkt. Dann rutscht sie weiter bis an den Stacheldraht, ergreift ihn mit ihren blutenden Händen und fällt tot zusammen. Merkwürdig, aber als ich sah, daß die Todeskandidatin den verrosteten Draht anfaßte, war mein erster Gedanke: aber sie kann sich doch eine Blutvergiftung zuziehen.

Vor der Massenerschießung mußte sich alle ihrer Kleider entledigen und auf einen Haufen werfen. Zwei junge Frauen bemerkten eine ältere, wahnsinnig gewordene Frau, die aufgeregt umherlief, ohne Anstalten zu machen, sich auszuziehen. Daraufhin gingen die beiden Frauen zu ihr hin, redeten ihr gut zu und entkleideten sie. Alsdann legten sich die beiden jungen Frauen gemeinsam mit der älteren, sie in die Mitte nehmend und sich gegenseitig an den Händen fassend, auf die noch warmen Körper der bereits Erschossenen, um ohne ein Wort der Klage die tödliche Kugel zu empfangen. Weder sie noch die anderen hatten ihre Henker um Gnade gebeten.“

Anhang 8: Materialien zu den Biografien

Gruppe 1. Rebecka Neumann aus Vegesack



Abbildung 7: Klassenfoto von Julius Neumann

Quelle: Karl Loewenstein, Minsk. Im Lager der deutschen Juden, in: Günther Rohdenburg: „... sind Sie für den geschlossenen Arbeitseinsatz vorgesehen...“ „Judendeportationen“ von Bremerinnen und Bremern während der Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Bremen 2009, S. 316-319.

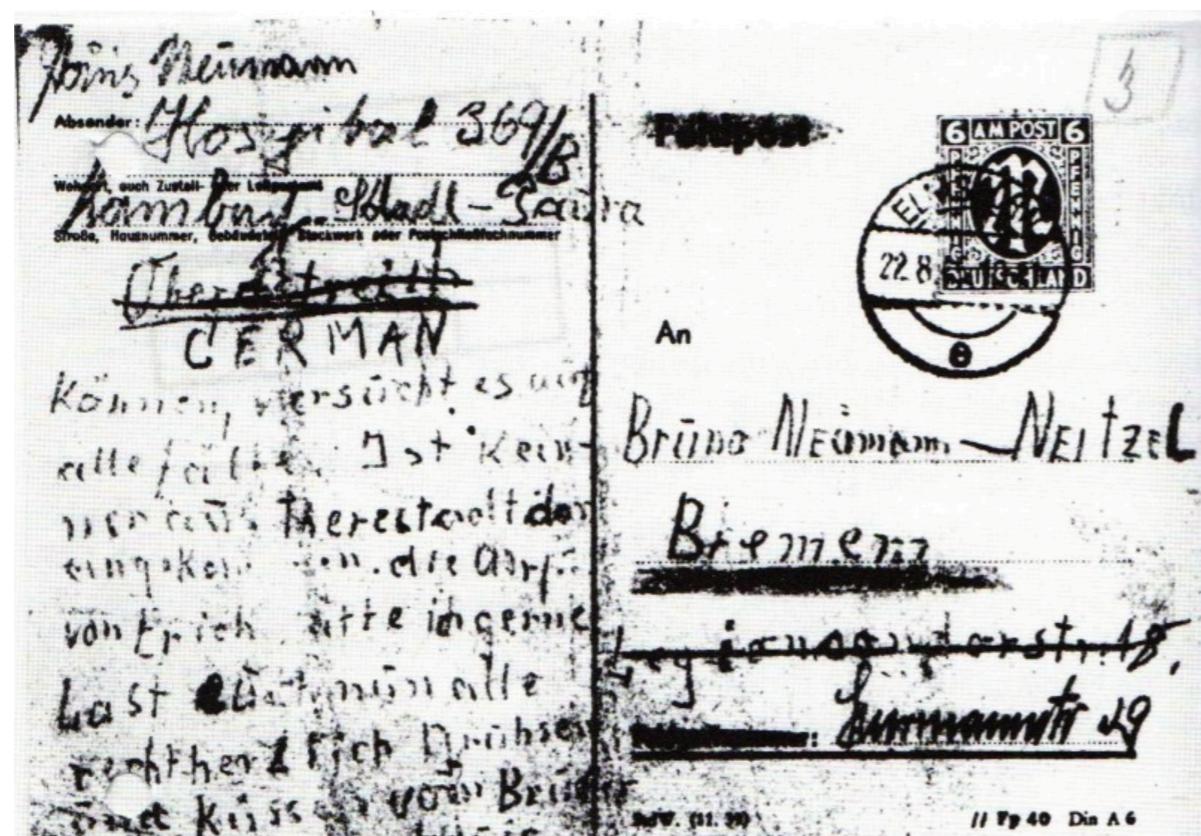


Abbildung 9: Ida Neumann, 1947

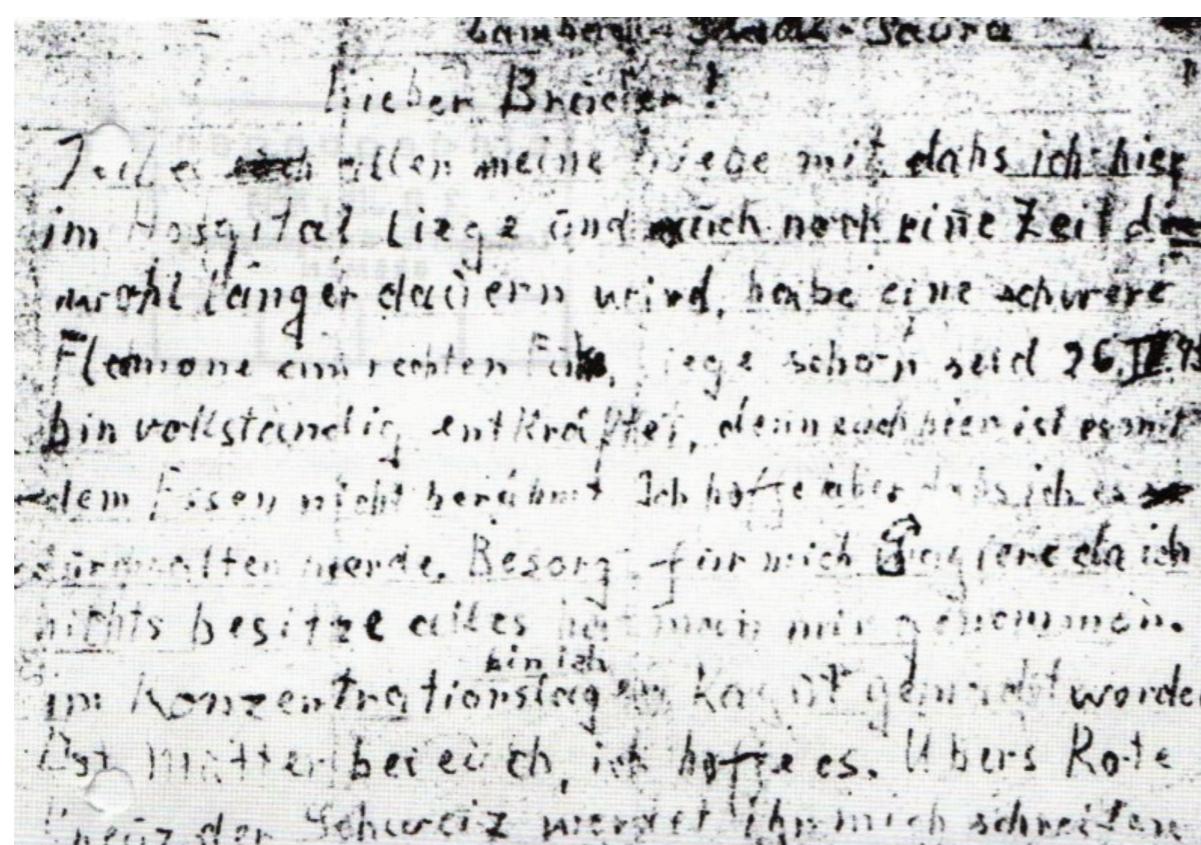


Abbildung 8 oben und unten: Louis Neumanns Postkarte an Bruder Bruno, Sommer 1945



Abbildung 10: Haus von Ida und Louis Neumann in der Alterhafenstraße

REBECKA NEUMANN, GEB. HERZ, *1896

DEPORTIERT 1941
ERMORDET IN MINSK

Bermohlstr. 1
Bremen-Vegesack
ehemalige Straßenbezeichnung: Sandstr. 1
geb. 13.2.1896 in Vegesack

Rebecka Neumann geb. Herz heiratete am 26.5.1920 den 1894 in Aumund geborenen Arthur Neumann. Das Paar hatte zwei Kinder, die in Vegesack geboren wurden: die Tochter Ruth (1921) und den Sohn Julius (1925). Die Familie lebte in der Sandstraße 1 (heute Bermohlstraße).

Die Tochter Ruth heiratete 1941 Siegmund de Haas. Das junge Paar wohnte ebenfalls in der Sandstraße 1. Der Sohn Julius machte in Hamburg eine Lehre zum Schlosser und zog 1941 wieder in das Elternhaus.

Am 18.11.1941 wurde Rebecka Neumann mit ihrem Mann, ihren beiden Kindern und ihrem Schwiegersohn in das Ghetto Minsk deportiert. Dort wurde sie ermordet: sofern sie nicht den unmenschlichen Lebensbedingungen im Ghetto erlag, fiel sie einer der Massenmordaktionen, die Ende Juli 1942 begannen, zum Opfer.

Verfasserin:
Wiltrud Ahlers (2011)
<http://stolpersteine-bremen.de/detail.php?id=43>

ARTHUR NEUMANN, *1894

DEPORTIERT 1941
ERMORDET IN MINSK

Bermohlstr. 1
Bremen-Vegesack
ehemalige Straßenbezeichnung: Sandstr. 1
geb. 17.2.1894 in Aumund

Arthur Neumann war der Sohn des Malers Anton Neumann (1860-1928) und seiner Ehefrau Ida, geb. Loewenthal (1865-1949). Die Familie Neumann war in Vegesack auch unter dem Namen Neitzel bekannt.

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges, in dem zwei seiner Brüder gefallen waren, war Arthur Neumann, aus Wien kommend, nach Vegesack zurückgekehrt. Am 26.5.1920 heiratete er die 1896 geborene Rebecka Herz. Aus der Ehe gingen zwei Kinder hervor, die 1921 geborene Tochter Ruth und der 1925 geborene Sohn Julius. Nach den „Nürnberger Gesetzen“ galt Arthur Neumann, dessen Vater kein Jude war, sowohl aufgrund seiner Zugehörigkeit zur jüdischen Religion als auch aufgrund der Eheschließung mit einer Jüdin als „Volljude“. Die Familie lebte in der Sandstraße 1 (heute Bermohlstraße).

Arthur Neumann war Malermeister und betrieb bis zum Jahre 1934 ein eigenes Unternehmen mit zwei Gesellen und einem Lehrling; danach arbeitete er in seinem Beruf als Angestellter bei der Firma Georg Gleistein; außerdem war er für ein Möbelhaus tätig, da er auch Möbelmaler war.

Die Tochter Ruth war Kontoristin geworden und hatte am 10.4.1941 Siegmund de Haas geheiratet. Das Ehepaar lebte ebenfalls im Haus in der Sandstraße 1.

Auch der Sohn Julius kehrte in das elterliche Haus zurück, nachdem er im Mai 1941 in Hamburg eine Ausbildung als Schlosser abgeschlossen hatte.

Am 18.11.1941 wurde Arthur Neumann mit seiner Frau, seinen beiden Kindern und seinem Schwiegersohn in das Ghetto Minsk deportiert. Dort wurde er ermordet: sofern er nicht den unmenschlichen Lebensbedingungen im Ghetto erlag, fiel er einer der Massenmordaktionen, die Ende Juli 1942 begannen, zum Opfer.

Seine Mutter, zwei seiner Brüder und zwei seiner Schwestern haben die NS-Zeit überlebt.

Verfasserin:
Wiltrud Ahlers (2011)
<http://stolpersteine-bremen.de/detail.php?id=42>

JULIUS NEUMANN, *1925

DEPORTIERT 1941
ERMORDET IN MINSK

Bermpohlstr. 1
Bremen-Vegesack
ehemalige Straßenbezeichnung: Sandstr. 1

geb. 26.5.1925 in Vegesack

Julius Neumann wurde am 26.5.1925 in Vegesack als Sohn des Malermeisters Arthur Neumann und dessen Ehefrau Rebecka geb. Herz geboren. Seine Eltern hatten am 26.5.1920 geheiratet. Seine Schwester Ruth wurde am 1.1.1921 in Vegesack geboren. Die Familie wohnte in der Sandstraße 1 (heute Bermpohlstraße).

Weitere Verwandte von Julius lebten ebenfalls in Vegesack: die Großmutter Ida Neumann und zwei seiner Onkel Neumann in der Hafenstraße 71 (heute Alte Hafenstraße), seine Tante Helene Peters mit Mann und Sohn in der Bahnhofstraße 7 (heute Reeder-Bischoff-Straße) und eine weitere Tante, Johanna Winter, mit ihrer Familie in der Hafenstraße 64.

Julius Neumann lebte vom 16.4.1939 bis zum 29.5.1941 in Hamburg, wo er eine Ausbildung zum Schlosser absolvierte. Nach Abschluss der Lehre kehrte er 1941 in das Elternhaus in der Sandstraße zurück. Seine Schwester Ruth lebte mit ihrem Ehemann ebenfalls bei den Eltern.

Am 18.11.1941 wurde Julius Neumann mit seinen Eltern, seiner Schwester und seinem Schwager in das Ghetto Minsk deportiert. Dort wurde er ermordet: sofern er nicht den unmenschlichen Lebensbedingungen im Ghetto erlag, fiel er einer der Massenmordaktionen, die Ende Juli 1942 begannen, zum Opfer.

Seine Großmutter, zwei Tanten und drei Onkel haben überlebt.

Verfasserin:
Wiltrud Ahlers (2011)

<http://stolpersteine-bremen.de/detail.php?id=44>

LOUIS NEUMANN, *1906

DEPORTIERT 1942 - THERESIENSTADT, 1944 AUSCHWITZ - BEFREIT IN MAUTHAUSEN
TOT AN HAFTFOLGEN

Alte Hafenstraße 71
Bremen-Vegesack
ehemalige Straßenbezeichnung: Hafenstr. 71
geb. 30.1.1906 in Aumund

Louis Neumann war der Sohn des Malers Anton Neumann (1860-1928) und seiner Ehefrau Ida, geb. Loewenthal (1865-1949); die Familie Neumann war in Vegesack auch unter dem Namen Neitzel bekannt. Louis hatte neun Geschwister; die beiden ältesten Brüder fielen im Ersten Weltkrieg.

Von Beruf war Louis Neumann Schlosser (Kranbauer). Er lebte mit seiner Mutter und seinen Brüdern Bruno und Erich in der Hafenstraße 71 (heute Alte Hafenstraße); seine Schwester Johanna wohnte mit ihrer Familie in der Hafenstraße 64 (heute Alte Hafenstraße); sein Bruder Arthur war mit Frau und Kindern in der Sandstraße ansässig; auch die Schwester Helene wohnte mit Mann und Sohn ganz in der Nähe in der Bahnhofstraße 7 (heute Reeder-Bischoff-Straße). Der 1930 beantragte Erwerb des bremischen Bürgerrechts wurde 1934 unter Hinweis auf Louis Neumanns „nichtarische Abstammung“ abgelehnt.

Am 23.7.1942 wurde Louis Neumann von Bremen in das Ghetto Theresienstadt deportiert; in diesem Transport befand sich auch seine Mutter. Am 28.9.1944 wurde er von Theresienstadt weiter in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau deportiert, wo er der sofortigen Ermordung entging, weil er bei der „Selektion“ als arbeitsfähig eingestuft und in das KZ Auschwitz überstellt wurde. Am 25.1.1945 erreichte er von Auschwitz mit einem Todesmarsch das in Oberösterreich gelegene KZ Mauthausen. Dort wurde gegen Ende des Krieges die laufende Rüstungsproduktion von Zwangsarbeitern anzulegende unterirdische Stollen verlagert. Louis Neumann wurde vom 29.1.1945 an im Außenlager Melk, ab Mitte April schließlich im Außenkommando Ebensee eingesetzt. Am 2.5.1945 wurde er durch die U.S.-Armee befreit, starb aber vermutlich bald darauf in einem Lazarett, das nahe der Ortschaft Stadl-Paura in der Benediktinerabtei Lambach eingerichtet worden war. Im Sommer 1945 erreichte seine Angehörigen über eine Schwester des Roten Kreuzes noch eine Postkarte, in der er nach dem Schicksal seiner Mutter fragte und mitteilte, dass er „vollständig entkräftet“ sei und an einer schweren Blutvergiftung leide.

Louis Neumann wurde durch Beschluss des Amtsgerichts Blumenthal vom 21.6.1955 auf den 31.12.1945 für tot erklärt.

Louis' Bruder Arthur wurde mit seiner Familie im Ghetto Minsk ermordet; seine Schwester Henriette, die mit ihrem Ehemann Moritz Samenfeld in Diepholz lebte, wurde 1942 in das Warschauer Ghetto deportiert und kam dort ums Leben; überlebt haben Louis' Mutter, die aus Theresienstadt zurückkehrte, zwei seiner Schwestern und zwei seiner Brüder.

Verfasser:
Wiltrud Ahlers / Michael Cochu (2012)
<http://stolpersteine-bremen.de/detail.php?id=22>

RUTH DE HAAS, GEB. NEUMANN, *1921

DEPORTIERT 1941
ERMORDET IN MINSK

Bermpohlstr. 1
Bremen-Vegesack
ehemalige Straßenbezeichnung: Sandstr. 1
geb. 1.1.1921 in Vegesack

Ruth de Haas, geb. Neumann, war die Tochter von Arthur Neumann und seiner Ehefrau Rebecca, geb. Herz.

Ihr Vater war Malermeister gewesen und hatte einen eigenen Betrieb mit zwei Gesellen und einem Lehrling gehabt; nach der erzwungenen Aufgabe des Betriebes war er bei der Firma Georg Gleistein als Maler angestellt. Ihr Bruder, Julius Neumann, hatte 1941 eine Schlosserlehre in Hamburg abgeschlossen und war wieder zu den Eltern gezogen.

Ruth de Haas war von Beruf Kontoristin gewesen, aber entlassen worden, weil sie Jüdin war. Am 10.4.1941 heiratete sie den aus Wildeshausen stammenden Siegmund de Haas (geb. 1914). Nach der Eheschließung lebte das junge Paar bei ihren Eltern in der Sandstraße 1 (heute Bermpohlstraße) in Bremen-Aumund.

Am 18.11.1941 wurde Ruth de Haas mit ihrem Mann und ihrer Familie in das Ghetto Minsk deportiert. Dort wurde sie ermordet: sofern sie nicht den unmenschlichen Lebensbedingungen im Ghetto erlag, fiel sie einer der Massenmordaktionen, die Ende Juli 1942 begannen, zum Opfer.

Ihre Großmutter, drei ihrer Onkel und zwei ihrer Tanten, die ebenfalls in Vegesack wohnten, haben die Zeit des Nationalsozialismus überlebt.

<http://stolpersteine-bremen.de/detail.php?id=45>

SIEGMUND DE HAAS, *1914

DEPORTIERT 1941
ERMORDET IN MINSK

Bermpohlstr. 1
Bremen-Vegesack
ehemalige Straßenbezeichnung: Sandstr. 1
geb. 22.4.1914 in Wildeshausen

Siegmund de Haas war der Sohn von Iwan de Haas und seiner Ehefrau Bernhardine, geb. Haiersberg. Er wuchs mit zwei Brüdern und drei Schwestern auf. Am 10.4.1941 heiratete er Ruth Neumann, die Tochter von Arthur und Rebecca Neumann, geb. Herz, aus der Sandstraße 1 (heute Bermpohlstraße) in Bremen-Aumund. Nach der Eheschließung zog das Paar in das Haus der Schwiegereltern.

Am 18.11.1941 wurde Siegmund de Haas mit seiner jungen Frau und deren Familie in das Ghetto Minsk deportiert. Dort wurde er ermordet: sofern er nicht den unmenschlichen Lebensbedingungen im Ghetto erlag, fiel er einer der Massenmordaktionen, die Ende Juli 1942 begannen, zum Opfer.

Auch die Eltern und die Brüder von Siegmund de Haas sind in Minsk umgekommen. Seinen Schwestern gelang die Emigration nach England.

Verfasserin:
Wiltrud Ahlers (2011)
<http://stolpersteine-bremen.de/detail.php?id=46>

Gruppe 2. Hans Frank



Abbildung 11: Am Tag vor der Deportation, steht Hans Frank in der Mitte, 17.11.1941



Abbildung 12: Hans mit seiner Mutter und seinem Bruder



Abbildung 13: Richard, Hans' Vater

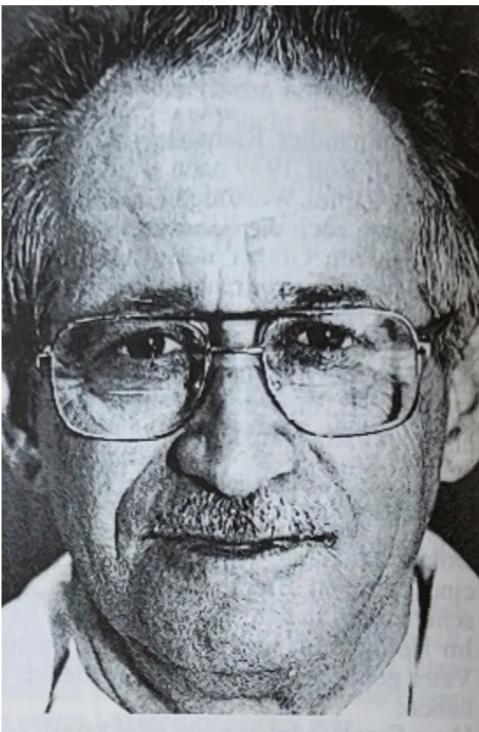


Abbildung 14: Hans Frank

Biografie Hans Frank

Der Viehhändler Richard Frank kam mit seiner Frau Else und den Söhnen Günther, Hans und Rolf 1939 nach Bremen. Er stammte aus Kleinendorf bei Lübbecke im nördlichsten Zipfel Westfalens. Zuletzt hatte die Familie in Rahden nördlich von Lübbecke gelebt, wo auch die Kinder geboren wurden. Dort ist die Familie beheimatet, dort befinden sich die Gräber der Angehörigen, die Hans Frank heute noch besucht. Familie Frank bewohnte ein stattliches Fachwerkhaus - der Jürgenshof in der Pauliner Marsch erinnerte Hans Frank an sein Vaterhaus.

Als sich nach 1933 die antisemitischen Kräfte durchsetzen, wurde das Leben für Familie Frank dort schließlich unerträglich. An die Wände geschmierte Hakenkreuze und Haßparolen, eingeschlagene Scheiben und die Drohung, man werde ihnen das Haus über dem Kopf anzünden, ließen den schweren Entschluss zur Abwanderung reifen. In einer Großstadt wie Bremen erhoffte man sich

mehr Toleranz und ein möglichst angst freies Leben. Das war zunächst auch so. Hans Frank, 1939 zwölf Jahre alt, erinnert sich nicht, in Bremen schlecht behandelt worden zu sein - eher im Gegen teil. Die Familie wohnte im Hause Parkstraße Nr.1, die damals Legion-Condor-Straße hieß. Hans begann eine Lehre in Bremen. Er erinnert sich an das Baden in der Weser und das Schlittschuhlaufen in den Wallanlagen und im Bürgerpark.

Im Herbst 1941 wurde die ganze Familie nach Minsk deportiert. Hans Frank und sein Vater gehören zu den wenigen, die wie durch ein Wunder die Hölle von Minsk überlebt haben.

Hans Frank möchte nicht über Minsk sprechen - diese Vorbedingung stellt er, als er seinen Besuch in Bremen 1991 zusagt. Auch seiner Frau gegenüber hat er, wie sich herausstellt, noch nie von diesen Erinnerungen gesprochen. Einige erschütternde Details brechen dann doch aus ihm hervor: war in einem Arbeitskommando außerhalb des Ghettos tätig. An solche Arbeitsplätze klammerten sich Überlebenshoffnungen. Als Günther Frank, von Magenbeschwerden geschwächt, sich nicht in der Lage sah, zur Arbeit anzutreten, wurde sein Bruder Hans stattdessen geschickt. Er sollte sich als Günther ausgeben, damit der Arbeitsplatz nicht verloren ging. Als Hans Frank von dem Arbeitseinsatz zurückkehrte, war sein Bruder einer Massentötung, einem Pogrom, zum Opfer gefallen. Die Mutter wurde von einem der Gaswagen abgeholt, die durch Einleiten der Abgase in den Innenraum die Menschen qualvoll töteten - Mordmaschinerie im Experimentierstadium. Die verzweifelten Schreie der Opfer waren auch aus den verschlossenen Lastwagen zu hören. Sein Vater habe ihn eines Tages bei der Hand genommen und ihm gesagt: "Junge, hör mal, wer da jetzt schreit. das ist Deine Mutter".

Unter unsäglichen Strapazen erreichten Richard Frank und sein überlebender Sohn wieder die Heimat. Beim Marsch über ein abgeerntetes Kartoffelfeld habe sein Vater eine rohe Kartoffel aufhe-

ben können. Die hätten sie sich geteilt und sie hätte den völlig Ausgehunerten „besser geschmeckt als der schönste Kuchen“. 27 kg wog der junge Mann, als er 1945 von den Amerikanern in Süddeutschland befreit und in Pflege genommen wurde.

Hans Frank und sein Vater kehrten nach dem Krieg nach Bremen zurück, aber während es den Vater nach Rahden zurückzog, blieb Hans und schloss hier eine Lehre als Elektriker ab, 1949 wanderte er nach Israel aus – ein Land, das heute seine Heimat ist. Er erhält regelmäßig eine kleine Summe aus Deutschland als „Wiedergutmachung“. Mit seinen Kindern spricht er nicht Deutsch.

ELSE FRANK, GEB. HEIMBACH, *1902
DEPORTIERT 1941
ERMORDET IN MINSK

Schwachhauser Heerstr. 18/Ecke Parkstr.
Bremen-Schwachhausen
ehemalige Straßenbezeichnung: Parkstr. 1

geb. 11.11.1902

Else Frank, geb. Heimbach, wurde in Laer im Münsterland geboren. Ihre Eltern waren der Viehhändler Salomon-Louis und Emilie Heimbach, geb. Rosenthal. Die weitverzweigte Familie Heimbach lebte dort seit mehreren Generationen. Else wuchs mit acht Geschwistern auf, von denen zwei bereits im Kindesalter verstarben. Else Heimbach heiratete am 12.5.1925 den Viehhändler Richard Frank, geboren am 2.12.1899 in Kleinendorf (heute zu Rahden gehörig). Die Hochzeit wurde in Laer gefeiert. In Kleinendorf lebten die Eltern von Richard Frank, der Viehhändler Julius Frank und Rosa Frank, geb. Jacobs. Dort wuchsen auch Richard und seine vier Geschwister auf. Seine Mutter starb 1929.

Nach der Eheschließung zogen Else und Richard Frank zu dessen Eltern. Hier kamen die Söhne Günther (geb. 10.4.1936) und Hans (geb. 6.5.1927) zur Welt. 1930 zog die Familie nach Rahden zu Richards Onkel Bernhard Frank. Dieser hatte ihn durch Erbvertrag zum Erben eingesetzt, da seine Ehe kinderlos blieb. Dort erblickte Sohn Rolf am 20.11.1936 das Licht der Welt.

Der gesellschaftliche Status der Franks – sie waren als Viehhändler gut situiert – gab ihnen das sichere Gefühl, nicht nur akzeptiert, sondern anerkannt zu sein, zumal Richard Frank im Ersten Weltkrieg gedient hatte. Das sollte sich nach 1933 unter dem NS-Regime ändern. Insbesondere machte sich das durch den Niedergang des Viehhandels bemerkbar. Nichtjüdische Bauern wurden aufgefordert, nicht mehr bei jüdischen Viehhändlern zu kaufen. Dieser Boykott bewirkte erhebliche finanzielle Einbußen, schließlich wurde Juden der Viehhandel 1938 untersagt.

Familie Frank sah sich zusehends diskriminiert und ausgesgrenzt. Sie mussten sich vom nichtjüdischen Personal in Haus und Betrieb trennen. Ehemalige Angestellte gingen nun grußlos an ihnen vorüber. Die Kinder verloren ihre nichtjüdischen Freunde, die sich zurückzogen, und in der Schule gerieten sie ins Abseits. Der Sohn Hans berichtete noch Jahrzehnte später, dass er und seine Brüder in der Schule alleine auf der Bank saßen. Die Lehrer übergingen sie im Unterricht, und in der Pause durften Mitschüler weder mit ihnen spielen noch sprechen.

In der Reichspogromnacht 1938 wurden bei Franks die Fenster eingeschlagen und die Wände mit Hakenkreuzen beschmiert. Richard und Bernhard Frank wurden verhaftet und in das KZ Buchenwald überstellt. Sie wurden misshandelt und unter Druck gesetzt.

Sie sollten das Land verlassen und ihren Besitz verkaufen. Nach fünf Wochen kehrte Richard Frank

Quelle: Andreas Röpcke: Hans Frank, in: Staatsarchiv Bremen (Hrsg.): Es geht tatsächlich nach Minsk. Zur Erinnerung an die Deportation von Bremer Juden am 18.11.1941 in das Vernichtungslager Minsk. Bremen 1992. S. 53.

zu seiner Familie zurück, nachdem er erklärt hatte, er werde seinen Besitz wie verlangt veräußern.

Nach dem erzwungenen Verkauf zogen Richard und Else Frank mit ihren Kindern und mit seinem Onkel Bernhard, der seit 1927 Witwer war, am 26.9.1939 nach Bremen. Dass Elses Cousine Sophie Ginsberg mit ihrem Mann bereits in Bremen lebte, könnte auch zur Entscheidung beigetragen haben, nach dorthin umzuziehen. Sophie hatte bereits in ihrer Wohnung in der Parkstraße 5 ihrer Schwester Henriette ein Zimmer zur Verfügung gestellt (siehe S. Ginsberg: Biografien A-Z). Sie lebten jetzt im „Judenhaus“ in der Legion-Condor-Straße 1 (vor 1939 Parkstraße 1, heute Schwachhauser Heerstraße 18/Ecke Parkstraße). Karl Heimbach aus Laer, einer der Brüder von Else Frank, zog ebenfalls dort ein (siehe Heimbach: Biografien A-Z).

In Bremen arbeitete Richard Frank im Tiefbau. Sein ältester Sohn Günther versuchte außerhalb Bremens als Schlosser zu arbeiten, daher war er nicht durchgehend in der Legion-Condor-Straße 1 gemeldet. Die jüngeren Söhne Hans und Rolf fanden schnell Freunde und hatten Freude daran, in Bremen durch die Straßen zu ziehen, in der Weser zu baden und im Winter auf dem Wallgraben Schlittschuh zu laufen. Der Besuch einer Schule war ihnen nicht mehr erlaubt. Als die Familie den Bescheid zur Deportation bzw. zum „Arbeitseinsatz im Osten“ bekam, freuten sich die Kinder darauf, eine Reise machen zu dürfen.

Am 18.11.1941 wurden Richard und Else Frank mit ihren Söhnen in das Ghetto Minsk deportiert. Dort erwartete sie „die Hölle“, wie Hans Frank nach Kriegsende berichtete. Richard und der älteste Sohn Günther wurden Arbeitskommandos zugeteilt und zur Schwerarbeit außerhalb des Ghettos eingesetzt. Als Günther schwer erkrankte, entschieden die Eltern, den Sohn Hans anstelle von Günther für dieses Arbeitskommando zu melden, denn ein Arbeitsplatz bedeutete Hoffnung auf Überleben. Abends kehrten die Männer normalerweise in das Ghetto zurück, doch am 26.7.1942 mussten sie außerhalb des Ghettos am Ort ihres Arbeitseinsatzes bleiben. Als sie nach drei Tagen ins Ghetto zurück durften, bestätigten sich ihre schlimmsten Befürchtungen. Alle Bewohner waren erschossen oder in Gaswagen erstickt worden. Zu ihnen gehörten Else Frank mit ihren Söhnen Günther und Rolf.

Richard Frank und sein Sohn Hans überlebten. Sie arbeiteten ab dem 1.9.1943 in Minsk in einem SS-Arbeitslager (einem Rüstungsbetrieb). Ab 15.9.1943 wurden sie zunächst zur Zwangsarbeit in den Arbeitslagern Budzyn bei Lublin, Mielec und Wieleczka eingesetzt. Bei Kriegsende befanden sie sich im KZ Flossenbürg, von dort wurden sie auf einen „Todesmarsch“ geschickt. Am 23.4.1945 wurden sie befreit. Hans war 18 Jahre alt und wog nur noch 27 kg; er wurde in einem amerikanischen Hospital in Regensburg gesund gepflegt. Vater und Sohn kamen am 9.8.1945 nach Bremen zurück. Richard Frank blieb hier nur wenige Wochen; am 4.9.1945 meldete er sich nach Rahden ab. Sein Haus in Rahden wurde in den 1950er Jahren rückerstattet, er war wieder als Viehhändler tätig und heiratete erneut. Er starb 1974.

Sein Sohn Hans blieb in Bremen. Er absolvierte eine Lehre zum Elektriker und wanderte 1949 nach

Israel aus. In Deutschland – dem Land der Täter – wollte er nicht mehr leben. Er heiratete und gründete eine Familie. Mit seinen Kindern sprach er nie deutsch. Bis zu seinem Tod hat ihn der Gedanke gequält, dass er nur deshalb überlebt hatte, weil er anstelle seines Bruders Günther das Ghetto zum Arbeitseinsatz verlassen hatte. Es fiel ihm schwer, darüber zu reden. Er starb am 29.11.2012.

Hans Frank hat noch erleben können, dass zum Gedenken an seine Mutter und die beiden Brüder in Bremen Stolpersteine verlegt wurden. Zur Gedenkfeier war er von der Bürgerschaft eingeladen worden, doch da er schwer erkrankt war, konnte er nicht nach Bremen reisen. Er hatte schon eine Rede für diesen Anlass geschrieben:

Bewegt stehe ich hier vor Ihnen, als einer von sechsen, die aus dem Grauen zurückkamen, aus jener Hölle im Ghetto Minsk. In meinem Inneren fühle ich mich noch wie das kleine Kind damals - jetzt stehe ich hier stellvertretend für Alle: die Stillen, die Schweigenden, die Ermordeten und die Verbrannten vom gesamten Transport. Angefangen von meiner Mutter, meinen Brüdern, meinen nächsten Familienangehörigen und weiteren Angehörigen und meinen Leidensgenossen, die während der schweren und grausamen Jahre umgekommen sind. Ich war ein Kind und wurde erwachsen. Die schrecklichen Kriegstage waren meine Schule, meine Universität. Ich lernte die Seele der Menschen kennen, die so schlecht und grausam sein kann, und andererseits die gute Seite, die menschliche, die in Menschen erhalten bleiben kann, wie in jener Frau, die sich in einer dunklen Nacht während des Todesmarsches zu uns schlich, um uns Kartoffeln zu bringen. In einer Stunde, die so schicksalhaft für uns war. Schwere Tage sind diese meine Tage. Die Herrschaft von Menschen-tieren, von der wir meinten, dass sie zur Vergangenheit gehört, darf nicht in Vergessenheit geraten und gut taten die, die uns zusammenriefen, der Tage zu gedenken, um sich zu erinnern und zum Bewusstsein zu bringen, dass wir unsere Kinder und Enkel, in diesem Land und in anderen Ländern so erziehen, damit sie solche Tage nicht wiedersehen dürfen, damit wir alle, die wir am Leben sind, wissen sollen, dass Menschenleben ohne Unterschied von Religion, Rasse oder Geschlecht heilig ist, und dass es das Recht eines jeden Menschen ist, sein Leben zu organisieren und zu leben gemäß seinen Anschauungen ohne Einmischung der Partei oder des Systems. In der Mishna, einem der heiligen Bücher der Juden, steht Folgendes geschrieben: „An einem Platz, an dem Reumütige stehen, stehen keine absoluten Gerechten.“ Bei dieser Gelegenheit fühle ich, dass diejenigen, die sich hier versammelten, die Reumütigen sind und mein Dank gilt ihnen Allen. Für eine bessere Welt, für eine ruhigere Welt, eine Welt, in der das Wort des Propheten Jesaja erfüllt wird: „Es hebe kein Volk das Schwert gegen ein anderes Volk – und wir sollen nie von Krieg wissen.“

Die Zeitungsberichte über die Verlegung und die Feierstunde, besonders aber die Briefe der Schüler, die Patenschaften übernommen haben, waren ihm sehr wichtig. Er sprach bis zu seinem Tode immer von „seinen Kindern“ in Deutschland. Ihr Engagement bedeutete ihm ein kleines Stück Versöhnung. Er bedauerte sehr, dass er an der Verlegung der Stolpersteine nicht teilnehmen konnte. Aus diesem Anlass wäre er, der nie wieder deutschen Boden betreten wollte, nach Bremen zurückgekommen.

2015 wurden auch in Rahden Stolpersteine zur Erinnerung an die Familie Frank verlegt.

Verfasserinnen: Wiltrud Ahlers/Barbara Johr (2017)

Informationsquellen: StA Bremen 4,54-E10521, 4,54-E10520, 4,54-E10522, Einwohnermeldekartei Aschoff, Diethard/Möllenhoff, Giesela: Fünf Generationen Juden in Laer: Leben und Schicksal der Juden in einer west- münsterländischen Kleinstadt, Berlin/Münster 2007
Sie lebten mitten unter uns. Spurensuche Juden in Rahden. Geschichtswerkstatt der Hauptschule Rahden, 1987 Interview 2011 mit Hans Frank und seiner Frau Ronit und Ingeborg Ostermann, geb. Frank

<https://www.stolpersteine-bremen.de/detail.php?id=430>

BERNHARD FRANK, *1864

DEPORTIERT 1942 NACH THERESIENSTADT
ERMORDET IN TREBLINKA

Schwachhauser Heerstr. 18/Ecke Parkstr.

Bremen-Schwachhausen
ehemalige Straßenbezeichnung: Parkstr. 1

geb. 23.5.1864

Bernhard Frank wurde in Großendorf (heute Rahden/Waldeck) geboren. Seine Eltern waren Leffmann Bernhard Frank (geb. 1822 in Rahden) und Henriette Bella Oldenburg (geb. 1825 in Lüdenhausen). Er wuchs mit mehreren Geschwistern auf.

Bernhard Frank wurde Viehhändler. Er war dreimal verheiratet, die beiden ersten Ehefrauen waren Schwestern und starben in jungen Jahren. In dritter Ehe heiratete er 1869 Laura Goldberg (geb. 1869). Alle Ehen blieben kinderlos. Daher setzte er durch einen Erbvertrag seinen Neffen Richard Frank zum alleinigen Erben ein. Letzterer war der Sohn seines jüngeren Bruders Julius (geb. 1867), der ebenfalls Viehhändler geworden war. Er war verheiratet mit Rosa Jacobs und hatte sechs Kinder.

Richard Frank heiratete 1925 in Laer bei Münster Else Heimbach. Nach der Eheschließung zogen sie nach Kleinendorf zu Richard Franks Eltern. Hier kamen die Söhne Günther (1926) und Hans (1927) zur Welt. 1930 zog die Familie nach Rahden, wo sie mit seinem Onkel Bernhard und dessen Ehefrau Laura in einem Haus lebten. Hier wurde 1936 der jüngste Sohn Rolf geboren. Bernhard Franks Ehefrau Laura starb 1937.

In der Reichspogromnacht 1938 verbreiteten SA-Männer in Rahden Angst und Schrecken; sie zogen durch die Straßen und zerstörten jüdische Geschäfte. Am Haus der Franks wurden die Fensterscheiben eingeschlagen und die Hauswände beschmiert. Bernhard und Richard Frank wurden am 12.11.1938 verhaftet und im KZ Buchenwald interniert. Dort wurden sie misshandelt und mit der Auflage entlassen, ihren Besitz zu verkaufen und auszuwandern. Bernhard Frank wurde bereits nach einer Woche aus der Haft entlassen, Richard Frank dagegen erst nach fünf Wochen.

Bernhard Frank veräußerte das Anwesen. Nach Übergabe des Besitzes an einen Schlachter, der das Haus unter Marktpreis erwarb, zog er mit der Familie seines Neffen Richard nach Bremen. Sie waren gezwungen, in das „Judenhaus“ in der Legion-Condor-Straße 1 (vor 1939 Parkstraße 1, heute Schwachhauser Heerstraße 18/Ecke Parkstraße) einzuziehen. Im Haus lebten bereits ein Bruder und eine Schwester von Richards Frau Else.

Der 78-jährige Bernhard Frank wurde am 23.7.1942 von Bremen aus über Hannover in das Ghetto Theresienstadt und am 26.9.1942 weiter in das Vernichtungslager Treblinka deportiert. Dort wurde er am 28.9.1942 ermordet.

Richard und Else Frank wurden mit ihren Kindern am 18.11.1941 in das Ghetto Minsk deportiert (siehe Biografien A-Z).

Vor dem ehemaligen Haus der Franks in der Lemförder Straße 2 in Rahden wurden 2015 Stolpersteine zur Erinnerung an Bernhard Frank und die Familie seines Neffen Richard verlegt.

Verfasserin:
Wiltrud Ahlers (2017)

Informationsquellen:

Ester-Hartke, Ursula/Dettke, Arndt: Sie lebten mitten unter uns. Spurensuche Juden in Rahden, Hauptschule Rahden 1997 Aschoff, Diethard/Möllenhoff, Gisela: Fünf Generationen Juden in Laer, Leben und Schicksal der Juden in einer westmünster- ländischen Kleinstadt. Mit einem autobiografischen Beitrag von Irmgard Ohl, geb. Heimbach. Münster 2007

Interview mit Hans Frank und seiner Ehefrau Bonit 2011 in Israel

<https://www.stolpersteine-bremen.de/detail.php?id=444>



Abbildung 15: Ehemaliges Schulgebäude in der Kohlhöker Str. 6.

Abbildung 16: Plakette am Haus in der Kohlhökerstr. 6

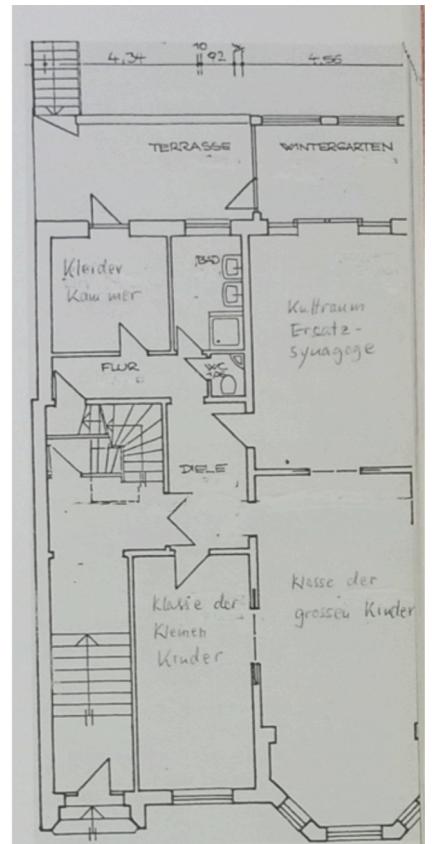


Abbildung 17: Vor dem Haus in der Kohlhökerstr. 6

Abbildung 18: Ehemaliges Schulgebäude in der Kohlhöker Str. 6.

Abbildung 19: Plan der Schule



Abbildung 20: Otto Polaks Eltern Karl und Johanna an ihrem Hochzeitstag im Jahr 1932



Abbildung 21: Otto Polak, 1945

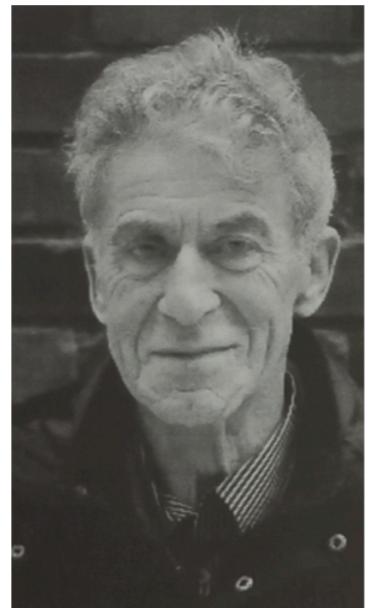


Abbildung 22: Otto Polak

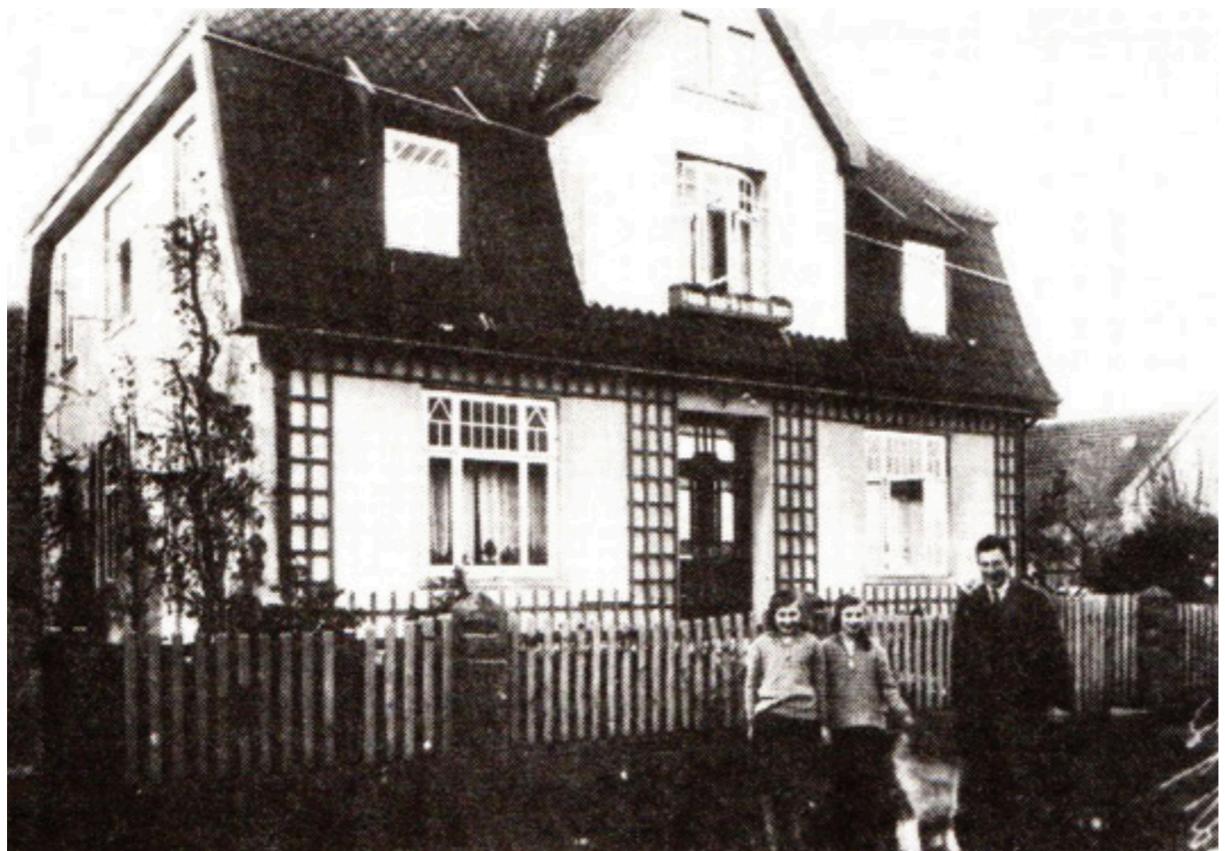


Abbildung 23: Das Haus der Familie Jacobsohn am Heidfeldweg in Kirchweyhe in den frühen 20er Jahren. Vor dem Haus: Ottos Großvater Otto Jacobsohn und zwei seiner Töchter (links: Johannek Ottos Mutter)

CARL POLAK, *1901

DEPORTIERT 1941
ERMORDET IN MINSK

Graudenzer Str. 45
Bremen-Neustadt
geb. 13.9.1901 in Oldersum

Carl Polak wurde am 13.09.1901 in Oldersum bei Emden als Sohn von Adele (1870-1942) und Jakob Polak (1856-1915) geboren. Er hatte noch sechs weitere Geschwister: Die Brüder Ludwig (Jg. 1898) und Siegfried Hermann (Jg. 1903) sowie die Schwestern Emma (Jg. 1893), Dora (Jg. 1894), Therese (Jg. 1896) und Elise (Jg. 1908).

Carl lernte ebenso wie seine Brüder bei seinem Vater den Viehhandel und die Schlachterei. Als sein Vater am 20.7.1915 starb, führte zunächst seine Mutter das Geschäft weiter. Am 31.8.1927 zog sie mit ihren Söhnen Carl, Siegfried Hermann und Ludwig sowie vermutlich ihrer Tochter Elise in die Graudenzer Straße 45 nach Bremen und setzte dort den Viehhandel fort.

Carl heiratete am 9.9.1932 Johanne Sophie Jacobsohn (geb. 1912) aus Kirchweyhe. Die Trauung fand im Bremer Dom statt, da Wilhelm Goßmann, Pfarrer in Kirchweyhe und Superintendent, sich weigerte „Juden“ zu vermählen. Das junge Paar zog in ein voll eingerichtetes Haus in Kirchweyhe. Es war ein Geschenk zur Hochzeit seiner Schwiegereltern Otto und Hilka Jacobsohn, geborene Schumacher, die gut situierte Viehhändler in Kirchweyhe waren.

Am 16.7.1933 kam ihr Sohn Otto Jakob Polak in Bremen zur Welt. Er wurde im evangelisch-lutherischen Glauben erzogen und getauft. Dennoch galt Otto nach den "Nürnberger Gesetzen" als "Person mit mindestens drei jüdischen Großeltern" als „Volljude“.

Nach dem Tod seines Schwiegervaters am 27.1.1933 führte Carl Polak den Viehhandel weiter und sorgte für den Lebensunterhalt der Familie. Das Familienglück hielt nicht lange. Die Ehekrise endete 1938 mit der Scheidung.

Aufgrund der nationalsozialistischen Repressionen musste Carl den Viehhandel im Hause Jacobsohn aufgeben und zog am 20.9.1938 zurück zu seiner Mutter in die Graudenzer Straße 45 nach Bremen. Am 1.3.1940 wurden Carl und seine Mutter Adele gezwungen, in das „Judenhaus“ in der Nordstraße 210 zu ziehen.

Seine ehemalige Frau Johanne erkrankte nach der Scheidung an Tuberkulose und ging mit ihrem Sohn Otto zurück zu ihrer Mutter und ihren Schwestern. Da sie sich oft im Sanatorium in Sülzay im Harz aufhielt, erzog die Großmutter Hilka ihren Enkel.

Ende 1939 musste der siebenjährige Otto in die jüdische Religionsschule in der Kohlhökerstraße 6 in

Bremen gehen, da er die Volksschule in Kirchweyhe nicht besuchen durfte. Ab September 1941 war er verpflichtet, den Judenstern zu tragen und dadurch vielen Demütigungen ausgesetzt.

Otto Polak ist in Erinnerung geblieben: Als Schulausflug getarnt, sollten alle Kinder mit ihren Lehrern im November 1941 ins Ghetto Minsk deportiert werden. Der Lehrer Nußbaum informierte die Großmutter, die den Jungen zu Hause behielt. – Inzwischen gilt als gesichert, dass alle zur Deportation in das Ghetto Minsk Ausersehnen Wochen vorher nach den Vorgaben des Reichssicherheits-hauptamtes in Listen erfasst waren. Otto Polak und seine "halbjüdische" Mutter fielen nicht in eine der Kategorien, die auch für den Regierungsbezirk Stade (Kirchweyhe), galten. Alle Beteiligten waren hierüber rechtzeitig informiert. So auch die Eltern der Schulkinder.

Carl und seine Mutter Adele Polak wurden am 18.11.1941 in das Ghetto Minsk deportiert. In dem Zug waren auch sein Bruder Siegfried Hermann, seine Schwägerin Gisela sowie seine Schwestern Therese und Elise mit ihren Familien.

Aufgrund von Hunger, Kälte sowie Willkür und Folter der SS starben viele im harten Winter 1941/42. Sofern sie nicht den unmenschlichen Lebensbedingungen im Ghetto erlagen, fielen sie einer der Massenmordaktionen zum Opfer, die Ende Juli 1942 begannen.

Über den Tod seines Vaters Carl erfuhr Otto Polak später von einem ehemaligen Mitarbeiter seines Großvaters Otto Jacobsohn, der als Wachsoldat in Minsk eingesetzt war, Folgendes: Er habe über den Stacheldraht mit Carl gesprochen. Carl sei vergast worden. Die anderen Häftlinge hätten ein großes Loch buddeln müssen, in das die Vergasten reingeworfen worden seien.

Am 6.12.1942 starb auch Carls ehemalige Frau Johanne. Ihr gemeinsamer Sohn Otto war nun Vollwaise. Ihm drohte im Februar 1945 die Deportation in das Ghetto Theresienstadt. Der mutige Hausarzt Dr. Folkard Willms verschrieb dem Jungen eine Salbe, die juckenden Ausschlag am ganzen Körper verursachte, und stellte ein Attest auf Transportunfähigkeit aus. Da die SS eine Ansteckung befürchtete, gelang es der Großmutter, Otto zu Hause zu behalten.

Die Gemeinde Weyhe benannte 1995 zum Gedenken an Carl Polak eine Straße nach ihm und ernannte 2012 seinen Sohn Otto Polak zum Ehrenbürger.

Verfasserin:
Ilse Zelle (2020)

<https://www.stolpersteine-bremen.de/detail.php?id=200>

Über die jüdische Schule in der Kohlhöker Str.

Ein „Judenhaus“ als Schule

Das Haus, urkundlich erstmals 1875 erwähnt und bewohnt von Senator (ab 1890 Bürgermeister) Dr. Alfred Pauli (1827-1915), wurde 1934 von Alfred Grünberg, einem Kaufmann, und seiner Frau Amalie, geborene Goldberger, erworben. Nach deren Auswanderung in die USA wurde das Haus 1938 per Notariatsvertrag an die Israelitische Gemeinde übereignet. Es diente nach der Zerstörung der Synagoge in der Pogromnacht vom 9. auf den 10. November 1938 bis zum Jahr 1941 als „Jüdisches Gemeindehaus“ bzw. „Judenhaus“. In Parterre waren ein Betsaal, ein Unterrichtsraum und eine Kleiderkammer untergebracht. Der Unterrichtsraum diente der Jüdischen Gemeinde ab 12. April 1939 als Schule. Diese wurde mit Genehmigung der Gestapo von Gerhard Zwienicki eingerichtet, der Sohn der ermordeten Selma Zwienicki. Im 1. Stock waren Verwaltungsräume der Jüdischen Gemeinde und des Hilfsvereins, im 2. Stock ein Buchhaltungsraum und Wohnräume. Die Räumung des Hauses erfolgte im Dezember 1941, nachdem die Bewohner am 18. November 1941 zusammen mit insgesamt 570 Juden aus Bremen und Umgebung nach Minsk deportiert worden sind. Zum Zeitpunkt der Deportation wohnten im Haus Kohlhökerstraße 6 ein Kind und vierzehn Erwachsene, darunter der Gemeindevorsteher Joseph Platzer.

Der Schüler Otto Polak aus Kirchweyhe entkam der Deportation, weil er am Tag der Verhaftung, zufällig nicht in der Schule war. Er konnte in Kirchweyhe untertauchen und stellte sich bis im hohen Alter als Zeuge zur Verfügung.

Es gibt ein Gedicht mit dem Titel „Kohlhökerstraße 6“, das in dem Buch Schutzschirmsprache. Politische Lyrik und Cartoons, Rudolph Bauer/Lothar Bührmann veröffentlicht ist, dessen Text samt Anmerkung uns freundlicherweise zur Verfügung gestellt wurde: Gedicht von Rudolph Bauer

<https://www.spurensuche-bremen.de/spur/ein-judenhaus-kohlhokerstrasse-6/>

Otto Polak entgeht der Deportation

Der siebenjährige Otto Polak durfte nicht in die Kirchweyher Schule gehen, da jüdischen Kindern durch den Erlass vom 15.11.1938 des Reichserziehungsministers Rust der Besuch öffentlicher Schulen nicht mehr gestattet war. Ottos Mutter Johanne hoffte jedoch auf eine Ausnahmeregelung, doch der Landrat des Kreises Grafschaft Hoya teilte ihr im November 1939 mit, dass ihr Sohn in die „Judenschule“ nach Bremen müsse.

Ab 1939 ging Otto auf diese jüdische Religionsschule in der Kohlhökerstraße 6. Sie war Ende März 1939 von dem Rabbi Dr. Jacob Wiener gegründet worden.

Die jüdische Schule wurde eingerichtet, um den Kindern die Ausreise aus Deutschland zu ermöglichen bzw. zu erleichtern, weshalb man vor allem Englisch-, Geografie-, Hebräisch- und Religionsunterricht erteilte. Der kleine Otto musste also allein von seiner Wohnung in Kirchweyhe zum Bremer Hauptbahnhof fahren und von dort aus zu Fuß zur Kohlhökerstraße laufen. Häufig war er auf seinem Weg Repressalien ausgesetzt.

In der Schule gab es ein Zimmer, in dem der Lehrer Nußbaum die erste und zweite Klasse unterrichtete, wie Otto sich erinnert. Herr Nußbaum lehrte die Kinder in erster Linie Hebräisch, woran Otto aber nicht viel Gefallen fand; er verstand die Sprache und die Schriftzeichen nicht. Erschwerend kam hinzu, dass ihm aus seiner Familie niemand helfen konnte und die Lehrer drängten, denn die Kinder sollten unbedingt Hebräisch lernen. Sie hofften, ihren Schülern eine Auswanderung nach Palästina zu ermöglichen.

Tatsächlich sind alle Bewohner/innen und Schüler/innen, bis auf Otto Polak, im Dezember 1941 deportiert worden. Um keinen Widerstand zu provozieren, hatte man den Eltern in den Tagen zuvor gesagt, die Schüler sollen mit leichtem Gepäck für einen Ausflug kommen. Der Schüler Otto Polak entkam der Deportation, weil er am Tag der Verhaftung aufgrund einer Hauterkrankung nicht in der Schule war. Ottos Oma hatte mit dem Wissen um die Deportationen jüdischer Mitmenschen den „Ausflug“ richtig interpretiert. Mit Hilfe einer für Otto unverträglichen Salbe führte sie die Hauterkrankung bewusst herbei. Otto Polak konnte in Kirchweyhe untertauchen und stellte sich bis ins hohe Alter als Zeitzeuge zur Verfügung.

<https://www.spurensuche-bremen.de/spur/otto-polak-ging-hier-zur-schule/>

Erinnerungen von Otto Polak:

„Ich hatte 6 Sterne. Auf jedem Pullover und auf jedem Hemd, dass ich öffentlich trug, musste ich den Stern tragen. Ich durfte ihn nicht verstecken. Da konnte jeder sehen, wer ich war.“

Deportation der Schule: "Eines Tages wurde uns in der Schule gesagt, dass wir uns an einem Tag alle am Bahnhof treffen würden. Wir sollten mit einem Zentner Gepäck kommen, auch wir Kleinen schon. Da sollte was Warmes zum Anziehen drin sein und Esswaren und eine Decke. Dann würden wir einen Ausflug machen, wurde uns gesagt. Die ganze Schule! [...] Dann habe ich das zu Hause erzählt, und dann hat meine Großmutter bei dem Lehrer angerufen. Der hat gesagt, was los war. Die ganze Schule wurde aufgelöst. Die kamen alle ins Konzentrationslager. Die ganzen Kinder! [...] und dann hat der Lehrer gesagt: "Sie haben wohl Glück, Ihr Junge ist von auswärts. Der braucht nicht mit." Ich war natürlich ganz enttäuscht, dass ich den Ausflug nicht mitmachen durfte."

Februar 1945: "Dann ist der Dorfpolizist zu uns gekommen [...] und hat gesagt, daß ich in drei oder vier Tagen abgeholt würde, daß er aber nicht kommen könne; er würde Vertretung schicken, er könne das nicht. [...] Dann hat meine Tante fürchterlich geheult und ich hab natürlich mitgeheult [...] Meine Großmutter hat alles Mögliche probiert - ob ich nicht zu Hause bleiben kann: Sie hat den Ortsgruppenleiter angerufen; sie hat in Syke bei der Gestapo angerufen. Die hat gesagt: "Es gibt keinen anderen Weg: Der Junge muss weg." [...] Erst ganz zum Schluss fiel uns Dr. Wills in Kirchweyhe ein. Da hat meine Großmutter bei dem angerufen, ob er nicht was wüsste. Dann ist er zu uns gekommen und hat mir ein Mittel verschrieben. Da sollte ich meinen Körper mit einreiben [...] Ich bin am ganzen Körper rot und pickelig geworden [...] Dann ist Dr. Willms wiedergekommen und hat ein Attest ausgestellt, daß ich nicht transportfähig bin, weil ich eine ansteckende Krankheit habe."

Quelle: <https://www.veyhe-historie.de/aufs%C3%A4tze/otto-polak/>

Das Schicksal einer weiteren jüdischen Schülerin in der Kohlhökerstraße.

ALMA-URSEL SALOMON, *1930

DEPORTIERT 1941

ERMORDET IN MINSK

Bürgermeister-Smidt-Str./neben Ausfahrt Hochgarage

Bremen-Mitte

ehemalige Straßenbezeichnung: Kaiserstr. 14

geb. 24.12.1930 in Bremen

Alma-Ursel Salomon war die Tochter Leopold Salomons und seiner Frau Ella geb. Löwenstern. Sie lebte mit ihren Eltern in einer 5-Zimmer-Wohnung in der Kaiserstraße 14, nahe der Brill-Kreuzung. In diesem Haus wohnten bis 1935 auch ihre Großeltern Albert und Ida Salomon. Auch ihre Tante Sophie Goldschmidt geb. Salomon wohnte dort mit ihren Kindern Lotte, Herbert und Inge. Inge Goldschmidt war nur zwei Jahre älter als Alma-Ursel.

Im Frühjahr 1937 wurde Alma-Ursel Salomon eingeschult. Sie besuchte – wie ihre Cousine Inge Goldschmidt und wie Miriam Bialystock, die am Brill wohnte, – die Michaelisschule, eine in der Straße Doventorsdeich gelegene Volksschule für Mädchen.

Nach der Pogromnacht wurden am 15.11. 1938 durch „Runderlass des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung“ alle jüdischen Kinder vom Besuch deutscher Schulen ausgeschlossen. Begründet wurde diese Maßnahme mit den Worten: „Nach der ruchlosen Mordtat von Paris kann es keinem deutschen Lehrer und keiner deutschen Lehrerin mehr zugemutet werden, an jüdische Schulkinder Unterricht zu erteilen. Auch versteht es sich von selbst, daß es für deutsche Schüler unerträglich ist, mit Juden in einem Klassenraum zu sitzen.“

Seit Ende 1938 konnte die Israelitische Gemeinde Räume im Hause Kohlhökerstraße 6 als Gemeindezentrum nutzen und richtete dort auch einen Klassenraum für die Religionsschule ein. Mehr als 30 Kinder – darunter Alma-Ursel Salomon – wurden in dieser Schule unterrichtet.

1939 mussten Leopold, Ella und Alma-Ursel Salomon ihre 5-Zimmer-Wohnung in der Kaiserstraße 14 verlassen und in ein „Judenhaus“ in der Keplerstraße 36 ziehen. Dort wurde ihnen ein leeres Zimmer im Souterrain zugewiesen; ihre Wohnungseinrichtung konnten sie nicht mitnehmen.

Am 18.11.1941 wurden Leopold, Ella und Alma-Ursel Salomon zusammen mit 567 anderen Juden aus Norddeutschland von Bremen aus in das Ghetto Minsk deportiert. Von den 442 Juden, die aus Bre-



Abbildung 24: Alma-Ursel Salomon

men stammten, sind nur sechs zurückgekehrt; alle anderen – auch Leopold, Ella und Alma-Ursel Salomon und die anderen deportierten Kinder aus der Religionsschule – wurden ermordet. Sie starben entweder im Winter 1941/42 an Kälte und Hunger oder fielen einer der im Juli 1942 einsetzenden Massenerschießungen zum Opfer.

Alma-Ursel Salomon wurde elf Jahre alt.

Verfasser:

Michael Cochu (2013)

Quelle: <https://www.stolpersteine-bremen.de/detail.php?id=52>

Gruppe 4: Materialien zur Biografie von Hanna Krasnapjorka



Abbildung 25: Hanna Krasnapjorka



Abbildung 26: Ehemalige Häftlinge des Ghettos in Minsk Heinz Rosenberg, Hanna Krasnapjorka und ehemaliger Häftling von Flossenbürg Martin Spanier.

Augenzeugenbericht der Hanna Krasnapjorka

Die Peitsche

Ein muffiger, nasskalter Morgen.

Asja Borobejtschik und mich ergriffen sie während einer Razzia. Der Überfall war wie immer unerwartet, plötzlich. Man warf uns in Autos, fuhr uns weg. Wohin bringt man uns? Werden wir das Licht noch einmal erblicken? Wir drücken uns fest die Hand. Öfters hatten wir uns abgesprochen: Wenn man uns zur Erschließung bringt, lassen wir uns entweder fallen oder laufen weg.

Sie fuhren uns schnell. Luden uns aus, zählten durch. Wir schauen uns um und sehen. Wir sind im Hof des Regierungsgebäudes.

Irgendwann erzählte man, dass der Architekt, nach dessen Entwürfen das Gebäude entworfen worden war, mit ihm nicht zufrieden gewesen war. Seiner Meinung nach war das Haus unschön. Schon früher stimmten wir mit dieser Meinung nicht überein. Aber jetzt schauen wir auf und können uns nicht sattsehen.

Aber plötzlich fällt es uns wieder ein: Jetzt sitzen dort sie, die Bestien. Solche, wie jener Große mit den geröteten Augen. Er steht vor uns, schwenkt wie Peitsche. Dan zeigt er auf Asja und mich und befiehlt irgendetwas. Wir verstehen nichts. Er schreit, schlägt mit der Peitsche nach unseren Beinen. Wir erschrecken uns. Er lacht. Dann zeigt er auf eine Rolle Dachpappe, die auf dem Boden liegt. Wir erraten, dass er uns befiehlt, sie aufzuheben. Aber es gelingt nicht. Der Deutsche schlägt uns auf die Hände. Es entstehen blutige Striche – es schmerzt schrecklich. Was tun? Wie können wir, zwei schwache Mädchen, diese riesige Rolle aufheben?

Ich nehme die verfluchte Rolle vorne und versuche sie auf die Schulter zu hieven. Asja versucht sie hinten hochzuheben. Die Rolle kommt nicht hoch.

Ich höre einen durchdringenden Schrei, mich um – Asja liegt mit blutüberströmtem Gesicht am Boden. Ich werfe mich auf sie. „Zurück!“

Ich renne trotzdem zur Freundin.

„Er hat mich... mit der Peitsche auf den Kopf“

Ich helfe Asja unter der Rolle hervor. Krampe schütteln sie. Sie hebt ihre hellen Augen zu mir hoch. Wir schmiegen uns aneinander. In der Nähe hören wir das Zischen der Peitsche...

Seither erkrankte Asja an Epilepsie. [...]

Lehmann

Mein Rücken, die Hände und der Hals schmerzen, die Beine versagen. Wie viele Schuppkarren mit Steinen, Lehm, Zement habe ich bewegt! Anfangs zählte ich: fünf, zehn, zwanzig. Dann gab ich es auf. Heute haben wir Glück. Seit dem Morgen ruhen uns schon zweimal aus. Das entschied der Chef Otto, der uns kommandiert. Nein, Otto ist nicht aus braunem Blut. Selbst äußerlich ähnelt er ihnen

nicht. Seine Augen sind gut und irgendwie traurig. Er erlaubt immer eine Erholungspause, wenn Lehmann nicht in der Nähe ist, einer der Besitzer der Firma, in der wir arbeiten.

Lehmann geht über die Baustelle, guckt in jede Ecke und schreit laut. Sein durchdringender, kehiger Schrei ist von weit her zu hören. Wir verstecken uns vor ihm. Nie hörte ich eine so eklige Stimme. Sie macht ebenso viel Angst wie der Pfiff der Peitsche, von der sich der Besitzer nie trennt.

Lehmann schlägt mit voller Wucht zu. Er kommt nahe und schlägt zu, wie mit einem Säbel. Gleichsam als ob er ein Spiel mit dem Springseil verschlägt, mit erfolglosem Ausgang – einem Schlag auf die Beine. Und dann lacht er zufrieden. Durch sein Lachen wird einem angst und bange.

Uns erschreckt schon sein Aussehen. Er hat rote Haare, ein rotes Gesicht mit breiter Nase, ausgebleichte Augenbrauen und grüne, giftige Augen. Erschlagend auch sein Schuhwerk: hohe braune Ledergamaschen mit Metallschallen. Ich hasse ihn. Er schlug vor kurzem Mama. Es schien, dass er in diesem Augenblick auch mich schlug. Er schlug und lächelte glücklich.

Zusammen mit der schönen, wohlgestalteten Gita Jefimovna Mackevitsch, einer Ärztin, zog Mama eine Schubkarre. Lehmann machte den Spaß: zwei Ärztinnen in einem Gespann. Er folgt ihnen aufmerksam, in der Hand die Peitsche.

Asja und ich gehen neben Mama und Gita Jefimovna. Ich laufe, Mama zu retten. Ergreife die Peitsche im Flug. Ich fürchte sie schon nicht mehr. Ich weine und schreie mit aller Kraft: „Schlage Mutti nicht! Ist doch ein Mensch!“

Erstaunlich, doch Lehmann hört auf zu schlagen. Er schaut auf Mama, schaut auf mich. Dann wendet er seinen Blick Otto zu. Der schaut ihn vorwurfsvoll an.

Kreischend schreit Lehmann: „Verfluchte Juden!“ Und er geht. [...]

Ingrid

„Renn, sie fangen die Jugendlichen!“ schreit Mama und stoßt mich auf die gegenüberliegende Seite. Ich laufe und sehe, dass auch von dieser Seite eine Reihe grüner Soldatenmäntel näher rückt. Links liegen die Höfe und Häuser der Obuvnaja-Gasse. Rechts – der Drahtzaun des Sonderghettos. Man hört bereits deutsche Kommandos, die Schreie von Menschen. Das war's! Eine Falle! Kein Ausweg!

„Mädchen! Mädchen!“ Plötzlich ist eine Stimme aus der Richtung des Sonderghettos zu hören. Ich drehe mich um und sehe hinter dem Zaun ein Mädchen. „Hier, schneller!“ flüstert sie und macht in die Umzäunung einen Durchgang.

Ich klettere auf das Territorium des Sonderghettos. Ich bleibe dort stehen, als wäre die Gefahr schon vorüber, schaue hinüber, suche Mama mit den Augen. Sie ist nicht zu sehen. „Schneller, schneller, komm ins Haus!“ Das Mädchen zieht mich am Arm und wir rennen ins Haus. Ich komme kaum zu Atem. Ich werfe mich an Fenster, bin besorgt: „Und wenn das wieder ein Pogrom ist?“

„Mutti, Vati, dieses Mädchen ist aus dem Ghetto.“

Unbekannter Menschen starren mich an. Dann fragen sie irgendwas. Ich verstehe nicht. Ich atme oft und abgehackt. Eine Frau reicht mir einen Stuhl, ich lasse mich fallen und schaue mich um. In dem

Moment kommt mir der Gedanke, dass die ehemaligen Bewohner des Hauses ermordet worden sein müssen und dass diese neuen Bewohner erst vor kurzem eingezogen sind. Ein Schrank, eine Kommode, ein Lederdiwan mit hoher Lehne. Solche Möbel waren beinahe in jedem Vorkriegshaus zu finden. Was aber zieht den Blick an? Koffer! Nicht unsere, ausländische. Es sind vier, die nebeneinanderstehen. Und auf dem Tische irgendein erstaunliches Ding. Vielleicht ein Kästchen, vielleicht eine Schatulle mit mosaischen Inschriften. Ich kann den Blick nicht von der Schatulle abwenden. Die Klänge des Türkischen Marsches setzen mich in Erstaunen.

„Mozart... Mozart“, flüstere ich. Die Hausfrau lächelt zurückhaltend. Nun ja! Das sind wohl die Eltern des Mädchens, das mich rettete. Der große, hagere Vater und die kleine schlanke Mutter. Mozart... Die guten Augen der Leute... Eine andere Welt, denke ich, eine ganz andere Welt... Dann fällt mir ein: das sind Überreste einer Vorkriegswelt.

Die zauberhafte Musik verstummt. „Danke, danke“, sage ich und wende mich zu Tür.

„Nein, nein!... Ich sehe nach“, hält mich die Frau zurück. Aber das Mädchen kommt ihm zuvor.

„Ingrid! Ingrid!“ So heißt also meine Retterin. Was für ein schöner Name!

Ingrid kehrt schnell zurück. Ein blasses, erschrockenes Gesicht. Sie erzählt ihren Eltern etwas. Ich lausche und verstehe: hinter der Umgrenzung liegt ein ermordeter Junge.

„Mit Flicken?“ frage ich. (Wenn er mit Flicken war, dann war er aus unserem Ghetto.)

Ingrid nickt bestätigend den Kopf. Ich begreife, dass mein Hiersein für die Hausherren gefährlich ist. Wieder wende ich mich zur Tür. Der Vater des Mädchens hält mich zurück. Ich bemerke was für ein gelbes, gequältes Gesicht er hat. Plötzlich schüttelt er sich vor Husten. Er hält ein Tüchlein an die Lippen – es ist voll Blut.

... Wie lange bin ich hier? Der Hausherr verlässt das Haus. Mir kommt es fast wie eine Ewigkeit vor. Zuletzt kehrt er zurück und sagt, dass ich gehen kann.

„Danke, danke“, flüstere ich und laufe zum Zaun. Ingrid lässt mich durch das Loch kriechen.

Ich gehe zu uns in die Slobodskaja. Die Gedanken verwirren sich: Wie geht es dort Mama und Inna? Haben sie meine Freundinnen Bronja und Lenotschka Goldmann auch nicht erwischt? Wer sind sie, meine Retter aus dem Sonderghetto? Von woher hat man sie verschleppt? Was für eine Krankheit hat Ingrids Vater...? Wahrscheinlich Tuberkulose.

Im Ghetto, so zeigte sich, war keiner meiner Bekannten umgekommen... [...]

Anmerkung von Svetlana Burmistr über Hanna Krasnapjorka

in: Dachauer Hefte. 25. Die Zukunft der Erinnerung. S. 223-224.

Hanna Dawydauna Krasnapjorka wurde am 10. September 1925 in einer jüdischen Familie als Tochter einer Ärztin und eines Chemikers in Minsk geboren. Am 1. Juli 1941 wurde sie von Deutschen auf der Flucht gefangen und zurück nach Minsk geführt, wo sie zusammen mit ihrer jüngeren Schwester Inna, ihrer Mutter und ihrer Großmutter ins Ghetto kam. Der Vater von Hanna Krasnapjorka hatte sich zuvor freiwillig zur Roten Armee gemeldet.

Über ein Jahr kämpfte die Familie Krasnapjorka im Ghetto ums tägliche Überleben – Pogrome, Willkür und Brutalität der deutschen Besatzer, Arbeitseinsatz, Typhusepidemie und Hunger forderten zahlreiche Todesopfer. Während des Pogroms am 20. November 1941 wurde die Familie Krasnapjorka in die Todeskolonne eingeteilt. Der Mutter und den beiden Töchtern gelang die Flucht aus dem Todesmarsch. Die alte und kranke Großmutter konnte jedoch nicht fliehen und wurde erschossen.

Der folgende Bericht gewährt Einblicke in das Leben von Hanna Krasnapjorka im Minsker Ghetto, bis sie schließlich zusammen mit ihrer Schwester und mit ihrer Mutter entkommen und sich den Partisanen anschließen konnte. Neben dem Schicksal ihrer Familie erzählt sie von ihren jüdischen Schicksalsgenossen, vom täglichen Überlebenskampf und vom allgegenwärtigen Sterben.

„Briefe meiner Erinnerung“ gehören nicht nur zu den wenigen Zeugnissen über das Minsker Ghetto und über jüdische Schicksale im Zweiten Weltkrieg, die in der Sowjetunion veröffentlicht wurden. Sie gewähren einen differenzierten Blick auf Themen, die in der sowjetischen Geschichtsschreibung tabuisiert wurden: Neben der Hilfsbereitschaft und Unterstützung durch die belarussische Bevölkerung standen auch Hilfsverweigerungen, es gab aber auch Hilfe und Menschlichkeit sogar von Deutschen: Hanna Krasnapjorka berichtet über Otto Schmidt, Bauingenieur und Chef der Arbeitskolonne, die bei der Firma „Götze-Lehmann“ für Bauarbeiten in Minsk eingesetzt wurde. Während eines Pogroms im Ghetto lies er seine Arbeitskolonne in der Fabrik übernachten. Mehrere Ghettoinsassen, darunter auch Hanna Krasnapjorka, verdankten ihm ihr Leben.

Für einen differenzierten Blick auf die Geschichte und insbesondere für die Verständigung mit Deutschland setzte sich Hanna Krasnapjorka nach dem Krieg in zahlreichen Begegnungen in Deutschland und in Belarus ein: Sie war Mitbegründerin des Arbeitskreises Belarussisch-Deutsche Begegnungen e.V. Der Arbeitskreis setzte nach ihrem Tod im Jahr 2000 zur Erinnerung an Hanna Krasnapjorka, die nach dem Krieg als Journalistin gearbeitet hatte, einen Preis für mutige belarussische Journalisten und Historiker aus.

Quelle: Der Text „Briefe meiner Erinnerung“ wurde in den 1970er-Jahren verfasst. Die Veröffentlichung in Belarussisch erfolgte erst 1984, in Russisch sogar erst im August 1989 in der sowjetischen Zeitschrift „Druzhba narodov“ („Völkerfreundschaft“) mit einem Vorwort von Vasil Bykau.

Gruppe 5: Materialien zur Biografie von Jeanette Schocken

Brief von Jeanette Schocken

13.11.41

Aus meinem letzten Brief habt ihr ersehen, dass wir mit einem Wohnungswechsel gerechnet haben. Dieser ist nun zur Tatsache geworden. Montag den 17. November müssen wir in Bremen sein und Dienstag geht die Reise los. Höchstwahrscheinlich ist Minsk unser Reiseziel. Wir sind hier alle sehr gefasst, nur gibt es noch sehr viel bis dahin zu tun. Edith bewährt sich in dieser Zeit ganz besonders und ist mir eine große Stütze. Ich danke meinem Schöpfer, dass ich sie bei mir habe. Auch bin ich ja mit Familie Erich zusammen. Natürlich erhaltet ihr sobald es uns möglich ist unsere Adresse. Vorläufig ist unsere Auswanderung gestoppt. Sobald es euch möglich ist, ich denke nach Beendigung des Krieges, versucht uns zu Euch zu bekommen.



Abbildung 27: Jeanette und Julius Schocken

Meine lieben, guten Kinder, macht euch nicht allzu große Sorgen um uns. Wir werden in Gedanken doch immer vereint sein, und ich nehme es als Fügung Gottes, dass ihr beide nun ein Heim gegründet habt und dadurch einen schönen Halt aneinander habt. So lasst uns alle auf ein frohes Wiedersehen hoffen.

Auch Familie Erich hatte schon Vorzeigegeld in Montevideo und die Hälfte der Passage. Es würden ihm dann, wenn wieder eine Auswanderungsmöglichkeit besteht nur noch 500 Dollar zur Passage fehlen, die dann doch sicher aufgebracht werden können, nicht wahr?

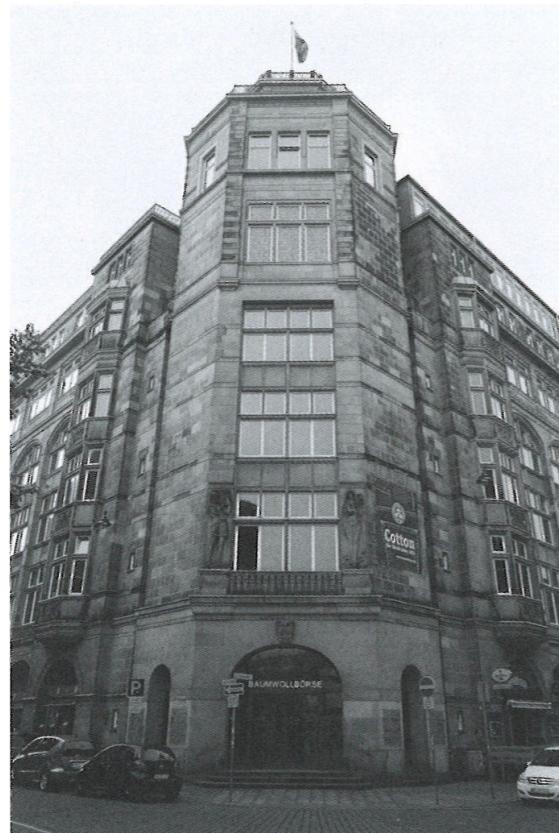
Möge der Allmächtige geben, dass wir alle diese Prüfung gut überstehen. Wir wollen auch unserem Namen Sara (Fürstin) Ehre machen.

Seid Ihr beide, liebe Hilde und lieber Hans, sowie auch Du, liebe Ruth und lieber Heinz, innigst umarmt, begrüßt und geküsst von Eurer Euch innig liebenden Mutter.

Ich befehle uns und Euch in Gottes Hand.

Quelle: Jeanette Schocken an ihre Kinder Heinz und Hilde, 13.11.1941, zit. nach: <https://oberschule-geestemuende.de/wp-content/uploads/2019/07/FLASHLIGHTS-V-gek%C3%BCrzt-f%C3%BCr-Radio-und-Tv.pdf>, S. 4, [11.11.2025].

Folgenseiten 122f: Wir danken dem Verlag Edition Falkenberg für die Unterstützung bei der Veröffentlichung des Artikels zu Jeanette Schocken in: Bremer Frauenmuseum e.V. (Hrsg.): Frauen Geschichte(n). Biografien und FrauenOrte aus Bremen und Bremerhaven, Bremen 2016, ISBN: 9783954940950, S. 390-391.



umwollbörse,
der eine der
sten KITAs un-
gebracht war.
o:
gina Contzen

Dabei überschritt sie die gesellschaftlichen Grenzen ihrer großbürgerlichen Herkunft, indem sie vor Arbeiterinnen in Hastedt sprach und selbst das Kind einer sozial unter ihr stehenden Familie aufnahm. Aus der protestantischen Kirche trat sie 1918 – zusammen mit ihrem Mann – mit der Begründung aus, dass Pastoren den Krieg unterstützt hätten, und nach 1933 ließ sie Äußerungen über Hitler hören, die ihr hätten lebensgefährlich werden können. Von ihrem Mann wurde sie nicht nur moralisch, sondern auch tatkräftig unterstützt. Er arbeitete mehrere Jahre zusammen mit seiner Frau im Vorstand des Mutterschutzbundes und nutzte seinen beruflichen und gesellschaftlichen Einfluss z.B. dazu, im Gebäude der Baumwollbörse einen Raum für die Pflege unehelich geborener Kleinkinder einzurichten.

Romina Schmitter

Publikationen

Tagebuch für ihre jüngste Tochter Lucine-Marie (Familienbesitz).

Literatur und Quellen

Bund für Mutterschutz und Sexualreform, Ortsgruppe Bremen, StAB 4,75/7-VR 110; 3-V.2. Nr. 541; 4,65-II.A.12.b.8.Bd. 5; 4,121-272.

Internationaler Frauenkongress, Bericht-Rapport Report.

Schocken, Jeanette, geb. Pinthus

9.7.1883 in Halle (Saale) –
vermutlich 1942 in Minsk

Die Ehefrau des Kaufhausbesitzers Joseph Schocken kam 1903 nach Bremerhaven. Sie entstammte einer seit 1839 in Halle ansässigen Kaufmannsfamilie. Ihr Vater, Max Isidor Pinthus, war Inhaber eines florierenden, am Marktplatz der Stadt gelegenen Textilkaufhauses, das mit weiteren Kaufhäusern der Familie in anderen Orten in Verbindung stand. Somit ist davon auszugehen, dass Jeanette S. in einem durch Wohlstand und Bildung geprägten Umfeld aufwuchs und dass sie von Kind an auch mit der Geschäftswelt vertraut war.

Das Ehepaar Schocken hatte drei Kinder: Edith (geb. 3.3.1907 in Brhv.), Heinz (geb. 13.7.1910 in Brhv.) und Hilde (geb. 18.2.1918 in Brhv.). Nach dem Tod ihres Ehemanns im November 1934 übernahm Jeanette Sch. gemeinsam mit ihrem Schwiegersohn Dr. Walter Elkeles, verheiratet mit ihrer ältesten Tochter Edith, die Geschäftsleitung der beiden Kaufhäuser in Bremerhaven und Geestemünde. Organisatorisch waren die beiden vermögensrechtlich selbstständigen Häuser mit der Kaufhauskonzernzentrale Schocken in Zwickau verbunden und mussten nach der »Arisierung« des Konzerns im Sommer 1938 an die neue Zentrale verkauft werden.

Jeanette Sch. beteiligte sich aktiv am Leben der israelitischen Gemeinde und setzte sich als Mitglied der jüdischen Kaiser-Friedrich-Loge sowie mehrerer Frauen- und Wohltätigkeitsvereine für die sozialen Belange jüdischer Mitbürger ein.

Nach der Pogromnacht 1938 emigrierten Heinz und Hilde Sch. in die USA. Walter Elkeles flüchtete mit seinen Kindern nach seiner Entlassung aus dem Konzentrationslager Sachsenhausen über England nach Palästina. Jeanette Sch. blieb in Bremerhaven, um die Genesung ihrer psychisch erkrankten Tochter Edith abzuwarten. Als sich ihr Gesundheitszustand 1940 schließlich verbesserte, konnten beide, obwohl sich Jeanette Sch. intensiv darum bemühte, Deutschland nicht mehr verlassen.

Sie lebte bis zu ihrer Deportation in ihrer Villa in der Wurster Str. 106 in Lehe, sie musste

aber andere Juden aus der Region aufnehmen, da ab 1939 im Zuge der antijüdischen Wohnraumpolitik jüdische Mieter zwangsweise in die Häuser jüdischer Besitzer eingewiesen wurden. Zu den Aufgenommen gehörte auch die Familie ihres jüngeren Bruders Erich Pinthus (geb. 2.11.1894), der seit 1925 als Angestellter im Kaufhaus Schocken tätig gewesen war und dem sie ihre besondere Unterstützung angedeihen ließ.

Mit insgesamt 570 jüdischen Frauen, Männern und Kindern aus Bremen und dem Regierungsbezirk Stade wurden Jeanette Sch. und Edith Elkeles wie auch ihr Bruder, dessen Frau und dessen vierjähriger Sohn am 17.11.1941 unter dem Vorwand eines geplanten Arbeitseinsatzes nach Minsk deportiert und sind dort oder an einem anderen Ort ermordet worden.

Nach der Deportation versteigerte ein Auktionator im Auftrage des Finanzamtes Wesermünde öffentlich den noch verbliebenen Hausrat der Familie. Das Privathaus in der Wurster Straße wurde der Kriegsmarine übereignet; es befindet sich seit 1948 im Besitz der Arbeiterwohlfahrt und dient heute unter der Bezeichnung »Villa Schocken« als Altersheim.

Zur Erinnerung an die Verfolgung jüdischer Bürger wurde in Bremerhaven ein Bürgerpreis für Literatur gestiftet, der seit 1991 als »Jeanette-Schocken-Preis« alle zwei Jahre vergeben wird. 2001 wurde eine Straße im Stadtteil Lehe nach Jeanette Schocken benannt.

Katharina Hoffmann

Literatur und Quellen

Bickelmann: Bremerhavener Persönlichkeiten, S. 303 – 304, Erstveröffentlichung.

Ernst, Manfred: »Meine Mutter war eine sehr tapfere Frau ...«. In: 20 Jahre Bremerhavener Bürgerpreis, S. 17 – 58.

Happel, Hans-Eberhard u.a.: Schocken.

Hoffmann, Katharina: Zwischen Opfer- und Täterrolle.. In: Bremerhavener Beiträge zur Stadtgeschichte II, S. 135 – 170, hier S. 137 – 142. Weiher, Uwe: Die Jüdische Gemeinde an der Unterweser, insbes. S. 47, 59 – 61.

20 Jahre Bremerhavener Bürgerpreis für Literatur. Eine Dokumentation.

Stadtarchiv Bremerhaven, Meldekartei Alt-Brhv., Todeserklärung Erich Pinthus.

Stadtarchiv Halle, Auskunft vom 27.2.2002: u.a. Hallesche Zeitung, 17.9.1890.

Schomburg, Anna Rebecka

9.7.1883 in Halle (Saale) –
19.3.1875 – 11.7.1955 in Fulda

Annas Vater Johann Heinrich (1838 – 1916) war Bauernsohn und hatte das Tischlerhandwerk erlernt. 1864 wanderte er aus dem Hannoverschen nach Bremen ein, wurde hier zum Bautechniker und Vermessungsbeamten; ihre Mutter Anna Wischhusen stammte als Kapitänstochter aus Bremen-Grohn.

Anna besuchte die Höhere Mädchenschule, anschließend das Lehrerinnenseminar von A.M. Janson und schloss mit der Lehrbefähigung für die Unter- und Mittelklassen an Höheren Mädchenschulen ab. Nach ersten Unterrichtserfahrungen außerhalb Bremens kehrte sie 1898 als Lehrerin an die Anstalt von Janson zurück. Sie qualifizierte sich weiter, erwarb die Lehrbefähigung auch für die höheren Klassen und legte 1908 die Vorsteherinnenprüfung für höhere Mädchenschulen ab. Zu dieser Zeit befand sie sich in einem unvorhergesehenen Wartestand: Als ihre Kollegin Sara Agnes Heineken im Juni 1907 öffentlich die Versäumnisse des Bremer Staats hinsichtlich des Mädchenschulwesens kritisiert hatte und daraufhin von Janson gekündigt worden war, hatten auch Anna S. und



Jeanette
Schocken.
Foto: StAB

Bericht über die Deportation:

Alle Volljuden in Wesermünde erhielten die Aufforderung, sich am 17. November 1941, morgens 10 Uhr, auf dem Hauptbahnhof Geestemünde einzufinden. Außerdem wurden sie angewiesen, Elektrizität und Gas abzuschalten und die Wohnungsschlüssel beim Hausmeister zu hinterlegen. Alles sollte seine Ordnung haben. So diszipliniert, wie es von ihnen gefordert wurde, verhielten sich die Wesermünder Juden.

Am Vorabend besuchte Frau M.¹ noch verschiedene Familien, mit denen sie befreundet war. Die Koffer standen bereits gepackt im Flur, man sprach ganz normal über die Abreise. Keiner von ihnen ahnte, wohin die Fahrt gehen würde und wie lange sie dauern würde. Einige Frauen waren noch schnell zum Friseur gelaufen, weil man ja nicht wußte, wann man das nächste Mal dazu kommen würde. Die meisten glaubten, es ginge zum Arbeitseinsatz in irgendwelche Arbeitslager. [...]

Bei einer Familie wurde Louise M. zum Abendessen eingeladen. Ein letztes Mal wurde der Tisch festlich gedeckt, mit Kerzen, Kristallgläsern und echtem Silber. Aus dem Keller holte man die besten Vorräte. – Als Frau M. sich verabschiedete, bat man sie auch hier, einige wertvolle Dinge mitzunehmen, damit der SA nicht alles in die Hände fiele. Sie mußte ablehnen, weil sie als „artvergessene Person“ ebenfalls unter Aufsicht stand.

Am nächsten Morgen schickte Louise M. einige ihrer Angestellten mit Handwagen zu den älteren Juden, um ihre Gepäckstücke zum Bahnhof bringen zu lassen. Vor dem Gebäude des Hauptbahnhofs war SA aufmarschiert und kontrollierte die Abfertigung der Juden. Als die Angestellte der Frau M. Anstalten machten, die Koffer zum Zug zu transportieren, verwehrte ihnen SA den Eintritt in das Bahnhofsgebäude. Sie wurden ob ihrer Hilfsbereitschaft sogar noch verhöhnt und bedroht; sollten die Juden ihre schweren Koffer doch selbst tragen, was schleppten sie auch so viel mit! – Frau M. bekam wieder einmal Schwierigkeiten mit der NSDAP-Kreisleitung.

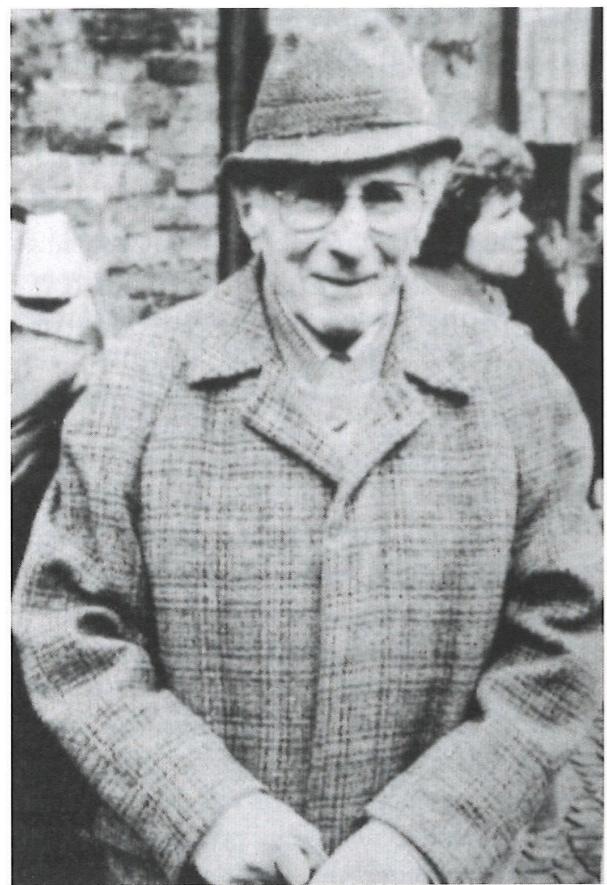
Der Transport ging nach Minsk. Unter den Deportierten befanden sich Margot G. mit ihrer Tochter Ingeborg, die Witwe Jeannette Schocken und ihre Tochter Frau Elkeles.

Niemand kehrte aus Minsk zurück.²

Gruppe 6: Materialien zur Biografie von Martin Spanier

1. Louise Meibergen war wegen ihrer Hochzeit mit Siegmund Meibergen zum Judentum konvertiert und konvertierte nach dessen Tod zurück (wohl auch um die Firma zu retten). Sie selbst war nicht von den Deportationen betroffen. Ihr Sohn Rolf wurde später nach Theresienstadt deportiert und überlebte, zit. nach: Aussage Antje Neumann.

2. Freudenberger, Solveig: Antisemitismus in der Stadt Bremerhaven während der nationalsozialistischen Herrschaft, Göttingen 1967, S. 69-71.



Martin Spanier (ca. 1992). Der Verwender dokumentiert, dass er vergeblich nach der Adresse der Fotografin geforscht hat und verwendet das Foto (Ausschnitt) mit folgender Quellenangabe: Rohdenburg, 2006, S. 90 (Foto: Ingrid Scheffel)

einer Geldstrafe von 3.- RM, ersatzweise einem Tag Haft verurteilt. Er galt somit als vorbestraft.

Ein NS-Boykott seiner Filiale führte trotz Intervention seines Arbeitgebers mit dem Hinweis auf seine militärischen Auszeichnungen schließlich zu seiner Entlassung. Mit Gelegenheitsarbeiten, z. B. als Hausdiener in jüdischen Haushalten u. a. in Hannover, musste er fortan mehr schlecht als recht seinen Lebensunterhalt verdienen.¹³⁶⁴ Vom 3. 6. 1936 bis zum 15. 8. 1937 war er in Hannover, Wallmodenstraße 11, gemeldet. »Unbekannt abgemeldet« steht auf seiner Einwohnermeldekarte.¹³⁶⁵ Nach eigenen Angaben wurde er schon am 5. August 1937 verhaftet.¹³⁶⁶ Er wurde beschuldigt, gegen die §§ 2 und 5 Abs. II des »Gesetzes zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre« vom 15. 9. 1935 verstoßen zu haben. Hauptanklagepunkt war ganz im Sinne des »nationalsozialistischen

1364 Haag, 1991, S. 40 und Rohdenburg, 2006, S. 93.

1365 Es gibt keine Einwohnermeldekarte in Verden von Martin Spanier. Daher sind seine An- und Abmeldungen nicht mehr nachweisbar. Laut Jürgen Siemers (Verden) in einem Gespräch mit dem Autor am 7.3.13 (bestätigt am 15.3.16) habe sein Vater Anfang der 1920er mit Martin Spanier in der zweiten oder dritten Verdenner Mannschaft Fußball gespielt.

1366 »Ausgezeichnet mit dem EK I, EK II und dem Braunschweiger Verdienstkreuz II. Klasse«, Haag, 1991, S. 39.

1367 Heiratsurkunde Nr. 356/1931, StandesA Hildesheim.

1368 StadtA Hildesheim: Adressbuch 1935.

1369 Haag, 1991, S. 40.

1370 Information von Dr. Peter Schulze, Hannover (E-Mail vom 18.1.2009 an den Autor).

1371 NHStA Hannover: Hann. 86 Celle, Acc. 142/90 Nr. 618 (in einem »einbehaltenen« Brief an seinen in Hannover wohnhaften Bruder Hans vom 30.1.1938).

hinaus bis 1920 blieb. Nach eigener Aussage war er nach Ausbruch der Novemberrevolution »im Kampf gegen die KPD« an der Niederschlagung der Rätebewegung im ehemaligen Land Braunschweig beteiligt.¹³⁶⁷

Die friedensvertraglich festgelegte Reduzierung der deutschen Reichswehr auf ein 100.000-Mann-Heer hatte auch die Entlassung Martin Spaniers zur Folge.¹³⁶⁸ Nach dreijährigem Militärdienst, zuletzt im Range eines Unteroffiziers,¹³⁶⁹ versuchte er nun wieder in seinem Beruf als kaufmännischer Angestellter Fuß zu fassen, was sich aber in den wirtschaftlich krisenhaften Zeiten der Weimarer Republik als schwierig erwies, eine große Flexibilität und Mobilität erforderte und mit mehrmaligen Wohnortwechseln, u. a. auch nach Lamspringe (1924-1926), und Zeiten der Arbeitslosigkeit verbunden war.

Seine längste Anstellung erhielt er in Hildesheim von 1929 bis 1935 als Filialleiter eines Zeitschriften Großhandels. Höchstwahrscheinlich lernte er schon in Lamspringe seine erste Ehefrau Marie Spanier, geb. Beckmann (Jg. 1900), kennen. Die standesamtliche Trauung fand am 26. September 1931 in Hildesheim statt. Die Ehe wurde 1934 geschieden.¹³⁷⁰ Im Hildesheimer Adressbuch von 1935 wird Martin Spanier mit der Wohnadresse »Neustädter Markt 18« geführt.¹³⁷¹ Wegen Verstoßes gegen die Gewerbeordnung, in diesem Fall zu frühen Verkaufs von Zeitungen, wurde er vom Amtsgericht Hildesheim am 21.1.1933 zu

Rechts«¹³⁷² »fortgesetzte Rassenschande«. Im Urteil wurde darauf hingewiesen, dass die »Nürnberger Gesetze Staatsgrundgesetze« als »in Gesetzesform verwirklichte Punkte des Parteiprogramms der NSDAP« geworden seien.¹³⁷³ Das hätte der Angeklagte wissen müssen.

Mitangeklagt war die in Hahnenklee wohnhafte Hausgehilfin Käthe Müller (Jg. 1906), die Martin Spanier aufgrund ihrer Heiratsanzeige schon 1935 kennen gelernt hatte und die ihn in der Hauptverhandlung vor dem Landgericht Hannover schwer belastete. Jedenfalls hielten die Richter die Aussagen der streng katholisch erzogenen »Arierin« für glaubwürdig. Die Aussagen wirken manipuliert, wie vorher abgesprochen, wurden evtl. sogar erpresst. Ähnlich lautende Aussagen von einzigen Zeuginnen lassen sich auch in späteren Urteilen in sog. »Rassenschandeprozessen« vor dem Landgericht Hannover nachweisen.¹³⁷⁴ Jahrhundertealte antijüdische Vorurteile wurden bedient. Käthe Müller z. B. führte an, dass sie sich arglistig getäuscht fühle. Sie habe Martin Spaniers Heiratsversprechen ernst genommen. Er habe ihr z. B. gesagt, dass er »religionslos« sei und »früher evangelisch« gewesen sei. Diesbezügliche Beweisanträge eines Verteidigers sind nicht überliefert. Martin Spanier war geständig. Das wurde im Urteil vom 15. 11. 1937 strafmildernd berücksichtigt, ebenso seine Weltkriegsteilnahme. Die Dauer der Untersuchungshaft im Gerichtsgefängnis Hannover wurde angerechnet. Er wurde zu einer Zuchthausstrafe von zwei Jahren und acht Monaten verurteilt. Die Mitangeklagte Käthe Müller wurde zu zwei Monaten Haft verurteilt. Ihre Strafe galt durch Anrechnung der Untersuchungshaft als verbüßt.¹³⁷⁵

Martin Spanier verbüßte die Zuchthausstrafe in Hameln (ab 16.12.1937) und in Celle (ab 20.10.1939). Die Haftbedingungen in Celle waren ungleich härter als die in Hameln.¹³⁷⁶ In Hameln benahm »er sich anständig und [gab] zu Klagen keinen Anlass«. Er durfte Zeitung lesen und Briefe schreiben, u. a. auch um seine Auswanderung über den »Hilfsverein deutscher Juden« in Hannover zu betreiben. Er musste nachweislich für die Papierverarbeitungswerke Ernst. C. Behrens in Alfeld Tüten kleben, war aber auch »kommando- und moorfähig«, d. h. »zur Außenarbeit geeignet«. Schon zwölf Tage nach seiner Überstellung nach Celle wurde er in das Außenarbeitslager Mulfshorn (heute Ortsteil der Stadt Rotenburg/Wümme) abkommandiert, wo er den Rest seiner Strafe als körperlich Schwerstarbeit verrichtender Torfstecher verbüßen musste. Er war nur ca. 1,65 m groß und ca. 65 kg schwer.¹³⁷⁷ Und sie zogen »mit dem Spaten ins Moor, ins Moor«.¹³⁷⁸

»Ich hoffe, dass ich nun mit meinen 40 Lebensjahren das Leichte und Gutmütige von mir werfen kann und viel ernster werde«, bekannte er selbstkritisch in einem »einbehaltenen« Brief an seine Schwester Hildegard vom 5.3.1939,¹³⁷⁹ in dem er seine Entlassung am 4. April 1940 ankündigte. Es war offensichtlich ein hochbrisanter Brief. Martin Spaniers politisches Bekenntnis zum deutschen National-Konservativismus und gegen den Zionismus passte nicht zur antisemitischen Agitation der Staatspartei. Er litt an dem Verlust des Deutschen, für das er gekämpft hatte. Nun drohte ihm das Konzentrationslager.

Nicht zuletzt deshalb signalisierte er Kompromissbereitschaft, um ein seit Jahren schwelendes, nicht näher bestimmmbares, ihn aber offensichtlich belastendes »Zerwürfnis« mit seinen Geschwistern

1372 Bundesminister der Justiz, 1989, S. 110: »Das nationalsozialistische Recht hat der Verwirklichung der nationalsozialistischen Weltanschauung zu dienen. Ziel dieser Weltanschauung und damit Zweck des Rechts ist Reinhaltung, Erhaltung, Schutz und Förderung des deutschen Volkes.«

1373 NHStA Hannover: Hann. 86 Celle, Acc. 142/90 Nr. 618, NHStA Hannover.

1374 Gelderblom, 2010, S. 6 ff.

1375 NHStA Hannover: Hann. 86 Celle, Acc. 142/90 Nr. 618.

1376 Gelderblom, 2010, S. 2, führt das darauf zurück, dass die Strafanstalt Hameln erst 1935 in ein Zuchthaus umgewandelt worden ist. Die Behandlung der Gefangenen sei sehr von den Aufsehern abhängig gewesen. Der Aufseher Dörries z. B. beschuldigte Martin Spanier, laut und frech geworden zu sein. Er wolle sich mit allen möglichen Tricks einer Bestrafung (z. B. Nachtarrest) entziehen.

1377 NHStA Hannover: Hann. 86 Celle, Acc. 142/90 Nr. 618 (unterschiedliche Angaben in ärztlichen Befunden mit »Rassenzuordnung«).

1378 In Anlehnung an das »Lied der Moorsoldaten« (Lagerlied von Börgermoor, 1933).

1379 Nochmals am 12.3.1939 lt. Zuchthausakte. Seine Schwester war inzwischen verheiratet mit Georg Aronstein. Sie wohnte in Wuppertal-Elberfeld. Hildegard und Georg Aronstein waren vom 22.11.-12.12.1939 in Verden (Zweitwohnsitz) gemeldet (StadtA Verden: Alte Meldekartei).

zu beenden. Dazu schaltete er sogar einen Vermittler namens Kurt Cohen ein, »denn auch sie [müssten] nachgeben«. Er wollte nach Verden in sein Elternhaus zurückkehren. »Frieda Spanier führt seit 20 Jahren den Haushalt und versteht sich mit allen gut«, heißt es in einem ebenfalls einbehaltenden Brief an Kurt Cohen am 10.3.1939. Im Brief an seine Schwester nannte er sie »Mutter«.

Mit 27,22 RM inklusive Arbeitsverdienst von 16,44 RM in der Tasche wurde er zunächst nach Hannover entlassen. Von nun an stand er unter ständiger Überwachung insbesondere der Gestapo. Aus einem Nachrichtenaustausch der beteiligten polizeilichen Dienststellen geht hervor, dass sich Martin Spanier schon am 6.4.1940 in Verden aufhielt. Er musste sich regelmäßig in der Gestapo-Dienststelle Herrlichkeit 4 melden, wurde zwangsverpflichtet und musste »mit Hacke und Schippe« für 0,63 RM die Stunde bei der Norddeutschen Zementindustrie in der Nassen Straße bis zum 12.11.1941 arbeiten.¹³⁸⁰ Sein Name steht nicht nur auf einer Liste vom 31.3.1941 der »Fahrräder«, die von der SA-Standarte 14 den hiesigen Juden abgenommen wurden, ganz oben, sondern auch auf der Deportationsliste vom 17.11.1941.¹³⁸¹

Als Einziger von der Liste der Todgeweihten überlebte Martin Spanier nicht nur die »Hölle von Minsk«. Als Zeuge im Gerichtsverfahren 1949 gegen den Ghettokommandanten Adolf Rübe, den »Henker von Minsk«,¹³⁸² berichtete er über das, was in Worten kaum fassbar ist, was Täter bar jeglicher innerer und äußerer Kontrollinstanzen den ihnen ausgelieferten Opfern antun können. »Man hatte kleine Kinder genommen und mit dem Kopf gegen eine Wand geschlagen.« Er erinnerte sich auch an die Ermordung von Kranken, deren Leichen er, da er zunächst zu Arbeiten innerhalb des Lagers verpflichtet worden war, beerdigen sollte. Er »erfuhr [...], dass diese Toten von Rübe und einigen anderen SS-Leuten [...] erschossen worden waren. Alle Toten hatten Genickschüsse.« Noch gehfähige Kranke seien mit dem Gaswagen abtransportiert worden. Im Juni 1942 meldete er sich zu Außenarbeiten. Er wurde der »Organisation Todt«¹³⁸³ zugeteilt und zu Straßenbauarbeiten und zu Arbeiten in einer Teer- und Dachpappenfabrik abkommandiert. Er war außerhalb des Lagers zunächst in einer Kaserne und später im Arbeitslager Minsk inhaftiert. Von den Massenexekutionen Ende Juli 1942 in Maly Trostinez bei Minsk habe er »verlässlich« erst später erfahren. Bis zum September 1943 wurde er noch beim Bunkerbau in Minsk eingesetzt, ehe er zusammen mit ca. 2000 dem NS-Mordprogramm »Vernichtung durch Arbeit« ausgesetzten Mithäftlingen in Viehwaggons von Lager zu Lager in Polen (Budzyn, Rzeszow, Wieliska), schließlich nach Krakau-Plaszow deportiert wurde.¹³⁸⁴

»Hier mussten wir Leichen ausgraben. Tag und Nacht arbeiteten wir sieben Wochen lang, ohne Schutzvorrichtung. Es wurde nach Goldzähnen gesucht. Die Leichen warf man auf kleine Panjewagen, die auf eine Freiluftbühne gezogen wurden. Dort wurden die Leichen verbrannt. Es war

Abbildung rechte Seite: Brief Martin Spaniers vom 5. März 1939 an seine Schwester

1380 Haag, 1991, S. 40 und Rohdenburg, 2006, S. 93.

1381 Schröter / Woock, 2009, S. 95 und 100.

1382 Schlagzeile der Badischen Illustrierten vom 7.1.1950. Rübe, dem in zwei Gutachten a) eine schizoide und b) eine sexual-pathologisch-sadistische Persönlichkeitsstruktur bescheinigt wurde, wurde zu lebenslanger Haft verurteilt, aber schon 1962 aus dem Gefängnis Bruchsal entlassen. Er starb 1974 in Karlsruhe (https://de.wikipedia.org/wiki/Adolf_Rübe). Martin Spanier wurde außerdem noch im Prozess gegen den ehemaligen Befehlshaber der Sipo und des SD in Weißruthenien Erich Ehrlinger (1910-2004) als Zeuge befragt. Der Prozess begann 1961. 1969 wurde das Verfahren gegen den der Beihilfe zum gemeinschaftlichen Mord überführten Erich Ehrlinger wegen Verhandlungsunfähigkeit eingestellt. Das Verfahren gegen Ehrlinger kann als exemplarisch für den Umgang der bundesdeutschen Nachkriegsjustiz mit NS-Tätern angesehen werden. Die Netzwerke funktionierten noch. Siehe dazu auch DER SPIEGEL, Nr. 42/1962.

1383 Die nach ihrem Gründer NS-Reichsminister für Bewaffnung und Munition Fritz Todt (1940-42) benannte und mit »O.T.« abgekürzte Bauorganisation war u.a. in den besetzten Gebieten zuständig für »kriegswichtige« Bauvorhaben.

1384 Unterschiedliche Zahlenangaben. Am 10.9.1943 wurden 2000 jüdische Häftlinge (nach Gutman, 1998, S. 951) aus dem Ghetto Minsk in das Zwangsarbeiterlager Budzyn bei Lublin abtransportiert. Ab Februar 1944 war es ein Nebenlager des Vernichtungslagers Majdanek. Im Mai 1944 erreichte die Rote Armee den Distrikt Lublin. Die Gefangenen wurden über das Zwangsarbeiterlager im ehemaligen Ghetto Rzeszow (Vorkarpaten) nach Wieliska bei Krakau gebracht. Es war ein Außenlager des Konzentrationslagers Krakau-Plaszow. Wie schon in Budzyn wurden die Häftlinge bei den Heinkel Flugzeugwerken als Zwangarbeiter eingesetzt.

Meine liebe Schwester!*

Was lange dauert, wird endlich gut; sagt ein altes Sprichwort; doch um dich und die Lieben daheim nicht länger im Unklaren zu lassen, teile ich dir mit, dass ich mich in Hameln befinde und am 4. April 1940 entlassen werde. Du wirst mir jetzt gewiss zum Vorwurf machen, warum jetzt erst oder besser gesagt: Aus tiefer Not schrei ich zu dir -; doch soll dieses nicht der Fall sein. Gewiss hätte ich schon viel eher mal etwas von mir hören lassen müssen, doch ich nehme bestimmt an, dass du es auch erfahren hast, doch unterließ ich es in der ersten Zeit, um euch nicht in Kümmernis zu versetzen. Heute aber, wo die Jüdische Frage vor ein Exempel gestellt wird, muss man doch die Gewissheit haben, was geschehen soll, und so darf eben eine familiäre Zerrissenheit unter uns Geschwistern nicht eintreten. Das Leid ist groß, welches wir Kinder miterleben müssen, was haben wir nicht schon alle mit durchgemacht, um als ehrliche Menschen durchs Leben zu gehen, und werden nun mit in dieses Chaos hineingezogen, welches über uns deutsche Juden hereingebrochen ist, nämlich die Auswanderung und - um alles im Stich zu lassen, das Elternhaus, die nähere Heimat, unser liebes Deutsches Vaterland, wo wir für gekämpft und geblutet haben und zu denen auch ich als einziger der Familie gehörte, um als Schwerverwundeter die Heimat wieder zu sehen. Erst dieses Ungewisse - Vermisst und dann nachher als schwerverwundet in der Zeitung zu stehen. Es will mir nicht in mein Gehirn, dass ich für Menschen die Heimat verlassen muss, die nie Deutschland kannten und, während unser liebes deutsches Vaterland zermürbt am Boden lag, sich wie die Pest über Deutschland verbreiteten, um Wucher und Schwarzhandel zu betreiben, und die jetzt dazu übergehen, im Auslande Hetze und Boykott gegen Deutschland zu treiben, ja sogar sich zu feigen Morden hinreißen zu lassen, nachdem sie sich rechtzeitig ins Ausland geflüchtet hatten. Wie oft habe ich diese Leute aus Deutschland verwünscht und bin im R.J.F.Bund gegen sie angegangen, aber stets mit negativem Ergebnis. Die herrliche System-Regierung hat diese Leute noch unterstützt, denken wir nur an Barmat, an die Lumpen Gebr. Sklarek (Kutisker) etc., ** die sich noch nach dem Kriege in Deutschland niederließen, um hier den schmutzigsten Handel zu treiben, ja Deutschland in ein noch größeres Elend hineinjagen und sich die Inflationszeit wohlgefallen ließen, während wir deutsche Juden und besonders wir kleine Mittelständler arm dastanden und alles verloren hatten; ich mag nicht zurückdenken, als ich (gebettelt) und gehamstert habe, nur um für meine Eltern und für mich zu sorgen. Unser Namen ist beliebt in ganz Verden und Umgebung und unser lieber verstorbener Vater war ein ehrlicher, man kann wohl sagen zu ehrlich, Handwerker und Geschäftsmann, der sich im Kreise Verden der größten Beliebtheit erfreute. Stets war ich ein Gegner des Zionismus und des Ausländerstums und bin bis zum heutigen Tage ein national und militaristisch gesonnener Mann geblieben. Genau so wie unser Hans, der ja konservativ bis auf die Knochen ist und auch den Nationalverband deutscher Juden angehört. Die Fahne, mit der ich hinauszog, dieselbe habe ich bis zum heutigen Tage nicht verlassen, da uns die Hakenkreuzfahne verboten ist. Für mich gab es keine 1918 Revolutionsfahne, obgleich ich seinerzeit zur damaligen Reichswehr überschwenkte und leider die Kokarde tragen musste, doch die nationale Flagge trug ich im Herzen weiter und so habe ich mich auch gleich gegen die radikalen Elemente Deutschlands gestellt, die es glaubten, nachdem es 4½ Jahre geblutet, auch noch das Letzte rauszuholen zu wollen, ich habe diese Position in Braunschweig kennen gelernt. Doch was nützt dieses Alles, auf Einzelheiten wird nicht eingegangen und würde zu weit führen. Nun liebe Hildegard schätze ich dich in Verden bei der I. Mutter und auch wohl Hans. Ich möchte dich nun bitten, mir doch mal die genaue Adresse von dem Hilfskomitee über die Auswanderung, Ortsgruppe Hannover mitzuteilen, damit ich jetzt schon hinschreiben und die Sache in Angriff nehmen kann, denn sollte ich bis zu meiner Entlassung kein Visum haben, muss ich mich mit Konzentrationslager gefasst machen, letzteres ist uns durch den hiesigen Polizeidezernenten der Anstalt zugesichert worden. Was habt ihr vor, Hans und du und Mutter? Vielleicht wäre von Euch schon jemand draußen in fernen Landen und (ich) hätte Hoffnung bis zu meiner Entlassung Visum nach dort zu erhalten, wo Ihr Euch befindet. Meine Garderobe steht in Hannover im Gefängnis bei der Gefangen-Fürsorge und ist gut untergebracht, doch sollte mich wirklich das Schicksal treffen, dass ich ins Lager käme, dann müsste Letztere geholt werden. Hoffentlich geht es dir und den Lieben daheim recht wohl d.h. gesundheitlich und habt noch etwas zu essen, mir persönlich geht es ganz gut und ist die Behandlung und auch das Essen gut ohne dabei zu heucheln. Ich hoffe, dass ich nun mit meinem 40. Lebensjahr das Leichte und Gutmütige von mir werfen kann und viel ernster werde wie bisher. Für heute empfange Du sowie die Lieben daheim die herzlichsten Grüße

von Deinem dich I. Bruder
Schreib bald mal wieder.

* Übertragung aus der Sütterlinschrift mit dankenswerter Unterstützung von Herrn Jürgen Siemers (mit geringfügigen Eingriffen in die Zeichensetzung und nicht eindeutig lesbaren Wörtern in Klammern)

** Bei dem Barmat-Kutisker-Skandal handelt es sich um eigentlich zwei getrennte Bestechungs- bzw. Betrugsprozesse aus den Jahren 1924 bis 1928 bzw. 1927. Iwan Baruch Kutiser (Name im Original unleserlich) wurde zu fünf Jahren Zuchthaus und die Brüder Julius (Judko) und Henry (Herschel) Barmat zu mehrmonatigen Gefängnisstrafen verurteilt. Sie waren sog. Ostjuden.

Der insbesondere von der NS-Propaganda im Berliner Kommunalwahlkampf 1929 funktionalisierte sog. Sklarek-Skandal bezieht sich auf den Korruptionsprozess von 1929 bis 1932 gegen die Brüder Max, Leo und Willi Sklarek wegen gefälschter Rechnungen für die Stadt Berlin. Der Schaden soll mehr als 10 Millionen RM betragen haben. Sie wurde zu je vier Jahren Zuchthaus verurteilt.

ein fürchterlicher Gestank. Man machte das wohl alles, damit die näherrückenden Russen keine Beweise vorfinden konnten.«¹³⁸⁵

Das war aber noch nicht das Ende seines Martyriums. Die nächste Station war Mitte Oktober 1944 das Lager Zschachwitz bei Dresden, wo er in einem Werk der Mühlenbau und Industrie AG (MIAG) eingesetzt wurde. Die Front rückte näher, und es ging weiter nach Leitmeritz (tschechisch: Litomerice) im 1938 annexierten Sudetenland. Völlig entkräftet mussten sich dann die Häftlinge zu Fuß ins ca. fünf Kilometer entfernte Ghetto Theresienstadt aufmachen. Dort erlebte Martin Spanier Anfang Mai 1945 die Befreiung durch die Rote Armee,¹³⁸⁶ die er wie folgt schilderte: »Auf einmal kam eine mit MP und Handgranaten ausgerüstete sowjetische Patrouille [...] um die Ecke. Der Feldwebel sprach mich auf russisch an. Ich sagte auf deutsch: ›Ich bin ein deutscher Jude, ich kann Sie nicht verstehen!‹ Da sprach mich der Soldat auf jiddisch an, es war ein jüdischer Russe.« Ange- sichts der katastrophalen hygienischen Verhältnisse brachen Seuchen aus. Martin Spanier erkrankte an blutiger Ruhr. Es wurde eine Quarantäne verhängt, sodass die Repatriierungen erst nach deren Aufhebung am 28. Mai 1945 beginnen konnten.

Martin Spanier traf am 4.8.1945 nach über sieben Jahren als Arbeitssklave¹³⁸⁷ und »durch die lange Inhaftierung [im] Gesundheitszustand beeinträchtigt« wieder in seiner Geburtsstadt Verden ein. Er wohnte in der Brückstraße 1 zur Miete, da sein »Grundstück noch nicht freigegeben« sei und er das »beschlagnahmte Vermögen noch nicht erhalten« habe.¹³⁸⁸ Er bekam eine monatliche Unter- stützung von ca. 80,- RM. 1947 erhielt er eine Anstellung bei der Stadtverwaltung Verden, bei der er bis zum Eintritt in den Ruhestand 1965 beschäftigt war. Auch nach Rückgabe seines Eigentums – er war der einzige überlebende Erbe – zog er nicht wieder in das schon baufällige Haus in der Prediger- straße ein. Er verkaufte es.¹³⁸⁹ Am 8. März 1952, dem Tage seiner Eheschließung mit der in Bremen wohnhaften Käthe Amelung, geb. Faeske (*15.3.1912 in Salzwedel), war er noch in der Brückstraße gemeldet. Einer der beiden Trauzeugen war Leopold Rothschild. Am 4. April 1952 meldete sich Martin Spanier in Bremen an. Das Ehepaar Spanier wohnte zuletzt in der Ellhornstraße.¹³⁹⁰ Käthe Spanier verstarb am 11.11.1983.¹³⁹¹

Martin Spanier blieb seiner Heimatstadt auch nach seiner Verabschiedung in den Ruhestand weiterhin verbunden, besonders an Markttagen noch in den 1970/80er Jahren. Dann habe er manch- mal seine ehemaligen und nachfolgenden Kollegen im Meldeamt besucht. Martin Spanier »war ein sehr humorvoller und an allen Menschen interessanter Mann«.¹³⁹² 1989 nahm er noch auf Einladung der Stadt am ersten Treffen ehemaliger jüdischer Bürgerinnen und Bürger in Verden teil.¹³⁹³ Bis zu sei- nem Tode im hohen Alter von 98 Jahren am 24.7.1998 wohnte er in Bremen, seit 1997 in einem Altenheim.¹³⁹⁴ Vergeben konnte er, aber nicht vergessen!

Keine andere jüdische Familie war so eng mit der Geschichte Verdens im 19. und 20. Jahrhun- dert verbunden wie die Familie Spanier.

1385 Rohdenburg, 2006, S. 95.

1386 Gutman, 1998, S. 1406. Am 3.5.1945 wurde das Ghetto von der SS, die das Lager dann fluchtartig verließ, an einen Vertreter des Roten Kreuzes übergeben. Der Tag der Befreiung war der 8.5.1945, der Tag der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht. Martin Spanier nannte in den Zeitzeugengesprächen (s. Fußnote 1320) andere Daten.

1387 Einschließlich seiner Zwangsverpflichtung in Verden 1940/41.

1388 KreisA Verden: Abt. 18 (Lastenausgleichsamt) vorläufige Signatur 55,50 (Wiedergutmachung, Rückerstattung).

1389 Das Haus ist 1957 abgerissen worden. StadtA Verden: Aktenabgabeverzeichnis 1998, Bauaufsicht Lfd. Nr. 78, Ak- tenzeichen 11, Aktentitel: Schanze 11 (2 Akten), Abbruch 1957-78.

1390 StaB Bremen: 4,82/1-4/402.

1391 StandesA Verden: Heiratsurkunde Nr. 22/1952.

1392 Schriftliche Mitteilung von Frau Wellmann (Bauamt Verden) vom 14.5.2013.

1393 Stadt Verden/Aller: Dokumentation über den Besuch der ehemaligen jüdischen Bürgerinnen und Bürger in Verden vom 6.-13.9.1989.

1394 VN vom 25.9.1998.

Literaturverzeichnis:

Siehe Literaturverzeichnis für den Beitrag desselben Autors »Jüdisches Leben in Verden« in diesem Band.

Curt Parker vormals Kurt Anspacher

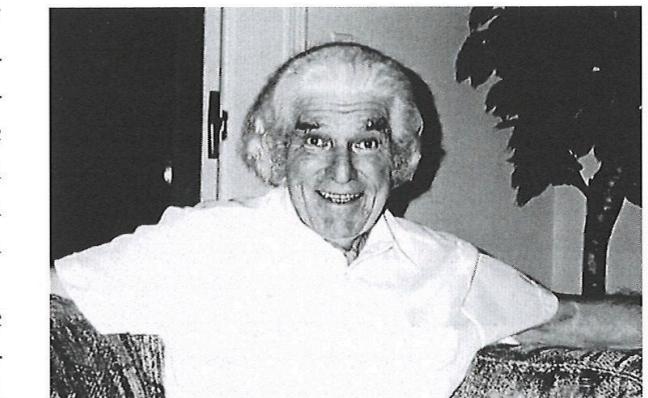
ANDREAS VOSS

Curt Parker wurde als Kurt Anspacher am 1.5.1925 in Achim geboren. Nur zwei Wochen nach der Geburt starb der Zwillingsbruder Heinz. Neben den Großeltern lebten in den zwanziger Jahren auch zwei Brüder des Vaters mit ihren Familien in Achim. So wuchs Kurt als Einzelkind in einer Großfamilie auf. Vater Albert war, wie Vater und Brüder auch, Viehhändler. Die Geschäfte liefen gut.¹³⁹⁵ Nach 1933 sollte diese heile Welt zunehmend zerstört werden.

1934 wurde sein Onkel wegen übler Nachrede zur Verantwortung gezogen, weil er Gerüchte über einen SA-Mann in Umlauf gebracht habe.¹³⁹⁶ Während der Bar Mitzwa-Feier des zehnjährigen Jungen im Mai 1935 wurden die Scheiben der Achimer Synagoge eingeworfen.¹³⁹⁷ Im Dezember 1937 wurde Albert und Paul Anspacher die Genehmigung zum Viehhandel unter dem Vorwand entzogen, dass die Betriebe nicht die Gewähr für eine ordnungsgemäße Buchführung böten. Der von den Brüdern vorgebrachte Einspruch wurde im Juli 1938 endgültig abgelehnt, sodass von da an ein Berufsverbot bestand.¹³⁹⁸

In der Reichspogromnacht drangen SA-Leute in das Wohnhaus seiner Familie ein, alle Familienmitglieder wurden aus dem Haus gezerrt und einiger Hausrat beschlagnahm.¹³⁹⁹ Die männlichen Familienmitglieder wurden in Arrest genommen, die Erwachsenen am darauffolgenden Tag ins Konzentrationslager Sachsenhausen verbracht. Seitdem war es Kurt grundsätzlich untersagt, die Schule zu besuchen. Schon vorher hatte er nicht mehr am Sport-, Kunst- und Fremdsprachenunterricht teilnehmen dürfen.¹⁴⁰⁰

Es folgten drei Jahre der weitestgehenden Isolation, in denen alle drei Anspacher-Familien erfolglos ihre Auswanderung vorbereiteten. Vermutlich am 17.11.1941 wurden sie und mit ihnen Kurt nach Bremen verbracht, um von dort einen Tag später, zusammen mit der Mehrheit aller bis dahin in Bremen und dem Regierungsbezirk Stade wohnenden Juden, nach Minsk deportiert zu werden. In der heutigen weißrussischen Hauptstadt wartete damals ein Ghetto, das in einem mit Stacheldraht abgetrennten Teil der Altstadt eingerichtet worden war.¹⁴⁰¹ Die Lebensbedingungen waren katastrophal:



Curt Parker, 1994 (Foto: PA Franziska Veit)

1395 Vgl. Voß, Andreas: Die jüdische Gemeinde in Achim. 1742-1942, Achim 2004, S. 40 f.

1396 Vgl. AKB vom 24.11.1934.

1397 Vgl. Curt Parker, 6.11.1995, Interview für USC Shoah Foundation's Visual History Archive.

1398 Vgl. KreisA Verden, 5-27 d.

1399 Vgl. AKB vom 10.11.1938.

1400 Vgl. Curt Parker, 27.05.1994, Interview mit Franziska Veit.

1401 Vgl. Rosenberg, Heinz: Jahre des Schreckens, Göttingen 1993, S. 18 ff.

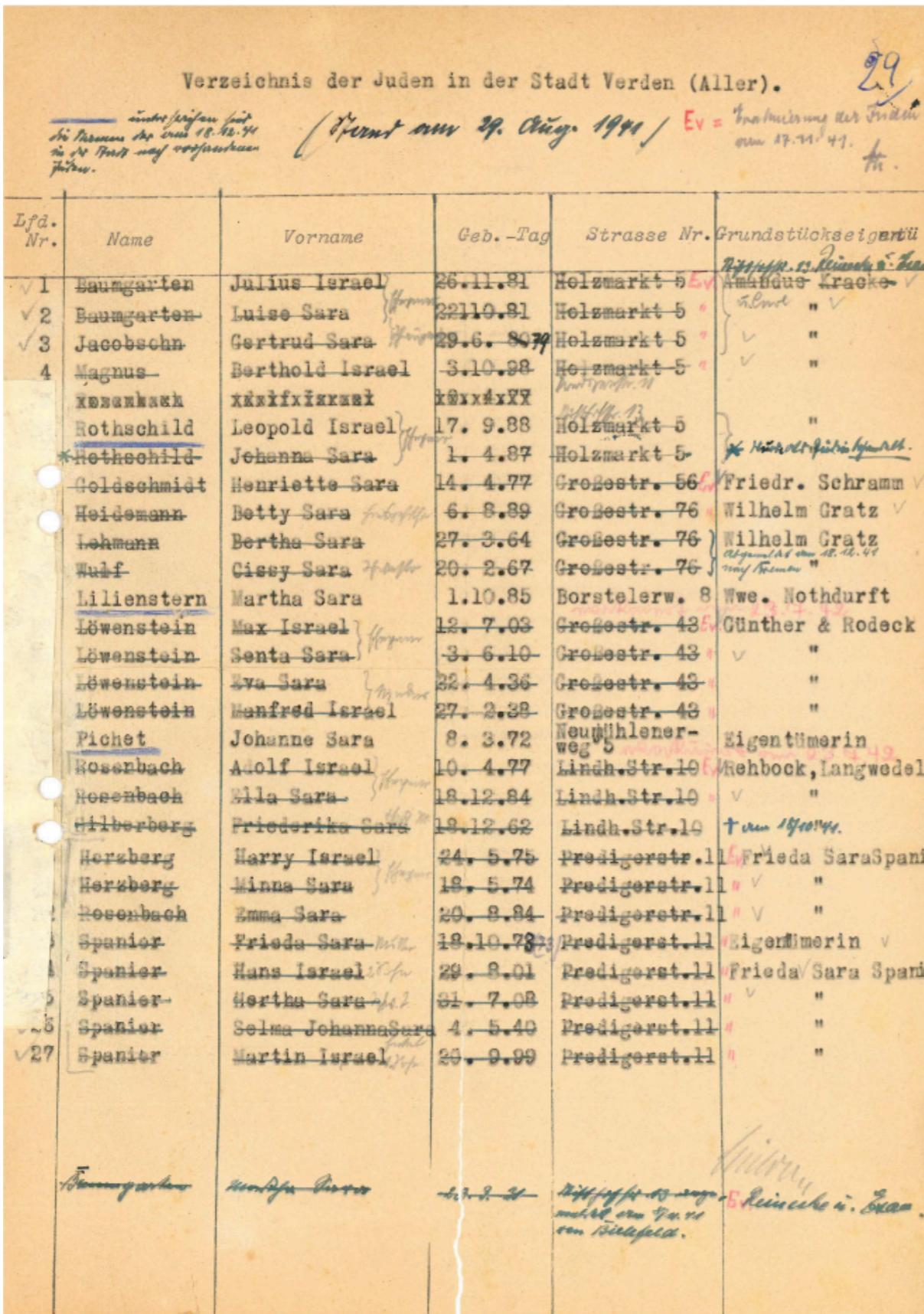


Abbildung 28: Namensliste der Deportierten aus Verden. Handschriftlich vermerkt: „Unterschrieben für die Namen der vom 18.12.41 in der Stadt noch vorhandenen Juden“ / „Stand am 29. Aug. 1941“ / „Ev = Evakuierung der Juden am 17.11.41.“

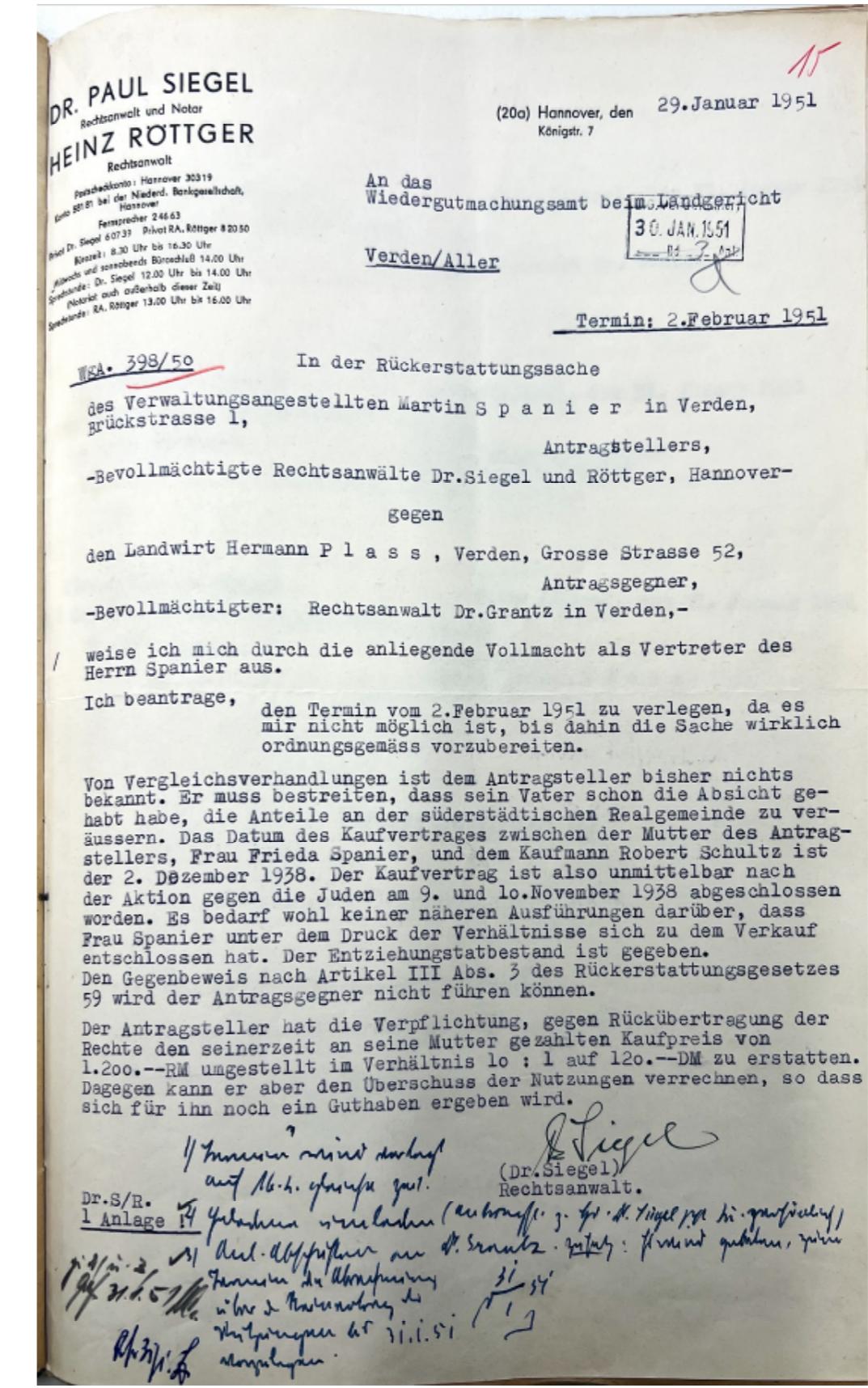


Abbildung 29: Auszug einer Akte aus dem Rückerstattungsverfahren von Martin Spanier 1951



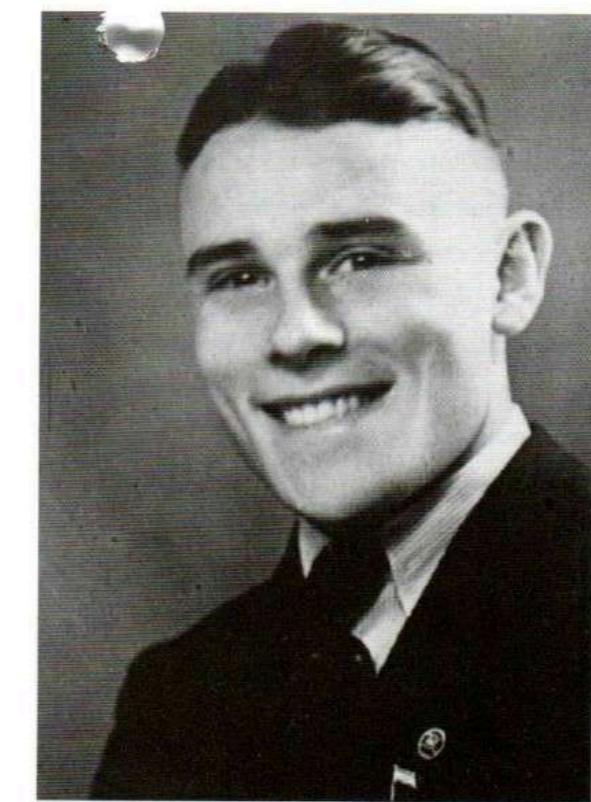
Abbildung 30: Mahnmal für die jüdischen Opfer aus Verden

Gruppe 7: Materialien zur Biografie von Heinrich Schauwacker

**Lagerkommandant Heinrich Schauwacker
Eine Bremer Karriere: Vom Schläger zum Massenmörder**

Am 19. März 1945 schrieb Heinrich Schauwacker aus der Untersuchungshaft in Bremen einen Brief an Reichsminister Joseph Goebbels. Er schrieb ihn also etwa einen Monat, bevor die alliierten Streitkräfte Bremen erreichten. Grund für das Schreiben war seine Inhaftierung durch die Bremer Gestapo. Schauwacker war seit Ende Dezember 1944 Leiter des Bremer Arbeitserziehungslagers gewesen. Nach seinem Dienstantritt stieg dort die Zahl der Todesfälle und der »auf der Flucht« Erschossenen so rapide an, dass sich der ortsansässige Arzt, der schon seit einigen Jahren für das Arbeitserziehungslager zuständig war, genötigt sah, bei der Bremer Gestapoleitung zu protestieren. Diese empfand das von Schauwacker eingeführte Regime als nicht mehr tragbar, setzte ihn als Leiter des Arbeitserziehungslagers ab und inhaftierte ihn vorerst.

Als überzeugter Nationalsozialist war Schauwacker sich keines Vergehens bewusst und bat nun Reichsminister Goebbels um Hilfe. Im Brief



heißt es eingangs: »Entschuldigen Sie bitte, wenn ich mich in dieser schweren Zeit mit einer privaten Angelegenheit an Sie wende mit der drin-

genden Bitte, mir Beistand und Hilfe schenken zu wollen.«³⁰¹ Anschließend berichtete Schauwacker von seinem langen Lebenslauf als Nationalsozialist, in dessen Verlauf er Goebbels bereits in den 1920er Jahren in Bremen Geleitschutz gegeben haben will.

Den größten Raum widmete er jedoch der Darstellung seiner Taten bei der Einsatzgruppe B in der besetzten Sowjetunion: »Mit der Absetzung vom Gegner kam ich kurz nach Minsk und habe hier in zwei Tagen auf dem Gut der Sipo und des SD in Klein Trostinez über 3600 Männer, Frauen und Kinder in einer Scheune erschossen müssen. Diese Anzahl Menschen stammte aus den gesamten Gefängnissen und Lägern von Minsk und wurden sämtlich durch Sturmscharführer Walter Otte und mich erschossen.«

Bei der Tat handelte es sich um eine besonders brutale und in Weißrussland weithin bekannte Mordaktion. Heute steht auf dem ehemaligen Gut des SD in Trostinez eine Gedenkstätte. Den Hergang der Tat beschrieb der Journalist Paul Kohl nach dem Bericht einer Augenzeugin: »In der Scheune des Gutes am See, in der zuvor alle Habseligkeiten gestapelt waren, die man den Menschen vor der Erschießung abnahm, sollten die Gefangenen vor allem aus dem Minsker Schirokaja-Lager erschossen und mitsamt der Scheune verbrannt werden. Auf Lkws, oft mit Anhänger, wurden diese Menschen nun hastig zu dieser Scheune gebracht, und dann geschah vom 28. bis 30. Juni 1944 folgendes: Die Opfer mussten sich auf eine Schicht Baumstämme stellen, wurden von MPs niedergemäht, auf diese Schicht Leichen wieder eine Schicht Baumstämme, darauf wieder mussten die Neuankommenden steigen,

wurden niedergemäht. So ging das weiter, bis die letzten das Dach erreichten. 6500 Leichen waren am Ende in dieser Scheune gestapelt. Neben der Scheune wurden auf diese Weise weitere Scheiterhaufen aufgeschichtet, und dann zündete man diese drei Stapel mitsamt der Scheune an. Drei Tage bevor die Rote Armee Minsk befreite. Als die sowjetischen Truppen nach Trostinez kamen, brannten noch die Leichenberge.«³⁰²

Wer war nun dieser Mensch, der meinte, Goebbels von seinen Taten berichten zu müssen? Johann Heinrich Schauwacker wurde am 6. August 1911 in Bremen geboren. Sein Vater, ein Handwerker, fiel im I. Weltkrieg und auch seinen daraufhin eingesetzten Pflegevater erzielte bald dasselbe Schicksal. Seine Mutter starb ebenfalls, bevor Schauwacker erwachsen war. Er kam schließlich bei Onkel und Tante unter, absolvierte die Volksschule und wurde anschließend Malerlehrling.

Das Umfeld des jungen Heinrich Schauwacker scheint den rechten bis rechtsextremen Parteien nahegestanden zu haben. So trat Schauwacker bereits mit zwölf Jahren dem Stahlhelm bei. Im Alter von sechzehn Jahren wechselte er im Juli 1927 zur Bremer SA und dürfte damit zu deren ersten Mitgliedern gehört haben. Im Jahr darauf trat er der NSDAP bei und erhielt die Mitgliedsnummer 98.055.

Die SA erregte in Bremen ab 1928 zunehmend Aufsehen, weil sie anfing, ihrer Meinung nach jüdisch aussehende Passanten in der Bremer Innenstadt zu verprügeln. Große Öffentlichkeit gab es aber erst, als die SA versehentlich den brasilianischen Konsul zusammenschlug.

Im Rahmen der daraufhin entfalteten Aktivität der Polizei geriet auch Schauwacker in de-

ren Visier. Im Gegensatz zu seiner Behauptung im Brief an Goebbels gehörte Schauwacker allerdings nicht zu den acht SA-Angehörigen, die wegen der Beteiligung am Überfall vor Gericht kamen, da keiner der Zeugen ihn bei dieser Tat gesehen hatte. Schauwacker schrieb an Goebbels jedoch, dass er aufgrund der mehrfachen Verhöre durch die Polizei aus der Lehre entlassen wurde.

Durch die Vermittlung eines der NS-Bewegung nahestehenden Offiziers kam er bei der Reichswehr unter. Da eine Mitgliedschaft in der NSDAP aber zu diesem Zeitpunkt in der Reichswehr nicht erwünscht war, trat Schauwacker am 1. Januar 1930 aus der Partei aus. Bis Mai 1935 blieb er in der Reichswehr/Wehrmacht tätig und wurde dort in Ehren entlassen.³⁰³ Er wechselte zur Bremer Feuerwehr.³⁰⁴ Mit dem Abschied aus der Armee beantragte er seine Wiederaufnahme in die NSDAP und wurde dabei von seiner alten Ortsgruppe unterstützt, die ihn als aktiven Nationalsozialisten bezeichnete.³⁰⁵

Sein Antrag wurde von der Reichsleitung angenommen: »Die in der Reichskartei am 1. Januar 1930 durchgeführte Streichung ist mit Heutigem wieder zurückgenommen und gleichzeitig die Dienstzeit bei der Wehrmacht entsprechend vermerkt worden. Der Parteigenosse Heinz [sic!] Schauwacker wird nunmehr in der Reichskartei als Mitglied bei der Ortsgruppe Celle/Blumlage weitergeführt. Der Genannte hat Mitgliedsbeiträge vom 1. Juni 1935 ab nachzubezahlen.«³⁰⁶

Allerdings scheiterte Schauwackers Versuch, als »alter Kämpfer« in eine höhere Gehaltsstufe zu kommen. Die Reichsleitung schrieb: »Ich ersuche dem Genannten zu eröffnen, dass durch die Zurücknahme der Streichung ein Anspruch auf das Ehrenzeichen der alten Parteimitglieder

der NSDAP nicht entstanden ist, da sich der Parteigenosse Heinz [sic!] Schauwacker während der Zeit der Zugehörigkeit im Reichsheer nicht für die Bewegung betätigen konnte.«³⁰⁷ So verblieb Schauwacker vorerst in der niedrigsten Einkommensgruppe bei der Feuerwehr.

Nach eigenen Angaben wechselte er dann 1939 zur Bremer Gestapo, weil er dort für sich bessere Einkommensmöglichkeiten sah. Tatsächlich gruppierte man ihn mit der Einstellung bei der Gestapo in eine höhere Gehaltsgruppe ein und zwei Jahre später stieg sein Gehalt erneut an.

Sven Reichardt spricht in seiner Untersuchung vom Entstehen einer Kameradschaft der Gewalt, die für die SA-Männer zu einer Art Ersatzfamilie wurde.³⁰⁸ Bei Schauwacker scheint dieses Ersatzfamiliendasein in der SA durch den Verlust seiner Eltern besonders offensichtlich. Zudem ist auf die Bedeutung uniformierter Männerbünde bzw. -verbände für seine ganze Sozialisation hinzuweisen: von Stahlhelm über SA zu Wehrmacht und Feuerwehr.

Zu fragen ist im Anschluss an Reichardt, inwieweit die Gewaltkameradschaft der SA nach deren Entmachtung 1934 trotzdem von Bedeutung blieb und welche Rolle die Gewalt für den Nationalsozialismus weiterhin spielte. Franz Neumann schrieb dazu schon 1944: »Gewalt ist nicht einfach eine nebensächliche Erscheinung in der Struktur der nationalsozialistischen Gesellschaft. Sie ist vielmehr die eigentliche Grundlage dieser Gesellschaft. Gewalt versetzt nicht nur in Angst und Schrecken, sondern ist auch anziehend. Sie ist das fünfte und entscheidende Prinzip der nationalsozialistischen Gesellschaftsformation.«³⁰⁹ Wichtig ist zudem, dass Gewalt ausübende Institutionen soziale Aufstiegschan-

cen boten: Das war ein expliziter Grund für Schauwackers Übertritt zur Gestapo.

Im März 1943 meldete er sich freiwillig zum Einsatz in der besetzten Sowjetunion, vermutlich auch wegen der Beförderungschancen, und kam zur Einsatzgruppe B, die vorwiegend in Weißrussland agierte. Neben der bereits beschriebenen Massenexekution in der Nähe von Minsk war Schauwacker dort an mehreren anderen Erschießungen beteiligt sowie an der Aktion »Wettermeldung«, in deren Rahmen frühere Gräber von deutschen Erschießungsoptfern wieder ausgehoben und die Leichen, um Spuren zu verwischen, verbrannt wurden.

Nachdem die deutschen Truppen aus dem Gebiet der Sowjetunion vertrieben waren, kam Schauwacker Ende 1944 nach Bremen zurück, wo er vom Leiter der Bremer Gestapo zum Kommandanten des Arbeitserziehungslagers in Bremen-Farge ernannt wurde.

Farge war bis zu Schauwackers Dienstentritt schon als eines der härtesten Arbeitserziehungslager bekannt; mit seiner Ankunft stiegen die Gewalttaten und Todeszahlen jedoch noch einmal rapide an. Im britischen Prozess gegen Angehörige der Wachmannschaft des Arbeitserziehungslagers Farge nannte der keineswegs zimperliche Wachmann Velke ihn »einen Teufel in Menschengestalt«. Innerhalb von einem Monat wurden mehr als zehn Häftlinge »auf der Flucht erschossen« und der Keller unter der Küchenbaracke wurde zum ständigen Folterkeller, in dem täglich Häftlinge ausgepeitscht wurden.

Der Wachmann Plothe berichtete im britischen Prozess von einem weiteren Mord Schauwackers: »Gegen Ende Februar 1945 ging ich einmal mit Schauwacker durch das Lager. Wir

kamen an einem Schuppen vorbei, vor den man Leichen gelegt hatte. Dort bei den Leichen fanden wir einen Häftling. Schauwacker nahm ihn mit sich und ging mit ihm zur Jauchegrube. Er nahm den Deckel hoch und steckte den Mann hinein. Der Häftling wehrte sich zwar, aber Schauwacker war der Stärkere. Ich habe dabei gestanden und nichts gesagt, denn ich war Schauwacker gegenüber machtlos. Nach 10-15 Minuten zog Schauwacker den Häftling wieder aus der Grube heraus. Er war tot.«

Nachdem Schauwacker Ende Februar 1945 von der Gestapo als untragbar inhaftiert worden war und Mitte März 1945 den Brief an Joseph Goebbels geschrieben hatte, wurde er laut einer Nachkriegsaussage des Bremer Gestapochefs Ende März aus der Haft entlassen und einer Wehrwolf-Gruppierung zur Vorbereitung des Untergrundkampfes zugeordnet.³¹⁰

Nach der deutschen Kapitulation fanden britische Ermittler den Brief an Goebbels und setzten Schauwacker auf die Fahndungsliste für Kriegsverbrecher. Dreimal gelang es den Ermittlern, seinen Aufenthaltsort zu eruieren, doch jedes Mal konnte er kurz vor dem Eintreffen der Polizei fliehen. Die britischen Fahnder glaubten schließlich, dass Schauwacker sich in die sowjetische Zone abgesetzt hatte, und übergaben ihre Beweismittel an die sowjetischen Behörden. Anschließend verlor sich seine Spur. Die letzte Notiz in seiner Personalakte in Bremen verrät nur, dass seine Frau ihn 1953 für tot erklären ließ, um eine Witwenrente zu erhalten.³¹¹ Allerdings gibt es Vermutungen, dass es Schauwacker gelungen war, sich nach Südafrika abzusetzen, dort unter falschem Namen weiterzuleben und sogar mit seiner Familie Kontakt zu halten.

Arbeitserziehungslager

Ab 1940 richtete die Gestapo zur Disziplinierung der deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter, vor allem aber der ausländischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, „Arbeitserziehungslager“ (AEL) ein. Hier wurden ohne Einschaltung der Justiz Frauen und Männer eingewiesen, die von ihrem Arbeitgeber z. B. wegen „Arbeitsbummelei“, „Arbeitsvertragsbruch“ oder „Widersetzlichkeit“ gemeldet worden waren. Später kamen auch Personen aus anderen Gründen ins AEL. Zudem nutzte die Gestapo die AEL als Hinrichtungsstätten.

Die Haft dauerte in der Regel drei bis acht Wochen. Die Lebensbedingungen in den „Arbeitserziehungslagern“ ähnelten denen in den KZ. Die Häftlinge wurden brutal behandelt und zu harter Arbeit in Industriebetrieben, auf Großbaustellen oder in Steinbrüchen gezwungen. Viele von ihnen starben während ihres Aufenthalts im Lager. Diejenigen, die überlebten und in die Betriebe zurückkehrten, sollten durch Berichte über die AEL bei der übrigen Arbeiterschaft Angst vor dieser Strafe erwecken.

Gegen Kriegsende wies die Gestapo viele Häftlinge aus den AEL unmittelbar in Konzentrationslager ein.

Die AEL wurden von den regional zuständigen Gestapostellen geführt. Zu den ersten und größten gehörten das AEL Farge der Gestapo Bremen, das AEL Liebenau der Gestapo Hannover und das AEL Salzgitter-Hallendorf der Gestapo Braunschweig (mit einem Teillager für Frauen). Die Häftlinge mussten hier u. a. beim Bau eines Öltanklagers (Farge), eines U-Boot-Bunkers (Farge), einer Pulverfabrik (Liebenau) und in verschiedenen Bereichen der Reichswerke Hermann Göring (Salzgitter-Hallendorf) arbeiten.¹

Ein Auszug aus den Memoiren von Harry Callan

Harry Callan war kriegsgefangener irischer Matrosen der britischen Marine, der auf der Baustelle der verbunkerten U-Boot-Werft in Bremen-Farge Zwangsarbeit leisten musste; er war im Arbeitserziehungslager in Bremen-Farge interniert.

Höllenlager, Bremen-Farge

[...] Im Dezember 1944 wurden die Kommandanten Walhorn und Schipper ersetzt durch Kommandant Schauwacker. Im Lager hieß es, dass er zuletzt ein Nazi-Vernichtungslager geleitet hatte, in Kerch auf der Krim. Dort hatte er in einer Nacht im November 1941 über 3.000 Menschen ermorden lassen. Auf seinen Befehl hin hatten die Menschen durch die Straßen laufen müssen – Männer, Frauen und Kinder – und sie dienten als Ziele für Schießübungen. Während seiner Zeit im AEL-Farge war er ein unmenschlicher, grausamer und brutaler Mann, besonders zu den polnischen und russischen Gefangenen. Er schlug einen polnischen Häftling mit einem Schlauchstück, schoss ihm ins Bein und rieb dann Salz in die Wunde. Die Wunde entzündete sich und Schauwacker erteilte einer Wache den Befehl, den armen Mann zu erschießen. Schauwacker missbrauchte auch einige Lagerhäftlinge als Übungsziele, dazu mussten sie vorwärts und rückwärts laufen, während er auf sie schoss – wie Enten in einer Jahrmarktschießbude. Wir beobachteten diese fürchterliche Szene total hilflos aus unserem Barackenfenster. Ich kletterte in mein Bett und zog meine Jacke über den Kopf, aber ich konnte noch immer die Schüsse hören. Ich weiß nicht, ob er jemanden erschossen hatte.

Alle waren wachsam; nirgends konnte man sich verstecken, und auf dem Platz war niemand sicher. Immer noch mussten wir dort zum Abzählen und zum Essen-Fassen antreten, und wir überquerten den Platz auch auf dem Weg zu und von der Arbeit. Der Kommandant konnte scheinbar völlig still dastehen und beobachten, um sich dann grundlos auf einen beliebigen Mann zu stürzen.

Schauwacker hat nie einen von uns Iren behelligt, so als ob wir von irgendeinem Schutzschild umgeben seien. Er musste gewusst haben, dass der irische Botschafter sich für uns einsetzte und dass die Behörden in Berlin von uns wussten. Das schien ihn zu frustrieren, denn er war immer noch viel bösartiger zu den AEL-Häftlingen, wenn wir in der Nähe waren.

Schauwacker war ein ganz normal aussehender, durchschnittlich großer Mann mit schwarzen Haaren. Zu Friedenszeiten wäre er in der Menge untergegangen, aber in einer Naziuniform war er ein Monster. Ich hielt mich die ganze Zeit in den Ecken auf. Ich hatte es mir angewöhnt, nie alleine zu sein, wenn er in der Nähe war, und ging jeden Morgen so schnell wie möglich raus aus dem Lager und suchte Schutz in Dr. Heidbreders Haus. Ich bemerkte, dass Dr. Heidbreder weniger Zeit zuhause verbrachte. Seit Schauwacker das Kommando übernommen hatte, gab es für den Doktor im Lager viel mehr zu tun. Er sah immer müde aus.

Schauwacker ertränkte einen Häftling, indem er ihn kopfüber in das Nachtfass hielt. Dieses Fass wurde jeden Morgen von sechs Häftlingen aus den Baracken geschleppt und dann in die Kloake ausgeleert. Wir waren auf dem Hof, als er sich den Gefangenen an den Fußknöcheln schnappte, umdrehte und ihn mit dem Kopf voran in das Fass steckte. Er grinste dabei die ganze Zeit und hielt den zappelnden Mann, bis dieser aufhörte, sich zu bewegen. Die anderen Häftlinge standen genau

wie wir nur da und waren nicht in der Lage, irgendetwas zu tun. Als der Häftling aufhörte sich zu bewegen, schlenderte Schauwacker zurück ins Verwaltungsgebäude.

Zwei russische AEL-Häftlinge versuchten zu fliehen, aber sie wurden geschnappt. Schauwacker ließ sie ins Verwaltungsgebäude bringen, wo sie ihre Hosen ausziehen mussten. Zwei Wachen hielten sie fest, während Schauwacker sie auspeitschte, bis die Haut sich löste. Dann rieb er Salz in die rohen blutenden Wunden und entließ sie aus dem Verwaltungsgebäude. Ich hörte ihre Schreie und sah sie in Richtung Krankenstation wanken. Aber sie schafften es nicht. Er erschoss sie, bevor sie die Tür erreichten.

Während Schauwacker im AEL-Farge war, lebte ich in permanenter Angst. Wann würde er anfangen, auf uns zu schießen? Wir Iren waren glücklicher dran als die anderen Gefangenen: jeder von uns arbeitete für einen Dorfbewohner oder einen Bauern, wir hauten sofort ab, nachdem wir unsere Kelle Suppe hatten und kamen nicht vor Ende des Tages zurück. Die anderen aus unserer Gruppe, die im Lager blieben, reparierten und hielten das Lager sauber, sodass sie keine Gelegenheit hatten, sich Gedanken über ihr Schicksal zu machen. Das Essen war immer sehr knapp gewesen, aber jetzt wurden die Portionen noch kleiner und die Suppe war wie Spülwasser. Die AEL-Häftlinge verhungerten. Ein paar von denen, die für den Küchendienst eingeteilt waren, versuchten Kartoffelschalen aus dem Abfallhaufen herauszuschmuggeln oder aßen rohe Kartoffeln. Wenn schon die AEL-Gefangenen so kurzgehalten wurden, was bekamen dann die Konzentrationslagerhäftlinge zu essen? Eines Tages, als ich gerade zum Tor hinauswollte, machte Hans Mayer mich auf einen dieser Häftlinge aufmerksam. Der Mann wälzte sich auf dem Boden, stöhnte und ächzte und hielt seinen angeschwollenen Bauch. „Er hat rohe Kartoffeln gegessen. Er hat sich vergiftet und wird sterben.“ Als ich später am Tag zurückkehrte, lag sein Leichnam schon im Massengrab.

Schauwacker tötete die Männer, die er beim Aufsammeln von Kartoffelschalen vom Müllhaufen erwischte. Als er einen russischen AEL-Häftling dabei erwischte, hielt er ihn mit einer Hand fest. Er stopfte Kartoffeln und Dreck in den Mund des Mannes, und dann schob er ihm den Dreck mit einem Stück Draht, den er auf dem Müllhaufen gefunden hatte, den Rachen hinunter, bis der Mann tot war. Nach diesem Vorfall hörten wir auf, aus dem Fenster zu gucken.

Das Gefühl der Wut und der Hilflosigkeit war fürchterlich. Wir konnten nichts tun. Schauwacker liebte es, mit den Gefangenen Katz und Maus zu spielen. Ich beobachtete ihn vom Hof aus. „Werde ich dich erschießen? ... Nein, werde ich nicht ... Los, beweg dich. Ich erschieße dich ... Nicht bewegen. Ich erschieße dich ...“ Er drückte den Abzug. Klick, klick – keine Kugel! Er drückte den Abzug noch einmal. Klick, klick – bang! Es war furchtbar. Ich wandte mich ab. Ein älterer Pole wurde von Schauwacker ausgesucht. Er ließ ihn über den Hof vor und zurücklaufen, zurück und vor und vor und zurück, immer über den Hof, während er auf ihn schoss. Er hat ihn nicht getötet – aber er zerstörte seinen Verstand. Als er von ihm abließ, blieb der arme Mann wie ein Kind plappernd zurück. Als Mayer im Lager ankam, fand er den Mann im Hof. Er war absolut geschockt und entsetzt über den Zustand des Gefangenen. Der Polizist brachte den Polen in die Krankenstation, wo er später am Tag verstarb.“

Quelle: Michelle Callan: Forgotten Hero of Bunker Valentin: Die Geschichte von Harry Callan. Falkenberg, 2018. S. 179-180.

Augenzeugenbericht von Karl Loewenstein über einen der Täter im Ghetto von Minsk

Textausschnitt aus dem Bericht Dr. Karl Loewenstein:

Loewenstein wurde 1867 geboren und war im kaiserlichen Deutschland Seeoffizier und jahrelang Adjutant des deutschen Kronprinzen. Später war er Bankier in Berlin und gehörte nach 1933 als evangelischer Christ der Bekennenden Kirche in Weißensee an. Bei seiner Verhaftung am 7. November 1941 spielte diese Zugehörigkeit eine wichtige Rolle. In Minsk wurde er mit der Aufstellung einer Ordner-Wache beauftragt, die er aus ehemaligen Soldaten zusammenstellte; die Wache musste mehrfach gegen plündernde und raubende deutsche Soldaten und Polizisten vorgehen, wurde aber auch zu sonstigen Arbeiten - Essen holen, Krankentransporte, Wegschaffen der Toten - eingesetzt. Es gelang Loewenstein u.a., Mitgefahrene vor der Ermordung als Geiseln für entflohenen Juden zu bewahren und für eine möglichst gerechte Verteilung der Lebensmittel zu sorgen, aber dieses Bemühen um Menschlichkeit, Hilfsbereitschaft und Solidarität wurde immer wieder zunichte gemacht durch die brutale Todesmaschinerie, vor der es letztlich kein Entrinnen gab. Selbst der jüdischen Lagerteilung nutzte eine teilweise korrupte Anbiederung nichts; sie wurde ebenso vernichtet wie die einfachen Lagerbewohner. Gerettet wurde Loewenstein ausgerechnet von Generalkommissar Kube, der feststellte, er sei weitläufig mit Loewenstein verwandt und habe ausgerechnet mit ihm von zusammen studiert. Kube stellte Loewenstein in Aussicht, sich wegen seiner Kriegsauszeichnungen für ihn zu verwenden. Er trug nach eigenen Angaben Hitler persönlich den Fall Loewenstein vor und erwirkte eine Anordnung Hitlers an Himmler, Loewenstein aus Minsk zu entlassen. Am 13. Mai 1942 fuhr Loewenstein in das Lager Theresienstadt ab, das er überlebte.

Text der Quelle:

[...] Jeden Morgen mußte ich mit dem aus Wien stammenden SS-Oberscharführer Schmiedel Ronde gehen, d.h. die verschiedenen Lager begehen. Und jeden Morgen fand dieser Mörder ein unglückliches Opfer, das er kurzerhand niederschoß. Sei es, daß der oder die Betreffende keinen Judenstern oder gelben Fleck trug, den die russischen Juden auf der Brust und auf dem Rücken tragen mußten, oder ihn durch ein Schultertuch verdeckt hatte. Sei es, daß sie einen Weg gingen, der nach Ansicht dieses Mörders verboten war, denn daß er verboten war, konnte niemand wissen, da keine entsprechenden Tafeln aufgestellt waren. Sei es aus irgendeinem anderen - oder gar keinem Grunde. [...]

Schmiedel, den ich nie betrunken sah, der nicht übermäßig rauchte, war klein von Gestalt (etwa 1,55 m groß), nicht dumm und ein Kunstschiß, der rechts- wie linkshändig gleich gut schoß. Er ist mir von allen SS-Leuten am unheimlichsten vorgekommen. Er liebte die Konversation, sah sich in den Wohnungen die Familienbilder an und verteilte im Wiener Lager großzügig Zigaretten. Er verlangte, nicht mit "Herr" angeredet zu werden, denn bei der SS gäbe es keine Herren (wie richtig!) - auch Rassenschande gäbe es in Minsk nicht; dieses Gesetz¹ bestehe lediglich in Deutschland! Nur einmal habe ich gesehen, daß seine Kugel nicht traf, weil seine Pistole nicht weit genug trug. Die Kugel hatte einem Jungen gegolten und schlug etwa einen Meter vor ihm in den Schnee. Der Junge war klug genug, davon zu rennen. [...]

1. Gemeint sind die Nürnberger Rassegesetze von 1935, die Eheschließungen und "außerehelichen Verkehr zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes als Rassenschande unter Strafe stellten.

Einmal ging Schmiedel allein; später sah ich ihn als Jude verkleidet - er wollte unerkannt durch das Lager streifen. Das ist ihm leider in vollstem Maße gelungen. An diesem Tage erschoß er ein blühendes junges Mädchen und einen prächtigen jungen Mann. Da der Junge nicht gleich tot war - er wurde auf einem Handwagen zum Arzt gebracht - gab Schmiedel ihm, als er wieder auf ihn stieß, den Fangschuß. [...]

Anscheinend konnte Schmiedel nicht frühstücken, bevor er nicht "seinen" Juden umgelegt hatte.

Anhang 9: Artikel von Prof. em. Dr. Arno Herzog „1933-1945: Verdrängung und Vernichtung“

1933-1945: Verdrängung und Vernichtung

Prof. em. Dr. Arno Herzog

Arno Herzog

05.08.2010/ 22 Minuten zu lesen



Bundesarchiv, Bild 183-R70355
Foto: o. Ang. | 1933

Boykottaktion gegen jüdische Geschäfte am 1. April 1933. Die Herrschaft der Nationalsozialisten bedeutet für die deutschen Juden von Anfang an eine antisemitische Politik der Diskriminierung und Verdrängung. (© Bundesarchiv, Bild 183-R70355/ Fotograf: o.A./ CC-BY-SA)

Akzeptanz des staatlichen Antisemitismus

Mit Hitler und den Deutschnationalen waren 1933 Politiker an die Macht gekommen, deren Programm auch auf dem Antisemitismus entscheidend aufbaute. Der Glaube, dass durch die Herauslösung der Juden aus der "Volksgemeinschaft" alle

Probleme gelöst würden, hatte einen fast pseudoreligiösen Charakter. Zwar war es nicht in erster Linie der Antisemitismus, mit dem Hitler 1933 fast die Hälfte der deutschen Wählerinnen und Wähler gewann, sondern seine Agitation gegen den "Versailler Schandfrieden". Dennoch hatte die jahrhundertealte antijüdische Tradition dafür gesorgt, dass in der allgemeinen politischen Kultur des Bürgertums der Antisemitismus nicht als verabscheuungswürdig galt. Widerstand leisteten dagegen nur einzelne Persönlichkeiten. Aktionen des so genannten Radauantisemitismus, etwa der Geschäftsboykott am 1. April 1933 unter dem Motto "Kauft nicht bei Juden", stießen auf keinen großen Protest in der Bevölkerung. Die Mehrheit folgte dem Boykottaufruf zwar nicht und kaufte dennoch in Geschäften von jüdischen Inhabern ein, eine aktive Solidarisierung mit jüdischen Mitbürgern gab es aber praktisch nicht. Das widerrechtlich erlassene "Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtenstums" vom 7. April 1933, das 5000 jüdische Beamte aus ihrer Stellung vertrieb, sahen die Kollegen der Betroffenen, wenn auch vielfach mit Bedauern, so doch als völlig legal an. Lediglich Frontkämpfer des Ersten Weltkriegs erhielten durch die Intervention des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg einen Aufschub. Dem nichtjüdischen arbeitslosen akademischen Nachwuchs verhalf das Gesetz zu gesicherten Planstellen.

Mit den Erfolgen der NS-Außen- und Wirtschaftspolitik, die den allgemeinen Aufwärtstrend der Weltwirtschaft nutzte, was vor allem zu positiven Ergebnissen auf dem Arbeitsmarkt führte, wuchs der Konsens in der deutschen Bevölkerung auch im Hinblick auf die jüdenfeindlichen Maßnahmen des Regimes, zumal von 1934 bis 1937 die Aktionen des Radauantisemitismus nachließen.

Verdrängung aus Wirtschaft, Kultur und Öffentlichkeit

Auch für viele jüdische Bürger mochte diese Phase als eine "Schonzeit" gelten, doch war der Verdrängungsprozess im Wirtschafts- und Kulturleben nicht zu verkennen. Die durch die Wirtschaftskrise 1930 betroffenen 50000 jüdischen Arbeitslosen fanden auch in der Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs keine Arbeit. Die NS-Wirtschaftsbehörden auf lokaler bzw. Gau-Ebene setzten alles daran, jüdische Einzelhändler zur Aufgabe und Veräußerung ihrer Geschäfte zu zwingen. Von besonderer Bedeutung ist hierbei, dass über 60 Prozent der jüdischen Erwerbstätigen im Warenhandel beschäftigt waren, diese Maßnahme also erheblichen Einfluss auf die wirtschaftliche Existenz der jüdischen Minderheit hatte. Bis Mitte 1935 hatten die NS-Behörden damit bei einem Viertel der jüdischen Einzelhändler Erfolg; bis Mitte 1938 waren es 70 Prozent.

Ähnliches galt für Ärzte und Rechtsanwälte mit ihren Praxen. In den betreffenden Berufsverbänden wurde 1933 der "Arierparagraph" eingeführt, der "nichtarische" Mitglieder ausschloss. Dies betraf bis 1935 auch so genannte Vierteljuden. Zu dieser Gruppe zählten alle, die einen jüdischen Großelternteil hatten. Ausschlaggebend für diese Kategorisierung war die Religionszugehörigkeit der zwei Großelternpaare, um als "Viertel"- (bei einem Großelternteil) oder „Halb“- (bei zwei) bzw. „Volljude“ (bei drei und vier) eingestuft zu werden. Trotz aller NS-Propaganda, die für ihren Rassismus von einer angeblichen (natur-)wissenschaftlichen Begründung ausging, gab es kein anderes Kriterium als die Religion der Großeltern. Das bedeutete aber auch, dass jeder/jede gemäß der Religionszugehörigkeit seiner/ihrer Großeltern als Jude galt, auch wenn er/sie konvertiert oder aus der jüdischen Glaubensgemeinschaft ausgetreten war.

Ab Januar 1935 erhielten "nichtarische" Ärzte keine Approbation (= staatliche Zulassung) mehr, "nichtarische" Studenten wurden von den Prüfungen ausgeschlossen. Durch das Berufsbeamtengebot verloren über 1000 Künstler, die an öffentlichen Bühnen tätig waren, ihre Stellung. Nicht-staatliche Unternehmen wie die Deutsche Grammophon-Gesellschaft verschlossen sich ebenfalls "rassisches und ideologisch unerwünschten Elementen". Das Reichsschriftleitergesetz vom Oktober 1935 verbot Juden, sich als Redakteure von politischen Zeitungen zu betätigen. Aus der Reichskultkammer, die alle kulturellen Bereiche bestimmte, waren alle Juden bis zum Februar 1935 ausgeschlossen worden. Für zahlreiche Jüdinnen und Juden bedeuteten die NS-Gesetze zu dieser Zeit also existenzbedrohende Berufsverbote.

Quellentext Verdrängung jüdischer Wissenschaftler

2. Mai, Donnerstag: Am Dienstagmorgen, ohne alle vorherige Ankündigung - mit der Post zugestellt zwei Blätter: a) Ich habe auf Grund von § 6 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtenstums ... Ihre Entlassung vorgeschlagen. Entlassungsurkunde anbei. Der kommissarische Leiter des Ministeriums für Volksbildung. b) "Im Namen des Reiches" die Urkunde selber, unterzeichnet mit einer Kinderhandschrift: Martin Mutschmann. Ich telefonierte die Hochschule an; dort hatte man keine Ahnung. Göpfert, der Kommissar, gibt sich nicht damit ab, das Rektorat um Rat zu fragen. Erst war mir abwechselnd ein bißchen betäubt und leicht romantisch zumut; jetzt ist nur die Bitterkeit und Trostlosigkeit fühlbar. Meine Lage wird eine überschwere. Bis Ende Juli soll ich noch das Gehalt bekommen, die 800 M, mit denen ich mich so quäle, und danach eine Pension, die etwa 400 betragen wird.

Ich ging am Dienstag nachmittag zu Blumenfeld, der inzwischen den Ruf nach Lima endgültig erhalten hat, und ließ mir die Adresse der Hilfsstellen geben. Mittwoch, am "Festtag der nationalen Arbeit" [1. Mai, Red.], in den es hineinschneite, korrespondierte ich stundenlang. Drei gleichlautende Briefe an die "Notgemeinschaft deutscher Wissenschaftler im Ausland", Zürich, an den "Academic Assistance Council", London, an das "Emergency Committee in aid of German Scholars", New York City. [...] Überall betone ich, daß ich auch deutsche Literatur, auch vergleichende Literatur lesen könne [...], daß ich in französischer und italienischer Sprache sogleich (!), in spanischer Sprache in kurzem (!) vortragen könnte, daß ich das Englische "lese" und in ein paar Monaten nötigenfalls auch sprechen würde.

Aber was hilft all diese Geschäftigkeit? [...] Die Chance ist nicht größer als die aufs große Los, wenn man Lotterie spielt.

Victor Klemperer, Das Tagebuch 1933-1945. Eine Auswahl für junge Leser, Berlin 1997, S. 38 f.

An den Höheren Schulen wurden jüdische Schüler nicht mehr zugelassen oder verdrängt. Durch die anpasserische Haltung zahlreicher Lehrkräfte bedingt wurden jüdische Schüler drangsaliert. Auch viele Mitschüler taten sich darin hervor. Die antijüdischen Aktionen verliefen lokal sehr unterschiedlich: Es gab - von den Nürnberger Gesetzen abgesehen - kein einheitliches "Anti-Juden-Gesetz", sondern circa 2000 Erlasse, die den diversen Schikanen lokaler NS-Machthaber viel Raum ließen.

Die Nürnberger Rassengesetze

Die Nürnberger Gesetze, die auf dem dortigen Parteitag der NSDAP am 15. September 1935 verkündet wurden, sollten das Verhältnis zwischen "Nichtariern" und "Volksgenossen" grundsätzlich regeln. Sie bedeuteten letztlich die Aufhebung der Errungenschaften der Emancipation. Die Nürnberger Gesetze bestanden aus mehreren Einzelgesetzen, darunter das Reichsflaggengesetz, das Juden verbot, die "Reichsfarben" (Schwarz-Weiß-Rot) zu zeigen. Dies war wohl nur noch für den Reichsverband jüdischer Frontkämpfer (RjF) von Interesse, der weiterhin an seiner nationalen Tradition festzuhalten versuchte. Gravierender war das "Reichsbürgergesetz", das Juden die Gleichberechtigung nahm und entscheidend in die ökonomische und soziale Lebensgestaltung eingriff: Zu den "Verordnungen zum Reichsbürgergesetz" zählten Maßnahmen, die Juden aus manchen Berufsgruppen (Notare, Beamte, Ärzte, Rechtsanwälte) und dem öffentlichen Leben verdrängten sowie später auch unmittelbare finanzielle Repressalien, etwa der Einzug des Vermögens jüdischer Auswanderer. Zudem schuf das Gesetz zwei Klassen von Bürgern: "arische Reichsbürger" und "nichtarische Staatsangehörige" mit minderen politischen Rechten.

Wer ein jüdisches Großelternteil hatte, konnte als "Vierteljude" mit gewissen Einschränkungen in die deutsche "Volksgemeinschaft" aufgenommen werden. "Voll"- oder "Halbjuden" durften nur Juden heiraten. Dass die so genannten Vierteljuden nicht aus der "Volksgemeinschaft" ausgeschlossen wurden, lag im Interesse der Wehrmacht, die bei einer angenommenen Zahl von circa 308000 "Vierteljuden" einen großen Substanzverlust unter den Soldaten befürchtete. Zur Kategorie "Volljude" zählten auch die so genannten Geltungsjuden. Das waren "Vierteljuden", die mit Juden verheiratet waren und sich zur jüdischen Religion bekannten. Diese menschenverachtenden Bestimmungen gaben ab 1941, als die Verfolgungspolitik drastisch verschärft wurde, den Ausschlag über Leben und Tod.

Im Olympiayahr 1936 sahen die NSDAP und ihre Organisationen von spektakulären antijüdischen Aktionen ab. Die Olympischen Spiele bedeuteten für das NS-Regime einen internationalen Prestigegewinn. Dieser sollte nicht durch solche Aktionen beeinträchtigt werden. Schilder, die Juden den Zugang zu Schwimmbädern oder olympischen Anlagen verboten, wurden entfernt. Juden sollten zwar aus der deutschen Nationalmannschaft ausgeschlossen werden, doch durfte die Fechtmeisterin Helene Mayer am Olympischen Turnier teilnehmen, während die Hochspringerin Gretel Bergmann eine Absage erhielt. Der Verdrängungsprozess ging nach den Olympischen Spielen weiter. Der SS-Sicherheitsdienst (SD) und die Geheime Staatspolizei (Gestapo) legten ab September 1937 eine detaillierte Judenkartei an. Im zu Deutschland gehörenden östlichen Teil Oberschlesiens, das von 1922 an unter dem geltenden Minderheitenschutz der Genfer Konvention des Völkerbundes stand, wurden nach dessen Auslaufen 1937 alle jüdischen Einwohner aus ihren Arbeitsverhältnissen entlassen. Für Ärzte und Rechtsanwälte wurden die Zulassungen eingeschränkt, sie durften nur noch jüdische Patienten behandeln bzw. für jüdische Klienten juristisch tätig werden. 1938 erfuhr diese Ausgrenzungspolitik eine Verschärfung, die in der Phase bis 1941, bis zum Beginn der Deportationen, die Juden fast völlig aus dem öffentlichen Leben verbannte.

Haltung der Kirchen und Gewerkschaften

Da die Konfessionszugehörigkeit der Betroffenen bei diesen Bestimmungen nicht im Vordergrund stand, sondern eine angenommene "rassische" Zugehörigkeit zum Kriterium erhoben wurde, gab es unter den solchermaßen Diskriminierten viele, die als Christen oder Konfessionslose in keiner Beziehung mehr zu den jüdischen Gemeinden standen. Auch in den christlichen Kirchen blieben sie isoliert. Die Kirchen akzeptierten die Nürnberger Gesetze, obwohl diese sich auch gegen das eigene Selbstverständnis - die Gleichheit aller Christen - richteten.

Der katholische Episkopat unter dem Breslauer Kardinal Bertram betrieb eine Doppelstrategie: Zwar verurteilte er die Anwendung

des "Arierparagraphen" auf kirchliche Ämter, folgte aber den Bestimmungen der Nürnberger Gesetze, katholische Paare nicht zu trauen, von denen ein Partner jüdischer Herkunft war. Fehlte es schon an Solidarität gegenüber den Christen jüdischer Herkunft, so unterblieb von Seiten der katholischen Amtskirche in Deutschland eine Intervention zugunsten der jüdischen Gemeinden. Wenn sie auch nicht in Opposition zur NS-Diktatur trat, so gelang es der katholischen Kirche zumindest, rassistisches Gedankengut aus ihrer Lehre fernzuhalten. Dies traf für die Deutschen Christen (DC) in der evangelischen Kirche nicht zu. Die DC hatten sich schon 1932 in einer Denkschrift für den NS-Rassismus ausgesprochen und dominierten seit 1933 die neu gebildete Nationalsynode der Deutschen Evangelischen Kirche. Dagegen sprach sich 1934 die Bekennende Kirche (BK) für ein Christentum aus, das "für alle Völker ohne Unterschied der Rasse" zugänglich sein sollte. Im "Arierparagraphen" sah sie eine "Verletzung des Bekenntnisstandes", doch setzte auch sie sich nicht entschieden für ein Verbleiben "nichtarischer" evangelischer Pastoren in ihrem Amt ein. Hilfe kam den Christen jüdischer Herkunft nur von mutigen Einzelpersönlichkeiten zu, wie der Breslauer Stadtvikarin Katharina Staritz. Als ab 1941 auch die Christen jüdischer Herkunft deportiert wurden, wie die Karmeliternonne Edith Stein, die 1998 heiliggesprochen wurde, gab es von Seiten der Kirchen keinen Widerstand. Auch die Gewerkschaften mit ihrem Dachverband, dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB), vertraten nach der Machtübernahme eine nicht gerade oppositionelle Haltung gegenüber der NSDAP und schätzten das Regime falsch ein. Sie huldigten einem Organisationsfetischismus, der sie hoffen ließ, ihre Gewerkschaftsarbeit weiterzuführen, "gleichviel, welcher Art das Staatsregime ist", wie der Bundesvorstand des ADGB am 20. März 1933 erklärte. Die Kündigung der traditionellen Zusammenarbeit mit der SPD wurde Hitler durch den Vorsitzenden Theodor Leipart am 29. März 1933 mitgeteilt. Doch half das alles nichts. Am 2. Mai 1933, einen Tag, nachdem Hitler den 1. Mai zum Tag der Arbeit erklärt hatte, wurden die Gewerkschaftshäuser besetzt, die Gewerkschaftsvermögen beschlagnahmt und die Führungsspitze "in Schutzhaft" genommen. Am 10. Mai 1933 trat die Deutsche Arbeitsfront (DAF) an die Stelle der Gewerkschaften, allerdings nicht als unabhängige Vertretung der Arbeiterinteressen, sondern als NS-Einheitsverband von Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Die Ambitionen an Hitler stellte ein unrühmliches Kapitel der Gewerkschaftsgeschichte dar, in der auch Juden eine wichtige Rolle gespielt hatten. Das von den Gewerkschaften auch nach 1945 wieder aufgegriffene Konzept einer Wirtschaftsdemokratie hatte 1928 Fritz Naphtali entwickelt. Er wanderte kurz nach der "Machtergreifung" nach Palästina aus und wirkte nach 1948 im jungen Staat Israel als Politiker, unter anderem als Minister.

[Link:]

Die Reichsvertretung der Deutschen Juden

Konnte sich unter diesen Umständen noch jüdisches Leben entfalten? Trotz aller Bedrängnisse bewiesen die deutschen Juden Kraft und Stärke und behaupteten ihre jüdische Identität gegenüber der NS-Ausschließungspolitik. Vereinzelt schlossen sich Juden den linken Widerstandsgruppen an. Trotz divergierender Zielsetzungen innerhalb des Judentums kam es am 17. September 1933 mit der Gründung der "Reichsvertretung der Deutschen Juden" (RV) zu einer gemeinsamen jüdischen Organisation auf Reichsebene. Vor 1933 waren alle Anläufe in diese Richtung gescheitert, da die Organisation jüdischen Lebens weitgehend bei den Gemeinden und ihren Landesverbänden gelegen hatte. Auch die politischen Formationen, der CV, die Zionistische Vereinigung und der Reichsverband jüdischer Frontkämpfer, taten sich schwer bei dem Zusammenschluss zu einer gemeinsamen Organisation, da sie unterschiedliche Strategien der Selbstbehauptung betrieben: vom Konzept einer Akkulturation trotz aller Schwierigkeiten bis zur ultimativen Forderung der Emigration reichten die Vorschläge. Nur die ultraorthodoxen Verbände sowie der ultrakonservative "Verband nationaldeutscher Juden" schlossen sich der RV nicht an. Obgleich von Staatsseite offiziell zunächst nicht anerkannt, wurde die Reichsvertretung unter ihrem Präsidenten Leo Baeck zur wirksamen Vertretung gegenüber dem Staat und zur effektiven Organisation jüdischen Lebens in dieser harten Zeit. Bis 1938 konnte die Reichsvertretung recht erfolgreich arbeiten. Unter dem Zwang des NS-Staates wurde sie im Juli 1939 per Gesetz zur "Reichsvereinigung der Juden in Deutschland" umgewandelt. Aus dem bisherigen freiwilligen Zusammenschluss wurde nun eine vom NS-Regime befahlene Zwangsvereinigung, der sich alle jüdischen Organisationen und Gemeinden anzuschließen hatten. Die Leitung der Reichsvereinigung wurde von den NS-Behörden ernannt und war der Kontrolle der Gestapo unterworfen. Sie diente nun gleichsam als Durchsetzungsinstantz der staatlichen Vorgaben. Zwangsmitglieder waren nun alle Juden nach der Definition der Nürnberger Gesetze, also auch die Orthodoxen und die Gruppe, die sich nicht zum jüdischen Glauben bekannte. Die Letztere machte ungefähr 8,5 Prozent der Gesamtgruppe aus.

Jüdische Selbstbehauptung

Die RV konzentrierte sich nach ihrer Gründung auf die Kulturarbeit, die Sozialaufgaben sowie die Auswanderungsprobleme. Einen wichtigen Akt jüdischer Selbstbehauptung stellte die Gründung des Kulturbundes dar. Die durch das Berufsbeamten gesetz

arbeitslos gewordenen Künstler schufen im Juli 1933 "mit Genehmigung der Regierungsbehörden" in Berlin den "Kulturbund deutscher Juden". Ab Mai 1935 stand er dem Reichspropagandaministerium, das im Ausland die Einrichtung des Kulturbundes als "humanitären Akt" anpries. Mit der Gründung des Kulturbundes wollten dessen Institutionen einmal den von den deutschen Bühnen ausgeschlossenen Künstlern eine Wirkungsstätte schaffen und zum anderen als Alternative zu den immer stärker durch die NS-Propaganda bestimmten Bühnenrepartires einen Bezug zu jüdischen Themen bieten. Die jüdische Bevölkerung nahm dieses Angebot mit Begeisterung an. Man wurde per Abonnement Mitglied. Im Januar 1934 waren es bereits 20000, die vor allem in Berlin das Theater-, Opern- und Konzertangebot wahrnahmen. Neben Berlin entstanden in anderen Großstädten analoge Organisationen, die auch in der Provinz Vorstellungen anboten. Die begeisterte Aufnahme des explizit auf das Judentum bezogenen Kulturbundangebots zeugt von der Besinnung auf die jüdische Kulturtradition, denn noch waren (bis 1938) Besuche von öffentlichen und allgemeinen Bühnen- und Kinovorstellungen für Juden nicht verboten.

Im Repertoire des Kulturbundes waren primär die Stücke klassischer sowie ausländischer jüdischer Autoren. Nach dem Pogrom 1938 wurden für die Aufführungen des Kulturbundes "arisch"-deutsche Autoren und Komponisten verboten. Gespielt werden durften nur noch jüdische oder ausländische Autoren und Komponisten. Bis zur offiziellen Schließung im August 1939 waren auf den Bühnen des Kulturbundes 56 Autoren aufgeführt worden, davon waren knapp zwei Drittel Nichtjuden. Ab Juli 1939 war der Kulturbund organisatorisch der Reichsvereinigung unterstellt, bevor er im September 1941 durch die Gestapo aufgelöst wurde. Noch im Winter 1940/41 bot der Kulturbund acht große Konzerte reichsweit an, die 18-mal aufgeführt wurden. Von einer Besinnung auf das Judentum zeugt auch der zahlreiche Besuch von Vorträgen zur jüdischen Geschichte und Kultur, die in fast allen jüdischen Gemeinden abgehalten wurden, ferner das breite Angebot jüdischer Verlage zu jüdischen Themen, vor allem zur Geschichte. Bis Ende 1941 förderte die Reichsvertretung die Forschungen zur Geschichte der jüdischen Gemeinden in Deutschland, die in der Reihe "Germania Judaica" publiziert wurden.

Eine große Leistung jüdischer Selbsthilfe stellte die Beschulung jüdischer Kinder dar. Zwar durften diese bis 1938 noch die öffentlichen Schulen besuchen, waren dort aber dem psychischen Druck von Lehrern und Mitschülern ausgesetzt. Deshalb sorgten jüdische Eltern, die bis dahin den Besuch öffentlicher Schulen ihrer Kinder befürwortet hatten, für die Schaffung jüdischer Schulen, in denen ihre Kinder ungestört lernen und sich entfalten konnten. Die Behörden bzw. die einzelnen Schulleiter halfen der Verdrängung jüdischer Schüler aus den öffentlichen Schulen nach, um ihre Schulen "judenfrei" zu bekommen.

Besuchten 1933 noch 75 Prozent der jüdischen Kinder öffentliche Schulen, so waren es Ende 1937 nur noch knapp 40 Prozent. Ab 1939 durften jüdische Schüler nur noch jüdische Schulen besuchen.

Die Lehrplan-Vorgaben durch die Reichsvertretung waren zunächst auf eine Erziehung in zwei Kulturreihen, dem deutschen wie dem jüdischen, abgestellt; doch wurden die Bestimmungen im Lauf der Zeit immer stärker auf das Ziel ausgerichtet, die Kinder als bewusste Juden zu erziehen, "mit allem Stolz und aller Entbehrung, die damit verbunden sind". Mit insgesamt 167 Schulen, etwa 1200 Lehrern und 23 670 Schülern erreichten 1937 die jüdischen Schulen ihren Höhepunkt. Bedingt durch die Emigration reduzierte sich trotz des Verbots, öffentliche Schulen zu besuchen, das alle jüdischen Kinder zum Besuch jüdischer Schulen zwang, Anfang 1939 die Zahl auf 19800. Im Oktober 1939 waren es dann nur noch 9521. Am 30. Juni 1942 mussten die letzten jüdischen Schulen geschlossen werden.

So bedeutend der Bereich Bildung und Kultur nach 1933 für die jüdische Selbstbehauptung war - die noch größeren Leistungen wurden im Bereich Wohlfahrt und Auswanderungsvermittlung erbracht. Die Sozialversorgung bedeutete eine ungeheure Belastung, da über 66 Prozent der noch in Deutschland lebenden Juden über 45 Jahre alt waren und weitgehend von Ersparnissen, Sozialrenten und Wohlfahrtsunterstützung ihren Unterhalt bestreiten mussten. Zur Sozialversorgung gehörte auch die Förderung der Kleinbetriebe, deren wirtschaftliche Existenz immer unsicherer wurde. Sie sollten vor allem jüdische Arbeitslose beschäftigen. Durch ein Arbeitsvermittlungsinstitut der Reichsvereinigung konnten etwa 27000 Stellen vermittelt werden. Da insbesondere die Jüngeren auswanderten, stieg die Zahl der hilfsbedürftigen Alten, die durch die Zentralwohlfahrtsstelle, aber auch durch die noch existierenden Sozialeinrichtungen der Gemeinden versorgt werden mussten. Für die jüdische Winterhilfe mussten deshalb alle jüdischen Lohn- und Gehaltsempfänger zehn Prozent der Lohnsteuer entrichten. Zusammen mit Spenden erbrachte dies 1935 die Summe von etwa 3,7 Millionen Reichsmark. 1937/38 waren ungefähr 21 Prozent der Juden hilfebedürftig. Spenden ausländischer Juden wurden vor allem in der Ausbildung für Auswanderer verwendet.

Auswanderung mit Hindernissen

Die Frage: auswandern oder bleiben? wurde für viele zur lebensentscheidenden Frage. Für die Auswanderer gab es drei Organisationen, die bis 1939 104000 Auswanderungswillige berieten. Am besten organisiert war die zionistische Emigration, die primär auf Palästina ausgerichtet war. Doch wurde die Auswanderungsmöglichkeit nach dort durch die britische Mandatsmacht eingeschränkt, die im Auftrag des Völkerbundes die Region verwaltete. Wegen der wachsenden Konflikte im Mandatsgebiet wollte Großbritannien die Einwanderung gering halten, so dass ein Drittel der Anträge abgelehnt wurde. Insgesamt gelang zwischen 1933 und 1940 55000 Auswanderern aus Deutschland die Einreise nach Palästina. 23000 kamen über ein so genanntes Arbeitszertifikat, das die erhielten, die einen für Palästina wichtigen Beruf ausübten, etwa in der Landwirtschaft. 20000 Auswanderer waren so genannte Kapitalisten: Das bedeutete, sie verfügten über ein Kapital von 1000 Pfund (=12000 RM). Für

beide Zertifikate existierte eine Quote zur Begrenzung. Eine besondere Einwanderergruppe bildeten die 5300 Jugendlichen, die ohne Eltern kamen. Sie waren weitgehend in Deutschland auf Arbeitshöfen, so genannten Hachschara-Lehrgütern, auf die Auswanderung nach Palästina vorbereitet worden.

Schon seit 1931 gab es in Deutschland Bestimmungen, die einen freien Kapitalverkehr von Deutschland ins Ausland verhinderten. Nachdem, bedingt durch die Weltwirtschaftskrise, zahlreiche Kredite aus dem Ausland, die in Deutschland festgelegt waren, zurückgefordert wurden, führte die Regierung Brüning eine Devisenzwangswirtschaft ein. Diese sollte verhindern, dass auch in Deutschland festgelegtes Privatkapital ins Ausland transferiert würde. Die NS-Regierung behielt nach 1933 die Devisenzwangswirtschaft bei und baute sie noch weiter aus. Das bedeutete, dass die von der britischen Mandatsmacht geforderten 12000 RM nicht ohne Weiteres nach Palästina transferiert werden konnten. Der Jewish Agency, der Vertretung der Juden in Palästina, gelang es, mit der deutschen Regierung ein Transfergeschäft, das so genannte Ha'avara-Abkommen, auszuhandeln: Die Auswanderer zahlten ihre Summe auf ein Sonderkonto ein, für deren Gegenwert die deutsche Wirtschaft Waren nach Palästina lieferte. In Palästina wurde dann die entsprechende Summe an die Auswanderer ausgezahlt. Der Transferverlust, der durch die deutsche Regierung bestimmt wurde, betrug bis 1936 15 Prozent, von 1936 bis 1939 jedoch 70 Prozent. Für andere Auswanderungslander machte er bereits 1934 60 Prozent aus, 1939 lag der Satz bei fast 100 Prozent. Das heißt, die Auswanderer bekamen im Zielland 15 bzw. 70 Prozent weniger, als sie in RM eingezahlt hatten. Nach 1938 kam für alle Auswanderer, die über 50000 RM besessen hatten, die so genannte Fluchtsteuer in Höhe von einem Viertel des Vermögens hinzu.

Nach Schätzungen emigrierten circa drei Fünftel der Juden, die 1933 im "Altreich", das heißt im Reichsgebiet ohne das 1938 angeschlossene Österreich, wohnten. Das beliebteste Zielland, soweit sich die Möglichkeit eröffnete, waren die USA. Diese nahmen bis 1941 113260 jüdische Auswanderer aus Deutschland und aus Österreich auf; Palästina folgte mit etwa 70000 bis 80000, Großbritannien mit rund 50000, darunter 10000 Kinder, die 1938 ohne Eltern einreisen durften. Etwa 40000 bis 60000 emigrierten in die südamerikanischen Staaten.

1938 verschärfte sich die NS-Politik gegenüber den Juden. Nach dem "Anschluss" Österreichs im März des Jahres wurde in diesem neuen Reichsteil in wenigen Wochen die totale gesellschaftliche und wirtschaftliche Ausgrenzung der dort lebenden Juden herbeigeführt. Noch vor dem Novemberpogrom im Reich kam es in Österreich zur fast vollständigen "Arisierung" der Betriebe, wovon in erster Linie die Großkonzerne IG Farben und Flick profitierten. Jüdische Großunternehmer wurden als "Faustpfand" in Haft genommen, um sie zum Verkauf ihrer Firma zu zwingen. Die österreichischen Juden reagierten auf diese Gewaltmaßnahmen mit einer forcierten Auswanderung: Die Hälfte der circa 110000 Auswanderer flüchtete in die USA, die ihre Einreisebedingungen gelockert hatten, etwa 15000 nach Shanghai, für das kein Einreisevisum vonnöten war und das auch für viele jüdische Flüchtlinge aus dem "Altreich" bis 1941 zum letztmöglichen Fluchtziel wurde.

Auch aus dem "Altreich" nahm in diesem Jahr die Fluchtbewegung stark zu. Viele gingen in die Tschechoslowakei, die allerdings nach dem Einmarsch der deutschen Truppen im März 1939 von den Deutschen annexiert wurde. Damals lebten dort 118000 Juden, von denen sich bis Juni 1940 über 25000 retten konnten. Noch drängten die NS-Behörden auf Auswanderung der deutschen Juden bei weitgehender Einbehaltung ihres Kapitals, das sie im April 1938 detailliert angeben mussten. Der Nettokapitalertrag ergab die Summe von rund sieben Milliarden RM, die der "deutschen Volkswirtschaft" zugute kommen sollte und offensichtlich für die Wiederaufrüstung verplant wurde. Alle noch existierenden "jüdischen Betriebe" wurden registriert, jüdische Ärzte und Rechtsanwälte wurden in ihrer Berufsausübung auf die Behandlung bzw. Vertretung ausschließlich von Juden beschränkt. Alle Juden erhielten in ihren Pässen ein "J" als Vermerk, ab 1939 mussten sie ihrem Vornamen je nach Geschlecht den Namen Israel bzw. Sarah hinzufügen.

[Link:]

Das Novemberpogrom

Am 28. Oktober 1938 verfügte die deutsche Regierung die Ausweisung der im Reich lebenden 18000 Juden mit polnischer Staatsangehörigkeit, da die polnische Regierung die Grenzen für diese Bevölkerungsgruppe zu schließen drohte. Für 8000 dieser gezwungenen Rückwanderer blieb die polnische Grenze verschlossen. Sie mussten bei Regen und Kälte im Niemandsland dahinvegetieren, notdürftig versorgt von polnischen jüdischen Hilfsorganisationen. Dies veranlasste den 17-jährigen in Paris lebenden Herschel Grynszpan, dessen Eltern sich unter dieser Gruppe befanden, in der deutschen Botschaft in Paris ein Attentat auf den deutschen Botschaftssekretär Ernst vom Rath zu verüben. Dessen Tod nutzte Propagandaminister Goebbels, um zur Vergeltung dieser Tat am 9. November 1938 zum Pogrom in Deutschland aufzurufen. SA- und SS-Mitgliedertruppen zündeten über 1000 Synagogen und Häuser jüdischer Einrichtungen an und verschleppten circa 30000 Juden in die Konzentrationslager Dachau, Sachsenhausen und Buchenwald. Dass es bei diesem Pogrom dem NS-Staat auch darum ging, sich den noch

verbliebenen Besitz der Juden anzueignen, zeigten der Prozess der erzwungenen "Arisierung" der jüdischen Betriebe, die Einbehaltung der Versicherungsleistungen für die verursachten Brandschäden sowie die 1,2 Milliarden RM "Sühneleistungen", die die deutschen Juden zu entrichten hatten. Das Vermögen der über 110000 Juden, die 1938/39 auswanderten, wurde vom Staat beschlagnahmt. Bei den Auswanderern handelte es sich vielfach um Inhaftierte des Novemberpogroms, die nur freikamen, wenn sie sich zur Auswanderung verpflichteten. Viele, die kein Visum bekommen konnten, versuchten vor allem, ihre Kinder zu retten. Großbritannien hatte sich bereit gefunden, 10000 Kinder aufzunehmen.

Die nichtjüdische Bevölkerung hatte - von Einzelpersönlichkeiten abgesehen - das Novemberpogrom protestlos hingenommen, viele hatten die Zwangarisierungen begrüßt. Die NS-Regierung befürchtete jedoch Beunruhigung unter den "arischen"

Verwandten der etwa 20500 in "Mischehen" lebenden nichtjüdischen Ehepartner, da diese seit den Nürnberger Gesetzen wie Juden behandelt worden waren. Göring unterschied deshalb im Dezember 1938 durch Erlass zwischen "privilegierten" und "nicht-privilegierten Mischehen". Unter die "Nicht-privilegierten" fielen alle Paare mit jüdischem Ehemann, die keine Kinder hatten bzw. deren Kinder jüdisch erzogen worden waren. Als "privilegiert" galten alle Ehepaare, bei denen die Frau jüdisch war, die Kinder aber nicht jüdisch erzogen worden waren. Die "privilegierten Ehepaare" konnten ihr Vermögen durch dessen Überschreibung auf den nichtjüdischen Partner behalten; sie wurden 1941 von der Verpflichtung ausgenommen, einen Judenstern zu tragen. "Großzügig" bot Göring den "deutschblütigen Frauen" an, sich scheiden zu lassen und in den "deutschen Blutsverband" zurückzukehren. Mit dem Novemberpogrom 1938 setzte eine neue Phase der NS-Judenpolitik ein. Mit ihren Zwangsmaßnahmen forcierte die Politik die endgültige "Arisierung jüdischen Besitzes", ferner die Auswanderung bei weitgehendem Verlust des Eigentums sowie die Konzentration der noch verbleibenden Juden in "mauerlosen Ghettos". In den Städten wurden die noch verbliebenen Juden in "Judenhäuser" "umgesiedelt", wo sie auf engstem Raum leben mussten und vielfach von NS-Hauswarten schikaniert wurden. Zudem wurden die Lebensmittelzuteilungen für Juden gekürzt.

Nach dem Sieg über Frankreich im Sommer 1940 diskutierten die NS-Machthaber kurzzeitig den "Madagaskar-Plan": die Deportation der europäischen Juden auf die Insel Madagaskar. Vom Auswärtigen Amt und der SS wurden dafür detaillierte Pläne erstellt. Doch scheiterte die Realisierung dieses Plans. Ob es sich dabei um eine ernsthaft erwogene Option gehandelt hatte, ist in der historischen Forschung mehr als umstritten.

[Link:]

Vernichtung der Juden

Nach der Abkehr vom Madagaskar-Plan richtete die NS-Regierung "Reservate" im besetzten Polen ein, so im Distrikt Lublin, wohin bereits im Februar 1940 1000 Stettiner Juden deportiert worden waren. Eine planmäßige Ermordung war zu diesem Zeitpunkt offenbar noch nicht vorgesehen, aber ein "schleichender Völkermord" durchaus ins Kalkül gezogen. Einen Führerbefehl zur Ermordung der Juden hat es nicht gegeben, zumindest wurde bisher keiner gefunden. Eine mögliche mündliche Willenserklärung Hitlers zur Ermordung wurde von der NS-Führung bereitwillig aufgenommen und ausgeführt, als nach dem Sieg über Polen und dem Angriff auf die Sowjetunion Millionen von Juden in den nationalsozialistischen Machtbereich gerieten. Die Deutsche Wehrmacht ließ die SS bei der Liquidierung der Juden bereitwillig gewähren, teilweise waren Wehrmachtssoldaten direkt beteiligt.

Die Wannsee-Konferenz

Im Oktober 1941 begann die Deportation von 53000 Juden aus dem Reich in die Ghettos der Städte Lodz, Minsk, Kowno und Riga in den besetzten osteuropäischen Staaten. 6000 wurden nach der Ankunft vor den Massengräbern, die sie zuvor selbst ausheben mussten, erschossen. Auf der Berliner Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942 legten Vertreter von einzelnen Ministerien und NS-Bürokratie Strategien fest, die die Koordination und Organisation der "Endlösung der Judenfrage", wie die Nationalsozialisten ihre Vernichtungspolitik verharmlosend bezeichneten, betrafen.

Nachdem die SS-Mordtruppen zunächst die Ermordungen durch Erschießungen bzw. durch Kohlenmonoxidvergiftungen in mobilen Gaswagen durchgeführt hatten, richteten sie im Herbst 1942 die ersten Gaskammern in Auschwitz-Birkenau ein, in denen sie nun mit dem Schädlingsbekämpfungsmittel Zyklon B mordeten. Weitere Vernichtungslager waren in Belzec und Chelmno entstanden, ferner in Sobibor (ab Mai 1942), Treblinka (ab Juli 1942) und Majdanek, die im Zuge der "Aktion Reinhardt" errichtet wurden. Dies war der Tarnname für das Vorgehen der NS-Regierung, alle in dem von Deutschland besetzten Polen lebenden Juden und Roma zu ermorden. Der Aktion fielen etwa zwei Millionen Juden und 50000 Roma zum Opfer. Sie erbrachte dem Deutschen Reich zudem große Vermögenswerte in Höhe von circa 18 Millionen Reichsmark aus dem Besitz der Ermordeten - Bargeld, Schmuck, Kleider und Zahngold.

In die deutschen Vernichtungslager im besetzten Polen wurden auch Juden aus dem Reich deportiert. Viele dieser Deportierten war ihr Schicksal bewusst, die meisten verdrängten es jedoch und glaubten die SS-Lüge von den "Arbeitslagern". Auch in den Konzentrationslagern, die nicht als Vernichtungslager, sondern als angebliche Arbeitslager eingerichtet worden waren, wurden Juden durch schwere Arbeit - wie etwa in den Steinbrüchen des KZ Mauthausen - bewusst getötet. Dies entsprach der in der Wannsee-Konferenz festgelegten "natürlichen" Vernichtung durch Arbeit. In Mauthausen zum Beispiel kamen über 11000 jüdische Menschen ums Leben. In den Vernichtungslagern wurden die Ankommenden durch SS-Ärzte "selektiert", über 80 Prozent von ihnen gleich nach ihrer Ankunft unter dem Vorwand, in Duschräume geführt zu werden, in den Gaskammern ermordet. Zwischen 3000 und 4000 deutsche Juden begingen vor der Deportation Selbstmord, um diesem Schicksal zu entgehen.

Anfang 1943 gab es im "Altreich" noch circa 51000 Juden. 15000 von ihnen wurden als Zwangsarbeiter eingesetzt und blieben zunächst mit ihren Familien von der Deportation ausgenommen. Doch nur für kurze Zeit. Die Deportationen liefen bis zum Frühjahr 1945. Auch in den Ghettos, wie in Lodz, mussten die Juden für die Wehrmacht arbeiten. Als angebliches Altersghetto richteten die NS-Machthaber in der tschechischen Stadt Terezin/Theresienstadt ein KZ ein. Es galt als "Vorzeigeghetto", als Stadt, die der Führer den Juden "geschenkt" hatte, wie es in einem NS-Propaganda-Film hieß. Hierher wurden ab Mitte 1942 über 65-jährige Juden sowie "prominente Juden" aus dem Reich deportiert. Ein jüdischer "Ältestenrat" "verwaltete" das Ghetto, was nichts anderes für ihn bedeutete, als die Befehle der NS-Machthaber auszuführen, so auch die Zusammenstellung der Listen derjenigen Inhaftierten, die in das Vernichtungslager Auschwitz verbracht wurden. Das betraf im September und Oktober 1944 18400 Menschen. Zu den KZ-Häftlingen in Theresienstadt gehörte auch Leo Baeck, der, von allen geschätzt und geehrt als Rabbiner, Kranke trösten und Sterbende bis zum Tod begleiten konnte. Nur ein Zehntel der in Theresienstadt Inhaftierten erlebte die Befreiung.

Todesmärsche

Mit der herannahenden Front folgte für die Überlebenden in den deutschen Konzentrationslagern im besetzten Polen ein neues tragisches Kapitel, die so genannten Todesmärsche. Diese "Verlegung" kostete viele das Leben. Als die Rote Armee zu Beginn des Jahres 1945 in die Nähe von Auschwitz vorstieß, wurde am 17. Januar die Evakuierung der Gefangenen beschlossen. Im Lager Auschwitz waren die Gefangenen auch aus den anderen Vernichtungslagern zusammengefasst worden. 58000 Gefangene wurden aus dem Lager weggeführt. Tausende starben auf diesen Märschen durch Entkräftung oder wurden vom SS-Bewachungspersonal erschossen. Manchen gelang auch die Flucht. Die Gefangenen sollten in die KZ, die im Reich lagen, so in Buchenwald, Sachsenhausen, Bergen-Belsen, Groß Rosen und Mauthausen, eingewiesen werden. Da die beiden letzten Lager und ihre Nebenlager überfüllt waren, wurden die Gefangenen nach Dachau, Dora-Mittelbau, Ravensbrück und Bergen-Belsen, zum Teil in offenen Güterwaggons, weitertransportiert. Mit heranrückender Front wurden auch aus den im Deutschen Reich liegenden KZ die Häftlinge auf Todesmärsche geschickt, darunter waren nicht nur jüdische Häftlinge. Man schätzt, dass von den 741000 KZ-Häftlingen, die es Ende 1944 gab, etwas über 200000 durch die Todesmärsche ums Leben kamen. Im Holocaust wurden ungefähr 160000 deutsche Juden ermordet, ungefähr 8500 wurden aus den Konzentrationslagern befreit, 15000 haben in Verstecken bzw. als Partner in "Mischehen" oder als Kinder aus diesen Ehen überlebt. Ein weiteres Leben im Land der Mörder schien danach für viele von ihnen unvorstellbar.

Dimensionen der Vernichtung

Lebten 1939 über neun Millionen Juden in Europa, so waren es 1945 nur noch weniger als 3,5 Millionen. Das bedeutet, dass fast 5,7 Millionen Juden ihr Leben durch die Verfolgung und die Morde der Nationalsozialisten verloren hatten. Die größten Verluste erlitt die jüdische Bevölkerung Polens mit fast drei Millionen Ermordeten. Diese statistischen Angaben sagen nichts über das ungeheure persönliche Leid der Betroffenen aus. In der Bevölkerung der besetzten Länder Europas, etwa in den Niederlanden, Belgien, Norwegen, Finnland, Bulgarien und Italien, gab es zahlreiche Menschen, die Mitleid mit den verfolgten Juden bewiesen und mit Protesthandlungen und der Rettung jüdischer Verfolgter ihr eigenes Leben riskierten. Auch in Ländern, in denen es einen Antisemitismus gab, fanden sich Menschen in der Bevölkerung, die Juden retteten, wie aus der Memoria-Literatur bekannt ist. Es gab zahlreiche Klöster, die jüdische Kinder versteckten und sie so vor der Ermordung bewahrten. Andererseits kamen beispielsweise beim Warschauer Ghetto-Aufstand, bei dem im April 1943 Ghettobewohner unter Führung von Mordechai Anielewicz der Waffen-SS fünf Wochen lang Widerstand leisteten, polnische Widerstandskämpfer den Juden nicht zu Hilfe. 7000 Menschen wurden bei diesem Aufstand getötet.

Wichtig ist die Feststellung, dass die antisemitische Ideologie und die opportunistische Komplizenschaft in West- und Osteuropa - wenn auch nicht im gleichen Ausmaß und vor dem Hintergrund unterschiedlich brutaler Besatzungsregimes - den Nationalsozialisten in die Hände spielten. Das Verhalten dieser Täter, die mit der SS mordeten, bedeutet für Deutsche keine

Weitere Inhalte

Dossier

Schicksalsjahr 1938

[Link: <https://www.bpb.de/themen/nationalsozialismus-zweiter-weltkrieg/schicksalsjahr-1938/>]

Wie kaum ein anderes Jahr markiert das Jahr 1938 eine Zäsur in der deutsch-jüdischen Geschichte. Die bpb zeigt in Kooperation mit dem Leo Baeck Institut New York I Berlin in diesem Dossier einzelne...

Dossier

Gerettete Geschichten: Elf jüdische Familien im 20. Jahrhundert

[Link: <https://www.bpb.de/themen/holocaust/gerettete-geschichten/>]

Elf Familiengeschichten zeigen, was Verfolgung, Kriege und Ost-West-Konflikt für Juden in Europa konkret bedeuten konnten. Erzählt mit Filmen, ergänzt durch interaktive Karten und Hintergrundtexte.

Karte

Vertreibung und Vernichtung der Juden aus dem Deutschen Reich

[Link: <https://www.bpb.de/themen/holocaust/gerettete-geschichten/177625/vertreibung-und-vernichtung-der-juden-aus-dem-deutschen-reich/>]

Diese Karte verdeutlicht das Ausmaß der nationalsozialistischen Vertreibung und Vernichtung von Juden aus dem Deutschen Reich. Sie stellt die Entwicklung von der nach Machtübernahme der...

Artikel

Die Betstube von Theresienstadt

[Link: <https://www.bpb.de/themen/zeit-kulturgeschichte/geteilte-geschichte/342874/die-betstube-von-theresienstadt/>]

Dieser Lagerraum eines früheren Beerdigungsinstituts wurde zu einem jüdischen Gebetsraum mit wertvollen Verzierungen von Artur Berlinger, einem Gefangenen aus Schweinfurt in Bayern, der in Auschwitz...

Hintergrund aktuell

Vor 80 Jahren: Warschauer Ghetto errichtet

[Link: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/212757/vor-80-jahren-warschauer-ghetto-errichtet/>]

Am 2. Oktober 1940 wurde auf Befehl der deutschen Besatzer in der polnischen Hauptstadt das größte Ghetto im besetzten Europa errichtet. Tausende jüdische Menschen wurden dorthin zwangsumgesiedelt...

Artikel

Das Warschauer Ghetto

[Link: <https://www.bpb.de/themen/nationalsozialismus-zweiter-weltkrieg/geheimsache-ghettofilm/141785/das-warschauer-ghetto/>]

Bis 1939 befand sich in Warschau die größte jüdische Gemeinde Europas – die Stadt war eine pulsierende Metropole auch des jüdischen Lebens. Nach dem deutschen Überfall auf Polen und während...

Anhang 10. Artikel „Die Republik Belarus in deutschsprachigen Texten“



Staatsname: Republik Belarus

Landesname: Belarus

Adjektiv: belarussisch

Einwohner: die Belarusen, eine Belarusin

Stadtnamen: entsprechend dem Duden: Hrodna, Homel, Mahiljou, Wizebsk

Aussprache: Be-la-rús, belarúßisch

Land, Name, Sprache

Wir empfehlen, auf Deutsch statt Weißrussland als Landesnamen die offizielle Bezeichnung Belarus und als Adjektiv belarussisch zu verwenden. Damit wird deutlich, dass es sich bei der Republik Belarus um einen souveränen Staat handelt, der nicht Teil Russlands ist. Belarusisch ist eine ostslawische Sprache mit eigener Grammatik und Lexik. Wir empfehlen diese – analog zur Schreibweise im Belarusischen: belaruskaja mowa – nur mit einem s zu schreiben. Dies entspricht auch dem angelsächsischen Sprachgebrauch: Belarus und Belarusian.

Das heutige Territorium der Republik Belarus war Teil der Kiever Rus', des Großfürstentums Litauen, der Polnisch-Litauischen Adelsrepublik, des Russischen Reichs, der Zwei-ten Polnischen Republik und bis 1991 der Sowjetunion. 1918 war es zu einem nicht geglückten Versuch einer Gründung als Nationalstaat gekommen. 1919 wurde eine Sowjetrepublik proklamiert. Die Belarusische Sozialistische Sowjetrepublik hatte seit der Gründung der Vereinten Nationen in der New Yorker Vollversammlung einen eigenen Sitz. Mit der Auflösung der Sowjetunion entstand im Dezember 1991 die unabhängige Republik Belarus.

Der ursprüngliche Name der historischen Landschaft war auf Deutsch Weißruthenien. „Bela“ bezieht sich auf die Farbe Weiß. Der Begriff Ruthenien verwies auf diejenigen Gebiete der Kiever Rus', die bis 1772 zum Großfürstentum Litauen gehörten. Wir empfehlen, die Bezeichnung Weißruthenien nur noch historisch zu gebrauchen, da sie von den deutschen Besetzungsregimen in zwei Weltkriegen als koloniale Projektion verwendet wurde.

Die Republik Belarus im Überblick

- Einwohnerzahl: 9,4 Millionen
- Fläche: 207.600 Quadratkilometer
- Amtssprachen: Belarusisch und Russisch
- Hauptstadt: Minsk
- Jahr der Unabhängigkeit: 1991

Belarusisch als Schriftsprache

- Kanzleisprache des Großfürstentums Litauen: ab dem 14. Jahrhundert
- Erste Bibelübersetzung: 1517
- Alte Bezeichnung auf Deutsch: Ruthenisch
- Erscheinungsjahr der Grammatik: 1918

Wie spricht man *belarusisch* aus?

Sowohl das Substantiv *Belarus* als auch das Adjektiv *belarusisch* gehen auf das mittelalterliche Reich der Ostslawen zurück, das auf Deutsch als *die Rus'* bezeichnet wird. Da in allen der drei modernen ostslawischen Sprachen das s in *Rus'* scharf ausgesprochen wird, empfehlen wir, es auch auf Deutsch scharf wie ein ß auszusprechen und die Betonung im Staatsnamen *Be-la-rús* auf die dritte Silbe zu legen.

Warum gibt es *Belarusisch* zweimal bei Wikipedia?

Belarusisch entstand 1918 als moderne Schriftsprache in Anlehnung an die Regeln der Grammatik von Branislau Taraschkewitsch. Die 1933 im Zuge einer Reform erarbeitete Rechtschreibung setzte sich weitgehend durch, wobei heute vereinzelt noch immer die Version von 1918 verwendet wird. Daher gibt es auf Wikipedia zwei Varianten:

- 1) be.wikipedia.org – die offizielle, heute in Belarus gültige Rechtschreibung, sowie
- 2) be-tarask.wikipedia.org in der Rechtschreibung, die die Reform nicht anerkennt.

Wie wird *Belarusisch* richtig transkribiert?

Belarusisch wird heute mit kyrillischen Lettern geschrieben. Lateinische Buchstaben wurden bis ins frühe 20. Jahrhundert vorwiegend im katholischen Milieu verwendet. Wir empfehlen für den allgemeinen Sprachgebrauch auf Deutsch die im Duden verwendete Umschrift (z.B. Homel, Hrodna, Mahiljou, Polazk, Wizebsk). Die Nationale Akademie der Wissenschaften Belarus hat eine lateinische Umschrift erarbeitet, die als Norm Eingang in die Namen von Ortschaften der Republik Belarus gefunden hat.

Die Belarusisch-Deutsche Geschichtskommission

Anlässlich der Eröffnung eines Gedenkortes am ehemaligen nationalsozialistischen Vernichtungslager Maly Traszjanez regten die Präsidenten der Republik Belarus und der Bundesrepublik Deutschland die Gründung einer Belarusisch-Deutschen Geschichtskommission an. Seit ihrer Konstituierung 2020 wird der Austausch von Historikerinnen und Historikern aus beiden Ländern in Minsk an der Nationalen Akademie der Wissenschaften Belarus und in Berlin von der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde mit finanzieller Unterstützung des Auswärtigen Amts koordiniert.

Kontakt

Prof. Dr. Thomas M. Bohn
Thomas.Bohn@geschichte.uni-giessen.de

Belarusisch-Deutsche Geschichtskommission
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde
Schaperstraße 30, 10719 Berlin

Abbildung: Karte der Republik Belarus
Creative Commons Lizenz © Wikipedia

Bibliografie

Dachauer Hefte. 25. Die Zukunft der Erinnerung.

Günther Rohdenburg: „... sind Sie für den geschlossenen Arbeitseinsatz vorgesehen...“ „Judendeportationen“ von Bremerinnen und Bremern während der Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Bremen 2009.

Günther Rohdenburg: Die Letzten 26 Tage in Bremen, in: „... sind Sie für den geschlossenen Arbeitseinsatz vorgesehen...“ „Judendeportationen“ von Bremerinnen und Bremern während der Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Bremen 2009.

Hanno Balz: Die „Arisierung“ von jüdischem Haus- und Grundbesitz in Bremen. Bremen 2004.

Hermann Deuter/Joachim Woock (Hrsg.): Es war hier, nicht anderswo! Der Landkreis Verden im Nationalsozialismus, Bremen 2016.

Stiftung niedersächsische Gedenkstätten: <https://web.archive.org/web/20170422052300/http://gedenkstaettenfoerderung.stiftung-ng.de/de/dokumentationsstelle/orte-der-verfolgung/arbeitserziehungslager.html>

Ilse Zelle (Hrsg.): Otto Polak. Leben und Schicksal eines Christen jüdischer Herkunft. Bremen 2010.

Marc Buggeln: Bunker „Valentin“. Marinerüstung, Zwangsarbeit und Erinnerung. Bremen 2017.

Michelle Callan: Forgotten Hero of Bunker Valentin: Die Geschichte von Harry Callan. Falkenberg, 2018. S. 179-180.

Peter Christoffersen/Barbara Jühr (Hrsg.): Stolpersteine in Bremen. Biografische Spurensuche. Ostertor/Östliche Vorstadt. Bremen 2016.

Petra Rentrop: Tatorte der „Endlösung“. Das Ghetto Minsk und die Vernichtungsstätte von Maly Trostinez. Berlin 2011.

Staatsarchiv Bremen (Hrsg.): Es geht tatsächlich nach Minsk. Zur Erinnerung an die Deportation von Wiltrud Ahlers et al. (Hrsg.): Stolpersteine in Bremen. Biografische Spurensuche. Region Nord. Burglesum-Vegesack-Blumenthal-Ritterhude. Bremen 2013.

Wiltrud Ahlers et al. (Hrsg.): Stolpersteine in Bremen. Biografische Spurensuche. Region Nord. Burglesum-Vegesack-Blumenthal-Ritterhude. Bremen 2013.

Абрам Рубенчик: В Минском гетто и партизанах. [Im Minsker Ghetto und bei den Partisanen.] Israel 2006.

Абрам Рубенчик: Правда о Минском гетто: док. повесть узника гетто и малолетнего партизана [Die Wahrheit über das Minsker Ghetto: Dokumentarischer Bericht eines Ghetto-Häftlings und eines jungen Partisanen]. Тель-Авив 1999.

Бертольд Руднер: Записки из Минского гетто. Памяти Марты Крон, умершей 26 января 1942 г. в 18 часов в Минском гетто. Рассказ о последних трёх месяцах жизни (12.11.1941 – 26.1.1942) [Notizen aus dem Minsker Ghetto. Zum Gedenken an Marta Kron, die am 26. Januar 1942 um 18 Uhr im Minsker Ghetto starb. Ein Bericht über die letzten drei Monate ihres Lebens (12.11.1941 - 26.1.1942)], in: Беларусь у

выпрабаваннях Вялікай Айчыннай вайны: масавыя забойствы нацыстаў: матэрыялы Міжнар. навук.-практ. канф., Мінск, 2 ліп. 2004 г. Мінск 2005.

Віктор Балакірэв (ред.): Спасенная жизнь: жизнь и выживание в Минском гетто: пособие для учителей [Gerettetes Leben: Leben und Überleben im Minsker Ghetto: Ein Handbuch für Lehrerinnen und Lehrer]. Минск 2010.

Ірина Бернат і др.: (Не)забытые жертвы войны: дидактическое пособие [(Un)vergessene Kriegsopfer: ein didaktisches Handbuch]. Минск 2020.

Ірина Бернат і др.: Методические материалы к фильму «Елена Драпкина: еврейская партизанка» [Lehrmaterialien zum Film „Elena Drapkina: Jewish Partisanin“]. Минск 2021.

Ірына Бернат і інш.: Мінскае гета: дыдактычны дапаможнік [Ghetto Minsk: Didaktisches Handbuch]. 2-е Выд. Мінск 2021.

Інна Герасімова: Путеводитель по еврейским местам Минска [Guide zu jüdischen Orten in Minsk]. Минск 2012.

Святлана Казлова: Аграрная палітыка нацыстаў у Заходній Беларусі: Планаванне. Забеспячэнне. Ажыццяўленне (1941–1944 гг.) [Die nationalsozialistische Agrarpolitik in West Belarus: Planung. Bereitstellung. Durchführung (1941-1944)]. Минск 2019.

Кузьма Козак, Віктор Балакірэв (ред.): Праведники народов мира Беларуси: живые свидетельства Беларуси [Die Gerechten unter den Völkern von Belarus: Lebendige Zeugnisse aus Belarus]. Минск 2009.

Леонід Сміловицкій: Катастрофа евреев в Белоруссии, 1941–1944 гг. [Die Katastrophe der Juden in Belarus, 1941-1944]. Тель-Авив 2000.

Сміловицкій беседы Коссого Н. А. с узницей минского гетто Рубинчик Х. И. [Protokoll eines Gesprächs zwischen Kossoj N.A. und eines Häftlings des Minsker Ghettos Rubintschyk H.I.], in: Адамушко Владимир: Холокост в Беларуси. 1941 – 1944. Документы и материалы [Holocaust in Belarus. 1941 - 1944. Dokumente und Materialien]. Минск 2002.

Раиса Чорноглазова: Judenfrei! Свободно от евреев: История минского гетто в документах. [Judenfrei: Die Geschichte des Minsker Ghettos in Dokumenten]. Минск 1999.

Internetquellen

<https://audiowalks.centropa.org/de/minsk-de/> - Audioguide zum Minsker Ghetto

<https://bit.ly/3qWbh8r> - Podcasts (für Google): im Rahmen des Projekts "Transnationale Geschichtsbildung am Beispiel von Maly Trascjanec"

<https://confronting-memories.org/de/> - Projekt "Confronting Memories" mit pädagogischen Materialien zum Umgang mit der kontroversen Kultur der Erinnerung

<https://malytrostinec.nghm-uos.de/exhibits> - Mini-Ausstellungen über Maly Trascjanec

<https://pamjat.centropa.org/> Pädagogische Materialien zur Arbeit mit der Geschichte des Holocaust in Belarus und den Nachbarländern

<https://www.spurensuche-bremen.de/> - Projekt SPURENSUCHE BREMEN

<https://www.stolpersteine-bremen.de/> - Website für Stolpersteine in Bremen

<https://trostenez.org/ausstellung/> - Die Ausstellung „Vernichtungsort Malyj Trostenez. Geschichte und Erinnerung“

<https://zeitzeugenarchiv.gwminsk.com/de> - Zeitzeugenarchiv der Minsker Geschichtswerkstatt

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Quelle: Hanno Balz: Die „Arisierung“ von jüdischem Haus- und Grundbesitz in Bremen. Bremen 2004, S 32.

Abbildung 2: ebd., S. 103.

Abbildung 3: Quelle: Staatsarchiv Bremen (Hrsg.): Es geht tatsächlich nach Minsk. Zur Erinnerung an die Deportation von Bremer Juden am 18.11.1941 in das Vernichtungslager Minsk. Bremen 1992, S. 16.

Abbildung 4: Quelle: Staatsarchiv Bremen (Hrsg.): Es geht tatsächlich nach Minsk. Zur Erinnerung an die Deportation von Bremer Juden am 18.11.1941 in das Vernichtungslager Minsk. Bremen 1992, S. 68.

Abbildung 5: Quelle: Ірына Бернат і інш.: Мінскае гета: дыдактычны дапаможнік [Ghetto Minsk: Didaktisches Handbuch]. 2-е Выд. Мінск 2021.

Abbildung 6a-c: Quelle: <https://www.mapz.com>

Abbildung 7: Quelle: Wiltrud Ahlers et al (Hrsg.) Stolpersteine in Bremen. Biografische Spurensuche. Region Nord. Burglesum-Vegesack-Blumenthal-Ritterhude. Bremen 2013, S. 113.

Abbildung 8: Quelle: Wiltrud Ahlers et al (Hrsg.) Stolpersteine in Bremen. Biografische Spurensuche. Region Nord. Burglesum-Vegesack-Blumenthal-Ritterhude. Bremen 2013, S. 116.

Abbildung 9: Quelle: Wiltrud Ahlers et al (Hrsg.) Stolpersteine in Bremen. Biografische Spurensuche. Region Nord. Burglesum-Vegesack-Blumenthal-Ritterhude. Bremen 2013, S. 117.

Abbildung 10: Quelle: Wiltrud Ahlers / Peter Christoffersen / Michael Chochu/ Barbara Johr (Hrsg.) Stolpersteine in Bremen. Biografische Spurensuche. Region Nord. Burglesum-Vegesack-Blumenthal-Ritterhude. Bremen 2013, S. 117

Abbildung 11: Quelle: Peter Christoffersen/Barbara Johr (Hrsg.) Stolpersteine in Bremen. Biografische Spurensuche. Schwachhausen/Horn-Lehe. Bremen 2017. S. 8

Abbildung 12: Quelle: privat

Abbildung 13: Quelle: privat

Abbildung 14: Quelle: Staatsarchiv Bremen (Hrsg.): Es geht tatsächlich nach Minsk. Zur Erinnerung an die Deportation von Bremer Juden am 18.11.1941 in das Vernichtungslager Minsk. Bremen 1992. S. 54.

Abbildung 15-19: Quelle: privat

Abbildung 20: Quelle: Ilse Zelle (Hrsg.) Otto Polak. Leben und Schicksal eines Christen jüdischer Herkunft. Bremen 2010, S. 10.

Abbildung 21: Ilse Zelle (Hrsg.) Otto Polak. Leben und Schicksal eines Christen jüdischer Herkunft. Bremen 2010, S. 47.

Abbildung 22: Quelle: <https://www.veyhe-historie.de/aufs%C3%A4tze/otto-polak/>

Abbildung 23: Quelle: Peter Christoffersen / Barbara Johr (Hrsg.) Stolpersteine in Bremen. Biografische Spurensuche. Ostertor / Östliche Vorstadt. Bremen 2016, S. 43.

Abbildung 24: Quelle: <https://www.stolpersteine-bremen.de/detail.php?id=52>

Abbildung 25: Quelle <https://gwminsk.com/istoriya-anny-krasnoperko>

Abbildung 26: Quelle: Staatsarchiv Bremen (Hrsg.): Es geht tatsächlich nach Minsk. Zur Erinnerung an die Deportation von Bremer Juden am 18.11.1941 in das Vernichtungslager Minsk. Bremen 1992. S. 54.

Abbildung 27: Quelle: <https://www.yadvashem.org/gathering-fragments/stories/elyashiv.html>

Abbildung 28: Quelle: Listenmäßige Erfassung der Verdener Jüdinnen und Juden, 1941, StadtA VER_Rep. III, OrdA 15, Nr. 10.

Abbildung 29: Quelle: Auszug einer Akte aus dem Rückerstattungsverfahren von Martin Spanier, 29.01.1951, NLA ST Rep. 271 Verden Rückerstattung acc. 2009/57 Nr. 450.

Abbildung 30: Quelle: Mahnmal für die jüdischen Opfer aus Verden. Foto: Katie Hanisch (Stadtarchiv Verden/Aller).

Informationen über die Verfasserinnen der Materialien

Dr. Iryna Kashtalian

ist eine Historikerin aus Belarus. Sie schloss ihr Studium an der Belarusischen Staatlichen Universität in Minsk im Jahr 2001 ab. Im Jahr 2011 gründete sie gemeinsam mit Kollegen das Belarusische Archiv für mündliche Geschichte. Im Jahr 2012 verteidigte sie ihre Dissertation "Repressive Factors of USSR's internal policy and everyday life of Belarusian society (1944-1953)" an der Freien Universität Berlin. 2018-2021 Leiterin der Minsker Geschichtswerkstatt am Internationale Bildungs- und Begegnungsstätte „Johannes Rau“. Dezember 2021 – Oktober 2023 Gastwissenschaftlerin an der Uni Bremen, seit November 2023 wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Gedenkstätte Buchenwald. Autorin von Bildungsmaterialien. Forschungsschwerpunkte: Zweiter Weltkrieg und Holocaust in der besetzten Sowjetunion, sowjetische Nachkriegsgeschichte, sowjetische Repression, Geschichte des Alltagslebens, Oral History.

Friederike Jahn

ist freiberufliche Historikerin mit den Schwerpunkten NS-Geschichte und Erinnerungskultur(en). Sie studierte Geschichte, Politikwissenschaften und europäische Geschichte in Bremen, Oldenburg und Wrocław. Seit 2012 führt sie regelmäßig Gedenkstättenfahrten an Orte nationalsozialistischer Gewaltverbrechen in Polen durch, seit 2016 ist sie freiberufliche Mitarbeiterin am Denkort Bunker Valentin in Bremen-Farge und dem BDP-Haus in Bremen. Seit 2023 ist sie Mitglied des Vorstandes des Vereins „Erinnern für die Zukunft“.

Muriel Näßler

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin an der Professur für Zeitgeschichte und Kultur Osteuropas an der Universität Bremen. Sie promoviert zu kriegsgefangenen Rotarmistinnen im Kontext des Zweiten Weltkriegs.

Layout

Gegenentwurf Web- und Grafikdesign

Torge Meyer

Kontakt: gegenentwurf@mailbox.org

Impressum

Erinnern für die Zukunft e.V.

c/o Denkort Bunker Valentin
Rekumer Siel
28777 Bremen



WABE – Partnerschaft für Demokratie Nienburg/Verden WABE e.V.

Holzmarkt 15
27283 Verden (Aller)

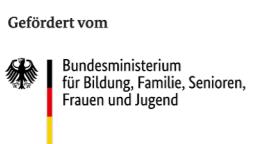


Dokumentationszentrum „doz20“. Verden im 20. Jahrhundert e.V.

Holzmarkt 13
27 283 Verden



Mit freundlicher Förderung der **Partnerschaft für Demokratie Landkreise und Städte Nienburg und Verden (WABE)** sowie der **Partnerschaft für Demokratie Bremen-Nord** im Rahmen des Programms „Demokratie leben!“ sowie „Erinnern für die Zukunft e.V.“



im Rahmen des Bundesprogramms
Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

Solidarität leben
Partnerschaft für
Demokratie, Weltoffenheit
und Toleranz
Demokratie **leben!**
IM BREMER NORDEN



Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMBFSFJ, des BAFzA oder der Stadt Verden dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der/die Autor*in bzw. tragen die Autor*innen die Verantwortung.

